

Klaus Schwabe

**DIE ZWANGSVEREINIGUNG
VON KPD UND SPD IN
MECKLENBURG-VORPOMMERN**

Reihe
Geschichte
Mecklenburg-Vorpommern
Nr. 2

Herausgeber:
Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern
Wismarsche Str. 170, 19053 Schwerin

Druck:
cw Obotritendruck GmbH
Schwerin

4., unveränderte Auflage
Dezember 1998

ISBN 3-86077-497-2

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Zur 3. Auflage	4
Vorwort von Peter Schulz	5
Einleitung	8
Aus der Geschichte lernen	13
Erfahrungen der NS-Zeit und Schlußfolgerungen	19
Parteilichkeit der Besatzungsmacht	26
Ziele und Motivation der Kommunisten	32
Angebot an die Kommunisten	37
Mecklenburgs und Vorpommerns Sozialdemokraten setzen sich zur Wehr	41
Zum Stellenwert der Bodenreform im Vereinigungsdenken	47
Die 1. Sechziger-Konferenz und ihre Wirkung auf Mecklenburg-Vorpommern	57
Hoffnungsvoller Neubeginn	65
Dem Druck erlegen	71
Zwangsvereinigung oder freiwilliger Zusammenschluß?	77
Herausbildung der SED zu einer "Partei neuen Typus"	85
Sozialdemokraten in der SED	96
Anhang:	101
Abkürzungen	101
Lebensdaten führender Sozialdemokraten und Kommunisten	102
Ergebnisse der Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 1946	104
Urabstimmung der Berliner Sozialdemokraten 1946 in den Westsektoren	105
Mitgliederbestand von SPD und KPD in Mecklenburg-Vorpommern	105
Zeittafel	107
Literaturauswahl	109
Dokumentenauswahl	111
Der Autor	156

Zur 3. Auflage

Das rege Interesse an der Vereinigung von Sozialdemokratischer Partei und Kommunistischer Partei hat die Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern, veranlaßt, anläßlich der fünfzigsten Wiederkehr dieses Ereignisses, eine überarbeitete und erweiterte Auflage dieser Schrift herauszugeben.

Auf der Suche nach Wahrheit erwies es sich als richtig, die landesspezifischen Umstände der Vereinigung in das Zentrum der Darlegung zu stellen. Unter diesem Gesichtswinkel wurden vor allem die Folgen der Zwangsvereinigung stärker herausgearbeitet und mit der Erweiterung des Dokumententeils einige Facetten hinzugefügt. Kritische Hinweise zur ersten Auflage wurden dankbar aufgenommen und soweit wie möglich berücksichtigt. Das Thema wird auch weiterhin kontrovers diskutiert werden. Es ist die Hoffnung des Autors, mit dieser Schrift allen an dieser Problematik Interessierten ein wenig behilflich sein zu können.

Februar 1996

Klaus Schwabe

Vorwort von Peter Schulz

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg a.D.

In Magdeburg wie in Hannover, in Leipzig wie in Stuttgart, in Rostock wie in Lübeck war für die Sozialdemokraten, die widerstanden und überlebt hatten, die Stunde der Befreiung von den Nazis zugleich die Stunde für den Neubeginn von Sozialdemokratie. Bei einigen gab es Fragen, wie der Neubeginn aussehen sollte; dazu gehörte auch die Frage, wie verhindert werden konnte, daß um die Stimmen der Arbeiterschaft zwei Parteien konkurrierten - im Mittelpunkt und im Vordergrund der Empfindungen der Sozialdemokraten in Ost und West aber stand als ganz natürliche Reaktion auf das Ende der Nazis der Wunsch, das wieder aufzubauen, was die Nazis zerschlagen hatten: eine freie Sozialdemokratie.

In den drei westlichen Besatzungszonen wurde dieser Wunsch Wirklichkeit; in der sowjetischen Besatzungszone scheiterte er. Was war der Grund? Es gibt keinen Anhaltspunkt für die Annahme, der Werftarbeiter in Rostock habe mit grundsätzlich anderen politischen Vorstellungen auf das Ende der Nazizeit reagiert als der Werftarbeiter in Lübeck. Beide hatten in etwa gleicher Weise die erste deutsche Republik erlebt, ihren Überlebenskampf gegen ihre Feinde von links und rechts, beide hatten in etwa gleicher Weise die Nazizeit und den Krieg erlebt, eingeschlossen die Zerstörung ihrer Städte im Bombenkrieg.

Warum sollten sie unterschiedlicher Meinung sein in der Frage, ob und wie weit man als Sozialdemokrat mit Kommunisten zusammengehen könne. Sie waren nicht unterschiedlicher Meinung - der Unterschied bestand nicht in der Meinung, sondern darin, daß die Lübecker tun konnten, was sie wollten und die Rostocker tun mußten, was sie sollten. Und so war es beim Elektriker in Magdeburg und in Hannover, beim Buchdrucker in Leipzig und in Stuttgart. In einem Punkt allerdings gab es einen meinungsbildenden Unterschied. Die KPD trat 1945 mit programmatischen Erklärungen auf, die glauben machen sollten, die Kommunisten hätten in ihrem Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie eine Kehrtwendung vollzogen: Von ihrem Seite an Seite mit den Nazis geführten Kampf gegen die Weimarer Republik zur Bereitschaft fairer Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten und "bürgerlichen" Demokraten. Die Sozialdemokraten in Lübeck, Hannover und Stuttgart waren darauf angewiesen, das zu glauben oder nicht zu glauben; ihre Gesinnungsfreunde in Rostock, Magdeburg und Leipzig hatten Gelegenheit, die Probe aufs Exempel zu machen: Sie konnten erleben, wie die Kommunisten ihre auf russische Bajonette gestützte Macht rücksichtslos ausnutzten, sie lernten sehr rasch - rascher als mancher im Westen - kommunistische Propaganda von kommunistischer Wirklichkeit zu unterscheiden.

Die politische Erfahrung von Sozialdemokraten bis zum Ende der Nazidiktatur war in West- und Ostdeutschland also in etwa gleich; die politische Erfahrung nach dem Zusammenbruch mobilisierte Abwehrkräfte gegenüber den Kommunisten eher bei den Sozialdemokraten in Ostdeutschland als in Westdeutschland - und dennoch sollen im Unterschied zu ihren westlichen Freunden die ostdeutschen Sozialdemokraten für die Vereinigung mit den Kommunisten gewesen sein? Was erklärt dieses "Wunder"?

Es gab dieses Wunder nicht. Die ostdeutschen Sozialdemokraten wollten die Vereinigung nicht; jeder wußte das, am allerbesten die deutschen und die sowjetischen Kommunisten, die in bewährter Tscheka-Tradition ihr Ohr am Volke hatten, sie wußten, weshalb sie eine geheime Abstimmung in der SPD ("Urabstimmung"), wie sie in Westberlin stattfand, für ihren Machtbereich verboten, das Ergebnis hätte sich vom Westberliner Ergebnis nicht unterschieden.

Es ist deshalb richtig, daß Klaus Schwabe gleich im Titel das Kind beim Namen nennt: Zwangsvereinigung.

Wer als Historiker nachvollziehen will, wie damals der Zwang ausgeübt wurde, wie er sich konkret auswirkte, wie die Gedrängten versuchten, ihm zu entgehen oder sich ihm widersetzen, ist heute, fast 50 Jahre danach, in einer schwierigen Lage.

Er muß zunächst versuchen, die Situation nachzuvollziehen, in der die Sozialdemokraten sich damals in Magdeburg, Leipzig und Rostock befanden. Um es mit einem Bild aus der Leichtathletik auszudrücken: Sie waren in der Lage des Langstreckenläufers, dem irrtümlich vor dem wirklichen Ende der Strecke das erlösende Signal "letzte Runde" gegeben wird, und dem dann kurz vor dem Ende dieser Runde signalisiert wird, daß das leider ein Irrtum gewesen sei, daß das mörderische Rennen weitergehe. Die Sozialdemokraten in Ostdeutschland hatten wie ihre Freunde in Westdeutschland geglaubt, nach dem Ende der Nazizeit "durchatmen" zu können, es hinter sich zu haben - die Anspannung wich der Erlösung; und dann sehr bald wurde ihnen signalisiert, daß sie noch einmal ihre Freiheit einsetzen mußten, um ihren Idealen treu zu bleiben, daß der Weg aus Bautzen zum Weg nach Bautzen werden würde, daß ihre Frauen wieder auf lange Zeit Angst um sie haben mußten, daß das Klingeln um 5.00 Uhr morgens nicht den Milchmann, sondern wieder die Männer in den Ledermänteln ankündigen würde.

Es gehört sehr viel moralischer Rigorismus dazu, jene zu verurteilen, die nicht stark genug waren, dies auf sich zu nehmen. Um so mehr Bewunderung verdienen jene, die es taten.

Die zweite Schwierigkeit besteht darin zu begreifen, daß nach der Nazizeit und unter der Drohung, die von der schlichten Existenz der russischen Besatzungsmacht ausging, manchmal weniger erforderlich war, den Willen zu brechen, als in der Nazizeit. Ein Freund meines Vaters¹ hatte sich in der Nazizeit tapfer gezeigt und war keine Kompromisse eingegangen - aber danach reichte es, daß er abends spät zur Kommandantur bestellt wurde, daß er im Keller der Kommandantur dann viele Stunden warten mußte, daß der Keller nur mit einem kleinen Tisch und einem Stühlchen ausgestattet war und daß vor ihm auf den Tisch eine Kerze gestellt und angezündet wurde - so war er dann Stunden mit sich und der langsam zu Ende brennenden Kerze allein; und er verstand ihre Sprache.

¹ Albert Schulz, 1945-46 Vorstandsmitglied der SPD Mecklenburg-Vorpommerns, 1946-49 Bürgermeister von Rostock.

Die "Bandbreite" des Zwangs ging von solchem Psychoterror bis zum "Abholen" und Einsperren im Lager Neubrandenburg. Seit vor einem Jahr die Knochenfelder gefunden wurden, kennen wir das Ende dieses Weges zur "Einheit der Arbeiterklasse."

Die Hauptschwierigkeit aber ist wohl die "Quellenlage."

Zunächst: Ganz überwiegend bestehen die Quellen in den Dokumenten, die die Nutznießer der Zwangsvereinigung für würdig befanden, aufbewahrt zu werden. Sodann: Viele Quellen sind "schriftliche Lügen" - Ereignisse, die so nicht stattgefunden hatten, wurden durch "Dokumente" zur "Wahrheit" gemacht. Entscheidend aber ist dies: Wer schrieb, damit eine "Quelle" schuf, mußte damit rechnen, daß er seinen Gegnern Material gegen sich in die Hand gab. Vieles wurde deshalb nur gesagt, ist mit dem Tode der damals Lebenden verweht; und vieles wurde so geschrieben, daß der Gesinnungsfreund verstand, was gemeint war, der Gegner aber getäuscht wurde. Das geradezu klassische Beispiel sind Resolutionen, die die Urabstimmung unter den Mitgliedern der SPD und die voraufgegangene Bildung einer "reichseinheitlichen" sozialdemokratischen Partei als Voraussetzung für eine Vereinigung forderten: vordergründig, um die Einheit "richtig" zu machen, in Wirklichkeit aber, um sie zuverlässig zu verhindern. Als zum Beispiel die Rostocker Sozialdemokraten im Januar 1946 diese Forderung aufstellten, war völlig klar, wie das Ergebnis einer "reichseinheitlichen" Urabstimmung ausfallen würde. Die Resolution schrie förmlich: Nein! - Aber sie konnte es nur, weil sie dieses Nein als Ja getarnt hatte.

Noch leben Sozialdemokraten, die 1945/1946 "gestanden" haben - es ist eine Anstrengung wert, sie ausfindig zu machen und sie um ihre Hilfe bei der Quelleninterpretation zu bitten.

Klaus Schwabe verdient für seine Arbeit Dank und Unterstützung. Seine Bemühungen sollten andere anspornen, durch Forschungsarbeit den tapferen Sozialdemokraten der Sowjetischen Besatzungszone Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Einleitung

Als mit der Unterzeichnung der Urkunde über die bedingungslose Kapitulation der Nazi-Diktatur das wohl dunkelste Kapitel deutscher Geschichte endete, ahnte niemand, daß schon nach wenigen Jahren ein Teil des deutschen Volkes erneut eine Diktatur über sich ergehen lassen mußte: Die Diktatur der SED, die über vierzig Jahre währte, ein eigenes Staatsgebilde hervorbrachte und bis zu ihrem Ende für sich in Anspruch nahm, Modell für ganz Deutschland zu sein. Die SED gab vor, für die anfangs mehr als siebzehn Millionen Deutschen nur das Beste zu wollen. Sie war davon überzeugt, mit absoluter Unfehlbarkeit stets die richtigen Entscheidungen zu treffen, so daß es den Bürgern nicht erlaubt war, selbst darüber nachzudenken, was wohl das Beste für sie wäre. Allzu leicht war ein Teil der Bevölkerung bereit, dies zu glauben, angesichts der leidvollen Geschichte zweier Weltkriege und der Naziherrschaft. Nur wenige erkannten den erneuten Betrug.

Besonders vom Nationalsozialismus betroffene Staaten und Völker, die Millionen Menschen und ungeheure materielle Verluste zu beklagen hatten, traten an, ein Regime zu errichten, dessen Grundlagen erneut auf Gewalt basierten. Man rechnete mit den Nazi- und Kriegsverbrechern ab, teilte die deutsche Bevölkerung in Schuldige und Nichtschuldige und bestrafte nach den Gesetzen der Sieger. Schon bald ging es jedoch nicht mehr nur um die Verantwortlichen nationalsozialistischer Gewaltherrschaft. Auch all jene, die nicht mit der SED-Politik einverstanden waren - und es wurden mehr in dem Maße, wie das Unrecht voranschritt - bekamen deren Macht zu spüren.

Im Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 ist eine bemerkenswerte Feststellung enthalten, die, wenn sie tatsächlich ehrlich gemeint gewesen wäre, zweifelsohne der Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone, vielleicht auch in ganz Deutschland eine völlig andere Richtung gegeben hätte. Es heißt dort: "Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjet-system aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland."² Hatte sich die KPD in den Jahren der faschistischen Diktatur gewandelt und sich vom ideologischen Einfluß Stalins befreit? Für die Sozialdemokraten war das die entscheidende Frage, von deren Beantwortung abhing, ob und wie weit ein gemeinsames Handeln mit den Kommunisten möglich sein würde. Die Erfahrungen der jüngsten Geschichte sowie das Wollen eines Teils der Bevölkerung sprachen für die Einheit aller demokratischen und antifaschistischen Kräfte, um die Aufgaben, vor denen man nach dem katastrophalen Zusammenbruch des faschistischen Systems stand, zu lösen. Es gab Anhänger sozialdemokratischer wie auch kommunistischer Ideen, die anfänglich davon überzeugt waren, daß die Formierung einer Einheitspartei zwingend notwendig sei.

Es war nur folgerichtig, daß es zu einer solch bedeutsamen Angelegenheit unterschiedliche Meinungen gab. Dabei zeichneten sich in den einzelnen Besatzungszonen aber schon sehr bald völlig konträre Tendenzen ab. Für die Sowjetische Besatzungszone war kennzeichnend,

² Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Berlin 1965, S. 196.

daß es zwischen Besatzungsmacht und Kommunistischer Partei trotz aller andersartigen Erklärungen eine prinzipielle Übereinstimmung in den Zielen und Aufgaben der künftigen Entwicklung gab. Für die KPD bestand deshalb keine Wahl zwischen verschiedenen Alternativen bezüglich der Entwicklung Deutschlands, das Interesse der Sowjetunion war zwangsläufig auch das ihre. Es mußte den Kommunisten daher auch nicht aufgezwungen werden, sondern entsprach ihrem ureigensten Verständnis. Sie waren trotz mancher anderslautender Beteuerung nicht bereit, von ihren ideologischen Grundpositionen abzurücken.

Anders verhielt es sich mit den Sozialdemokraten. Sie fühlten sich in ihren gesellschaftlichen Zielvorstellungen nicht an eine Siegermacht gebunden. Für sie sollten primär die politischen und sozialen Interessen des Volkes maßgebend sein. Das deutsche Volk hatte die Grausamkeit des Krieges selbst erfahren, sowohl als Aggressor wie auch als besiegte Nation. Die Erfahrungen aus dem ersten Weltkrieg und dessen Folgen konnten da nur bedingt hilfreich sein. Viel deutlicher als 1918 war die Zukunft Deutschlands nun vom Willen der Siegermächte abhängig. Für die Sozialdemokraten bedeutete das jedoch nicht, sich deren Interessen bedingungslos unterzuordnen. Nur ein Weg, der den spezifischen Bedingungen und historischen Erfahrungen der Deutschen gerecht wurde, hatte auch eine Chance, das Chaos zu überwinden und zu Demokratie und Freiheit zu führen. Dazu gehörte in erster Linie das Eingeständnis eigener Schuld mit der Verpflichtung zur Wiedergutmachung, aber dazu gehörte auch das Recht, als Volk und Staat weiterbestehen zu können.

Keineswegs gedachten die Sozialdemokraten ihre demokratische Grundhaltung aufzugeben und ihre Weltanschauung auf dem "Altar" einer ungewissen Einheit zu opfern. Die Umstände zwangen sie aber, sich zu tarnen und scheinbar auf die Forderungen von SMA und Kommunisten einzugehen. Der Fortgang der Entwicklung brachte es mit sich, daß sich die Sozialdemokraten Mecklenburg-Vorpommerns in zwei Gruppen spalteten, in Befürworter der Einheit, geführt von Moltmann, Karl und Höcker, sowie Gegner, an deren Spitze Schulz, Lüdemann und Jesse standen.

Die Kommunisten akzeptierten vorbehaltlos die unbegrenzten Reparationsansprüche der russischen Besatzungsmacht, welche zumindest in den ersten Monaten auch realisiert wurden, indem man selbst aus Handwerksbetrieben noch intakte Maschinen herausholte. Mecklenburg-Vorpommern hatte es besonders schwer, den umfangreichen Reparationsforderungen zu entsprechen: Der Abbau von Zuckerfabriken, des Schienennetzes, der Abtransport landwirtschaftlicher Maschinen sowie der Kahlschlag in Mecklenburgs Wäldern gingen an die Substanz des Landes. "Man kann das Unrecht von heute nicht mit dem Unrecht von gestern entschuldigen. Selbst wenn man aus der Geschichte die Lehre zieht, daß Sieger weitestgehend die Fehler der Besiegten anzunehmen pflegen, darf die nazistische Raubpolitik kein Vorbild für die Politik der Vereinten Nationen sein."³

Die unterschiedlichen politischen Grundauffassungen von Kommunisten und Sozialdemokraten, verbunden mit den Zukunftsfragen der Nation, hätten einer prinzipiellen Klärung

³ Programmatische Dokumente der Deutschen Sozialdemokratie. Bonn 1991, S. 272.

bedurft, bevor es zur Vereinigung beider Arbeiterparteien kommen konnte. Während jedoch in den westlichen Besatzungszonen hierzu eine heftige Diskussion einsetzte, die maßgeblich von Kurt Schumacher initiiert und theoretisch fundiert wurde, gewann in der Sowjetischen Besatzungszone sehr bald eine Tendenz zur Vermeidung solcher Auseinandersetzungen zumindest in der Öffentlichkeit die Oberhand. Im Zentralausschuß der SPD⁴ war man sich der Tatsache wohl bewußt, daß eine Auseinandersetzung mit den Kommunisten zu ideologischen Fragen, wie sie Kurt Schumacher beabsichtigte, die "Einheit" der Arbeiterparteien eher verhindert als herbeigeführt hätte.

Abwehrkampf und Gleichschaltung der Sozialdemokraten in Mecklenburg-Vorpommern werden hier beispielhaft aus der Sicht des damaligen Landesvorstandes der SPD dargestellt. Dabei wird auch versucht, die Haltung der Landesleitung der KPD, wie sie sich aus den archivischen Dokumenten rekonstruieren läßt, wiederzugeben. Die Darstellung will den Nachweis erbringen, daß es in beiden Parteien befürwortende aber auch mahnende und warnende Stimmen gab, die von einer Vereinigung nicht nur abrieten, sondern auch dagegen auftraten.

Ausgehend von den Meinungsprozessen auf zentraler Ebene soll der regionale Bezug der folgenden Ausführungen dazu beitragen, die Widersprüchlichkeit der Vereinigung auf der regionalen Ebene deutlich zu machen. Der Autor bezieht sich in seinen Aussagen auf Quellennachweise, die in der bisherigen Darstellung zu dieser Thematik nicht, oberflächlich oder doch unzulässig verkürzt behandelt wurden, was in erster Linie der einseitigen SED-Version zuzurechnen ist. Die Steuerung des Vereinigungsprozesses durch die Zentrale der KPD unter maßgeblicher Einflußnahme der Besatzungsmacht in der SBZ ließ regionale Besonderheiten in den Hintergrund treten. Dennoch ist es interessant zu sehen, wie Sozialdemokraten Mecklenburg-Vorpommerns die zentralen Beschlüsse reflektierten. Dieses Land gehörte zu jenen in der Sowjetischen Besatzungszone, wo das historische Erbe in besonderer Weise in die aktuelle Auseinandersetzung um die Fusion der Arbeiterparteien einbezogen wurde; Persönlichkeiten der Sozialdemokratie, die bereits Ansehen und Einfluß in der Weimarer Zeit erworben hatten, traten nun sowohl als Befürworter der Vereinigung wie auch als entschiedene Gegner auf.

Die Überlieferungslage historischer Dokumente zur "Vereinigung" ist aus mancherlei Hinsicht mit Fragezeichen zu versehen. Die zur Verfügung stehenden Dokumente insbesondere des Landesvorstandes der SPD geben die Situation relativ einseitig aus der Sicht der Einheitsbefürworter wider. Die Einheitsgegner waren durch die Besatzungsmacht und die Kommunisten Druck ausgesetzt, der sie dazu zwang, ihre Strategie und einzelne Aktivitäten konspirativ zu beraten. Je näher der Zeitpunkt der Vereinigung heranrückte, um so mehr erfolgte bei den Gegnern der Einheit ein Rückzug auf die private, mündliche Kommunikationsebene. Dabei wurde nur das Allernotwendigste aufgeschrieben; sehr wenig ist davon

⁴ Der Zentralausschuß der SPD wurde Mitte Mai 1945 in Berlin gegründet. Ihm gehörten an: Gustav Dahrendorf, Max Fechner, Karl Gerner, Erich W. Gniffke, Bernhard Göring, Otto Grotewohl, Hermann Harnisch, August Karsten, Käthe Kern, Annedore Leber, Helmut Lehmann, Karl Litke, Otto Meier, Fritz Neubecker, Josef Orlopp, Hermann Schlimme, Richard Weimann, Toni Wohlgemuth. Vorsitzende des ZA waren Otto Grotewohl und Max Fechner.

erhalten geblieben, manches, was als Belastungsmaterial gegen sie hätte verwendet werden können, wurde vernichtet. Es ergibt sich also schon aus diesen Gründen die Notwendigkeit, Zeitzeugen zu befragen, wohl wissend, daß der historische Abstand zu den Ereignissen die persönliche Erinnerung verblässen läßt.

Die vorliegende Darstellung versteht sich als ein längst fälliger Beitrag zur Untersuchung der kontroversen Vorgänge um die Vereinigung von Sozialdemokraten und Kommunisten zu einer Einheitspartei in Mecklenburg-Vorpommern. Obwohl eine Auseinandersetzung mit der durch die SED bestimmten Sicht der Vereinigung nicht explizit erfolgt, wird der Kenner der Materie unterschiedliche Auffassungen sofort bemerken. Der Autor erhebt jedoch keinen Anspruch auf absolute Wahrheit und wäre deshalb dankbar für kritische Hinweise der Leser.

Für die Untersuchung konnte auf Literatur zurückgegriffen werden, die vornehmlich in den alten Bundesländern erschienen ist, sowie auf ungedruckte Quellen in Form von Sitzungsprotokollen, Informationsberichten, Analysen und dergleichen mehr, insbesondere aus dem Archiv der PDS Schwerin, für deren Benutzung wie für die erhaltene Unterstützung den dortigen Mitarbeitern gedankt sei.

Gespräche mit Zeitzeugen, die es leider nicht mehr zahlreich gibt, waren eine wertvolle Ergänzung. Diese Gespräche trugen wesentlich zum Verständnis der komplizierten Situation nach dem Krieg, besonders aber des Widerstandes gegen die Vereinigung bei. Die Nachwirkungen von Verfolgung und Vergewaltigung des Denkens durch Besatzungsmacht und Kommunisten führen auch heute noch zu verständlicher emotionaler Erregung.

Der Autor hofft, ein Bild der Vereinigung gezeichnet zu haben, das alle Interessierten zur Diskussion anregt und Verzerrungen, Einseitigkeiten sowie bewußt falsche Darstellungen der regionalen Geschichtsschreibung, wie sie zu DDR-Zeiten üblich waren, beseitigen hilft. Im Interesse der besseren Lesbarkeit wurden Zitate sparsam und nur dort verwandt, wo sie zur Beweisführung und Bekräftigung von Aussagen unbedingt erforderlich erschienen.

Zu danken ist dem Mecklenburgischen Landeshauptarchiv für die Einsichtnahme in wichtige Quellen sowie der Friedrich-Ebert-Stiftung für die Förderung und Veröffentlichung. Für die Ermutigung, diese Darstellung für alle interessierten Leser in Mecklenburg-Vorpommern und darüberhinaus zu erarbeiten, danke ich besonders Herrn Dr. Martin Just.

Besonders danken möchte ich Herrn Peter Schulz, Hamburger Bürgermeister a.D. und Sohn von Albert Schulz, der freundlicherweise das Vorwort verfaßte und mit vielen Hinweisen zum Gelingen der Arbeit beitrug, sowie Herrn Claus Inselmann und Frau Luise Höppner, Tochter Carl Moltmanns, für die Gespräche und Anregungen zum besseren Verständnis der damaligen komplizierten Situation. Nicht zuletzt sei auch der Lebensgefährtin des Rostocker Sozialdemokraten Heini Beese, Frau Grete Beese, für die kritische Wertung des Manuskriptes gedankt. Sie haben damit ein Beispiel der Unterstützung und der gedeihlichen Zusammenarbeit bei der Aufarbeitung unserer Geschichte gegeben und mir geholfen, die damaligen Ereignisse in ihrer Wechselseitigkeit der Objektivität gesellschaftspolitischer Zwänge und der Individualität handelnder Personen zu sehen.

Aus der Geschichte lernen

Die Deutschen haben in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Erfahrungen machen müssen, die mit tiefen Einschnitten in ihre materielle und geistige Lebenssituation verknüpft waren. In Mecklenburg prägten bis zur Novemberrevolution ständisch-monarchische Verhältnisse die politische und wirtschaftliche Lage. Folge waren zum einen erhebliche Entwicklungsrückstände gegenüber den anderen deutschen Ländern. Zum anderen hatte sich aber eine große Sehnsucht nach Demokratie und Freiheit bei den Menschen und politischen Parteien auch in diesem Teil Deutschlands aufgebaut, wobei selbst die bitteren Jahre des Ersten Weltkrieges diese Sehnsucht nicht vollends verdrängen konnten.

Trotz aller Benachteiligungen hatte sich die Sozialdemokratie seit dem Ende des 19. Jahrhunderts zu einer einflußreichen politischen Kraft entwickeln können. Als Großherzog Friedrich Franz 1918 eine Umbildung seines Kabinetts vornahm, wurden auch zwei sozialdemokratische Minister berufen. Der Grund hierfür lag sicher nicht in der Vorahnung einer baldigen Beendigung seiner Herrschaft. Aber auch mit dieser politischen Öffnung war der Lauf der Geschichte nicht aufzuhalten, was nicht nur mecklenburgischen Verhältnissen geschuldet war.

Nach den revolutionären Umwälzungen sah sich die Sozialdemokratie in der überraschenden Situation, in dieser schwierigen Lage das Land mitregieren zu müssen. Dabei galt es, ein neues Staatswesen aufzubauen, von dem niemand wußte, wie es aussehen sollte. Bisher hatte sich die SPD als Opposition verstanden, als eine Kraft, die den kapitalistischen Staat ablehnte. Das traditionelle sozialdemokratische Staatsverständnis einer sozialistischen Gesellschaft, eines Volksstaates, in dem die Machtfrage zu Gunsten der Sozialdemokratie gelöst war, schien auf die neu entstandene Situation nicht anwendbar. "Der Gedanke der klassen- und damit staatenlosen Gesellschaft, zu dem sich die Sozialdemokratie bekannte, war niemals eine lebendige Idee. Es war immer nur ein nebelhafter, verschwommener Begriff, eine Abstraktion, ohne Blut und Dringlichkeit, und rein negativ."⁵

Hinzu kam das Chaos der Nachkriegssituation, der Druck, der durch den Versailler Friedensvertrag erzeugt wurde, sowie eine mangelnde Erfahrung im Umgang mit kapitalistischen Strukturen in Staat und Wirtschaft. Die Voraussetzungen für den Aufbau einer neuen Gesellschaft stellten sich in Mecklenburg deshalb als denkbar ungünstig dar. Dennoch übernahm die Sozialdemokratie die Verantwortung, die ihr von den Wählern übertragen wurde. Gemeinsam mit anderen demokratischen Kräften wurde ein Reformwerk in Gang gesetzt, an dessen Ende eine grundlegend gewandelte Gesellschaft stehen sollte. Den Weg dorthin sollte die verfassungsrechtlich gesicherte parlamentarische Demokratie ebnen.

Ein beispielloses Gesetzeswerk wurde geschaffen, wichtige Schritte auf dem Weg in Richtung sozialer Gerechtigkeit wurden gegangen: Eigentum in der Landwirtschaft wurde

⁵ Ernst Niekisch. Die Deutsche Sozialdemokratie. In: Sozialistische Monatshefte. Hrsg. Ernst Bloch. Jan. bis Dez. 1924, S. 351.

ermöglicht, eine Verbesserung der Bildungschancen durchgesetzt und gleiche demokratische Rechte für alle Bürger verwirklicht.

In keinem anderen Abschnitt mecklenburgischer Geschichte lagen die Extreme so nah beieinander wie in der Weimarer Zeit. Alles, was in hohem Tempo im politischen und wirtschaftlichen Geschehen an Veränderungen vollzogen wurde, trug den Makel des Unvollkommenen an sich. Aber die berechnete Ungeduld der Menschen, die tiefen sozialen Konflikte und die Drohungen der Entente ließen kein behutsames politisches Voranschreiten zu.

Das Erreichte hätte durchaus eine Basis für die Ausgestaltung einer demokratischen Gesellschaft sein können. Allerdings war der politische Widerstand zu stark, um alle die auf Jahrzehnte angelegten Vorhaben auch zu verwirklichen. Die Kommunisten lehnten die Weimarer Demokratie ab ebenso wie die Nationalsozialisten. Für erstere war diese Gesellschaft "reinsten Kapitalismus", und die Sozialdemokraten wurden als Geburtshelfer dieser Verhältnisse denunziert. Die Nazis hielten die demokratischen Institutionen für das entscheidende Hindernis gegen eine "nationale Wiedergeburt" Deutschlands. Beide politischen Extreme trafen sich in ihrem Haß gegen die parlamentarische Republik und im Kampf gegen deren konsequenteste Verfechter, die Sozialdemokraten.

Geht man davon aus, daß die Demokratie ab 1918 gute Chancen besaß, sich trotz fehlender demokratischer Traditionen in Mecklenburg zu behaupten, liegt es nahe, den demokratischen Parteien Versagen vorzuwerfen, wie die Kommunisten es taten. Dabei sind Defizite in der programmatischen Aussage und Fehler in der praktischen Politik der demokratischen Parteien auch nicht abzustreiten. Als Schwäche erwies sich ihre Unfähigkeit, die Vision einer demokratischen Gesellschaft in ein politisch, wirtschaftlich, sozial und kulturell akzeptables praktisches Konzept umzuformulieren. Als nicht minder hinderlich erwies sich insbesondere in der Sozialdemokratie der wenig entwickelte Wille zur Macht, der in einem Mangel starker Persönlichkeiten zum Ausdruck kam. Allgemein gesprochen läßt die Farb- und Leblosgkeit einer Idee immer den Rückschluß auf die Schwäche der handelnden Kräfte zu, die die Idee zu verwirklichen haben.

Die Schwäche der Sozialdemokratie, von den anderen demokratischen Parteien ganz zu schweigen, trat immer dann offen zutage, wenn sie die Oppositionsrolle verließ. Entweder wurde sie nun von anderen vereinnahmt, wie es dann auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges durch die Kommunisten geschah. Oder sie scheiterte an ihren gegensätzlichen Ansprüchen: An ihrem Bestreben, als Sozialpartei im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung eine pragmatische Wirtschaftspolitik betreiben zu müssen, und ihrer Vision einer demokratischen *und* sozialistischen Gesellschaft.

Nach dem Verbot der SPD, das nach dem nach dem Wahlsieg der Nazis bei den Landtagswahlen 1932 für die Mehrheit in der Sozialdemokratie keine Überraschung darstellte, fiel es den Mecklenburger Sozialdemokraten zunächst schwer, sich auf die Bedingungen der Illegalität einzustellen. Anders verhielt es sich bei den Kommunisten. Ihre Parteistruktur und Parteidisziplin ermöglichte es ihnen, sich relativ rasch an die neue Situation anzupassen. Während es auf der Ebene der Leitungen beider Parteien viele Vorbehalte gegen einen gemeinsamen Kampf gegen die Nazi-herrschaft gab, fanden sich "einfache" Sozialdemokraten und Kom-

munisten in vielen kleinen Widerstandsgruppen zusammen. Hier ließ man sich weniger von ideologischen Vorbehalten der Vergangenheit leiten, sondern stellte die konkrete Tat gegen die NS-Diktatur in den Vordergrund. Zahlreiche Mitglieder beider Parteien mußten ihren Widerstand mit dem Tod oder langjährigen Haftstrafen bezahlen.

Das Bewußtsein des gemeinsamen Kampfes und des gemeinsam ertragenen Leides in Gefängnissen und Konzentrationslagern ließ den Wunsch reifen, nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft die Gräben zwischen beiden Parteien zuzuschütten. Dieses vorwiegend emotional bestimmte Denken vernachlässigte nicht nur, sondern klammerte die tiefen ideologischen Gegensätze, die beide Parteien trennte, auch zum Teil bewußt aus. Die Haltung, um der Gemeinsamkeit willen entscheidende Widersprüche auszublenden, wurde von vielen auch nach Beendigung des Krieges beibehalten.

Die Haltung zum nationalsozialistischen System wurde nach seinem Zusammenbruch entscheidendes Kriterium für die Bewertung und Einordnung in das neue System. In der Rangfolge nahmen in der Sowjetischen Besatzungszone Antifaschisten kommunistischer Prägung erste Plätze ein, waren sie doch bereits vor dem Kriegsende von Stalin auserwählt, die anstehenden Auseinandersetzungen in Deutschland in seinem Sinne zu führen. Aber in der SBZ war nicht von vornherein alles zu Gunsten der Kommunisten entschieden. In der Deutschlandpolitik der Sowjetunion schien zunächst die Erhaltung der Einheit eine Chance zu besitzen. Desweiteren kann zunächst eine gewisse Anknüpfung an politische Strukturen der Weimarer Zeit, also an eine parlamentarische Republik und an die Erhaltung des Föderalismus zumindest auf eine zu diesem Zeitpunkt noch nicht endgültig festgelegte Strategie der Kommunisten deuten. Allerdings waren die Handlungsmöglichkeiten für Kommunisten wegen des Beistands der Sowjets ungleich günstiger als für andere politische Kräfte. Namens des Antifaschismus wurde ein Prozeß gesellschaftlicher Erneuerung eingeleitet, der zwar einen radikalen Bruch mit dem Nationalsozialismus versprach, aber an seiner Stelle neue autoritäre Strukturen schuf. Von Beginn an erhoben die Kommunisten den Führungsanspruch gegenüber allen anderen gesellschaftlichen Gruppen. Sie versprachen, nicht nur den Faschismus zu beseitigen, sondern zugleich auch die Wurzeln nationalsozialistischer Herrschaft gründlich "auszurotten." Nur kurzzeitig ließ die KPD erkennen, daß auch sie ihren Anteil Schuld am Nationalsozialismus hatte. Grundsätzlich aber verstanden sich die Kommunisten als "Sieger der Geschichte", die eigenes Versagen rasch verdrängten. Dazu gehörte, daß der eigene Anteil im Widerstand gegen den Nationalsozialismus überhöht und einseitig dargestellt wurde, um damit den eigenen Führungsanspruch zu legitimieren. Ein derart verengtes Antifaschismus-Konzept mußte zwangsläufig in den Augen der Bevölkerung als wenig glaubhaft erscheinen. Es fehlte dieser sehr vordergründig vorgetragenen Position des Antifaschismus die entscheidende Komponente, die Wahrhaftigkeit, trotz des zweifellos tapferen Widerstandskampfes von Kommunisten.

In einer Frage waren sich die Alliierten nach ihrem Sieg über die NS-Diktatur einig: Es müssen alle Voraussetzungen geschaffen werden, daß von Deutschland niemals wieder ein Krieg entfesselt werden kann. Deshalb wurde auf der Potsdamer Konferenz im Juli/August 1945 beschlossen: "Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch

andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann."⁶ Im Oktober 1945 legten sie in der Direktive Nr. 38 fest, was sie in politischer, wirtschaftlicher und ideologischer Hinsicht gemeinsam auszuführen gedachten. Es war der Rahmen, in dem sich die Siegermächte bewegen sollten. Darin war jede Besatzungsmacht befugt, für das von ihr besetzte Gebiet eigene Befehle zu erlassen, die Durchführung zu kontrollieren und die Intensität der Ausführung zu bestimmen.

Für die Sowjetische Besatzungszone wurde mit den Befehlen Nr. 124 bzw. 126 vom 30. und 31. Oktober 1945 die entscheidende Grundlage für eine in der deutschen Geschichte beispiellose Enteignungsaktion geschaffen. Danach sollte eine umfassende Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten, Militaristen und Industriellen, welche das nationalsozialistische Regime gefördert und gestützt hatten, vorgenommen werden. Auch in den westlichen Besatzungszonen wurden ähnliche Befehle der Alliierten erlassen.

In der SBZ war man jedoch nicht bis zum Oktober untätig. Bereits im Moskauer Exil hatten sich die deutschen Kommunisten gründlich mit einem Programm der gesellschaftlichen Umgestaltung Deutschlands nach dem Krieg beschäftigt und waren in Übereinstimmung mit Stalin der Auffassung, daß nach der militärischen Niederlage der NS-Diktatur die ökonomische Entmachtung der Unternehmer in Industrie und Landwirtschaft erfolgen müsse, deklariert als Bestrafung der Kriegsverbrecher und Militaristen. Dies bedeutete, das kapitalistische System schrittweise zu beseitigen. Die westlichen Alliierten hatten zwar ein Interesse daran, den NS-Staat zu liquidieren, die Schuldigen für ihre Verbrechen zu bestrafen, aber an der Beseitigung des privatkapitalistischen Eigentums war ihnen nicht gelegen. Deshalb definierten die Vereinigten Staaten von Amerika ihre politischen Ziele in Deutschland in einer Direktive wie folgt: " Es ist das Ziel der amerikanischen Regierung, daß in Deutschland so schnell wie möglich eine Form der politischen Organisation und eine Art des politischen Lebens entsteht, das sich auf eine substantielle Basis wirtschaftlichen Wohlergehens stützt, in Deutschland selbst Ruhe herbeiführt und zur friedlichen Gesinnung der Völker untereinander beiträgt. Ihre Aufgabe besteht also hauptsächlich darin, daß sie das wirtschaftliche und erzieherische Fundament einer gesunden deutschen Demokratie legen helfen, aufrichtige demokratische Bestrebungen ermutigen und solche Handlungen unterbinden, die eine wirkliche demokratische Entwicklung gefährden würde." Insofern befanden die westlichen Alliierten sich in einer mißlichen Situation: Sie faßten gemeinsam mit der Sowjetunion Beschlüsse für ganz Deutschland im Alliierten Kontrollrat, konnten aber deren Erfüllung nur in dem von ihnen besetzten Teil veranlassen. Während in den westlichen Besatzungszonen die Bestrafung von Industriellen sich vor allem auf die Spitzen großer Industrievereinigungen beschränkte und der Prozeß der Enteignung auf der ersten Stufe, der Sequestration und Beschlagnahme, stehen blieb, wobei auch ein baldiger Abschluß der Prozesse gegen Kriegsverbrecher gefordert wurde, überführte man das sequestrierte und beschlagnahmte Vermögen in der SBZ mit hohem Tempo in sogenanntes Volkseigentum.

⁶ Vgl. Zur Deutschlandpolitik der Anti-Hitler-Koalition (1943 bis 1949). Hrsg. vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte. Berlin 1966, S. 71 - 77.

Damit wurde einer demokratischen Entwicklung in der SBZ systematisch der Boden entzogen, mehr noch, die Politik der Schaffung von "vollendeten Tatsachen" machte es immer unwahrscheinlicher, daß die Einheit Deutschlands erhalten bleiben konnte.

In allen Ländern und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone wurde die Maßnahmen zentralistisch gesteuert und damit einheitlich durchgeführt. Deshalb gilt die Darstellung für Mecklenburg-Vorpommern vom Grundsatz her auch für die übrigen Länder und Provinzen der SBZ.

Nachdem die Waffen endgültig schwiegen, war es das oberste Gebot der Stunde, die Wirtschaft so schnell wie möglich wieder in Gang zu setzen. Um ca. eine Million war die Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns durch den Zustrom von Flüchtlingen, Vertriebenen und Umsiedlern angewachsen. Die Menschen benötigten Wohnraum und Essen, und etwa 350 000 von ihnen waren arbeitslos und damit ohne Verdienst. Die einzig richtige Orientierung war deshalb, die Trümmer wegzuräumen und die Produktion wieder in Gang zu setzen. Mit einfachsten Mitteln wurden Maschinen repariert und Rohstoffe aus dem reichlich vorhandenen Kriegsmaterial gewonnen. Beim Bau von Häusern wurden Naturstoffe wie Lehm und Stroh in der alten Lehmstampfbauweise wieder verwandt. Trotzdem war die Not der Bevölkerung unbeschreiblich groß. Da half schon eine warme Suppe aus der "Gulaschkanone" der Russen im Überlebenskampf.

Deutschland hatte jedoch den Krieg verloren und wurde verpflichtet, Wiedergutmachung zu leisten. So wurden allein in Mecklenburg-Vorpommern 1945 insgesamt 128 Industriebetriebe, 5 Ziegeleien und 50 Sägewerke als Reparationsgut demontiert. Viele Kilometer Gleise wurden abgebaut, und Betriebe wie beispielsweise die Neptunwerft in Rostock produzierten als SAG-Betriebe ausschließlich für die Sowjetunion. Die Rote Armee hatte landwirtschaftliche Güter besetzt, die als Versorgungsgüter bis Ende der vierziger Jahre in ihrem Besitz blieben.

Am nachhaltigsten wirkten sich die Veränderungen in der Wirtschaft durch die Enteignungen in Industrie, Landwirtschaft, Handel, Handwerk und Gewerbe aus. "Stalin und seine deutschen kommunistischen Verbündeten waren sich einig, daß unter den gegebenen Bedingungen die politische Unterwerfung der mitteldeutschen Wirtschaft, daß die Instrumentalisierung des wirtschaftlichen Leistungsvermögens der SBZ zum Nutzen des Weltsozialismus am ehesten nach dem Vorbild des sowjetischen Modells der Leitung und Planung von Staat und Wirtschaft zu bewerkstelligen sei. Nach dem Kampf um die politische Macht bzw. teilweise parallel damit setzt der Kampf um die Herrschaft über die Wirtschaft ein." Während es in Sachsen im Juni 1946 einen Volksentscheid über die Überführung der Betriebe von Nazi- und Kriegsverbrechern in "Volkeigentum" gab, wurde in Mecklenburg-Vorpommern diese Angelegenheit durch das Gesetz Nr. 4 vom 16. August 1946 "zur Sicherung des Friedens" entschieden und im Februar 1947 durch einen von der SED dominierten Landtag bestätigt.⁷ Auf dieser Grundlage wurden 597 Betriebe, die auf der

⁷ Vgl. Amtsblatt der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern Nr. 6 vom 14. 9. 1946.

"Liste A" erfaßt waren, in "Volkseigentum" überführt. Das waren Betriebe der Rüstungsindustrie, wie beispielsweise die Heinkel-, Arado- und Dornierwerke, in der Mehrzahl jedoch Betriebe des Mittelstandes und des Handels, deren Besitzer aktive Anhänger des NS-Regimes gewesen waren. Die Zahl der enteigneten Objekte erhöhte sich noch um ein Mehrfaches, rechnet man Häuser, Grundstücke, Kinos, Apotheken usw. hinzu. Enteignet wurde auch das Vermögen von Vereinen, Stiftungen, Parteien und Organisationen. Der größte Besitzer war jedoch der NS-Staat gewesen, dessen Vermögenswerte ausnahmslos in Landeseigentum überführt wurden, soweit nicht Reparationsansprüche zu befriedigen waren. Hierzu gehörten vorrangig die Einrichtungen der Wehrmacht. In der ersten Etappe der Enteignung bis 1947 wurden vor allem die wirtschaftlichen und politischen Stützen des NS-Systems erfaßt.

Die Art und Weise der Umsetzung der Beschlüsse des Alliierten Kontrollrats durch die sowjetische Besatzungsmacht verdeutlichte die politische Zielsetzung ihres Vorgehens. So wurden zahlreiche Urteile durch sowjetische Kriegstribunale gefällt, die die einfachsten Regeln gerichtlicher Verfahren mißachteten. So gab es weder die Möglichkeit der Verteidigung durch einen Anwalt, noch erfolgte eine sachliche Begründung des Urteils mit eindeutigem Nachweis von Schuld des Angeklagten. Strafen zwischen zehn und fünfundzwanzig Jahren mit Konfiszierung des Eigentums waren keine Seltenheit. Betriebe und Immobilien wurden "Volkseigentum." Die Angehörigen wurden so ungerechtfertigt mitbestraft und oft ins Elend gestoßen. Eine Rehabilitierung der unschuldig Verurteilten konnte es bis 1989 nicht geben, da die SED hieran kein Interesse hatte.

Erfahrungen der NS-Zeit und Schlußfolgerungen

Für den Verwaltungsaufbau hatte die Initiativgruppe Mecklenburg, bestehend aus Funktionären der KPD und Mitgliedern des NKFD, klare inhaltliche und personelle Vorstellungen im Reisegepäck. Sie traf am 6. Mai bei Stettin ein. Gustav Sobottka war ihr Leiter. Weiterhin gehörten ihr an: Gerda Baum, Willi Bredel, Kurt Bürger, Gottfried Grünberg, Kurt Herholz, Rudolf Herrstadt, Fritz Kahmann, Aenne Kundermann, Jonny Löhr, Lore Pieck, Adam Scharrer u.a.. "Die Genossen waren durch die Führung der KPD auf ihren Einsatz gründlich vorbereitet worden und hatten die in Mecklenburg und Vorpommern tätigen Kommunisten und anderen Antifaschisten mit den Beschlüssen und Richtlinien der Partei vertraut zu machen und sie mit ihnen zu verwirklichen. Die Initiativgruppe konzentrierte sich auf die Mobilisierung der Antifaschisten, die Bildung demokratischer Selbstverwaltungsorgane, die Sammlung der Kommunisten zur Vorbereitung auf die Wiederzulassung der Partei, die Herstellung enger Kontakte zu Sozialdemokraten und auf die Aufklärung der Bevölkerung."⁸ Die Kommunisten hatten somit einen "Startvorteil", den sie bei der Besetzung so wichtiger Verwaltungsfunktionen wie Bürgermeister in Städten und Dörfern, Beamte in den Ministerien der Landesverwaltung sowie bei anderen wichtigen Positionen in der Wirtschaft nutzten.

In zahlreichen Städten waren aus der Widerstandsbewegung heraus die Vorbereitungen zur Schaffung antifaschistischer Verwaltungsorgane weit gediehen. Neben Anklam, Grabow, Demmin, Rostock, Grimmen und Stralsund gaben Greifswalder Bürger, die sich bereits 1943 zum aktiven Widerstand formiert hatten, ein Beispiel mutiger Entschlossenheit. Auf Initiative des Kommunisten Hugo Pfeiffer, des Pastors Gottfried Holtz und des Sozialdemokraten Hans Lachmund hatten sich der parteilose Prof. Ernst Lohmeyer, Deutschnationale und auch Mitglieder der NSDAP in dem Willen zusammengefunden, den Kampf gegen die NS-Diktatur aufzunehmen, um noch größeren Schaden für die Stadt abzuwenden. Die beharrliche Einwirkung auf den Stadtkommandanten Rudolf Petershagen hatte sich mit der kampflosen Übergabe der Stadt gelohnt. Schon bald erwies sich, daß die Vorstellungen der Initiativgruppe nicht mit denen Lachmunds, Lohmeyers u. a. in wichtigen Fragen übereinstimmten. Es kam vermutlich zu Auseinandersetzungen, bei denen der sowjetische Geheimdienst NKWD die Entscheidung herbeiführte.⁹

Der Aufbau der Verwaltungen sowohl auf kommunaler wie auf Landesebene folgte dem Ziel, "in Deutschland eine Gesellschaftsordnung nach sowjetischen Vorbild zu etablieren. Davon träumten die Kommunisten", wie Erich Honecker rückblickend in einem Gespräch mit finnischen Journalisten kundtat. "Doch als sich dieser Traum vom einheitlichen kom-

⁸ Vgl. Geschichte der Landesparteiorganisation der SED Mecklenburg 1945 - 1952. Rostock 1986, S. 74.

⁹ Hans Lachmund, geb. am 10. 8. 1892, SPD, stand gemeinsam mit dem Kommunisten Hugo Pfeiffer und dem Pfarrer Gottfried Holz, Ernst Lohmeyer u.a. im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Wenige Wochen nach der Befreiung Greifswald wurde er von der NKWD verhaftet, bis 1950 interniert und in einem der berühmtesten Waldheimer Prozessen zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilt. 1954 wurde er begnadigt und in die Bundesrepublik entlassen. Am 4. 9. 1972 ist er gestorben.

munistischen Deutschland nicht erfüllen ließ, weil die Realitäten dem entgegenstanden, konzentrierten sich alle Anstrengungen auf die sowjetisch besetzte Zone (SBZ), wo der sowjetische Kommunismus (Bolschewismus genannt) im reinen Wortsinn Fuß gefaßt hatte."¹⁰ Dementsprechend konnte man auch nur solche Verwaltungskräfte gebrauchen, die dieser Aufgabenstellung entsprachen. Dabei war es den Kommunisten angesichts des Kräfteverhältnisses und unter Berücksichtigung nationalem Empfindens der Bevölkerung nicht möglich, diesen Kurs in aller Offenheit zu propagieren.

Dennoch waren die politischen Voraussetzungen für die Kommunisten denkbar günstig. "Der Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes, seine totale militärische Niederlage und der Zerfall aller staatlichen Gewalt in Deutschland hatten auf die Tagesordnung der deutschen Geschichte die Notwendigkeit gesetzt, die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu entnazifizieren und zu demokratisieren. Diese historische Notwendigkeit erklärt zugleich, daß und warum sich Opposition und Widerstand in der sowjetischen Besatzungszone damals zunächst keineswegs regten."¹¹

Die Demagogie der Kommunisten kannte keine Grenzen. Sie versprachen alles: Demokratie, die Einheit Deutschlands, gleichberechtigte Zusammenarbeit aller politischen Parteien, Gerechtigkeit und keinen Sozialismus nach sowjetischem Vorbild. Dabei waren ihre Formulierungen möglichst allgemein gehalten und damit auslegbar nach verschiedenen Seiten. Wo ihre Demagogie nicht verfiel, übten sie Druck aus, wurde der NKWD eingeschaltet, wurde korrumpiert oder auch politisch erpreßt. Bereits bei der Einsetzung der Landräte, Bürgermeister, Oberbürgermeister und Kreisräte war das wichtigste Auswahlkriterium, daß durch sie die kommunalen Selbstverwaltungsorgane zu "Machtorganen der Arbeiterklasse", sprich, der Kommunisten, entwickelt werden sollten.

Eine Übersicht über die politische Zusammensetzung der leitenden Kommunalorgane in den Stadt- und Landkreisen des Landes Mecklenburg-Vorpommern nach dem Stand vom 30. Oktober 1946 gibt folgende Auskunft:

Amtsbezeichnung	Zahl	davon Frauen	SED	KPD	SPD	CDU	LDP	parteilos
Landräte	21	21	(13)	(8)	-	-	-	
stellv. Landräte	21	20	(11)	(9)	1	-	-	
Oberbürgermeister	6	5	(3)	(2)	-	-	1	
besoldete Stadträte	36	22	(10)	(12)	5	9	-	
Gesamt	84		-	68	(37)	(31)	6	9

¹⁰ Zitiert nach: Gernot Schneider. Wirtschaftswunder DDR, Anspruch und Realität. Köln 1990, S. 15.

¹¹ Karl Wilhelm Fricke. Opposition und Widerstand in der DDR. Verlag Wissenschaft und Politik. Köln 1984, S. 22.

Diese Zusammensetzung ergab sich nach den Landtagswahlen vom 20. Oktober 1946. Bis dahin war die politische Zusammensetzung heterogener und damit in gewisser Weise auch demokratischer gewesen, wenngleich diese Wahlen im Prinzip noch demokratischen Regeln folgten. Die Kritik muß hier vor allem an der Zwangsvereinigung von KPD und SPD und der Wahlbehinderung der bürgerlichen Parteien ansetzen.

Von den insgesamt 28 Landräten und Oberbürgermeistern gehörten 8 der KPD, 7 der SPD und 3 der CDU an, 10 waren parteilos. Damit war es schwierig, politische Zielsetzungen der Kommunisten auf kommunaler Ebene umzusetzen.

Bei den sozialdemokratischen Landräten und Amtsvertretern konnte die Mehrzahl auf kommunale Leitungserfahrungen in der Weimarer Zeit zurückblicken. Bei ihnen vereinigte sich Fachkompetenz mit politischem Wissen. Es erwies sich aber recht bald, daß die rasche Stärkung des Zentralismus in der Verwaltung eine Einengung der kommunalen Selbstverwaltung bedeutete. Insbesondere machte aber der Dirigismus, das "Hineinregieren" bzw. die "führende Rolle der SED" zu schaffen, so daß es vielfach zu Konflikten kam, wie z.B. mit Karl Moritz, Landrat des Kreises Wismar und Albert Schulz, Oberbürgermeister von Rostock.

Mit der Direktive Nr. 24 vom 12. Januar 1946 ordnete der Alliierte Kontrollrat die "Entfernung von Nationalsozialisten und Personen an, die Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstehen, aus Ämtern und verantwortlichen Stellen."¹²

Bereits am 8. Juli 1945 legte Skossyrew, Chef der SMA Mecklenburg, in einer Besprechung fest, daß Verwaltungshandeln im Interesse der Sowjetunion zu erfolgen habe. Die Lösung dringender Aufgaben der Ernährung, des Verkehrs, der Arbeitsbeschaffung und der Flüchtlingsversorgung sei bei strenger Beachtung der Bereinigung der Verwaltung durchzuführen. Von den etwa 15.000 Beamten und Angestellten der Kommunalverwaltungen wurden ca. 40 Prozent wegen Zugehörigkeit zur NSDAP und ihrer Gliederungen entlassen, und zwar in Etappen bis 1948. Weitere 20 Prozent wurden aus anderen Gründen - wie etwa fehlender Eignung oder krimineller Vergehen - entfernt. Das führte insgesamt zu einer ernstzunehmenden Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit der kommunalen Verwaltungen. Dennoch ließ sich die SED nicht grundsätzlich von dieser Linie abbringen, ging es ihr doch in erster Linie nicht mehr um den Beamten oder Angestellten, der in neutraler Weise seine Aufgaben zu erfüllen hat, sondern um die Schaffung eines der SED ergebenen Staatsfunktionärs.

¹² Als Personen, die der Partei "aktiv und nicht nur nominell angehört haben" und solche, "die Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstehen", galten: I. Personen, die als Amtsträger oder in anderer Weise in der Partei, von den Orts- bis hinauf zu den Reichsstellen, oder in einer der ihr angeschlossenen oder in solchen Organisationen, die militärische Lehren fördern, aktiv tätig waren; II. Personen, die nationalsozialistische Verbrechen, Rasseverfolgungen oder ungleichmäßige und ungerechte Behandlung gutgeheißen oder an solchen Taten willig teilgenommen haben; III. Personen, die offen erklärte Anhänger des Nationalsozialismus oder militärischer oder Rassenlehren waren, oder IV. Personen, welche freiwillig der NSDAP, deren Führern oder Hoheitsträgern wesentlichen moralischen oder materiellen oder politischen Beistand irgendeiner Art geleistet haben.

Noch bevor die Briten den westlichen Teil Mecklenburgs verlassen hatten, führte Sobottka im Auftrag der SMA in Güstrow Gespräche zur Bildung einer Landesverwaltung in Güstrow. Unter der Präsidentschaft des Sozialdemokraten Wilhelm Höcker, der bis 1932 über ein Jahrzehnt lang als Amtshauptmann des Kreises Güstrow gewirkt hatte und auch in der parlamentarischen Arbeit erfahren war, nahm die Landesverwaltung in der Landeshauptstadt Schwerin ihre Tätigkeit auf. Sie unterstand der Kontrolle und Befehlsgewalt der Besatzungsmacht.¹³

Die formale Beibehaltung der überkommenen Organisationsstrukturen, Amts-bezeichnungen und Geschäftsverteilungspläne täuschte darüber hinweg, daß das Land sofort mit einschneidenden Veränderungen verwaltet wurde. Da es bis zum Herbst 1946 kein gewähltes Parlament gab, wurden bis dahin alle Gesetze von der Landesverwaltung erlassen. Damit existierte auch keine parlamentarische Kontrolle der Tätigkeit der Regierung. Viel schwerwiegender war jedoch, daß es neben der SMA weitere Gremien gab, die entscheidend auf den Lauf der Verwaltungsarbeit Einfluß nahmen. Das war zum einen der "Block der antifaschistischen Parteien", bestehend aus KPD, SPD, CDU und LDP. Weitاًus intensiver und bestimmender wirkte aber zum anderen die Landesleitung der KPD auf die Landesverwaltung ein, was sich nach Bildung der SED als Durchsetzung eines allgemeinen politischen Führungsanspruchs darstellte. Alle grundsätzlichen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entscheidungen wurden von der SED als Direktive für den Verwaltungs- und Staatsapparat beschlossen.

Wie auf kommunaler Ebene wurde auch in der Landesverwaltung die Entnazifizierung als eine vorrangige Aufgabe betrachtet, die von der Landesleitung der SED beobachtet und kontrolliert wurde. Für die Personalpolitik war Johannes Warnke zuständig, und die Entnazifizierung leitete Erich Kundermann (KPD), der ebenfalls zum Kreis der Führungskader gehörte. Der Anteil ehemaliger Angestellter der Landesregierung, die der NSDAP angehört hatten, war hoch. "Von den 371 im Juni 1945 noch im Amt befindlichen Angestellten der mecklenburgischen Regierungsstellen in Schwerin waren 239 ehemalige Mitglieder der NSDAP. Obwohl der 1. Vizepräsident erst am 30. August eine Verfügung zur politischen Säuberung der Landesverwaltung erließ, die in begründeten Ausnahmefällen die weitere Beschäftigung ehemaliger nomineller Pgs. zuließ, waren die meisten Belasteten aber schon im Juli aus der Verwaltung ausgeschieden."¹⁴

Die SED nutzte die Entnazifizierung, um vor allem SED-Mitglieder oder Mitglieder von Blockparteien in die Verwaltungen zu holen. Nicht die Fachkompetenz war das wichtigste Kriterium für die Einstellung als Landesbediensteter, sondern das Parteibuch. Die 16 Fachabteilungen der Landesregierung hatten per 30. 11. 1946 insgesamt 1.194 beschäftigte Dienstkräfte. Davon waren 548 SED-Mitglied, 86 gehörten der CDU und 27 der LDP an.

¹³ Dem Kabinett Höcker, der die offizielle Bezeichnung "Präsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern" trug, gehörten weiterhin an: 1. Vizepräsident Johannes Warnke (KPD/SED), 2. Vizepräsident Otto Möller (CDU), 3. Vizepräsident Gottfried Grünberg (KPD/SED).

¹⁴ Vgl. SBZ Handbuch. Hrsg. von Martin Broszat und Hermann Weber. Oldenbourg Verlag GmbH, München 1990, S. 112.

Zu diesem Zeitpunkt war bereits die Hälfte aller Angestellten, die bis zum Kriegsende in den Ministerien tätig gewesen waren, ausgewechselt worden. Dabei ist auffallend, daß die Abteilungen des Innenministeriums, der Polizeiverwaltung, der Allgemeinen und Inneren Verwaltung einschließlich Kommunalabteilung, Sequestrierung und Personalamt bis zu 80 Prozent mit SED-Mitgliedern besetzt waren. Der Anteil der Blockparteien dagegen war gering. Ähnliches läßt sich auch für die Fachabteilung Arbeit und Sozialfürsorge, einschließlich des Landesarbeitsamtes feststellen.¹⁵

Die Kommunisten, die 1945/46 noch eine Minderheit darstellten und in der Mehrzahl fachlich wenig Kompetenz besaßen, wurden von Anfang an mit den wichtigsten Funktionen in der Landesverwaltung betraut. Erst mit der Zwangsvereinigung trat durch die hinzukommenden versierteren Kräfte der SPD eine Veränderung ein. Allerdings wurden ehemalige Sozialdemokraten, auch wenn sie nun Mitglied der SED waren, systematisch benachteiligt, weil sie nach Auffassung der Kommunisten in politischer Hinsicht weniger zuverlässig erschienen.

Die massenhafte Entlassung von Angestellten des öffentlichen Dienstes, Landesbediensteten wie Kommunalbeamten, Lehrern, Richtern, Staatsanwälten im Rahmen der Entnazifizierung wurde im wesentlichen 1948 abgeschlossen. "Nach Erlass des Befehls Nr. 201 der SMAD, der am 16. August 1947 die Landesverwaltung verpflichtete, die Entnazifizierung beschleunigt abzuschließen und neue Modalitäten der politischen Säuberung festlegte, wurden bis zum 1. März 1948 noch 3.688 Personen wegen ihrer Mitgliedschaft in der NSDAP aus dem öffentlichen Dienst entlassen, 1.627 vom Dienst versetzt und 11.685 Per-

¹⁵ In einem Bericht der Personalabteilung der Landesverwaltung vom 30. 10. 1946 heißt es: "Von den leitenden Funktionen innerhalb der Fachabteilung der Landesverwaltung sind 2/3 mit Mitgliedern der SED besetzt und zwar handelt es sich mit wenigen Ausnahmen um Kräfte, die neu in die Verwaltung gekommen sind. 1/3 der leitenden Funktionen ist mit Personen besetzt, die entweder der CDU bzw. LDP angehören oder parteilos geblieben sind. Hier handelt es sich fast ausschließlich um Kräfte, die bereits vor dem Zusammenbruch im Dienst waren und unter drei Regimen, Kaiserreich, der Weimarer Republik und dem Faschismus, als Beamte gedient haben. Eine Konzentration dieser letzteren Kräfte ist deutlich spürbar, besonders in den Abteilungen Finanzen und Landwirtschaft und Forsten, wo die leitenden Funktionäre in zunehmendem Maße als Mitarbeiter sogenannte "Fachleute" heranziehen, die eine eindeutige demokratische Orientierung ihrem Wesen nach ablehnen. Angesichts der zentralen Bedeutung der beiden genannten Ressorts bildet die Zusammenballung der geschilderten Elemente in ihnen eine nicht zu unterschätzende latente Gefahr für den Neuaufbau von Staat und Wirtschaft. Den überwiegenden Teil der SED-Angehörigen stellen die neu in die Verwaltung gekommenen Kräfte, während die im Dienst verbliebenen Personen sich zumeist den anderen Parteien angeschlossen haben bzw. parteilos blieben. Die Mehrzahl aller weiblichen Angestellten ist gleichfalls heute noch parteilos, wodurch bei der Präsidialabteilung infolge der Reinmachefrauen sich das Ergebnis erklärt. Ähnlich liegt es auch bei den Abteilungen Handel und Versorgung, Landwirtschaft und Forsten sowie der Abteilung Finanzen. In diesen Abteilungen sammeln sich auffallend solche Elemente, die als "Fachleute" unpolitisch sein wollen, darunter auch verhältnismäßig viele ehemalige Offiziere. Insgesamt sind mehr als 10 % der männlichen Angestellten der Landesverwaltung in der alten und neuen Wehrmacht Offizier gewesen. Ein retardierendes Element bilden außerdem diejenigen Kräfte, die wohl neu in die mecklenburgische Verwaltung gekommen sind, jedoch bereits früher, auch während des Faschismus, in anderen Provinzen als Beamte tätig waren. Auch diese Personen nehmen, von Ausnahmen abgesehen, gegen alle fortschrittlichen Maßnahmen Stellung, indem sie die Rechte und Interessen des sogenannten "Berufsbeamtentums" wahren wollen. Gerade bei diesem Personenkreis gestaltet sich die Prüfung der politischen Vergangenheit besonders schwierig, weil Unterlagen aus den Gebieten ostwärts der Oder nur selten zur Verfügung stehen." In: MLHA Schwerin, Mdl 1945 - 1952 ohne Sign.

sonen, die sich in diesem Zeitraum erneut um ihre Einstellung bemühten, nicht wieder eingestellt."¹⁶

Aber nicht nur die Mitgliedschaft in der NSDAP oder in einer ihrer Gliederungen konnte zur Entlassung führen. Eine großangelegte politische Säuberung insbesondere in den Ministerien und Fachabteilungen der Landesregierung wurde 1949/50 unter der Begründung "Kampf gegen den Titoismus, Opportunismus und Revisionismus" durchgeführt. Die im Stil einer Kampagne geführte Auseinandersetzung betraf insbesondere einen solch sensiblen Bereich der Landesverwaltung wie den der Polizei. Hier wurden all jene entlassen, die während der Zeit des Nationalsozialismus in westliche Staaten emigriert waren. Sie galten als unzuverlässig, weil mögliche Kontakte mit westlichen Geheimdiensten befürchtet wurden.

Zu Entlassungen führten auch Auseinandersetzungen mit den Ministern aus den Blockparteien Siegfried Witte (CDU) und Gotthilf Strasser (LDP). Witte, der Mitglied der DWK war, verfolgte eine Personalpolitik, die weniger auf Parteipolitik beruhte als auf Sachkompetenz. Es gab deswegen ständige Auseinandersetzungen mit dem Leiter der Hauptabteilung Industrie, Jonny Lühr (KPD), der konsequent die Parteilinie einer raschen Bereinigung der Verwaltung durchsetzte.

Der Mangel an Fachkräften sowohl in der Verwaltung als auch an Schulen und Universitäten, aber auch in der Justiz erforderte, in Sonderkursen politisch unbelastete Personen, die auch nur in etwa die bildungsmäßigen Voraussetzungen besaßen, zu qualifizieren. Dabei ging es nicht nur darum, belastete Lehrer oder Richter und Staatsanwälte zu ersetzen, sondern es wurden diese Bereiche auch nach den Vorstellungen der SED reformiert. "Auch sie (die Schulreform) war zunächst keine kommunistische Maßnahme, sie sollte vielmehr mit der Einheitsschule gleiche Bildungschancen für alle bieten."¹⁷ Wilhelm Pieck faßte die Erneuerung des Schulsystems wie folgt: "Besondere Sorgfalt wird darauf verwendet werden, die Säuberung der Lehr- und Stoffpläne, der Lehr- und Lernmittel in den Schulen mit der gebotenen Gründlichkeit durchzuführen, damit nur völlig einwandfreies Bildungsgut an die heranwachsende Generation herangetragen wird."¹⁸ Das bedeutete eine einseitige Sicht der jüngsten deutschen Geschichte, eine schrittweise Ideologisierung des Unterrichts und eine Formulierung von Erziehungszielen im Sinne der SED. Diese Aufgabe der Neugestaltung der Schule fiel einer Lehrerschaft zu, die zu 60 Prozent nur kurzfristig, d.h. als Neulehrer, ausgebildet worden war. Mit ca. 80 Prozent der Lehrer, die ehemals Mitglied der NSDAP waren und häufig zu den eifrigsten Propagandisten der Nazi-Ideologie zählten, wurde in Mecklenburg-Vorpommern ein überdurchschnittlich hoher Anteil der Lehrer entlassen. Nicht selten betraf es das gesamte Lehrpersonal von Landschulen und auch beträchtliche Teile der Lehrerschaft von Volksschulen und Gymnasien in den Städten. So blieben bei-

¹⁶ Vgl. Anm. 12, S. 22.

¹⁷ Hermann Weber. DDR. Grundriß der Geschichte 1945 - 1990. Hannover 1991, S. 37.

¹⁸ Wilhelm Pieck. Rede auf der ersten zentralen Wahltagung der KPD in Berlin am 3. Febr. 1946, in: Dokumente zur Kulturpolitik 1945 - 1949. Berlin 1983, S. 110.

spielsweise von 14 Lehrkräften der Volksschule Crivitz noch vier übrig, die den neuen Anforderungen entsprachen.¹⁹

Zum Teil noch komplizierter stellte sich die Situation im Bereich der Justiz dar. Hier wurden nur etwa 10 bis 15 Prozent der Richter und noch weniger Staatsanwälte als für eine "demokratische" Rechtsprechung geeignet angesehen. Ein Teil der benötigten Juristen konnte durch Reaktivierung gewonnen werden. Sie waren von den Nazis in den Ruhestand versetzt worden und befanden sich zum Teil bereits im Rentenalter. Rechtsanwälte und Notare wurden für das Amt des Richters oder Staatsanwalts gewonnen. Der weitaus größte Teil der benötigten Juristen mußte den beschwerlichen Weg des sogenannten Volksrichterlehrganges gehen. Gotthilf Strasser warnte jedoch davor, zwischen den Volksrichtern und den in der juristischen Laufbahn ausgebildeten Juristen zu differenzieren. "Ich würde es wünschen, daß der Begriff Volksrichter überhaupt verschwände, daß Sie, meine, ich darf wohl sagen jungen Freunde, aus den Kursen der Volksrichter sich nicht als eine besondere Klasse der Richter fühlen, sondern nur als Richter. Es gibt nur einen Richter, und wenn heute mehrfach zwischen Volksrichtern und Juristen die Waage auf und ab gegangen ist, so hat das an sich eine gewisse Berechtigung. Sie werden es mir zugeben, daß ein Jurist, der von der Universität gekommen ist und sich durch 4 Jahre Referendartätigkeit vorbereitet und ebensoviel Jahre als Assessor gearbeitet hat, daß der naturgemäß mit der Materie der Rechtswissenschaft besser vertraut ist als der, der in einem einzigen Kursus sich erst hineinarbeiten muß. Aber, meine Damen und Herren, einen Schnitt zwischen denen, die unter Aufbietung ihrer ganzen Kraft, sagen wir 16 Stunden am Tage, innerhalb eines Jahres die Materie sich aneignen wollen, und denen, die, wie man es früher ausdrückte, in einer Ochsentour jahrzehntelang brauchten, um sich den Stoff anzueignen, darf es nicht geben."²⁰ Der Mangel an Richtern und Staatsanwälten insbesondere bei Amtsgerichten führte zu langen Wartezeiten bei der Durchführung von Prozessen. Die schwierige Nachkriegssituation einerseits, aber auch die Aburteilung von Vergehen im Sinne des SMAD-Befehls Nr. 201, sogenannte Kleinkriminalität, Verstöße gegen Pflichtablieferung der Bauern, sogenannte Sabotage u.a.m., forderte und überforderte die Justiz beträchtlich. Hinzu kam, daß sie zunehmend zu einem Instrument der Machtausübung der SED umfunktioniert wurde.

¹⁹ Vgl. MLHA Schwerin. Rat des Kreises Schwerin 1945 - 1952, Nr. 658.

²⁰ Vgl. Referat Gotthilf Strasser am 21. April 1947, in: MLHA Schwerin. Ministerpräsidium, HA Justiz, Nr. 748.

Parteilichkeit der Besatzungsmacht

In der langen historischen Kette von Kriegen war es die Regel, daß die Sieger den Unterlegenen nicht nur Reparationen auferlegten, sondern nach Möglichkeit auch Einfluß auf deren künftige politische und soziale Entwicklung nahmen. Napoleon hatte den Deutschen im Gefolge der Besetzung auch etwas von dem freiheitlichen Geist der französischen Revolution gebracht, was sich nach der Befreiung in der staatlichen Entwicklung niederschlug. Kaum eine Siegermacht ist jedoch jemals so weit gegangen wie die Sowjetunion, einem Land seine eigene Gesellschaftsordnung zu oktroyieren. Natürlich hatten sie hierfür bereitwillige deutsche Helfer, die seit 1918 von einem sozialistischen Deutschland träumten, die deutschen Kommunisten.

Der Chefideologe in der SMAD, Sergej Tjulpanow, beschreibt die Strategie der Sowjets wie folgt: "Die bedingungslose Kapitulation des faschistischen Deutschlands, die Auflösung und das Verbot aller Naziorganisationen und die Zerschlagung des faschistischen Staatsapparates bildeten den ersten entscheidenden Schritt zur vollständigen Ausschaltung der Anhänger und Funktionäre des Hitlerregimes aus dem gesellschaftlichen Leben."²¹ Bei der Verwirklichung dieser Aufgabe konnten sie sich auf gemeinsame Beschlüsse des Alliierten Kontrollrats berufen, wenn auch in der SBZ mit einer Konsequenz an deren Verwirklichung gegangen wurde, die weit über das hinausging, was in den anderen Besatzungszonen üblich war. Mit dem berüchtigten Befehl Nr. 201 der SMAD vom 16. August 1947 beriefen sie sich auf die Direktive des Alliierten Kontrollrats Nr. 38 aus dem Jahre 1946, gingen praktisch jedoch über deren Zielsetzung weit hinaus.

Die "Ausmerzung und Zerschlagung des Faschismus" war für die SMAD eine Frage des Klassenkampfes gegen den deutschen Imperialismus. Militärisch war eine Hauptbastion des Weltimperialismus durch die Antihitlerkoalition zerschlagen worden. Damit ergab sich eine günstige Möglichkeit, zumindest den Teil Deutschlands, der von der Sowjetunion befreit und besetzt worden war, dem Einflußbereich des kapitalistischen Systems zu entziehen. Im Selbstverständnis des Befreiungscharakters des Krieges der Sowjetunion lag es, der militärischen die politische Befreiung folgen zu lassen. "Nicht nur im Bewußtsein der deutschen Bevölkerung, sondern auch als Ansporn für eine aktive, schöpferische politisch-organisatorische und ideologische Tätigkeit der Offiziere der Informationsverwaltung wie auch der Mitarbeiter der SMAD insgesamt, gewann die These, die unsere Tätigkeit nicht nur als Befreiung vom Faschismus, sondern auch vom Imperialismus, von der Macht der Monopole, von Ausbeutung und sozialer Ungerechtigkeit charakterisierte, im Zuge der antifaschistisch-demokratischen Umwälzungen immer größere Bedeutung und Überzeugungskraft."²²

Gewiß gab es 1945 noch keine ausgereifte Theorie, wie man in Deutschland oder zumindest in der SBZ zum Sozialismus gelangen könne. Zu viele Fragen existierten, deren Beant-

²¹ Vgl. Sergej Tjulpanow. Deutschland nach dem Kriege (1945-1949). Erinnerungen. Berlin 1986, S. 24.

²² Vgl. ebenda. S. 27.

wortung die Entwicklung selbst erbringen mußte. Die wohl wesentlichste war: Wie würden sich die westlichen Verbündeten gegenüber der Ausdehnung des Einflußbereichs der Sowjets verhalten? Das Jahr 1948 lieferte hierüber die Antwort. Mit der Berlin-Blockade hatte Stalin erreicht, daß aus den Verbündeten gegen den Faschismus nun seine Gegner wurden, die bereit waren, sich seinem Machthunger zu widersetzen. Die Fronten waren nun geklärt. "So vervollkommnete die Praxis unsere Konzeption der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung. Sie wurde zur ersten Etappe eines einheitlichen revolutionären Prozesses, der zum Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse führte"²³

Ausgehend von der Gewißheit, daß die Sowjets über strategische Vorstellungen ihrer künftigen Besatzungspolitik verfügten, ist es nur folgerichtig, wenn man annimmt, daß die entscheidenden Voraussetzungen für deren Verwirklichung mit der KPD abgestimmt waren, bevor die Existenz des "Tausendjährigen Reiches" sein Ende fand. Zu den wichtigsten Aufgaben zählte dabei die künftige Gestaltung der Beziehungen von Kommunisten und Sozialdemokraten. Bereits auf der "Brüsseler Konferenz" im Jahre 1935 war die KPD von ihrer feindlichen Haltung zur Sozialdemokratie abgerückt, was aber keineswegs bedeutete, daß sie sich der sozialdemokratischen Programmatik genähert hätte.

Die KPD hatte dem deutschen Volk von ihrer programmatischen Intention her als Alternative zur nationalsozialistischen Diktatur nach wie vor nur eine "Diktatur des Proletariats" anzubieten. In diesem Zusammenhang ist es interessant festzuhalten, wie sich die Einschätzung der russischen Oktoberrevolution bei Moltmann veränderte. Sprach er Anfang der zwanziger Jahre noch von Millionen Toten, die diese Revolution gekostet habe und deshalb von der Sozialdemokratie abgelehnt werden müsse, so war die russische Revolution für ihn 1945 "die einzige Revolution im Laufe von Jahrhunderten, in der das Proletariat den Kapitalismus, den Feudalismus, die Bourgeoisie beseitigt hat und siegreich geblieben ist. Das ist das, was wir als sozialistische Menschen an dieser Revolution sehen."²⁴ Von daher war es nicht mehr weit, den Sozialismus der Sowjetunion als das bessere Staats- und Gesellschaftssystem zu betrachten und seine Verwirklichung auch in Deutschland zu fordern.

Nicht die Kommunisten bewegten sich auf die Anerkennung der Demokratie und des parlamentarischen Systems zu, wenn das auch in propagandistischen Veranstaltungen beteuert wurde, sondern einige Führer der Sozialdemokratie Mecklenburg-Vorpommerns gaben Grundpositionen auf, was letztlich ein Einschwenken auf die Anerkennung der Theorie des Klassenkampfes für die gesellschaftliche Entwicklung bedeutete. Das war bei weitem mehr als Akzeptanz der sozialistischen Besatzungsmacht. Für eine solche Haltung erhielt man "Dank und Anerkennung" der SMA.

Der Einfluß sozialdemokratischer Ideen war in der Bevölkerung weitaus stärker als die kommunistische Ideologie ausgeprägt, und sie hatten die faschistische Diktatur überdauert. Während die Sozialdemokraten in der Weimarer Zeit bei Landtagswahlen in der Regel

²³ Vgl. ebenda. S. 66.

²⁴ Vgl. Volksstimme vom 14. November 1945.

zwischen 30 und 40 Prozent der Wählerstimmen erhielten, und damit stets stärkste Fraktion im Landtag bis 1932 waren, lag das Ergebnis der Kommunisten entschieden niedriger. Daraus ergab sich als Schlußfolgerung, daß nur über eine Fusion dieser beiden Parteien die Ansprüche und Interessen der Sowjets in ihrer Besatzungszone auf Dauer gesichert werden konnten. Der Chef der SMA Mecklenburg, Generaloberst Fedjuninski, sprach vor Kommunisten aus, was ohne Sozialdemokratie zu einem Fiasko für die Kommunisten werden könnte: "Wir müssen uns vor Augen halten, daß wir Wahlen haben werden. Diese Wahlen sind dem deutschen Volk zugesichert und sie werden kommen. Wir müssen deshalb in politischer Voraussicht und in Anrechnung auf die politische Lage alles daran setzen, um die Massen zu gewinnen."²⁵ An anderer Stelle seiner Ausführungen forderte er die Kommunisten auf, jeglichen Kampf mit der SPD zu unterlassen, was nicht hieß, allen Sozialdemokraten freie Hand in der politischen Arbeit zu lassen. Seine Klassifizierung der Sozialdemokratie war denkbar einfach. "Die SPD teilt sich heute gewissermaßen in einen linken und rechten Flügel. Wir werden bestrebt sein, den linken Flügel der SPD zu uns zu ziehen und mit dem rechten Flügel ebenso wie mit der Christlich-Demokratischen Union in einem Block zusammenzuarbeiten."²⁶ Die praktische Politik der Kommunisten widersprach allerdings dieser Feststellung und muß aus heutiger Sicht in erster Linie als eine taktische Orientierung verstanden werden. Allgemein betrachtet war die Blockpolitik eine geniale Erfindung, weil die Mehrheitsverhältnisse im "Block" der antifaschistischen Parteien und Organisationen eine Ausrichtung auf die kommunistischen Interessen ermöglichte und die Minderheit in allen entscheidenden Fragen unterliegen mußte.

Den "Querulanten" und Fusionsgegnern in der SPD, dem sogenannten rechten Flügel, wurde der konsequente Kampf angesagt. Sie galten für die SMA und Kommunisten als potentielle Verbündete des Imperialismus und somit als Gegner der antifaschistisch-demokratischen Revolution. Die Auseinandersetzung mit ihnen wurde mit großer Härte geführt. Eine genaue Zahl der Sozialdemokraten, die in die Hände des NKWD gerieten, ist heute noch nicht ermittelt. In den Jahren von 1945 bis in die 50er Jahre hinein waren es allein in Mecklenburg-Vorpommern Hunderte von Sozialdemokraten und solche, die ihrer Gesinnung treu geblieben waren, die Opfer der Verfolgung wurden.

Das Hauptquartier des NKWD war im Schweriner Justizgebäude untergebracht. Hier wurden neben Sozialdemokraten auch Liberale und Christdemokraten und gelegentlich auch Kommunisten eingesperrt, gefoltert und einige sogar zu Tode geprügelt. Wer diese erste Hölle überstand, kam entweder ins Internierungslager Neubrandenburg-Fünfeichen oder wurde in der Sowjetunion vor ein Kriegsgericht gestellt und in der Regel zu langen Freiheitsstrafen bzw. zum Tode verurteilt. Neben führenden Sozialdemokraten, wie Albert Schulz, Willi Jesse und Max Fank, waren es ungezählte Sozialdemokraten in Dörfern und Städten, die gezielt bei den Besatzern denunziert wurden. In der Regel wurden weder Leitungen der SPD und schon gar nicht die Angehörigen von den Verhaftungen informiert und

²⁵ Siehe Bericht über die Sitzung bei der Sowjetischen Militäradministration, in: MLHA Schwerin. BPA Schwerin, Nr. I/5.

²⁶ Vgl. ebenda.

der Grund hierfür mitgeteilt. Der Landesvorstand der SPD hatte zwar grundsätzlich Kenntnis von den Praktiken der Besatzungsmacht und ihres Geheimdienstes, sah sich aber nicht in der Lage zu helfen.

Xaver Karl, 2. Landesvorsitzender, unterzeichnete einen Brief vom 19. Dezember 1945 an den Kommandanten des Stadt- und Landkreises, in dem er ausführte: "Am 7. November ist unser Parteivorstand Rabe aus Banzkow, Kreis Schwerin-Land, durch die Besatzungspolizei verhaftet und nach Crivitz gebracht worden. Bisher war es nicht möglich zu erfahren, aus welchem Grund die Verhaftung Rabes erfolgte. Wir sind der Auffassung, daß es Faschisten in Banzkow waren, die auf anonyem Wege falsche Anschuldigungen gegen Rabe erhoben. Bei dem letzten Besuch, den Frau Rabe ihrem Mann in Crivitz machte, wurde ihr von Rabe erklärt, daß man ihm vorwerfe, die Besatzungstruppen beleidigt zu haben. Rabe ist alter Sozialdemokrat, Kämpfer gegen den Faschismus und froh, daß durch die Besatzungstruppen die Faschisten niedergedrückt wurden. Es ist deshalb die Anschuldigung, die man gegen ihn erhebt, vollständig unwahr ... Frau Rabe bittet nun den Herrn Kommandanten um Freilassung ihres Mannes, und wir als Sozialdemokratische Partei möchten an den Herrn Kommandanten die gleiche Bitte richten."²⁷

Das gleiche Schicksal ereilte den Bürgermeister von Ahlbeck, Kurt Bütow. Als Sozialdemokrat versuchte er das sozialdemokratische Modell der Selbstverwaltung in seiner Stadt durchzusetzen, was schon bald zur Kollision mit den Kommunisten und der Besatzungsmacht führte. Die Kommandanten waren gewohnt, Befehle zu erteilen, deren bedingungslose Erfüllung erwartet wurde. Besonders in Städten und Kreisen gaben sie sich als absolute Herrscher, so daß gelegentlich die SMA aus Schwerin eingreifen mußte, weil Beschwerden von Landräten und Bürgermeistern von der Landesregierung nicht zu klären waren. In einem Schreiben an den Landrat des Kreises Franzburg-Barth machte Johannes Warnke jedoch deutlich: "Wir sind keine Regierung, sondern nur Verwalter unseres Landes. Das deutsche Volk hat sich noch nicht das Recht erworben, sein Land selbst zu regieren."²⁸

Mit Beginn des Jahres 1946, nachdem der Kurs auf eine rasche Vereinigung von KPD und SPD vereinbart war, verstärkte sich zunehmend der Druck auf Opponenten in der Sozialdemokratie. Wo sich Widerstand gegen die Fusion regte, war die sowjetische Geheimpolizei bald zur Stelle. Die Situation wurde für viele Sozialdemokraten unerträglich. Oft hatten sie die Wahl zwischen Verhaftung und Internierung oder der Flucht in die westlichen Besatzungszonen. Rudolf Bohse, 2. Beisitzer im Ortsvorstand der SPD in Schwerin, war einer von vielen, den man unter Druck setzte und zwang, Anfang 1946 seine Heimatstadt zu verlassen, um der drohenden Verhaftung zu entgehen. Er erinnert sich: "Obwohl ich Carl Moltmann aufgrund seiner kämpferischen Haltung in der Weimarer Zeit sowie seiner antifaschistischen Gesinnung achtete, konnte ich seine Position zur Vereinigung mit den Kommunisten nicht mittragen. Ich hatte das Gefühl, daß wir Sozialdemokraten überfahren werden sollten und die Russen die eigentlichen Initiatoren hierfür waren. Obwohl es zunehmend

²⁷ Vgl. MLHA Schwerin. BPA Schwerin, Nr. II/1.

²⁸ Vgl. MLHA Schwerin. Rat des Kreises Stralsund, Sign. Nr. 39.

gefährlicher wurde, konnte ich mit meiner Meinung nicht hinterm Berg halten. Mit einigen Freunden versuchte ich, die Opposition zu stärken, weil ich der Hoffnung war, diese Fusion doch noch verhindern zu können. Anfang 1946 erhielt ich von einem Genossen die Mitteilung, daß ich von den Russen verhaftet werden sollte und deshalb sofort die Stadt verlassen müsse. Nur mit dem Nötigsten setzte ich mich in den nächsten Zug nach Berlin und hielt mich einige Wochen im amerikanischen Sektor bei Freunden auf, bis ich dann nach Hamburg weiterreiste. Erst nach der Wende habe ich meine Heimat wiederssehen können."²⁹

Während die Kommunisten in jeder nur denkbaren Weise die Unterstützung der SMA erhielten, fehlte es den Sozialdemokraten zumindest in den ersten Wochen nach ihrer Gründung buchstäblich an allem, um die Partei wieder aufzubauen und die erforderlichen organisatorischen Aufgaben leisten zu können. So war der Landesvorstand z.B. schlecht mit Fahrzeugen ausgestattet, Ersatzteile gab es in der Regel nur nach längeren Wartezeiten, und die Zuteilung von Benzin verzögerte sich nicht selten. In den Kreisen sah es noch trostloser aus. Vor allem dort, wo die Sozialdemokraten zu erkennen gaben, daß sie nicht bereit sein würden, den ideologischen Kurs der Besatzungsmacht und der Kommunisten widerspruchslos hinzunehmen, hatten sie es besonders schwer. Genehmigungen von größeren Parteiveranstaltungen wurden verzögert, oft fehlte selbst das dringend benötigte Schreibpapier. In jenen Orten, wo die Sozialdemokraten ohne größere parteipolitischen Auseinandersetzungen die Forderungen des Kommandanten nicht nur akzeptierten, sondern aktiv unterstützten, erhielt man die Hilfe der Roten Armee. Hier bekamen die Sozialdemokraten auch schon mal einen Jeep der Kommandantur, um zu einer Parteiveranstaltung aufs Dorf zu fahren, was bei den Kommunisten regelmäßig der Fall war.

Die Kommunisten bekamen für ihre politische Arbeit eindeutige Weisungen von der SMA. "Die Aufgaben, die Sie jetzt durchführen werden, werde ich Ihnen anweisen. Die erste Aufgabe ist der Kampf um das Wachstum der Partei und um die Reinerhaltung der Organisation. Darüber, wie die Arbeit vollbracht werden soll, werde ich Ihnen jetzt allgemeine Maßstäbe geben, wie ich heute oder morgen die Sache verlange."³⁰ In der Regel vermieden es aber die Offiziere der SMA, in der Öffentlichkeit in einem solchen Befehlston zu sprechen. Sie waren sich über die Kompliziertheit ihres Vorhabens durchaus im klaren. Die Abneigung gegenüber dem Kommunismus und dem Stalinismus bei der Mehrheit der deutschen Bevölkerung war keineswegs nur das Ergebnis des gesteigerten Antikommunismus der nationalsozialistischen Propaganda, sondern war bereits in der Weimarer Zeit vorhanden. Dies galt auch für die Sozialdemokratie, der die grausame Verfolgung der Opposition in den Lagern des "Gulag" nicht unbekannt war. Die Armeen Stalins kamen nicht nur als Befreier von der faschistischen Diktatur, sondern als Sieger mit allen grausamen Erfahrungen, die sie mit den Deutschen gemacht hatten. Da es den Sowjets im Prinzip jedoch nicht darum ging, Gleiches mit Gleichem zu vergelten, sondern ihr machtpolitisches Interesse zu realisieren,

²⁹ Aufzeichnungen eines Gesprächs des Autors mit Rudolf Bohse im Jahre 1990 in Hamburg.

³⁰ Vgl. Ansprache des Oberst Sidorow vor einer Versammlung der KPD in Stralsund, in: MLHA Schwerin. BPA Schwerin, Nr. 1/2.

mußten sie in erster Linie als Freund und Befreier der Deutschen erscheinen. Raub, Vergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen von russischen Soldaten und Offizieren wurden deshalb mitunter hart bestraft. Die Zahl der nicht aufgeklärten Delikte war aber weitaus höher als die eindeutige Ermittlung der Täter. Vor allem in den ersten Nachkriegsjahren lag die Bereitschaft zur Verfolgung der Straftaten bei den Kommandanturen nicht sonderlich hoch. Erstens war man der Sieger und zweitens spielten Rachegefühle angesichts der von Deutschen in der Sowjetunion verübten Verbrechen an der Zivilbevölkerung noch eine dominierende Rolle.

Anfang der fünfziger Jahre wurden die Soldaten mehr und mehr in ihre Kasernen eingesperrt und so weitgehend von der deutschen Bevölkerung isoliert, was sich während ihrer gesamten Besatzungszeit kaum änderte. Sogenannte Freundschaftstreffen mit der deutschen Bevölkerung war nur einem relativ kleinen Kreis von Soldaten vorbehalten. Für die sowjetischen Soldaten war der Dienst in der SBZ und der DDR deshalb von besonderer Härte und mit dem der westlichen Besatzungsmächte aus vielerlei Gründen nicht vergleichbar.

Im offiziellen Sprachgebrauch wurden die Besatzungstruppen schon bald nur noch als "Freunde" und Helfer bezeichnet. In Mecklenburg-Vorpommern gab es in der schweren Zeit nach dem Krieg in der Tat zahlreiche Aktivitäten der Hilfe, oft spontan und nicht verordnet. Auch Keime von Freundschaften entwickelten sich, womit gewiß nicht die Zechgelage von Offizieren mit Funktionären der Parteien, Organisationen und des Staatsapparates gemeint sind. Vielerorts entwickelten sich auch mancherlei dubiose "Geschäftsbeziehungen", wobei Prostitution und Schnapshandel weit vorn rangierten. Die Zeit heilte aber manche Wunden, und Aggressionen schlugen vielfach in Gleichgültigkeit um. Das Gefühl, besiegt und besetztes Land zu sein, war bei den Menschen in den ersten Jahren besonders stark ausgeprägt.

Die SMA "half", den Prozeß der Vereinigung von KPD und SPD so schnell wie irgend möglich zu vollbringen. Diese Aufgabe mußte der KPD nicht befohlen werden, wengleich es nicht wenige Mitglieder gab, denen diese Fusion keineswegs zusagte. Für sie waren und blieben die Sozialdemokraten Verräter an den Interessen der Arbeiterklasse. Hier war Überzeugungsarbeit in den eigenen Reihen zu leisten, die allerdings von der Leitung der Landesorganisation in erster Linie als Disziplinierung der eigenen Genossen verstanden wurde. Den Kommunisten selbst und allen anderen politischen Kräften mußte klargemacht werden, daß die Führung der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung nun in den Händen der KPD lag. Dem war alles andere untergeordnet, denn es entsprach dem Interesse der SMA.

Ziele und Motivation der Kommunisten

Als eine der wichtigsten Aufgaben erachteten es die Kommunisten, ihre Führung im Block der antifaschistischen Parteien sicherzustellen, was von den Kulturoffizieren der SMA nachhaltig unterstrichen wurde. "Sie müssen verstehen, Sie sind Kommunisten, nicht Sie sollen jemand folgen, aber man soll Ihnen nachfolgen." Das war nicht nur eine Feststellung unter Kommunisten, sondern entscheidende Aussage der Politik Lenins und Stalins und von der SMAD zur Forderung erhoben. Jedes Mitglied der Partei müsse eine solche Position einnehmen und in seinem Handeln umsetzen. Eiserne Parteidisziplin sowie der unerschütterliche Glaube an den Kommunismus waren Forderungen der sowjetischen an die deutschen Kommunisten, die bei jeder propagandistischen Gelegenheit eindringlich wiederholt wurden, verbunden mit der unverhüllten Drohung, sich von all jenen zu trennen, die aus anderen Motiven in die Partei drängten.

Eine wichtige Frage war, inwieweit die Kommunisten ehrlich zu sich selbst waren. Da zeigte sich, daß einfache Mitglieder an der Basis über die wirklichen Ziele der Parteiführung nur gering informiert wurden. So gab es in Mecklenburg-Vorpommern nicht wenige Kommunisten, die aus ihren positiven Erfahrungen gemeinsamer Aktivitäten gegen den Faschismus heraus am liebsten sofort eine Einheitspartei mit den Sozialdemokraten gegründet hätten. Man ahnte auch, daß bei Wiedergründung der beiden Parteien alte ideologische Differenzen und Auseinandersetzungen wieder ausbrechen könnten. Deshalb verstanden viele nicht die Ablehnung einer sofortigen Vereinigung durch die Parteiführung und noch weniger die Begründung hierfür durch Walter Ulbricht: "Die Voraussetzungen für eine einheitliche Partei neuen Typus ist jedoch nicht nur die Herbeiführung einer engen Aktionsgemeinschaft, sondern auch die wissenschaftliche Erkenntnis der fortgeschrittensten Kräfte der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes über den Sozialismus in der Sowjetunion und über die Weltanschauung des Marxismus-Leninismus. Wir dürfen nicht übersehen, daß in den zwölfjährig Jahren faschistischer Herrschaft das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse weitgehend verschüttet wurde, daß die Arbeiter keine Möglichkeit hatten, sich theoretisch weiter zu schulen und daß ihnen die Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Theorie des Marxismus-Leninismus größtenteils unbekannt ist."³¹

Die Parteiführung verbarg ihre wahre Position zur Herstellung der Einheit der Arbeiterparteien hinter derartigen allgemeinen und nichtssagenden Formulierungen, weil sie zu einem solchen frühen Zeitpunkt keinesfalls die Einheit wollte. Die Gründe waren: Erstens, die Kommunisten spürten ihre Unterlegenheit gegenüber den Sozialdemokraten in der Bevölkerung. Ihr gewiß opferreicher Kampf gegen das nationalsozialistische System hatte ihre Popularität zumindest in Mecklenburg-Vorpommern nicht wesentlich erhöhen können. Man hatte nicht vergessen, daß die Kommunisten mit ihrer feindlichen Haltung zum parlamentarischen System und zur Sozialdemokratie vor 1933 indirekt zum Aufstieg des

³¹ Vgl. Walter Ulbricht. Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung - Aus Reden und Aufsätzen. Bd. II. Berlin 1953, S. 439.

NS-Systems beigetragen hatte. Zweitens, in vielen Orten waren die Kommunisten den Sozialdemokraten in der Fähigkeit zur politischen Organisation und der Argumentation sowie der Verwaltungsarbeit unterlegen. Willi Bredel schätzte beispielsweise das Auftreten des Kommunisten Schares auf einer Einwohnerversammlung in Rostock so ein: "Leider hat Schares in dieser Versammlung versagt und ist nicht geschickt genug den sozialdemokratischen Routiniers zur Seite getreten."³² Auch der Vorsitzende der Landesleitung der KPD Kurt Bürger befürchtete, daß seine Genossen in den Ortsgruppen in der Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten mit großer Wahrscheinlichkeit unterliegen würden: "Hier bestehen zwei große Gefahren, entweder die Genossen werden nicht den Kontakt finden mit den sozialdemokratischen Freunden, (dann werden wir hier ewig als Schiedsrichter auftreten müssen) oder aber sie werden einen solchen Kontakt finden, daß sie voll und ganz im Schlepptau der SPD segeln." Seine Schlußfolgerung war eindeutig: "Wir müssen darauf achten, daß die Genossen politisch und moralisch stark genug sind, um der neuen SED das Gepräge zu geben, das sie nach dem Entwurf des Statuts über die Grundsätze und Ziele haben muß."³³

In Kenntnis der Situation entwickelten die Kommunisten eine Strategie, die im Ergebnis auf ihre führende Rolle in der politischen Auseinandersetzung und beim Wiederaufbau der Gesellschaft hinzielte. Getragen und inspiriert von der SMA sollten wirtschaftliche und soziale Ziele realisiert werden, um die Gunst größerer Teile der Bevölkerung zu erringen. Was lag da näher als die Anforderung zur Bewältigung der jüngsten Vergangenheit. SMA und Kommunisten machten sich zum Anwalt des Antifaschismus. Mit Feuereifer ging man daran, die "wahrhaft Schuldigen für Faschismus und Krieg" zur Rechenschaft zu ziehen. Das Potsdamer Abkommen der Alliierten hatte hierfür den Rahmen festgelegt. Eine große Enteignungswelle erfaßte das Land. Große und kleine Anhänger des Faschismus sperrte man zu Tausenden in Gefängnisse und Internierungslager, machte ihnen den Prozeß oder ließ sie jahrelang bei kärglicher Verpflegung ohne Anklage einsitzen. Die Masse der einfachen Mitglieder der KPD empfand eine solche Behandlung als durchaus gerecht, andere nahmen Vergeltung für erlittene Qual in Konzentrationslagern oder für den Tod von Genossen. Im Grunde sahen sich die Kommunisten und insbesondere jene aus dem aktiven Widerstand als berufene Auswahl beim Wiederaufbau der Gesellschaft, wobei auch ausgewiesene Antifaschisten vom Pfarrer bis zum Frontsoldaten in der Mitarbeit akzeptiert wurden. Entscheidend war die Führungsrolle der Kommunisten bei der Abrechnung mit den Mächtigen der Vergangenheit. Darin erschöpfte sich aber nicht ihr strategisches Ziel, sie wollten mit diesen Maßnahmen zugleich auch die materiellen Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft schrittweise beseitigen. Somit war die Sequestrierung von Betrieben und Banken nicht nur ein Schritt zur Schaffung von "Volkseigentum", sondern eine entscheidende Voraussetzung für den späteren Aufbau des Sozialismus.

Die Bodenreform hatte in dieser gesellschaftspolitischen Konstellation eine erstrangige Bedeutung, da sie neben der Enteignung von Großgrundbesitzern und NS-belasteten Bauern

³² Vgl. MLHA Schwerin. BPA Schwerin, Nr. I/22.

³³ Vgl. ebenda.

dem Bedürfnis zahlreicher vertriebener und landlos gewordener Bauern nach einer neuen, wenn auch bescheidenen Existenz entsprach sowie tausenden Landarbeitern und landarmen Bauern Mecklenburgs und Vorpommerns die Möglichkeit gab, Bauern auf eigener Scholle zu werden. An anderer Stelle wird auf die Bodenreform, auf ihre Ungerechtigkeiten und den damit verbundenen Massenbetrug noch einzugehen sein. Nach dem verheerenden Krieg war jede Maßnahme populär, die versprach, den Menschen Brot, Wohnung und Arbeit zu verschaffen und außerdem die Schuldigen am Unglück der Bevölkerung zu bestrafen.

Die Befehle der SMAD und die Anordnungen der deutschen Behörden waren mit entsprechenden propagandistischen Aktionen verbunden, was in den Losungen, die überall angebracht wurden, seinen Ausdruck fand. Ein neuer "Krieg" begann, später Revolution genannt. Antifaschismus wurde mit dem Streben nach Freiheit und Demokratie verknüpft. Nur wenige fragten nach der Rechtmäßigkeit. Auch in Mecklenburg-Vorpommern wurde das neue Ziel bereitwillig angenommen und wurde als "Wille des Volkes" ausgegeben. Aber allein hätten die Kommunisten niemals die erforderliche Zustimmung in der Bevölkerung erreichen können. Sie benötigten die Hilfe der Besatzungsmacht, die jeden Widerstand brach und mit dem Kriegsrecht regierte. Verheimlichung von Viehbeständen, nicht abgegebene NS-Literatur oder gar eine im Garten vergrabene Waffe waren ausreichend dafür, eingesperrt oder in einigen Fällen auch erschossen zu werden. Neben dieser Repression bedurfte es aber insbesondere auch einer politischen Einbindung der Sozialdemokratie mit ihrem traditionellen Einfluß in der mecklenburgischen Bevölkerung.

Um Moltmann, Höcker, Lüdemann und Jesse für ein gemeinsames Handeln zu gewinnen, war glaubhaft zu versichern, daß man aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt habe. Doch zuvor mußten die Kommunisten ihren plötzlichen Sinneswandel über den Zeitpunkt der Fusion erklären, denn bis Oktober 1945 hatten sie in Mecklenburg-Vorpommern von der Zentrale noch kein grünes Licht für die Fusion erhalten, obwohl in Aktionseinheit eine Reihe gemeinsamer Initiativen realisiert worden waren. Nach der spektakulären Niederlage der Kommunisten Österreichs bei den Parlamentswahlen am 4. November, wo die Kommunisten nur 4 und die SPÖ 76 Sitze errang, begannen die Kommunisten alle Vorbehalte fallen zu lassen. Ähnliches konnte ihnen auch bei den bereits ins Auge gefaßten Landtags-, Kreis- und Gemeindewahlen passieren.

Die KPD akzeptierte plötzlich politische Grundsätze der Sozialdemokratie, die bis 1935 zu den "Todsünden" der SPD gezählt hatten. Kurt Bürger führte aus: "Wir stellen uns augenblicklich das Ziel der bürgerlich-parlamentarischen Republik und als Maximum das Ziel des Sozialismus. Ja, wollt ihr Kommunisten nicht die Diktatur, seid ihr von der Diktatur wirklich ehrlich abgegangen? Wir halten an dem fest, was Marx und Engels den Sozialisten als Weg gezeigt haben. Darin sind sich auch beide Parteien einig. Wir stellen nicht die Frage der Diktatur des Proletariats. Die Geschichte, die Entwicklung der Demokratie wird in der praktischen Erreichung unserer Ziele uns selbst die Aufgabe und selbst die Tätigkeit bestimmen und vorschreiben."³⁴ Eine solche Position konnte von den Sozialdemokraten im Prinzip hin-

³⁴ Vgl. MLHA Schwerin. BPA Schwerin, Nr. II/2.

genommen werden, wengleich Klärungsbedarf durchaus vorhanden war. Was für einen Sozialismus wollten die Kommunisten, den demokratischen Sozialismus oder einen nach dem Vorbild der Sowjetunion? Die Berufung auf Marx und Engels hätte die Sozialdemokraten hellhörig machen müssen, denn Gleiches tat Stalin, der das Sowjetsystem als Verwirklichung des Marxismus-Leninismus betrachtete.

Bezeichnenderweise betonten die Kommunisten zu diesem Zeitpunkt, sie würden nicht auf der Anwendung leninscher Lehren bestehen. Es gab aber in der KPD Mitglieder, die die Linie der Parteiführung nicht verstanden, hatte man doch bisher immer offen die Zielsetzung der Partei genannt. Sollte man jetzt seine Weltanschauung ändern und gar Sozialdemokrat werden? Nur ein enger Kreis im Umfeld der Parteiführung wußte zwischen der Tagesaufgabe und der strategischen Zielsetzung zu unterscheiden. Deshalb konnte es nicht ausbleiben, daß manch einer der älteren Genossen nicht bereit war, diese Linie der "Sozialdemokratisierung" mitzutragen. Opposition in den eigenen Reihen und sogar Parteiaustritte waren die Folge. Bürger, Sobottka und die Parteileitung setzten in dieser Situation nicht in erster Linie auf eine verstärkte Information und Schulung der Mitgliedschaft, sondern betonten die Parteidisziplin. Für sie war klar, "daß die meisten Bedenken, ja, ich möchte sogar sagen, Angriffe gegen die Einheit aus dem Westen zu uns herüberkommen." Dem Klassenfeind müsse mit besonderer Härte begegnet werden, auch wenn er sich in den Köpfen der eigenen Genossen als gefährlicher Bazillus eingenistet habe.

Nachdem die KPD im November 1945 die Offensive für eine Fusion mit der SPD eröffnet hatte, wurden die Gegner der Einheit als Helfer Schumachers oder Agenten des Westens bezeichnet und entsprechend behandelt. Eindeutig war die Weisung des Sekretariats der Landesleitung an ihre führenden Propagandisten Warnke, Quandt, Wiesner, Kundermann u. a.: "Wir müssen eine verstärkte Kampagne führen, damit die Welle, die Bewegung zum Zusammenschluß nicht abflacht. Es ist eine Tatsache, daß nach den Vorgängen in Berlin die Gegner der Einheit sich überall rühren. Sie stellen verdeckt die Frage der "Urabstimmung". Wir müssen etwas tun, um solche Dinge abzuwehren, das muß aber taktvoll geschehen, man muß sich die Methode überlegen."³⁵ Die Kommunisten waren gegen eine Urabstimmung, weil sie befürchten mußten, daß eine Entscheidung gegen die Fusion sowohl bei Teilen der eigenen Mitgliedschaft als auch vor allem bei der Mehrheit der Sozialdemokraten wahrscheinlich war, denn an der Basis gab es z.T. heftige Auseinandersetzungen.

Bezugnehmend auf die notwendige ideologische Arbeit kam der Sozialdemokrat Karl Moritz aus Wismar zu der Schlußfolgerung: "Diese Arbeit und die daraus folgende Verschmelzung, eine Zusammenfassung der Parteien, kann nur dann erfolgen, wenn jedem einzelnen Mitglied das Recht gegeben wird, selbst über sein Schicksal zu bestimmen. Jedes Mitglied muß das Recht haben, so wie es selbst zu uns gekommen ist, genau dasselbe Recht müssen wir dem Mitglied geben, wenn es sich aus seiner ganzen Kraft, mit seiner ganzen Überzeugung dazu entschließen soll, seine Zustimmung zu erteilen zu einer geschlossenen Arbeiterbewegung. Diese Arbeiterbewegung kann aber nicht begrenzt bleiben auf die

³⁵ Vgl. ebenda, Nr. I/2.

Zonen im russischen besetzten Gebiet, wir erstreben ein Deutschland, ein einheitliches Deutschland und deshalb heißt die Partei nicht die Partei Mecklenburgs und nicht die Partei Wismars..."³⁶ Das war eine eindeutige Position gegen die Absichten der Kommunisten, eine Urabstimmung unter allen Umständen zu vermeiden. In Mecklenburg-Vorpommern sollte nicht das gleiche passieren wie in Berlin, wo eine Urabstimmung im sowjetisch besetzten Teil nur durch die Schließung der Wahllokale durch Offiziere der SMAD verhindert werden konnte und in den Westsektoren für die Ablehnung einer separaten Vereinigung gestimmt wurde.³⁷ Die Forderung nach einer Urabstimmung war für die Einheitsgegner notwendiger Ausdruck demokratischen Verhaltens in dieser so wichtigen Frage. Indem sie darauf bestanden, hofften sie, den Einheitsbestrebungen begegnen zu können.

Die KPD konnte sich auch in Mecklenburg-Vorpommern mit Unterstützung der Kulturoffiziere der SMA durchsetzen. Nach der ersten Sechziger Konferenz am 20./21. Dezember 1945 wurde die Vereinigung in Städten, Gemeinden und Betrieben mit Hochdruck betrieben und das Ganze als "Basisdemokratie" ausgegeben. Die Abwehrmöglichkeiten dagegen waren begrenzt, denn kompromißlos wurden die Gegner der Einheitsstrategie der Kommunisten verfolgt. Im "Wettbewerb", die Vereinigung als erstes Land zu vollziehen, lag Mecklenburg-Vorpommern ganz vorn. Mit Genugtuung stellte Kurt Bürger fest: "Mein Freund Moltmann hat vorher zum Ausdruck gebracht, daß die Kommunistische Partei und die Sozialdemokratische Partei sich bald vereinigen werden. Wir sind dessen gewiß..."³⁸ Bereits im März 1946 waren sich die Kommunisten ihrer Sache vollkommen gewiß, denn das Rückgrat der Sozialdemokratie schien gebrochen.

³⁶ Vgl. ebenda. Nr. II/1.

³⁷ Vgl. Harold Hurwitz. Zwangsvereinigung und Widerstand der Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone. Köln 1990, S. 141 f.

³⁸ Vgl. Volkszeitung vom 18. März 1946.

Angebot an die Kommunisten

Am 20. Juli 1945 wurde in Schwerin der Landesvorstand der SPD von Mecklenburg-Vorpommern gewählt. Die Initiative hierzu ging vom Schweriner Ortsverein aus. Nicht ohne Einfluß der Besatzungsmacht wurde nach parteiinternen Auseinandersetzungen ein Vorstand gewählt, der einen entscheidenden Einfluß auf die künftige Entwicklung der sozialdemokratischen Politik in dieser Region nehmen sollte.

Bis zum Verbot der SPD im Jahre 1933 hatte der Bezirksvorstand seinen Sitz in Rostock, dem Zentrum der Arbeiterklasse in Mecklenburg. Albert Schulz und Hermann Lüdemann beabsichtigten, diese Tradition 1945 mit der Neugründung der Partei fortzusetzen. Das hätte zur Folge gehabt, daß wesentliche Initiativen regionaler Parteipolitik zumindest räumlich entfernt von der SMA und der Landesleitung der KPD ausgelöst worden wären. Deshalb waren Kommunisten wie auch Besatzungsmacht sehr daran interessiert, die Gruppe um Moltmann und Karl in die Führung der Bezirksorganisation zu bekommen, die sich weitaus kompromißbereiter gegenüber den Kommunisten zeigte als die Gruppe um Schulz. Schon als Vorsitzender der SPD-Fraktion im Mecklenburg-Schwerinschen Landtag war Moltmann zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten bereit gewesen und zählte führende Kommunisten, wie beispielsweise Johannes Warnke, Vorsitzender der KPD in Mecklenburg von 1925 bis zu ihrem Verbot, zu seinem Bekanntenkreis. Die Besatzungsmacht machte von Anfang an deutlich, daß sie gewillt war, ihre Vorstellungen kompromißlos durchzusetzen. So wurde die Nominierung von Albert Schulz für die Wahl zum 1. Landesvorsitzenden der SPD ebenso ignoriert wie die Festlegung, daß Rostock Sitz des Landesvorstandes sein sollte. Obwohl mit Albert Schulz, Karl Moritz und Hermann Lüdemann Genossen in den Landesvorstand gewählt wurden, um die sich die Opposition gruppieren konnte, besaßen die fusionsbereiten Kräfte schließlich doch das Übergewicht. Dies fand in der Besetzung der Führungspositionen durch Carl Moltmann als Vorsitzenden und Xaver Karl als 2. Vorsitzenden seinen Ausdruck. Es sollte sich schon bald erweisen, daß Kommunisten und Besatzungsmacht die für sie beste Wahl getroffen hatten.

Welche Grundpositionen wurden nun im weiteren Verlauf von der sozialdemokratischen Führung um Moltmann vertreten? Erstens, ein rascher Aufbau der Sozialdemokratischen Partei, um als starke Partei entscheidend die antifaschistische und demokratische Entwicklung beeinflussen zu können. Bereits am 30. November 1945 zählte die Partei 32.625 Mitglieder.³⁹ Auf Landes- und kommunaler Ebene stellte die SPD oftmals die doppelte Anzahl von Verwaltungskräften, wobei offensichtlich war, daß die qualifizierteren Beamten in der Regel Sozialdemokraten mit Erfahrungen aus der Weimarer Zeit waren. Schlüsselfunktionen, wie beispielsweise der Vizepräsident für die Innere Verwaltung und die Personalchefs der Ministerien, Kreis- und Stadtverwaltungen wurden aber bis auf wenige Ausnahmen von Kommunisten besetzt.

³⁹ Vgl. Archiv der PDS Schwerin, Nr. II/2.

Zweitens, Bildung von Antifaschistischen Ausschüssen durch die Ortsgruppenvorstände und örtlichen Vertrauenspersonen sowie Herstellung ihrer Funktionsfähigkeit. Als Mitglieder kamen in erster Linie Kommunisten und Demokraten in Frage. Als Aufgaben der paritätisch besetzten Antifaschistischen Ausschüsse wurden bestimmt: "a) gegenseitige Hilfe und Förderung; Schutz und Ausbau gemeinsamer Rechte, namentlich der Versammlungsfreiheit; b) einheitliche Vertretung der zugelassenen Parteien bei den Militärbehörden und den Organen der öffentlichen Verwaltung; Aufbau der Selbstverwaltung (im besonderen Entsendung von Vertretern in gemeindliche Ausschüsse, Vorschläge von leitenden Beamten usw.); c) Bearbeitung und Pflege gemeinsamer politischer und sozialer Aufgaben und Einrichtungen."⁴⁰ Die Antifaschistischen Ausschüsse sollten nach den Vorstellungen der Sozialdemokraten das wichtigste Gremium der Zusammenarbeit mit den Kommunisten sein, ohne daß hier bereits von einer organisatorischen Vereinigung beider Parteien die Rede sein sollte.

Drittens, zügige Enteignung und Bestrafung der Nazi- und Kriegsverbrecher nach den Kriterien des Potsdamer Abkommens. Das bedeutete, Kapitalisten und Großgrundbesitzern sollte die Macht genommen werden. Insofern gab es eine Übereinstimmung mit den Befehlen Nr. 124 und 126 der SMAD vom 30. und 31. August 1945, die eine solche Zielsetzung verfolgten. In den Antifaschistischen Ausschüssen auf Kreis- und Landesebene waren sich Sozialdemokraten und Kommunisten über eine beschleunigte Durchführung dieser Befehle im Prinzip einig. Proteste von Vertretern der SPD und auch bürgerlicher Parteien gab es immer dann, wenn entweder keine ausreichende Prüfung der Beschuldigungen oder eine Beschlagnahme des Eigentums von Leuten erfolgte, die sich nicht verteidigen konnten, weil sie entweder in Gefangenschaft saßen oder geflohen waren.

Viertens: Zusammenarbeit mit der KPD zur Bildung einer einheitlichen Arbeiterpartei. Die Sozialdemokraten um Carl Moltmann und Wilhelm Höcker betrachteten es als einen Teil ihrer Verantwortung, diese Einheitspartei in Mecklenburg-Vorpommern zu schaffen. Gerade weil sie es bis 1933 nicht vermocht hatten, zur Aktionseinheit mit den Kommunisten zu finden, meinten sie jetzt, Versäumtes wiedergutmachen zu müssen. Dabei übersahen sie jedoch, daß die Ursachen vor allem bei den Kommunisten lagen, da diese mit ihrer Bekämpfung der Demokratie, mit ihrem Gerede von den "Sozialfaschisten" und ihrem Hauptfeind Sozialdemokratie eine andere Haltung praktisch unmöglich machten. Wegen der Zusammenarbeit mit den Kommunisten schwelte die Auseinandersetzung in der SPD Mecklenburg-Vorpommerns, die aber bis zur Vereinigung nicht zum offenen Bruch führte. Schulz, Jesse und Lüdemann fürchteten, daß es zu einer Spaltung mit unabsehbaren Folgen kommen könne, von der allein die Kommunisten profitieren würden. Die warteten nur auf ein Schwächung der Sozialdemokraten.⁴¹

⁴⁰ Vgl. Rundverfügung Nr. 10 der SPD Mecklenburg-Vorpommern vom 30. August 1945. In: Parteiarchiv der PDS Schwerin, Nr. II/2.

⁴¹ Vgl. Andreas Malycha. Auf dem Weg zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ. Bonn 1995, S. XXXI f.

Wie die russischen Kommunisten 1917 im Ergebnis des Ersten Weltkrieges die Gunst der Stunde für die Revolution nutzten, so glaubten die deutschen Kommunisten mit Hilfe der Roten Armee gleiches ohne Revolution in Deutschland erreichen zu können. Die Tragik der Sozialdemokratie in Mecklenburg-Vorpommern bestand darin, daß sie gegen den Willen ihrer Mitglieder in diese Entwicklung hineingezwungen wurde. Vertrauensseligkeit, Gutgläubigkeit sowie auch Opportunismus nach einer zwölfjährigen Diktatur fanden sich vor allem bei jungen Parteimitgliedern. Jene, die die Absichten der KPD von Anfang an durchschauten, wurden hingegen bedroht und zur Tarnung gezwungen.

Die scheinbare Übereinstimmung sozialdemokratischer Forderungen nach Demokratie mit den Beteuerungen der Kommunisten, nur ein einheitliches demokratisches Deutschland zu wollen, machte es den Sozialdemokraten schwer zu differenzieren, zumal sie vom Zentralvorstand wenig Unterstützung erhielten. Die Auftritte Lehmanns und Gniffkes waren wenig hilfreich für den Klärungsprozeß, da sie sich als Befürworter der Einheit darstellten. Es gehörte schon großes politisches und theoretisches Vermögen sowie Mut und Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit den eigenen Genossen sowie Kommunisten und Besatzungsmacht dazu, sich den Fusionsabsichten zu widersetzen. Die Macht der SMA gegenüber oppositionellen Kräften äußerte sich in der Regel in Verhaftungen, was schon bald ein Klima der Angst erzeugte. Neben der "Peitsche" gab es jedoch auch das "Zuckerbrot", das sich beispielsweise in Sonderzuteilungen und Ämtervergaben ausdrückte.

Um nicht zu vorschnellen Verurteilungen von Personen zu kommen, die von diesen Angeboten Gebrauch machten, muß ihr Verhalten vor dem Hintergrund einer sozial sehr komplizierten Zeit gewürdigt werden. In ganz Mecklenburg und Vorpommern gab es dennoch Sozialdemokraten, die mutig ihre ablehnende Haltung zu den Kommunisten und der Besatzungsmacht zum Ausdruck brachten. Für sie bedeutete die Haltung des Landesvorstandes Verrat an den Interessen und Zielen der Sozialdemokratie.

In Mecklenburg-Vorpommern war Widerstand besonders in Ortsvereinen mit intellektuellem Potential und größerer Arbeiterschaft spürbar. Rostock, Wismar, Schönberg, Dömitz, Rügen, Grevesmühlen und Greifswald waren Zentren sozialdemokratischer Opposition. In einem Bericht an die Bezirksleitung der KPD analysierte der kommunistische Beauftragte für Rostock die Aktivitäten gegen eine Herbeiführung der Einheit und kam zu der Schlußfolgerung: "Zusammenfassend kann man sagen, daß die Kreisleitung der SPD die Einheit sabotiert, daß aber die Masse der Mitglieder dafür ist." Es ist offensichtlich, wie hier versucht wurde, Leitung und Mitglieder gegeneinander zu setzen.

Im November 1945 wurde Hermann Lüdemann als Geschäftsführer des Landesvorstandes auf "Wunsch" der SMA, was einem Befehl gleichkam, abgelöst. Er war nicht der Auffassung, die Fusion von KPD und SPD sei auch separat in der SBZ so schnell wie möglich herbeizuführen und wagte sich dabei in seiner Opposition gegen eine vorschnelle Vereinigung weit vor, indem er eine Urabstimmung forderte. Hier war er sich mit Albert Schulz einig, der auf einer Mitgliederversammlung der SPD erklärte: "Wir sind gute Demokraten, es kann deshalb nicht gehen, daß Vorstände und Ausschüsse die Einheit beschließen. Darüber

können wir nur allein verfügen."⁴² Bereits diese wenigen Belege machen deutlich, daß es in der SPD Mecklenburg-Vorpommerns aktive Fusionsgegner gab, die aber eine Aktionseinheit in Tagesfragen mit den Kommunisten und bürgerlichen Parteien keineswegs ablehnten. Die scheinbar widersprüchliche Haltung in der Vereinigungsfrage von Schulz, Lüdemann und Jesse verunsicherte die Genossen in den Ortsvereinen. Der Zwang, sich mit den Argumenten ihrer Gegner zu tarnen, war kaum von jenen Mitgliedern zu durchschauen, die keinen unmittelbaren Kontakt zu ihnen hatten.

⁴² Vgl. MLHA Schwerin. BPA Schwerin, Nr. I/1a.

Mecklenburgs und Vorpommerns Sozialdemokraten setzen sich zur Wehr

Die rasche Zunahme von Mitgliedern sowie der traditionell große Einfluß in der Bevölkerung Mecklenburgs und Vorpommerns stärkte die Führung der Sozialdemokraten. Moltmann, Karl und Höcker genauso wie Lüdemann und Jesse waren auch nach der Bildung der "Antifaschistischen Aktionsausschüsse" im Juli 1945 der Auffassung, der einzig akzeptable Abschluß des Konfliktes mit der Kommunistischen Partei sei die Einbeziehung der Kommunisten in die SPD; denn: "In unserer geschichtlichen Situation gibt es nur einen Weg zur Einheitspartei, und das ist die große und starke Sozialdemokratie."⁴³ Schon hier zeigt sich, daß die Ersteren durchaus kompromißbereit gegenüber den Kommunisten waren. Der Wunsch nach Überwindung der Spaltung war nach den Jahren der Diktatur verständlich, aber die Mehrheit der Parteimitglieder wollte eine sozialdemokratische Politik und Programmatik vom Grundsatz her nicht aufgeben. Für sie war Weimar nicht durch das Versagen der Sozialdemokratie gescheitert, obwohl schwerwiegende Fehler gemacht worden waren. Für sie waren in erster Linie die ungelösten wirtschaftlichen Probleme und das Wahlverhalten der Bevölkerung dafür verantwortlich, daß die nationalsozialistische Bewegung in so kurzer Zeit zu einer ernststen Gefahr für das demokratische System werden konnte.

Moltmann gehörte nach Kriegsende zu den Befürwortern einer Einheit beider Parteien. Er sah sich aber im Prinzip durch Otto Grotewohl bestärkt, keineswegs übereilt handeln zu müssen, da auf beiden Seiten Skepsis und Mißtrauen gegenüber den Absichten der jeweils anderen Seite vorhanden waren, die sich im weiteren Verlauf noch verstärkten. Dabei waren es nicht nur aus der Vergangenheit resultierende ideologische Gegensätze, die in Ortsvereinen und auch in der Leitung des Landesvorstandes zu Kontroversen führten. Die Sozialdemokraten waren auch praktischen Diskriminierungen ausgesetzt, bedingt in erster Linie durch die ideologische Nähe der KPD zur Besatzungsmacht. Obwohl die KPD zumindest in den ersten Monaten nach dem Ende des Krieges erheblich weniger Mitglieder aufzuweisen hatte als die Sozialdemokratie, wurde zwischen den Parteien dennoch eine paritätische Besetzung aller wichtigen Leitungsgremien und Kommissionen vereinbart, wobei es nachfolgend zu häufigen Verletzungen dieses Prinzips kam. Ein Schreiben Warnkes an die Landesleitung der KPD bestätigt dies: "Von den 8 kreisfreien Städten sind die Oberbürgermeister-Posten besetzt: 6 KPD, 1 Demokrat, 1 Parteilooser."⁴⁴

Das eindeutige Übergewicht zugunsten der Kommunisten wurde zwar dadurch etwas gemildert, daß die Stellvertreter in der Regel Sozialdemokraten waren, vermochte aber wichtige Weichenstellungen in personalpolitischer Hinsicht zu Ungunsten der Sozialdemokraten nicht zu verhindern. Dennoch waren Moltmann und Höcker bereit, über die Durchführung der Einheit mit den Kommunisten zu sprechen. Grotewohl mahnte zu diesem Zeit-

⁴³ Vgl. Kurt Schumacher an Eugen Schmid jun., Hannover, d. 22. Oktober 1945. In: J 5. Büro Dr. Schumacher. Zitiert aus: K. Klotzbach. Der Weg zur Staatspartei, Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945-1965. Berlin/Bonn 1952, S. 73.

⁴⁴ Vgl. MLHA Schwerin. Mdl 1945 - 1952, Nr. 170

punkt noch zur Vorsicht, als er betonte, "daß eine erfolgreiche Zusammenarbeit nur möglich ist, wenn sie (die Kommunisten, d.V.) sich grundsätzlich daran gewöhnen, in ihrem sozialdemokratischen Kameraden nicht mehr den Verräter zu sehen."⁴⁵ Es vergingen aber nur wenige Monate, bis Grotewohl seine eigenen Vorbehalte gegenüber den Kommunisten aufgab und zum Befürworter einer raschen Vereinigung wurde.

In Mecklenburg-Vorpommern gab es in der SPD Gruppen, die sich intensiv der Vereinigung widersetzen. Dies war selbst in Schwerin der Fall, wo die Befürworter der Einheit dominierten. Hier hatten es die Einheitsgegner bedingt durch die Konzentration führender Funktionäre besonders schwer. Die Nähe der SMA bewirkte ein übriges. Ein Teil der Mitgliedschaft war zumindest bis zum Ende des Jahres 1945 noch der Auffassung, eine Vereinigung wäre für die Lösung der enormen Probleme des Wiederaufbaus das Beste. Erste positive Ergebnisse in der Bekämpfung von Hunger und Krankheit sowie Zeichen eines hoffnungsvollen Neubeginns nach Flucht und Vertreibung durch die Zuteilung eines Stücks Land basierten ja bereits auf einer gemeinsamen praktischen Tätigkeit von Sozialdemokraten und Kommunisten.

Das Bestreben der KPD zur Intensivierung der Aktionseinheit mit der Sozialdemokratie zeitigte das beabsichtigte Ergebnis im Verhalten der Menschen. Dennoch waren auch die Befürworter der Vereinigung keineswegs frei von Vorbehalten, die sich in dem Maße verstärkten, wie sich der Führungsanspruch der Kommunisten durchsetzte und Druck auf oppositionelle Kräfte ausgeübt wurde. Das Spektrum des Verhaltens in der Sozialdemokratie ist verständlich, wenn man sich die komplizierte politische, wirtschaftliche und ideologische Situation vor Augen hält, in der die sozialdemokratischen Genossen agierten. Viele der Älteren verglichen die Lage mit der nach dem ersten Weltkrieg und fanden keine befriedigende Antworten auf drängende Fragen. Die Vereinigung der Arbeiterparteien beschäftigte viele nicht weniger als der tägliche Kampf ums Überleben. All jene, die sich bemühten, "Lehren" aus der Vergangenheit für die Lösung aktueller Probleme zu ziehen und unter allen Umständen "Fehler Weimars" vermeiden wollten, unterlagen dem verhängnisvollen Irrtum, daß Geschichte reproduzierbar sei. Als Schlußfolgerung kristallisierte sich heraus, daß alles getan werden müsse, um einen erneuten "Bruderkampf" zu verhindern, wo doch gemeinsames Handeln dringend erforderlich sei. Diese Grundeinstellung, die sich schon im antifaschistischen Widerstandskampf entwickelt hatte, wurde auf die neuen Bedingungen übertragen. "Wir müssen jetzt zusammenstehen, alle drei (KPD, SPD, CDU), wir können uns heute nicht über die Vergangenheit herumstreiten. Dazu ist gar keine Zeit. Jeder mag seine Fehler frei und offen bekennen, aber einen Streit darf es nicht geben. Und wenn ein Kommunist oder ein Sozialdemokrat oder ein Demokrat meint, er müßte heute irgendwo sich ein besseres Süppchen kochen, dann gehört er nicht in diese Kampfgruppe hinein. Wir können dieses große Werk nur vollbringen in voller Einmütigkeit, in voller Kameradschaft, in voller Ehrlichkeit einer gegen den anderen."⁴⁶

⁴⁵ Vgl. Harold Hurwitz. a.a.O., S. 12.

⁴⁶ Vgl. Carl Moltmann. Weihestunde der Revolution. In: Volksstimme vom 14. November 1945.

Diese Auffassung mag bis zum Herbst noch die subjektiv aufrichtige Meinung eines Teils der Sozialdemokraten gewesen sein. Als die Kommunisten jedoch plötzlich ihre Strategie änderten und der Auffassung waren, daß es sehr schnell zur Einheitspartei kommen müsse, hätte der Landesvorstand bei einer gründlichen und selbstkritischen Analyse zumindest nachdenklich werden müssen. Stattdessen sprach man von noch vorhandenen "Unebenheiten", die bereinigt werden müßten, bevor es zur Vereinigung komme. Dem Parteivorstand war durchaus bekannt, daß die KPD gemeinsam mit der SMA gleichzeitig mit dem Beginn ihrer Offensive zur Vereinigung die psychische und physische Repression gegenüber der Sozialdemokratie verstärkte. In Gnoien wurde beispielsweise einer der wenigen sozialdemokratischen Bürgermeister und sein Stellvertreter entlassen und Kommunisten auf den Posten gesetzt. Das gleiche geschah in Neubukow und Warin.

Bereits im Januar 1946 initiierten Kommunisten ohne Absprache mit den sozialdemokratischen Kreisvorständen in einzelnen Orten gemeinsame Versammlungen. Beispiele hierfür waren Hornstorf und Neukloster im Kreis Wismar. Man wollte damit den Eindruck erwecken, die Parteibasis wolle eine sofortige Vereinigung, nur die Leitungen stünden dagegen. Hieraus läßt sich schließen, daß die KPD Anfang 1946 ihr Ziel, den Widerstand innerhalb der SPD gegen eine Vereinigung zu brechen, noch nicht erreicht hatte. Am 15. Januar erklärte beispielsweise der ZA der SPD, man wolle die Einigung im Reichsmaßstab von Zentralinstanz zu Zentralinstanz durch gemeinsame Beschlüsse der Parteitage erreichen. Deshalb dürften sogenannte Einigungen in einzelnen Ländern oder gar in einzelnen Städten und Gemeinden nicht in Frage kommen. Dies wurde von den meisten Landesvorständen global unterstützt.

Auch in Mecklenburg-Vorpommern setzte man sich gegen diese unlauteren Praktiken der Kommunisten zur Wehr, was nicht ausschloß, daß es Ortsvereine gab, in denen die fusionswilligen Kräfte den Angeboten zur beschleunigten Vereinigung folgten. Der Landesvorstand befand sich dabei in einer komplizierten Situation. Einerseits hatte er sich an die Beschlüsse des Zentralvorstandes zu halten, d.h., er hatte die Zusammenarbeit mit den Kommunisten auf allen Gebieten zu verstärken und die Klärung ideologischer Fragen zu beschleunigen, während andererseits den Einheitsgegnern an der Parteibasis Rechnung getragen werden mußte. Eine tiefe Krise in der Führung der Landesorganisation schien sich anzubahnen. Es gab sogar Stimmen im Landesvorstand, die einer Zerreißprobe durch Auflösung der Partei entgehen wollten. "Als der ZA am 10. Februar mit den Parteichefs der Länder tagte, war man über den extremen brutalen Gleichschaltungsdruck informiert, dem die Fusionsgegner in Leipzig ausgesetzt waren. In Kenntnis der Tatsache, daß außer Hoffmann jetzt noch andere auf eine baldige Vereinigung drängen würden, fragte Grotewohl vor Sitzungsbeginn Carl Moltmann aus Mecklenburg, wo er stehe. Zögernd erklärte dieser, daß auch er für eine Vereinigung bis zum 1. Mai eintrete."⁴⁷

Damit war klar, welche Kräfte sich nach heftig geführten Auseinandersetzungen im Landesvorstand durchgesetzt hatten. Der Wille zum Widerstand gegen eine sofortige Vereini-

⁴⁷ Vgl. Harold Hurwitz. A.a.O., S. 43.

gung schien bei den meisten Mitgliedern des Landesvorstand gebrochen. Die Entscheidung Moltmanns und anderer maßgeblicher Sozialdemokraten Mecklenburg-Vorpommerns für eine schnelle Fusion war auch dadurch motiviert, daß man die Hoffnung hatte, so eine stärkere Einflußnahme auf die anstehenden Entscheidungen nehmen zu können. Die Überlegung war, daß die SPD mit der Vereinigung die Möglichkeit erhalte, die machtpolitische Konstellation KPD - Besatzungsmacht sozialdemokratisch zu beeinflussen. Aus dem Wissen um deren ideologisch motivierte Zielsetzungen und ihren Erfahrungen der Weimarer Zeit vermuteten die Sozialdemokraten, daß ein Sozialismus Stalinscher Prägung auch für Deutschland anvisiert wurde. Als einzige Kraft, die das noch verhindern konnte, betrachtete sich die Sozialdemokratie. Anders kann man die gewiß zurückhaltenden Ausführungen Wilhelm Höckers auf einer Versammlung der Sozialdemokraten in Rostock nicht werten: "Wir sind die stärkste Partei, und sollte die Einheit beschlossen werden, dann fügen wir uns. Aufgrund der Stärke muß aber auch unsere Partei die entsprechenden Posten in der Verwaltung erhalten."⁴⁸

Beteuerungen der Kommunisten, eine parlamentarische Demokratie anzustreben, die Einheit Deutschlands unbedingt zu erhalten sowie den Weg demokratischer Reformen bei den anstehenden gesellschaftlichen Veränderungen in der SBZ einzuschlagen, ließen die Einschätzung der Sozialdemokraten realistisch erscheinen. Hinzu kam ein gewisser Druck von der Parteibasis, die bei der Einbindung von Sozialdemokraten in wichtige Gremien wie Entnazifizierungs- und Bodenreformkommissionen sowie in Verwaltungsorgane die Erfahrung gemacht hatte, daß sozialdemokratische Auffassungen durchaus akzeptiert und erwünscht waren. Trotz mancherlei Probleme konnte man mit den Kommunisten in der Verwaltung zusammenarbeiten. Sozialdemokraten werteten das als mögliche Fortsetzung gemeinsamer antifaschistischer Aktionen und erblickten hierin einen Beweis für die Vertrauenswürdigkeit der Kommunisten. Im Interesse ihrer strategischen Zielsetzung waren Kommunisten bereit, zumindest in Worten auf sozialdemokratische Wünsche einzugehen. In einer Vereinbarung zwischen der Landesleitung der KPD und dem Landesvorstand der SPD vom Oktober 1945 konnten die Sozialdemokraten einen Konsens in Grundsatzfragen eines künftigen Deutschlands erreichen. Es bestand Einigkeit in dem Bestreben, "eine antifaschistische demokratisch-parlamentarische Republik" zu schaffen, die Fehler und Schwächen der Vergangenheit vermied und dem schaffenden Volk alle demokratischen Rechte und Freiheiten sicherte. Das bedeutete formal ein Anknüpfen an positive Traditionen der Weimarer Zeit, wenngleich die Rolle der Staatsmacht neu definiert wurde. Man brachte zum Ausdruck, daß eine entscheidende Voraussetzung hierfür die Beseitigung aller nationalsozialistischen und faschistischen Einflüsse sei, im besonderen durch die Entfernung faschistischer Elemente aus Verwaltung und führenden Positionen der Wirtschaft. "Der demokratische Grundkonsens von 1945 beruhte auf dem leidenschaftlichen und kompromißlosen Bekenntnis zu einer republikanischen, freiheitlichen Staatsform; Übereinstimmung bestand darin, daß mit den politischen und ideologischen auch die sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen des Nationalsozialismus ein für allemal zerstört werden mußten."⁴⁹

⁴⁸ Vgl. MLHA Schwerin. BPA Schwerin, Nr. I/22.

⁴⁹ Vgl. Hermann Glaser. Kleine Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945 - 1989. Bonn 1991, S. 48.

Obwohl eine "Landesarbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei in Mecklenburg-Vorpommern" zur Klärung aller strittigen Fragen und zur einheitlichen Vertretung gemeinsamer Interessen geschaffen wurde, gelang es den Sozialdemokraten zu keiner Zeit, die Kommunisten zur "Offenbarung" in der Frage "Revolution oder Reform?" zu zwingen. Die Weimarer Zeit war bekanntlich wesentlich durch den Sozialreformismus der Sozialdemokratie bestimmt, der zumindest im Ansatz durch eine Verwirklichung demokratischer Rechte und Freiheiten geprägt war. Aber bereits die Durchführung der Bodenreform im Herbst 1945 zeigte deutlich, daß Kommunisten und Besatzungsmacht nicht bereit waren, diese "Reform" mit demokratischen Mitteln durchzuführen, sondern sie als "Akt revolutionärer Veränderung", als Machtfrage verstanden.

Der "praktizierte Antifaschismus" der Kommunisten war für die Sozialdemokratie eine Hürde, die sie nicht mit ihrem spezifischen Demokratieverständnis zu bewältigen vermochte. Indem sich die Gruppe um Moltmann zur "kämpferischen Demokratie" der Kommunisten bekannte, mußte sie zwangsläufig den Weg der Sozialreform verlassen. Hierbei wurde deutlich, daß die Sozialdemokraten Mecklenburg-Vorpommerns theoretisch unzureichend auf diese Situation vorbereitet waren. Hinzu kommt, daß eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten in den Westzonen nicht möglich war. Kurt Schumacher konnte die Sozialdemokraten nur über den Rundfunk gegen die Vereinigungsabsichten inspirieren. Alle, die ihm in Mecklenburg-Vorpommern folgten, wurden diskriminiert und verfolgt. Peter Schulz erinnert sich: "Für oder gegen Schumacher zu sein, war für die Kommunisten geradezu die entscheidende Trennlinie: ich selbst bin noch deshalb des Studiums als unwürdig befunden worden, weil ich ein 'Schumacherling' sei."

In Anknüpfung an Traditionen Weimars und in Abgrenzung zum stalinistischen System des Sozialismus in der Sowjetunion erklärte Schumacher: "Als geistige und politische Grundlage steht neben dem Sozialismus und völlig mit ihm zusammengewachsen die Demokratie. Die Demokratie ist untrennbar von Begriff und Ethik des Sozialismus. Der Sozialismus ist in sich demokratisch, ist als Kampf um die geistige, politische und ökonomische Befreiung der arbeitenden Massen, ein Kampf um das Recht und die Freiheit gegen Vergewaltigung und Knechtung. Ein auf diktatorischem Wege erkämpfter und behaupteter "Sozialismus" ist kein Sozialismus, sondern bestenfalls Staatskapitalismus oder irgendeine überindividualistische Wirtschaftsform."⁵⁰ Die Sozialdemokraten in den Westzonen hatten es sicher einfacher mit "ihren" Besatzungsmächten, die in Kategorien westlicher Demokratie dachten, ihre Besatzungspolitik auf den Erhalt kapitalistischer Strukturen richteten und ihre Vorstellungen von einer pluralistischen Gesellschaft durchsetzten. Dementsprechend positiv, wenn auch keinesfalls konfliktfrei, entwickelten sich die dortigen Beziehungen zur SPD und umgekehrt. "Aber wir dürfen bei aller Loyalität nicht ängstlich werden, sondern müssen das Recht stets für uns in Anspruch nehmen, bei jeder Gelegenheit auch gegenüber den Sie-

⁵⁰ Vgl. Programmatische Dokumente der Sozialdemokratie. Bonn 1990, S. 250.

gern unsere Meinung sagen." Ein solches Recht hatten die Sozialdemokraten Mecklenburg-Vorpommerns nicht und durften es auch nicht wagen, darauf zu pochen. Sozialdemokraten sind wegen weitaus geringerer Anlässe eingesperrt worden oder waren von anderen Zwangsmaßnahmen betroffen. Gleichzeitig sahen sich Sozialdemokraten auch Verlockungen ausgesetzt, wie beispielsweise der Übertragung herausgehobener Ämter in der Verwaltung und anderer Privilegien, die aus heutiger Sicht zwar geringfügig erscheinen mögen, die damals jedoch eine existentielle Absicherung auch für die Familie bedeuteten.

Nicht nur der Landesvorstand, sondern vor allem der Zentralausschuß der SPD offenbarten in dieser angespannten Situation ihre Führungsschwäche. Teilweise wurde den Kommunisten das Terrain in der ideologischen Auseinandersetzung kampflos überlassen. Bevor die Sozialdemokraten sich einigermaßen über ihre Lage klargeworden waren, holten die Kommunisten bereits zum nächsten Schlag, der Bodenreform, aus, die ausschließlich nach dem Konzept der SMAD und der KPD durchgeführt wurde und in Mecklenburg-Vorpommern von besonderer Bedeutung war.

Zum Stellenwert der Bodenreform im Vereinigungsdenken

Nach dem Muster Sachsens beschloß die Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommerns im September 1945 eine Verordnung zur Bodenreform. Damit hatten sie vorweggenommen, was die Alliierten erst im Februar 1947 für alle Besatzungszonen mit der Maßgabe beschlossen, eine Bodenreform bis spätestens Ende 1947 abzuschließen. Wie wohl in keinem anderen Land der Sowjetischen Besatzungszone sollte sie in Mecklenburg und Vorpommern grundlegende Veränderungen in der politischen und wirtschaftlichen Struktur einleiten. Diese Region war trotz der Ansiedlung vornehmlich von Rüstungsindustrie in der Zeit des Nationalsozialismus traditionell landwirtschaftlich geprägt, wobei der landwirtschaftliche Großgrundbesitz eindeutig dominierte. In etwa 2.200 Gütern über 100 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche waren 62 Prozent des Bodens konzentriert. Die größten Güter waren die der Familien von Putbus mit 18.850, von Schwerin mit 16.652, von Maltzahn mit 11.849 und von Heyden mit 10.321 Hektar. Dementsprechend hoch fiel der Anteil von Landarbeitern und landarmen Kleinbauern aus, die in den Diensten der Gutsbesitzer standen. Reine Bauerndörfer mit vorwiegend Groß- und Mittelbauern waren gegenüber den Gutsdörfern eindeutig in der Minderheit.

Mecklenburg-Vorpommern hatte wegen seiner relativ geringen Bevölkerungszahl die meisten Flüchtlinge aufzunehmen. Hierunter befand sich eine erhebliche Anzahl von Bauern aus den deutschen Ostgebieten, die dort ihren Besitz verloren hatten und nun hofften, sich hier eine neue landwirtschaftliche Existenz aufbauen zu können. Hinzu kam, daß es in Mecklenburg und Vorpommern traditionell eine große Anzahl landarmer Bauern gab, die mit einer Zuteilung von Land ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern hofften. Nicht zuletzt gab es auch die vielen Landarbeiter, die zwar etwas von der Landwirtschaft verstanden, aber unter den gegebenen Bedingungen nicht an eine eigene Wirtschaft denken konnten, weil ihnen die erforderlichen finanziellen Mittel fehlten. Sowjetische Besatzungsmacht und Kommunistische Partei hatten schon frühzeitig erkannt, daß die Durchführung einer Bodenreform nicht nur eine Möglichkeit zur Bestrafung von Nazi- und Kriegsverbrechern, sondern auch einen Ansatzpunkt zur Bereinigung der Verwaltung und zur Entfernung von NS-belasteten Lehrern, Ärzten, Wissenschaftlern und Künstlern bot.

Die Forderung nach Durchführung einer Bodenreform war alt, denn sie wurde von der KPD bereits in den zwanziger Jahren in der Hoffnung erhoben, daß Landarbeiter und Bauern bei einer politischen Umwandlung der gesellschaftlichen Verhältnisse darin eine Perspektive erblicken und somit das Programm der Kommunisten unterstützen würden. Diese Rechnung ging zumindest teilweise auf. In Mecklenburg erhielten 114.519 Menschen Land, davon 23.715 Flüchtlinge und Umgesiedelte, 9.509 landarme Bauern und 28.317 Landarbeiter.

Die Kommunisten drängten darauf, die erste Etappe der Bodenreform, die Aufteilung der Güter, möglichst bis zum Oktober 1945, spätestens jedoch bis zum Dezember abzuschließen. Entsprechend den spezifischen Bedingungen Mecklenburg-Vorpommerns war

der Bodenreform primär ein politischer und ideologischer Stellenwert zugeordnet, wenngleich das KPD-Organ, die "Volkszeitung", ihre rasche Durchführung vornehmlich aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen als notwendig bezeichnete. Vorrangig hatte die Bodenreform in der Strategie von Sowjetischer Militäradministration in Deutschland (SMAD) und KPD die Aufgabe, die Bevölkerungsmehrheit "kommunistenfreundlich" zu stimmen und damit gleichzeitig den sozialdemokratischen Einfluß in Grenzen zu halten, ohne dabei eine Konfrontation mit den Blockparteien SPD, CDU und LDP herbeizuführen. Dies hätte die Durchführung der Bodenreform sicherlich erschwert. Folgerichtig bezeichnete Sobottka, Landesvorsitzender der KPD, es als vorrangige Aufgabe, den Sozialdemokraten und Parteilosen zu "helfen", die Bodenreform so zu sehen und auch durchzuführen, wie es die Verordnung festgelegt hatte.

Im Namen von Antifaschismus und Wiederaufbau war unter Federführung Johannes Warnkes, Kommunist und Vizepräsident für Inneres der Landesverwaltung, eine Verordnung entstanden, die in allen wesentlichen Punkten der kommunistischen Diktion entsprach und demzufolge wenig Raum für den sozialdemokratischen bzw. bürgerlich-liberalen Siedlungsgedanken ließ, wie er bereits im Mecklenburg-Vorpommern der Weimarer Zeit erfolgreich praktiziert worden war. Es ist anzunehmen, daß weder große Teile der Sozialdemokraten noch bürgerliche Kräfte die Bodenreform so wollten, wie sie nach dem Willen der Kommunisten durchgeführt wurde, auch wenn sie die Bodenreformverordnung anfangs mittrugen. Als die Verordnung zur Bodenreform aber bereits veröffentlicht war, kamen Zweifel auf.

Wie ist die rasche Zustimmung zur kommunistischen Variante der Bodenreform erklärbar? SPD und CDU, die LDP gab es noch nicht, hatten am 3. September 1945 den "Aufruf des Blocks der antifaschistischen demokratischen Parteien an die Werktätigen Mecklenburg-Vorpommerns" mit unterzeichnet, der im Punkt 4 forderte: "Aller Boden der Junker, Feudalherren, Fürsten und Großgrundbesitzer über 100 Hektar" wird entschädigungslos enteignet.⁵¹ Hier bedarf es weiterer Forschung, um die Motivation der unterschiedlichen politischen Gruppierungen für diese Zustimmung differenzierter zu ermitteln. Zweifellos kam den Kommunisten auch die in den ersten Monaten nach Kriegsende noch sehr eingeschränkten technischen Möglichkeiten zur Kommunikation der Landesverbände der SPD und CDU mit ihren Zentralvorständen und auch mit den Westzonen zugute.

Trotz prinzipieller Übereinstimmung im "Aufruf" kam es in den Ortsvereinen und selbst in den Landesvorständen zu Auseinandersetzungen. Die Einwände eines Teils der Mitgliedschaft von SPD und auch CDU bezogen sich im wesentlichen auf drei Punkte. Erstens erkannten sie, daß die 100 Hektar nicht nur eine relativ willkürliche Grenze für die Enteignung darstellten, sondern in einer solchen absoluten Festlegung keineswegs eine Begrenzung auf Nazi- und Kriegsverbrecher nach dem Potsdamer Abkommen bedeuteten und somit der Willkür Vorschub leisteten. Damit gab es praktisch kein Kriterium für eine rechtmäßige oder unrechtmäßige Enteignung. Zweitens wollten sowohl Sozialdemokraten als auch Bürgerliche, die Bodenreform in einem längeren Prozeß durchführen, um jeden einzelnen Fall der Enteignung genau prüfen zu können. Drittens sollten die Neusiedlungen

⁵¹ Vgl. Geschichte der Landesparteiorganisation der SED Mecklenburg 1945-1952. Rostock 1986, S. 120.

mindestens eine Ackernehmung umfassen (je nach Bodenqualität betrug eine Ackernehmung zwischen 20 und 30 ha), damit sie nicht nur für den Eigenbedarf produzieren, sondern auch die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln sichern helfen konnten. Vor allem aber wollte man mehr Zeit haben, um die Verteilung des Bodens sowie des lebenden und gegenständlichen Inventars wirtschaftlich und sozial gerecht vornehmen zu können. Das bedeutete, nicht jedem Antragsteller Boden zu geben, da Erfahrungen und Kenntnisse zur Führung einer bäuerlichen Wirtschaft als wichtige Voraussetzungen anzusehen waren.

Solche Einwände berührten die Substanz des kommunistischen Vorschlags und hätten bei Beachtung dem Prinzip sozialer Gerechtigkeit für alle Beteiligten Rechnung getragen. Dem Recht auf eine menschliche Behandlung - eine Forderung der CDU - auch von Großgrundbesitzern, die nicht zu den Profiteuren des NS-Systems gehörten, wäre entsprochen worden. Sicher wäre eine solche Bodenreform dann der Charakterisierung "demokratisch" etwas näher gekommen. Selbst der kommunistische Landtrat von Güstrow gestand in einem Schreiben vom 4. Oktober 1945 an die Landesleitung der KPD ein: "Die Bodenreform ist bei uns in vollem Zuge. Es ergeben sich dabei jedoch einige häßliche Nebenerscheinungen. Die Genossen in Laage und Schwaan machen sich die Sache mit den enteigneten Gutsbesitzern und Pächtern zu leicht. Sie werfen sie und ihre Familien einfach hinaus auf die Straße, z.T. ohne das Notwendigste und kümmern sich nicht mehr um ihr weiteres Schicksal. Von Laage werden sie nach Schwaan geschickt und von dort zurück nach Laage. Sie haben keine Bleibe und landen zuletzt bei mir im Landratsamt. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Ich habe mit den Genossen telefoniert und persönlich Rücksprache genommen, aber ändern tut sich nichts." Es war aber wohl nicht Mitleid mit den Gutsbesitzern, das ihn zur Intervention veranlaßte. "Ich bin der Meinung, daß wir - wenn wir jetzt den Schlußstrich setzen unter eine vielhundertjährige Geschichte - es am wenigsten nötig haben, auf obige Weise vorzugehen. Es bestände vielleicht die Möglichkeit, einer Anzahl dieser Artgenossen einen bestimmten Sitz zuzuweisen, wo sie ihr Leben zum Abschluß bringen können. Lange werden sie unter den veränderten Verhältnissen sowieso nicht mehr leben. Aber unseren Gegnern brauchen wir Stoff zu heimlicher Agitation auf diese Weise nicht zu liefern." Eine Verzögerung der Bodenreform wäre möglicherweise bei einem weniger radikalen Vorgehen unausbleiblich gewesen, was aber keineswegs im Interesse der Kommunisten lag.

Es spielte weiterhin auch die Überlegung eine Rolle, wenigstens einen Teil der funktionsfähigen Güter zu erhalten, um damit eine günstigere Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Die SMAM sicherte sich Güter für die Versorgung ihrer Truppen, und selbst KPD und SPD erhielten sogenannte Versorgungsgüter in Klein-Trebbow und Gottesgabe. Sie wußten um die Wirtschaftlichkeit solcher Großbetriebe. Nachhaltiger wirkte sich in der Bevölkerung jedoch die Privilegierung dieser Parteien und Funktionäre aus.

Sozialdemokraten und CDU waren gemeinsam zumindest mit einem Teil der Antragsteller auf eine Siedlung der Auffassung, eine Wirtschaftsgröße bis zu 20 Hektar zuzulassen und nicht nur 10 Hektar, wie die Kommunisten beabsichtigten und im Prinzip auch durchsetzten. Es war ersichtlich, daß es der KPD darum ging, möglichst vielen Menschen Land zu geben, und zwar vorrangig aus propagandistischen Gründen. Die Entwicklung sollte aber all

jenen recht geben, die für ein Konzept der Bodenreform eintraten, bei dem die Siedler die Möglichkeit erhalten hätten, rentable Wirtschaften aufzubauen. Hunderte Neubauern konnten ihren Hof aus wirtschaftlichen Gründen nicht halten, obwohl die Bodenreform-Kaufgeldraten reduziert oder gar erlassen worden waren. Neben dem Landmangel waren geringe Viehbestände, fehlende Gebäude oder auch mangelnde landwirtschaftliche Kenntnisse der Neubauern ausschlaggebend für ihren Ruin. Die Besitzer ruinierter Betriebe gehörten später dann auch zu den ersten, die in die ÖLB und dann die LPG eintraten, was ein strategisches Ziel der KPD war. Viele der Neubauern gingen aber auch in den Westen.

Als tragisch erwies sich jedoch die undifferenzierte Enteignung, da auch Großgrundbesitzer mit antifaschistischer Einstellung und nachweislichem Widerstand gegen das nationalsozialistische System trotz Einspruchs entschädigungslos enteignet wurden. Hier trifft die Führungen von SPD und CDU in Mecklenburg-Vorpommern der Vorwurf, nicht konsequent genug deren Interessen vertreten zu haben. Auf einer Kundgebung der KPD wurde wie zum Hohn erklärt: "Auch Antifaschisten, die über 100 Hektar Anbaufläche besitzen, sollen nun beweisen, daß sie Opfer und Verständnis für die umwälzende Aufgabe der Bodenreform (auf)bringen können." Eine solche Forderung war geradezu zynisch, hatten doch auch diese Menschen ihr Leben riskiert und Anverwandte ihr Leben verloren. Ausgewiesenen Gegnern des Nationalsozialismus oder ihren Erben sollte auf Antrag ein Resthof von 25 Hektar zugebilligt werden. Hierzu gehörten u. a. der Gutsbesitzer von Wartenburg, hingerichtet am 20. Juli 1944, weil er als Verbindungsmann der jüdischen Weltorganisation, dem "Joint", Unterstützungsgelder aus Amerika an deportierte Juden und Polen vermittelt hatte. Sein Bruder kam ins Konzentrationslager Sachsenhausen. Die Mutter und zwei Schwestern waren wochenlang im Frauengefängnis in Breslau eingesperrt. Weitere aktive Widerständler aus Mecklenburg waren Fritz Dietlof von der Schulenburg, der ebenfalls als Beteiligter des Attentats auf Hitler hingerichtet wurde sowie Andreas von Flotow, der als Opponent in der NS-Bewegung bereits 1932 von der SA erschossen wurde. Ihre Enteignung sollte durch ein Restgut von 25 Hektar gemildert werden, aber nur wenige haben es dann auch tatsächlich erhalten und bewirtschaften können. Das ihnen angetane Unrecht machte eine Versöhnung mit dem SED-Regime unmöglich.⁵²

Mit der Bodenreform, die sie "demokratisch" nannten, wollten Besatzungsmacht und Kommunisten die Großgrundbesitzer als Klasse treffen. Unter der Losung "Junkerland in Bauernhand" begriffen sie die Bodenreform als revolutionären Akt auf dem Wege zum Sozialismus, bei dem auf Einzelschicksale keine Rücksicht genommen werden konnte. In einer Erklärung der vier antifaschistisch-demokratischen Parteien zur Bodenreform heißt es: "Die Entmachtung des feudalen Großgrundbesitzes ist eine wesentliche Voraussetzung für die friedliche demokratische Entwicklung in Deutschland. Mit der demokratischen Bodenreform soll eine alte Bauernforderung endlich verwirklicht werden. Diese Reform ist umso dringlicher, als infolge der verbrecherischen Kriegspolitik und Kriegführung Hitlers 100.000 deutsche Bauern Hof und Boden, Vieh und Fahrnis verloren haben. Hunderttausende lie-

⁵² Vgl. MLHA Schwerin. Ministerium für Landwirtschaft, Nr. 2984.

gen heute mit Weib und Kind buchstäblich als Bettler auf der Landstraße. Durch die restlose Enteignung der Kriegsverbrecher und aktivistischen Nazis und die Aufteilung des Besitzes der großen Feudalherren muß diesen Opfern der Hitlerpolitik geholfen werden."⁵³

Der bürgerliche Siedlungsgedanke konnte unter solchen Umständen nicht realisiert werden. Selbst die Siedlungsgesellschaften wurden enteignet. Zwar beabsichtigten die Sozialdemokraten, und die bürgerlichen Parteien stimmten ihnen dabei zu, einen großen Teil der Güter zu erhalten und sie genossenschaftlich zu bewirtschaften, doch die Kommunisten wollten eine Massenbewegung auf dem Land und bestanden auf einer raschen Aufteilung der meisten Güter. Mit hohem propagandistischen Aufwand sprach man von einer "Revolution auf dem Lande". "Ein neues Blatt in der Geschichte wird aufgeschlagen. Das Vorrecht der Junker ist zu Ende. Das Land, für das wir uns geschunden haben, werden wir jetzt als unser Eigentum freudig bearbeiten."⁵⁴ Zu spät erkannte man, daß die KPD mit der Bodenreform einen großangelegten Prozeß von Enteignungen einzuleiten gedachte, um damit nach dem Beispiel der Sowjetunion wichtige Grundlagen für den Sozialismus auf deutschem Boden zu schaffen. Die Möglichkeiten, dagegen etwas zu unternehmen, waren bei den machtpolitischen Gegebenheiten gering und obendrein mit einem hohen Risiko verbunden. Mit der Übereignung des Bodens, auch wenn sie mit einigen Einschränkungen versehen war - so durfte das erworbene Bodenreformland beispielsweise nicht weiter verkauft werden - wurde der Verdacht auf eine beabsichtigte sozialistische Entwicklung zum Teil erfolgreich zerstreut.

Mit der Ablehnung der Forderung nach Genossenschaftsbildung bezweckten die Kommunisten demagogisch die Erhärtung ihrer These, das Sowjetsystem nicht auf Deutschland übertragen zu wollen, was in der Bevölkerung durchaus auf Zustimmung stieß. Gleichzeitig wurde der SPD unterstellt, sie wolle einen Sozialismus nach sowjetischer Lesart einführen, was zwar absurd war, der KPD propagandistisch aber half.

Die Kommunisten erkannten, daß die SPD mit ihren Forderungen die Absicht verfolgte, die Durchführung der Bodenreform zu verlangsamen, wenn sie schon nicht zu verhindern war, da weder die Bedingungen vorhanden noch die meisten Menschen darauf vorbereitet waren. Zu diesem Zeitpunkt war durchaus nicht klar, daß Deutschland gespalten werden würde, und deshalb sollten nach Auffassung von Sozialdemokraten und CDU in der SBZ nicht einseitig derartig grundlegende Veränderungen stattfinden. Sobottka schätzte in einer Sekretariatssitzung der Landesleitung der KPD das Verhalten der Sozialdemokraten folgendermaßen ein: "Wir brauchen es nicht zu sagen, müssen aber klar sehen, daß diese Dinge bei den Sozialdemokraten nicht aus Unwissenheit oder weil sie alles verwechseln, entstehen, sondern daß hier in der Führung sich eine bestimmte Absicht versteckt, durch eine solche Fragestellung der Durchführung der Bodenreform Schwierigkeiten zu bereiten. Es ist klar, daß, wenn man solche Fragen aufwirft, man auch Verwirrung bei unseren Genossen anrichtet, daß sie sagen, wir haben früher auch Kolchosen verlangt."⁵⁵ Die Sozialdemokra-

⁵³ Vgl. ebenda. Mecklenburgische Landgesellschaft, Nr. 465.

⁵⁴ Vgl. Volkszeitung vom 8. September 1945.

⁵⁵ Vgl. MLHA Schwerin. BPA Schwerin, Nr. 1/2.

ten hatten den Aufruf zur Durchführung der Bodenreform mit unterschrieben. Jetzt setzten die Kommunisten alles daran, "das einheitliche Handeln beider Arbeiterparteien zu sichern."

Am Beispiel der Bodenreform wurde deutlich, daß Kommunisten und Sozialdemokraten sich nicht ausreichend über eine so wichtige Aufgabe ausgetauscht und zu einem einheitlichen Nenner gefunden hatten. Aber neben den bereits angesprochenen gab es weitere Differenzen, wie zum Beispiel Wahl oder Berufung der Bodenreformkommissionen in den Gemeinden, Behandlung der enteigneten Großgrundbesitzer und Bauern, Einbeziehung des Waldes in die Aufteilung usw. Zu einer heftigen Kontroverse kam es zwischen Moltmann und Sobottka, den Landesvorsitzenden von SPD und KPD. Es ging darum, ob man die Güter sofort oder schrittweise aufteilen sollte, da offensichtlich die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Existenz der Neubauernwirtschaften nicht immer gegeben waren, wie z.B. die Bereitstellung von Ackergeräten, Ställen, Vieh und anderem mehr. Mit der CDU hatten Sozialdemokraten neben rechtlichen Bedenken die Befürchtung, die Ernährungslage der Bevölkerung könne sich weiter zuspitzen, wenn die noch intakten Güter in unrentable Neubauernstellen aufgeteilt würden, die größtenteils nur für den Eigenbedarf produzieren würden. Allerdings gab es auch nicht wenige in diesen Parteien, die in der Bodenreform die Chance für eine bessere Versorgung der Bevölkerung sahen. Es dauerte jedoch nicht lange und die Entwicklung bestätigte die Vermutung der Sozialdemokraten. Mehr und mehr Neubauern verließen ihre Wirtschaft, gingen in den Westen, wanderten in Städte ab und versuchten dort, eine neue Existenz zu finden, oder sie wurden wieder, was sie gelernt hatten, Landarbeiter oder Handwerker.⁵⁶

Trotz alledem waren die Kommunisten aber nicht bereit, von ihrer Linie abzugehen und sich den Sozialdemokraten gegenüber kompromißbereit zu zeigen. In dieser Auseinandersetzung spielte die SMA eine entscheidende Rolle. Ernst Thape, Landesvorsitzender der SPD und 2. Vizepräsident der Landesverwaltung von Sachsen-Anhalt, der 1948 in den Westen flüchten mußte, schreibt hierzu in seinen Lebenserinnerungen: "Die völlige Veränderung der landwirtschaftlichen Struktur und der Eigentumsrechte an Grund und Boden zu verhindern, war für uns Deutsche, die wir in der Sowjetzone lebten, unmöglich, denn die Russen wollten die Bodenreform genauso, wie sie durchgeführt wurde, und sie wollten auch die Durchführung so schnell, wie es in Wirklichkeit geschah, weil sie vermuteten (und wir waren damals auch davon überzeugt), der Kontrollrat werde in Richtung Gesamtdeutschland bald wirksam werden."⁵⁷ Nicht nur, daß es zwischen KPD und SMA Übereinstimmung bezüglich der generellen Linie der Durchführung der Bodenreform gab, die Kommandanten erteilten auch konkrete Befehle in Einzelfragen. So berichtete der Sekretär der KPD des Kreises

⁵⁶ Obwohl es in Mecklenburg eine beträchtliche Hilfe für Neubauern gab wie die Unterstützung beim Bau von Wohnhäusern und Stallungen durch kostenlose Werbung von Baumaterialien aus abzureißenden Gutsanlagen, Vergabe von zinslosen Krediten, Erlassung des Kaufgeldes für das Bodenreformland usw., konnten noch 1949 etwa 900 Siedlerstellen nicht besetzt werden. Hinzu kamen jene, die durch Flucht in den Westen wieder frei wurden. Deshalb war das Land gezwungen, sogenannte "Örtliche landwirtschaftliche Betriebe" ins Leben zu rufen, die dann 1952 vielerorts Ausgangspunkt für die LPG-Gründungen wurden.

⁵⁷ Ernst Thape. Von Rot zu Schwarz-Rot-Gold, Lebensweg eines Sozialdemokraten. Hannover 1969, S. 261.

Schönberg beispielsweise: "Beim Kreiskommandanten erhielten wir folgende Anweisung, d.h., er erklärte uns, daß die Aufteilung der Güter vorgenommen werden sollte, ob wir schon davon unterrichtet seien und ob wir bereit wären, von ihm Ratschläge entgegenzunehmen, resp. ob er uns helfen solle. Wir sagten ihm, daß wir alles gerne entgegennehmen. Er machte uns den Vorschlag, daß wir die einzelnen Genossen der Partei auf die verschiedenen Güter und Dörfer aufteilen sollten und mit ihnen besprechen, daß in den Dörfern und Gütern Vertrauensmänner der Bauern und Landarbeiter gewählt werden, Bauernversammlungen durchzuführen sind. Dort sollten Bauern ihre Forderungen kundtun, daß sie Land fordern. Das sollte am Sonnabend geschehen, und Sonnabend abend sollte die Wahl der Bauernkomitees abgeschlossen sein. Am Sonntag morgen um 10 Uhr sollte folgende Aktion schlagartig einsetzen. Von diesen Bauernkomitees aus sollten dann die Güter enteignet werden in der Weise, daß der Grundbesitzer mit seiner Familie vom Gutshof entfernt und irgendwo in Tagelöhnerkaten untergebracht werden sollte. 1 - 2 Personen sollten dann auf dem Gut Wache halten, daß nichts weggeschleppt wird und eine genaue Inventaraufnahme - bis zur letzten Stecknadel - vorgenommen werden."⁵⁸

Mit Hilfe der SMA und der Militärkommandanten war die Enteignung der Gutsbesitzer und belasteten oder manchmal auch nur denunzierten Bauern wie eine militärische Übung vorbereitet worden. Das ehemalige KZ in Neustadt-Glewe, das Internierungslager Neubrandenburg-Fünfeichen und kleinere Sammelstellen wurden eingerichtet, um Gutsbesitzer, Inspektoren, Pächter und Bauern aufzunehmen. In der Regel hatten die Gutsbesitzer mit ihren Familien bei Mitnahme eines Gespanns mit persönlichen Sachen ihr Gut innerhalb weniger Stunden zu verlassen. Die Mehrzahl von ihnen verließ die SBZ, während ein Teil in Thüringen und anderen Ländern Neubauernstellen übernahm.

Der militärische Sieg über das Nazi-Regime fand seine wirtschaftliche und politische Fortsetzung. Es gab nicht wenige unter den neuen Landbesitzern, denen nicht wohl war bei dem Gedanken, anderen Land weggenommen zu haben, und nur die eigene Not mochte eine schwache Rechtfertigung bieten.

Der Protest gegen die Bodenreform im allgemeinen und gegen die Art und Weise ihrer Durchführung muß differenziert bewertet werden. Während Moltmann, Höcker (beide SPD) u.a. in der Regel nur "Formfehler" beanstandeten, wollten die sozialdemokratischen und bürgerlichen Landespolitiker Schulz, Krukemeyer, Jesse und Lüdemann eine Bodenreform nach dem Thälmannschen Konzept des Jahres 1928 verhindern. In dieser Frage waren sie gezwungen, ihr Veto zu tarnen, indem sie Forderungen erhoben, von denen sie wußten, daß die Kommunisten sie niemals akzeptieren konnten. In der SED-Geschichtsschreibung wurden diese Einwände als bürgerlicher Reformismus dargestellt. "Am 3. September kamen die Gesprächspartner erneut zusammen, um den inzwischen formulierten Aufruf zu beraten. Der Verlauf offenbarte, daß sich unter den führenden Funktionären des Landesvorstandes der SPD eine revolutionäre Lösung der Agrarfrage noch nicht vollends durchgesetzt hatte. Reformistische Vorstellungen, auf dem Boden des bürgerlichen Parlamenta-

⁵⁸ Vgl. MLHA Schwerin. BPA Schwerin, Nr. I/2.

rismus entstanden, prägten weiterhin deren Haltung. Sie wurden vor allem im Auftreten von Hermann Lüdemann sichtbar. Es wurde die Befürchtung geäußert, die sofortige Zerschlagung der Güter gefährde die Ernährung. Die Agrarfrage wurde im Banne traditioneller Unterschätzung der Macht- und Bündnisfrage einseitig und in erster Linie als Ernährungsfrage gesehen. Weiter führte man aus, die rechtmäßige Durchsetzung der Bodenreform erfordere die Einsetzung von Bodenreformkommissionen durch die antifaschistisch-demokratischen Parteien. Ganz abgesehen davon, daß dieses Argument ein geringes Vertrauen in die demokratische Kraft der werktätigen Dorfbevölkerung widerspiegelte, lief es letzten Endes darauf hinaus, den revolutionären Akt aufzuschieben. Diese Auffassung gab Hans Krukemeyer, stellvertretender Landesvorsitzender der CDU und Verfechter einer bürgerlichen Siedlungspolitik, die Möglichkeit, direkt den Aufschub der Bodenreform zu verlangen.⁵⁹

Was allerdings die Bestrafung von Nazi- und Kriegsverbrechern betraf, gab es mit den Kommunisten Übereinstimmung. Aber auch diesen Menschen stand ein bestimmtes Maß an Menschlichkeit zu. Zweifellos waren Sozialdemokraten und bürgerlich Liberale selbst einem starken Druck durch Besatzungsmacht und Kommunisten ausgesetzt, was die rasche Zustimmung mancher Sozialdemokraten erklären mag. Weit problematischer war aber die propagandistische Begleitmusik von einigen Kanzeln der Kirche. Obwohl die Pastoren Karl Kleinschmidt aus Schwerin und Bruno Theek aus Ludwigslust keineswegs die einzigen Sozialdemokraten waren, die den Zweiflern die Bedenken nahmen und sogar die kirchlichen Gebote bemühten, um die Rechtmäßigkeit der Bodenreform zu begründen, ist ihr Handeln besonders umstritten. In einem Leitartikel vom 23. September 1945, der überschrieben war mit "Erfüllung des 7. Gebotes", versuchte sich Pastor Kleinschmidt in Fragen und Antworten zur Bodenreform. Seine Fragen trafen präzise den Kern. Da hieß es: "Widerspricht eine solche gesetzliche, wenn auch im Interesse der Allgemeinheit liegende Enteignung nicht dem 7. Gebot: 'Du sollst nicht stehlen!' - Nein, da die Enteignung ja nicht in wilden Einzelaktionen, sondern auf gesetzlichem Wege durch den dazu auch unter sittlich-religiösen Gesichtspunkten zweifellos berechtigten 'Obereigentümer', den Staat, erfolgt. - Das 7. Gebot wird von diesem gesetzlichen Vorgang überhaupt nicht berührt. Der Staat nimmt eine gesetzliche Veränderung einer Eigentumsordnung vor."⁶⁰ Seine Schlußfolgerung war, daß hier nicht ein Verstoß, sondern im Gegenteil die Erfüllung des 7. Gebots vorlag, da ja Tausende Land erhielten, das vormals den Bauern von den Junkern und Großgrundbesitzern geraubt worden war. Für die zweifelnden Neubauern war das eine Beruhigung ihres Gewissens, denn Recht und Gesetz befanden sich nach dieser Auslegung auf ihrer Seite. Niemand stellte die Fragen: "Welcher Staat hat das Gesetz erlassen? Warum die hektische Eile bei einer solch bedeutsamen Angelegenheit? Weshalb werden die Siedlerstellen so klein gehalten, daß damit kaum eine echte Ernährungsgrundlage gegeben ist? usw. Die Befürworter der Bodenreform antworteten hierauf in der Regel allgemein, wie etwa, man habe nicht genug Land zur Verfügung, um allen Siedlungswilligen eine Wirtschaft zu geben, oder, der Staat sei jetzt das Volk. Es gab aber auch zahlreiche Pastoren, die sich nicht vor den

⁵⁹ Vgl. Anm. Nr. 9, S. 119.

⁶⁰ Vgl. Volksstimme vom 23. September 1945, S. 1.

Karren der Kommunisten spannen ließen. Es bedarf aber noch einer tieferen Untersuchung des Verhaltens der Institution Kirche zur Bodenreform.

Die Skepsis großer Teile der Landbevölkerung gegenüber der Bodenreform war einer freundlicheren Haltung gewichen. Selbst ein Teil der Groß- und Mittelbauern war von der Bodenreform angetan, da ihre wichtigsten Konkurrenten beseitigt und sie aufgrund ihrer wirtschaftlichen Stärke zu mehr Einfluß im Dorf gekommen waren. Innerhalb kurzer Zeit gelangten nicht wenige zu einem gewissen Wohlstand.

Ihren größten Erfolg aber erzielten die Kommunisten gegenüber den Sozialdemokraten. Mit ihrer Zustimmung zur kommunistischen Konzeption hatten sich Moltmann, Höcker und die Mehrheit des Landesvorstandes vom Prinzip des Sozialreformismus losgesagt und der revolutionären, auf Gewalt beruhenden Entwicklungsform den Vorzug gegeben. Die Sozialdemokraten hatten keinen Grund, die Bodenreform als ihren Sieg zu feiern. So wie sie durchgeführt wurde, widersprach sie dem sozialdemokratischen Verständnis von Landaufteilung und Siedlung. Ein Riß tat sich in der Sozialdemokratie auf, der sich weiter vertiefte. Jedes einzelne Mitglied stand vor der schwerwiegenden Entscheidung, für oder gegen die Bodenreform zu sein.

Auf einer Sitzung der SMA Mitte Oktober 1945 wurde festgestellt, daß die Kommunisten ihre erste große "Bewährungsprobe" mit der Bodenreform nach dem Ende des Krieges gut bestanden hätten. Die Organisation war bei "weitem besser als in Ungarn, Polen und Rumänien." Dem Genossen Stalin sei ein Bericht zugeleitet worden. Er habe zu der bisher geleisteten Arbeit seine Zufriedenheit erklärt und außerdem mitgeteilt, daß er bei der Durchführung der Bodenreform größere Widerstände und Mißhelligkeiten erwartet hätte. Die Kommunisten Mecklenburg-Vorpommerns hervorhebend, wurde ausgeführt: "Daß die Bodenreform von den deutschen Kommunisten durch deren gute Organisation so rasch und vorbildlich durchgeführt werden konnte, beweist, daß das deutsche Volk einen politischen Führer hat, auf den es hört und dem zu folgen es bereit ist. Dieser politische Führer ist die Kommunistische Partei. Ich unterstreiche noch einmal, daß die Kommunistische Partei in der Frage der Bodenreform bisher Hervorragendes geleistet hat."⁶¹ Gleiches könne man den Sozialdemokraten bescheinigen. Im Namen des Kampfes gegen den Faschismus wurde der erste Schritt in Richtung Sozialismus gegangen. Insofern betrachteten die Kommunisten die Bodenreform als eine primär politische Aufgabe, als eine "große Bauernrevolution", die einer klaren politischen Linie folge.

Die Erkenntnis eines Teils der Sozialdemokraten, für eine Sache mißbraucht zu werden, die nicht die ihre war, löste in den Ortsvorständen Proteste aus, die auch dem Landesvorstand nicht verborgen blieben. Der Vorstand wurde aufgefordert, eindeutig Stellung zu beziehen, und es wurde gefragt, warum auf drängende Fragen der Mitglieder keine klare Antwort gegeben werde. Aber der Landesvorstand hatte sie nicht oder wagte es nicht, diese zu geben. Man hätte Fehler eingestehen müssen, beispielsweise die vorschnelle Zustimmung

⁶¹ Vgl. MLHA Schwerin. BPA Schwerin, Nr. I/2.

zu einer Konzeption, die von den Kommunisten allein erarbeitet worden war. Die Durchführung der Bodenreform machte deutlich, daß der ideologische Graben zwischen Kommunisten, Sozialdemokraten und bürgerlichen Parteien keineswegs zugeschüttet war. Darüber vermochte auch die immer wieder beteuerte einheitliche Auffassung von der Notwendigkeit der Durchführung der Bodenreform nicht hinwegzutäuschen. Schon bald stellte sich heraus, daß die SED nicht daran dachte, den Neubauern Gelegenheit zu geben, sich an ihrem Besitz zu erfreuen. Ernst Thape resümierte: "Was jedoch die Russen, die wir Deutsche erst in unser Land gebracht hatten, nun mit dem Teil Deutschlands, den sie in der Hand hatten, tun würden, das konnte auch ein Gegner Hitlers und der Bolschewisten nicht vorausahnen. Ich wußte damals nur, daß man durch Abseitsstehen und durch Neinsagen ein Übel nicht aus der Welt schaffen kann."⁶²

Es sollten nur wenige Jahre vergehen, bis die Kommunisten die Parole ausgaben, man müsse sich jetzt zu Kollektivwirtschaften zusammenschließen. Die "Kolchose" kam durch die Hintertür zu einer Zeit, wo es keine Sozialdemokratie mehr gab, die übrigen Blockparteien sich ihrer aufmüppigen Funktionäre "entledigt" hatten und unter "Führung" der SED für den Sozialismus in der DDR eintraten. Die Kommunisten hatten ihr Ziel mit der Bodenreform erreicht.

⁶² Vgl. Anm. 58, S. 263.

Die 1. Sechziger-Konferenz und ihre Wirkung auf Mecklenburg-Vorpommern

Nachdem die Kommunisten mit der Durchführung der Bodenreform erheblich an Popularität bei Landarbeitern, landarmen Bauern und Flüchtlingen gewonnen hatten, eröffneten sie vorbehaltlos ihre Offensive auf eine Vereinigung mit der SPD. In dieser Phase waren sie noch zu Kompromissen mit den Sozialdemokraten und auch bürgerlichen Kräften bereit und erweckten damit den Eindruck der Wandlung von einer dogmatischen zu einer demokratischen Partei. Insbesondere bei der Besetzung von Verwaltungsposten wie Bürgermeister und Landräte nahmen sie ihre eigenen Leute teilweise in die zweite Reihe zurück. Dies erschwerte die Argumentation aller sozialdemokratischen Skeptiker gegenüber der KPD, zumal mit der Ablösung Lüdemanns als Geschäftsführer des Landesvorstandes auch eine Säule des Widerstandes gegen die Vereinigung beseitigt wurde. Willy Jesse als Nachfolger war jedoch ebenfalls ein Gegner der Vereinigung. Man wollte aber seine Popularität bei den SPD-Mitgliedern nutzen und hoffte offenbar, ihn umstimmen zu können.

Eine gemeinsame Konferenz der Führungen von KPD und SPD am 20. und 21. Dezember 1945, auf der jede Seite mit 30 Funktionären vertreten war, die jedoch nur die SBZ betraf, machte den Stand der Vereinigungsbemühungen deutlich. Kurt Schumacher hatte es abgelehnt, an einer solchen Konferenz teilzunehmen, da er sich durch die Entwicklung in der Ostzone in seiner Auffassung gegenüber den Kommunisten bestätigt sah und keinesfalls einer Vereinigung mit ihnen zustimmen wollte. Aus Mecklenburg-Vorpommern nahmen von sozialdemokratischer Seite Max Fank (Stralsund) und Willy Jesse und von der KPD Kurt Bürger und Max Hollert teil. Bis dahin hatten Sozialdemokraten ihr Ziel noch nicht aufgegeben, daß es für sie nur einen Weg zur Einheitspartei gäbe, "und das ist die große und starke Sozialdemokratie."⁶³ Das bedeutete, einen Zusammenschluß mit sozialdemokratischem Führungsanspruch in der Einheitspartei zu verwirklichen, was mit den Kommunisten jedoch nicht zu machen war.

Während die Kommunisten sich auf dieser Konferenz bemühten, ihre Linie des Ignorierens der ideologischen Grabenkämpfe der Vergangenheit fortzusetzen, versuchten Sozialdemokraten auf Ursachen ernster gegensätzlicher Meinungen aufmerksam zu machen. Das Rundschreiben Nr. 30 des Landesvorstandes resümierte diesen Tatbestand, in dem zwar von der historischen Notwendigkeit einer Zusammenarbeit beider Arbeiterparteien beim demokratischen Wiederaufbau die Rede war, aber deutlich noch vorhandene Widersprüche ausgesprochen wurden. Man war sich bewußt, "daß besonders örtlich noch außerordentlich starke Hemmungen und Hindernisse zu überwinden sind. Auf der einen Seite ist die Sozialdemokratische Partei stark traditionsgebunden. Viele ihrer alten Kämpfer haben auch den 12 Jahre langen verhängnisvollen Bruderkampf persönlich erlebt. Es wird eine geraume Zeit erfordern, bis alte Vorurteile und überholte Vorstellungen überwunden

⁶³ Vgl. Anm. 38, 141 f.

sind."⁶⁴ Andererseits betrachteten sich nicht wenige Kommunisten aufgrund ihrer Parteizugehörigkeit als auserwählt, an führender Stelle zu arbeiten, und waren verärgert, wenn sie nicht dementsprechend eingesetzt wurden: "Wir dachten natürlich, daß wir in die politische Arbeit mit aufgenommen würden, aber (wir) wurden aufs Land verpflichtet, wo wir keine dementsprechende Arbeit erhielten wie zum Beispiel (als) Pol.-Leiter, Bürgermeister und Landgendarm, sondern mußten auf dem Lande bei den Bauern arbeiten." Diese Positionen verdeutlichen, daß es im Dezember von beiden Parteien und ihren Mitgliedern sehr unterschiedliche Vorstellungen über ihren Platz und Anteil bei den gesellschaftlichen Veränderungen des Landes gab.

Da jedoch die Sechziger-Konferenz zu konkreten Ergebnissen auf dem Weg zur Fusion beider Parteien führen sollte, mußten die kritischen Probleme möglichst allgemein oder etwa in der Art und Weise behandelt werden, wie es Kurt Bürger als kommunistischer Vertreter Mecklenburg-Vorpommerns tat. "Sie wissen, wir haben es in Mecklenburg-Vorpommern mit einem besonders reaktionären Lande zu tun. Dieser reaktionäre Charakter des Landes zwang uns beide, Sozialdemokraten und Kommunisten, von vornherein alle Kräfte einzusetzen, um diesem Land ein anderes Bild zu geben. Auf Grund der Einheit war es uns möglich, all diese Aufgaben zu lösen, die dort vor uns standen."⁶⁵ Die Sozialdemokraten erhielten von ihm gute Noten für ihre Zustimmung zur kommunistischen Variante der Entnazifizierung und Bodenreform. Angesichts der schwierigen Aufgaben, die noch auf dem Weg zur Einheit zu lösen waren, und der geringen Zeit, die man hatte, mußten versöhnliche Töne gefunden werden. Noch waren die Sozialdemokraten stark genug, um sich gegen eine Vereinnahmung durch die Kommunisten wehren zu können. Sie wollten keineswegs nur "Blutaufrischung" der KPD in einer Einheitspartei sein. Dem Druck nachgebend und eine scheinbare Zustimmung als Tarnung nutzend, stimmte man der Aussage zu: "Über die Einheit der Arbeiterklasse gibt es keine Diskussion: sie ist notwendig."⁶⁶ In Mecklenburg-Vorpommern gab es in der Mehrzahl der Ortsvereine hierzu kritische Fragen, und zum Beispiel in Rostock und Wismar offenen Widerstand. Die offensichtliche Bevorzugung der Kommunisten durch die Besatzungsmacht sowie der sich verstärkende Druck auf die SPD und einzelne ihrer Mitglieder trugen dazu bei, der Führung in der Vereinigungsfrage die Gefolgschaft zu versagen.

Grotewohl und andere Mitglieder des Zentralausschusses trugen auf der Konferenz nicht in ausreichender Weise diesen kritischen Positionen der Parteibasis Rechnung. Die Vereinigung wurde von den sozialdemokratischen Funktionären nicht prinzipiell abgelehnt. Ihre Forderungen an die Kommunisten konzentrierten sich im wesentlichen auf organisationspolitische Dinge wie Ablehnung gemeinsamer Listen bei den bevorstehenden Wahlen und Feststellung des wirklichen Kräfteverhältnisses durch die Wahl, um damit die von den Kommunisten geforderte Parität zu verhindern. Schließlich brachte man zum Ausdruck, daß eine organisatorische Verschmelzung der beiden Parteien erst durch eine einheitliche Reichsor-

⁶⁴ Vgl. Rundschreiben Nr. 30 des Landesvorstandes der SPD vom 30. Dezember 1945.

⁶⁵ Vgl. SAPMO Berlin. NL 36, N 12-A.

⁶⁶ Vgl. Protokoll der Sechziger-Konferenz, S. 3. Zitiert aus: Albrecht Kaden. Einheit oder Freiheit. Bonn 1990, S. 206.

ganisationen und durch den Zusammentritt von ersten Reichsparteitagen möglich sein sollte. Dahrendorf und andere Sozialdemokraten bestanden auf diesen Forderungen, was in der Konsequenz dazu führte, daß sie, um der Verhaftung zu entgehen, in den Westen flüchten mußten.

Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und andere führende Funktionäre der KPD hatten sich vorgenommen, die Sechziger Konferenz zum Auftakt einer raschen Vereinigung zu machen. Geschickt gingen sie auf Zweifel sozialdemokratischer Genossen mit Zugeständnissen in weniger bedeutenden Fragen ein, so daß Grotewohl zum sogenannten Beratungsentwurf der KPD grundsätzliche Zustimmung signalisierte, "wir haben im großen und ganzen nichts hinzuzufügen", meinte aber: "Wir sind aber nicht überzeugt davon, daß der Weg, den das Zentralkomitee der KPD für die Herbeiführung der Einheit der deutschen Arbeiterklasse vorgeschlagen hat, der richtige ist."⁶⁷ Mehr konnten die Kommunisten in der kurzen Zeit nach ihrem Umschwung hin zur Vereinigung nicht erwarten. Über Weg, Formen und Methoden wollten sie mit sich reden lassen.

Obwohl Teile der SPD im Juni/Juli 1945 noch die sofortige Vereinigung von Sozialdemokraten und Kommunisten gefordert hatten, gab es jetzt offensichtlich Zweifel, diese Vereinigung zu vollziehen. Sie waren in erster Linie aus dem praktischen Verhalten der Kommunisten in den letzten Monaten erwachsen. Allzu durchsichtig war deren Bemühen, mit Hilfe der Verwaltung bei der Durchsetzung alliierter Beschlüsse eigene parteipolitische Ziele zu verfolgen.

Die Konferenz machte deutlich, daß die Kommunisten gut vorbereitet mit einer einheitlichen Linie in prinzipiellen Dingen und durchaus flexibel in taktischen Fragen zu dieser Konferenz gekommen waren. Die Disziplin einigte Befürworter und Gegner der Einheit in der KPD, der Zentralismus dieser Partei ließ auch keine andere Möglichkeit zu. Differenzen zwischen Parteiführung und Basis wurden nach den Richtlinien des Parteistatuts ausgetragen, was hieß, die Mitglieder durch die Führung zu disziplinieren. Anders verhielt es sich in der SPD. In allen Ländern der Sowjetischen Besatzungszone gab es Widerstand gegen die Vereinigungspolitik des Zentralausschusses. Der stärkste Widerstand wurde von der Berliner Parteiorganisation geleistet. Hieran dachte sicherlich Grotewohl, als er am 20. Dezember von "Sorge in weiten Kreisen der Mitglieder" sprach. Die Antwort Piecks: "Ihr beruft Euch auf Eure guten Absichten im Zentralausschuß und stützt Euch darauf, daß sie nicht durchzuführen sind, weil die Stimmung in der Provinz dagegen ist. Wir sagen das, was wir als Führung für notwendig halten im Interesse des deutschen Volkes. Dafür kämpfen wir und fallen wir."⁶⁸ Das Ignorieren der Parteibasis, ein Charakteristikum der KPD-Führung, wurde damit verdeutlicht.

Der Zentralausschusses befand sich in dem Dilemma, seinen Handlungsspielraum durch die gegebene Situation in der SBZ mehrfach eingeschränkt zu sehen. Erstens, er war in sich

⁶⁷ Vgl. ebenda, S. 13 f.

⁶⁸ Vgl. ebenda, S. 47 ff.

selbst durch unterschiedliche und z.T. gegensätzliche Auffassungen zur KPD und zur Fusion gespalten. Zweitens, Teile der Parteibasis und auch einige Regionalleitungen würden die Gefolgschaft bei einer separaten Vereinigung nur in der SBZ versagen. Drittens, der Konflikt mit Schumacher und der SPD in den westlichen Besatzungszonen hatte sich schon vor der Konferenz erheblich verschärft und drohte zum offenen Bruch zu geraten. Angesichts dieser Probleme ergab sich die Frage, welche Legitimation dieser Zentralausschuß besaß, um die weitere Existenz der SPD in der SBZ in dieser Form entscheiden zu können. In einer Zusammenfassung des ZA über Inhalt und Sinn der Entschließung der Sechziger Konferenz heißt es: "6. Kameradschaftliche Verständigung und Zusammenarbeit beider Parteien soll den Zusammenschluß geistig vorbereiten. 7. Die Aufgabe und der Aufbau der Einheitspartei werden von einer Studienkommission geklärt, die sich aus je vier Genossen der beiden Parteien zusammensetzt."⁶⁹ Damit waren zwar entscheidende Weichen für eine baldige "Vereinigung" gestellt, aber eine Klärung noch vorhandener offener Fragen zumindest in Worten nicht ausgeschlossen.

Die SPD in der SBZ betrachtete sich trotz der Kämpfe um den Führungsanspruch als Teil der Gesamt-SPD. Wichtig war, daß der Zentralausschuß die KPD als Arbeiterpartei und damit als gleichberechtigten Partner bei der Vertretung der Interessen der Bevölkerung anerkannte. Aber hier lag für Sozialdemokraten auch das Problem, denn die Kommunisten als gleichberechtigte Interessenvertreter zu akzeptieren, mußte angesichts der Erfahrungen aus der Weimarer Zeit schwer fallen. Jegliche aus der Vergangenheit herrührenden Vorbehalte hatten offenbar für den ZA keine wesentliche Bedeutung mehr. Besonders die Widerstandsleistung gegen den Faschismus und die Aktivitäten nach dem Krieg zur Beseitigung aus dem Nationalsozialismus überkommener Strukturen hatten ihre Wirkung auf die Sozialdemokraten nicht verfehlt. Unter dem Eindruck einer solchen Haltung der Zentrale hatten jene Kräfte, die eine andere Vorstellung über die Herstellung der Einheit besaßen, keine Chance. Es blieb ihnen nur die Möglichkeit zu versuchen, die von den Kommunisten initiierte Vereinigungseuphorie in den Landesorganisationen zu drosseln. In Mecklenburg-Vorpommern war der Spielraum hierfür nicht groß, da die Mehrheit des Landesvorstandes mit Moltmann an der Spitze sich für eine beschleunigte Vereinigung entschieden hatte, und der Druck von Seiten der Kommunisten und der SMA wenig Möglichkeiten für eine Alternative bot.

Das von Jesse unterzeichnete Rundschreiben Nr. 30 vom 30. Dezember 1945 war ein Versuch, den Kurs der Funktionärskonferenz, wenn schon nicht zu unterlaufen, so doch zumindest Möglichkeiten eigener Interpretation und Wertung zu nutzen. Angesichts zunehmender kommunistischer Dominanz in Politik und Verwaltung wurde darauf verwiesen, daß ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis sich nur in der gemeinsamen Aktion herausbilden könne, d.h. bei der Durchführung "gemeinsamer politischer und wirtschaftlicher Aufgaben." Ob es also zu einer Einheitspartei kommen würde, hänge in erster Linie von dem praktischen Verhalten der Kommunisten und ihren Funktionären ab. Das beinhaltete sowohl eine Zurück-

⁶⁹ Vgl. Zentralausschuß der SPD: Zusammenfassung über Inhalt und Sinn der Entschließung vom 21. Dezember 1945, in: MLHA Schwerin. BPA Schwerin, Nr. II/1. Blatt 00251.

weisung des, wenn auch vorerst nur intern ausgesprochenen Führungsanspruchs der KPD, als auch ein Reagieren auf Forderungen und Aktivitäten von Kommunisten. Diese hatten nach der Konferenz einen wahren Propagandafeldzug für die sofortige Fusion begonnen, verbunden mit zielgerichteten Aktionen von Parteiorganisationen in Städten und Dörfern. Deshalb paßte es den Kommunisten nicht ins Konzept, wenn in dem Rundschreiben ausdrücklich betont wurde: "Die organisatorische Selbständigkeit jeder Partei bleibt selbstverständlich bestehen. Die ordentlichen Mitgliederversammlungen und Funktionärssitzungen, insbesondere die alljährlich im Januar stattfindenden Generalversammlungen, in denen über innere Angelegenheiten der Partei, seien es Vorstandswahlen, Kassenfragen, Mitgliederangelegenheiten usw. beraten wird, werden nicht gemeinsam abgehalten. Zu diesen Versammlungen haben nur die Mitglieder der Partei Zutritt."⁷⁰

Mit einer solchen klaren, gegen die Strategie der Kommunisten gerichteten Aussage sollte erreicht werden, daß die SPD wieder zu den Grundwerten sozialdemokratischer Politik zurückgekehrte. Es zeigte sich in Versammlungen, daß Kommunisten in der Regel keine Diskussion zu programmatischen Fragen aufkommen ließen, sondern über aktuelle Tagesfragen und vor allem über die Organisation der Vereinigung sprachen. Dagegen wäre normalerweise nichts einzuwenden gewesen, wenn über inhaltliche Dinge Klarheit bestanden hätte. Die Strategie der Kommunisten bestand jedoch darin, die Parteibasis zum Motor der Vereinigung zu machen, ohne eine ausreichende Klärung strategischer Fragen anzustreben. Ihnen war die Führungsschwäche der SPD und der Opportunismus einiger maßgeblicher Funktionäre auf Landesebene bekannt, und sie meinten, je stärker der Druck von den Ortsvereinen auf den Landesvorstand wäre, um so leichter würde es sein, diesen zu einer raschen Fusion zu bewegen. Jesse, Lüdemann, Schulz und andere, die das durchschauten, versuchten deshalb, die Eigenständigkeit der SPD zu betonen. Allerdings hatte sich die Lage bereits derart zugespitzt, daß es gefährlich war, hierüber offen zu diskutieren. Der NKWD war allgegenwärtig und Einheitsgegner verschwanden ohne Benachrichtigung ihrer Angehörigen. Zahlreiche Briefe an den späteren Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, zeugen davon, daß in den ersten Monaten des Jahres 1946 zahlreiche Verhaftungen von Gegnern der Vereinigung vorgenommen wurden, die zumeist jahrelang ohne Anklage und rechtskräftige Verurteilung ins Internierungslager kamen.

Es gehörte schon viel Mut dazu, wenn Karl Moritz, Mitglied des Landesvorstandes und SPD-Kreisvorsitzender in Wismar, seine Funktionäre im Kreis anwies, Einladungen der KPD zu gemeinsamen Versammlungen nicht zu entsprechen und eine gemeinsame Konferenz zur Auswertung der Berliner Beschlüsse ablehnte. Er betonte, daß eine Vereinigung gleichzeitig in allen Besatzungszonen stattfinden müßte, was angesichts sich verstärkender Vorbehalte im Westen eine praktische Verhinderung auch im Osten bedeutet hätte. Auf einer gemeinsamen Referentenbesprechung am 15. Januar gestand Carl Moltmann ein: "Wenn wir in Mecklenburg-Vorpommern Schwierigkeiten haben, so haben wir viel größere als die KPD, weil Ihre Freunde recht oft unfreundlich gewesen sind. Jetzt kommt aus Gnoien die Nachricht, der Bürgermeister und dessen Stellvertreter sind rausgeschmissen worden. Genosse

⁷⁰ Vgl. Anm. 61.

Jesse fragt an, was ist los, bekommt die Antwort, werden wohl wieder eingestellt. Muß so etwas sein, muß durch Unvorsichtigkeit alles durcheinander gebracht werden? Ihr müßt Eure Genossen viel stärker in den Zügeln haben."⁷¹ Steckte hinter diesen Worten eine allzu große Vertrauensseligkeit, war es Nichterkennen der Absichten von Kommunisten und Besatzungsmacht? Tatsache war eine außergewöhnlich moderate Haltung Moltmanns gegenüber den Kommunisten. Er spürte, wenn die Sozialdemokraten nicht auf die Forderungen der Kommunisten eingehen, könnte es für sie verhängnisvoll werden. Moltmann wollte Zeit gewinnen und es auf keinen Fall zur Konfrontation kommen lassen. Er ahnte, daß man sich möglicherweise auf eine längere Trennung der Zonen einrichten muß. "Wir sind heute getrennt, wir können nicht zueinander, und es ist sogar möglich, daß man uns in einem Jahr einen Reichsparteitag nicht zuläßt."

Der Druck der KPD auf die Sozialdemokratie wurde täglich stärker, und die Kommandanten nahmen oftmals einen direkten Einfluß auf das politische Geschehen. Angesichts einer solchen Situation ist es nur allzu geraten, die damalige Nachgiebigkeit von Sozialdemokraten heute nicht vorschnell als Feigheit oder Opportunismus auszulegen. Allerdings reichten Appelle an die Kommunisten nicht aus, demokratisch und ehrlich den Weg zur Einheitspartei zu finden. Die Sozialdemokraten standen vor der schwierigen Frage, was zu tun sei, wenn auf Reichsebene die Einheit der Arbeiterparteien nicht zustande kommen würde. Alfred Starosson, stellvertretender Vorsitzender der SPD in Rostock und von der NKWD als Gegenkraft zum Vorsitzenden Schulz auserkoren, war im Gegensatz zu Schulz dafür, die Einheit der Arbeiterparteien in der Sowjetischen Besatzungszone möglichst rasch herzustellen und damit den Beweis für die Machbarkeit der Vereinigung zu erbringen.

Die Kommunisten Mecklenburg-Vorpommerns hatten keine Bedenken gegen eine separate Vereinigung, u.a. auch deshalb nicht, weil ihnen von den Kommunisten in den Westzonen keine andere Strategie angeboten wurde oder dem ZK der KPD gar die Führung streitig gemacht worden wäre. Insofern standen die Kommunisten in einer günstigeren Situation als die Sozialdemokraten. Bürger erklärte: "Wir haben diese Bedenken nicht, im Gegenteil, wir sind der Auffassung, daß dort, wo die Demokratie am weitesten vorgeschritten ist, alles getan werden muß, um diese Einheit zu schaffen."⁷² Dabei hatte er von Demokratie natürlich eine andere Auffassung als die Sozialdemokraten. Offen verkündete er auf der bereits zitierten Referentenkonferenz das beabsichtigte Ziel der Entwicklung: den Sozialismus, ließ aber noch offen, was für ein Sozialismus gemeint war.

Mit der Wiedererlangung von Demokratie begründeten die Kommunisten auch ihre intensiven Bemühungen zur Mobilisierung der Mitgliedschaft beider Parteien zur Herbeiführung der Einheit. Spitzenfunktionäre der Landesleitung der KPD bereisten das Land und traten in einer Vielzahl von Veranstaltungen auf. Ihr Anliegen bestand darin, Kommunisten wie auch Sozialdemokraten von der Notwendigkeit einer möglichst raschen Vereinigung zu überzeugen und das mit einer entsprechenden Resolution zur Forderung zu erheben. Hinzu kam, daß unmit-

⁷¹ Vgl. MLHA Schwerin. BPA Schwerin, Nr. II/2.

⁷² Vgl. ebenda, Nr. II/2

telbar nach der Sechziger-Konferenz gemeinsame Schulungsabende durchgeführt wurden, wobei die Leitungen Funktionärsversammlungen ausrichteten. In der Regel traten Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam in diesen Veranstaltungen auf. Der Grundtenor war stets: Aus der Geschichte lernen, den Faschismus ausrotten, die Arbeitereinheit herstellen und die Macht übernehmen. Dabei wurde die Einheit als einzige Möglichkeit für einen demokratischen und friedlichen Weg künftiger Entwicklung genannt. Wer würde von den Mitgliedern schon den Mut und die Kraft haben, in derartigen euphorisch gestalteten Veranstaltungen einen Widerspruch anzumelden? Resolutionen und Entschlüsse können hier kaum angeführt werden, da sie den wirklichen Stand der Einheitsbestrebungen nicht wiederzugeben vermögen, weil Anfang 1946 Druck und Manipulation der Mitglieder eine reale Einschätzung unmöglich machten. Der Optimismus sozialdemokratischer, aber auch kommunistischer Parteimitglieder, begründete sich durch ihr hohes Maß an Unkenntnis über Hintergründe und Absichten von SMA und kommunistischer Führung. In einer gemeinsamen Versammlung der Ortsgruppen von KPD und SPD in Tribsee heißt es im Beschluß: "Die KPD und SPD wünschen den Zusammenschluß der beiden Parteien zu einer Partei. Wir bitten die Landesleitung der KPD sowie der SPD in Schwerin, im Sinne der Einheitsfront, den Zusammenschluß voranzutreiben."⁷³ Fragezeichen, inwieweit dieser Wunsch tatsächlich vorhanden war, sind angebracht. Die Parteibasis täuschend und mißbrauchend, gehörte es zur Taktik der KPD, die SPD unter Druck zu setzen. Es geschah, daß Kommunisten die Mitglieder beider Parteien zu Versammlungen einberiefen, ohne daß zuvor eine Abstimmung mit der SPD erfolgt war oder es wurde auf einer Versammlung ein Aufruf an die Mitglieder beider Parteien zur Abstimmung gebracht, den sich die Kommunisten allein ausgedacht hatten. So erging es beispielsweise den Sozialdemokraten in Krembz, wo sie vor vollendete Tatsache gestellt wurden und über eine Resolution folgenden Inhalts beschließen sollten: "Die Versammelten geloben, alles zu tun, um die Einheit Wirklichkeit werden zu lassen." Nach dem Protest der SPD entschuldigten sich die Kommunisten zwar für den "Übereifer mancher Genossen", aber die sozialdemokratische Führung schätzte ein, daß hier mehr als Übereifer zu vermuten war.

Obwohl der Ortsverein Rostock unter dem maßgeblichen Einfluß von Albert Schulz ebenso wie in Wismar zur Zurückhaltung mahnte und vor einem Alleingang der Sozialdemokratie in der SBZ warnte, war es Sozialdemokraten wie beispielsweise Alfred Starosson gemeinsam mit den Kommunisten Josef Schares und Willi Bredel gelungen, in Industriebetrieben Kundgebungen zu organisieren, auf denen es zur Verabschiedung von Resolutionen kam, die im Grunde die Einheitsgegner und ihre Haltung verurteilten. Hierzu gehörte auch die Neptunwerft, der bedeutendste Betrieb Rostocks. Allerdings wurde die Resolution unter dem Protest eines Teils der sozialdemokratischen Betriebsangehörigen angenommen. Der knappe Text lautete: "Die am Montag, dem 7. 1. 1946, tagende Versammlung der Mitglieder der SPD- und KPD-Belegschaft, Neptunwerft Rostock, begrüßt die Zusammenarbeit der beiden Arbeiterparteien, wie sie in der Proklamation der beiden ZK zutage tritt. Die Versammelten fordern darüber hinaus, Herstellung der Einheitsfront und Schaffung einer Einheitspartei der Arbeiterklasse."⁷⁴ Tags zuvor hatten die Sozialdemokraten noch

⁷³ Vgl. ebenda, Nr. I/30.

⁷⁴ Vgl. ebenda, Nr. I/22.

nahezu geschlossen eine Urabstimmung über eine Vereinigung gefordert. Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, wie Kommunisten und SMA mit allen Mitteln versuchten, ihre Konzeption durchzusetzen.

Von den vorpommerschen Kreisen taten sich Demmin und Stralsund in besonderer Weise hervor. Deren Kreiskonferenzen von KPD und SPD begrüßten die Beschlüsse der Berliner Konferenz und auch die der Landesarbeitsgemeinschaft beider Parteien. Wörtlich heißt es: "Wir Kommunisten und Sozialdemokraten des Kreises Demmin sind der Überzeugung, daß nur eine große deutsche Arbeiterpartei den Wiederaufbau ermöglichen kann und in der Lage ist, sämtlichen Funktionären und faschistischen Saboteuren am Aufbau ihr Handwerk zu legen. Wir Kommunisten und Sozialdemokraten des Kreises Demmin geben heute in der gemeinsamen Konferenz der Forderung Ausdruck, möglichst bald die Vereinigung beider Arbeiterparteien durchzuführen."⁷⁵ Ähnlich äußerten sich Sozialdemokraten und Kommunisten in Greifswald, Güstrow, Neustrelitz und anderen Orten Mecklenburg-Vorpommerns. Diese Resolutionen geben jedoch ein nur einseitiges Bild der Situation wider; es gab auch Widerstand, der jedoch als authentische Quelle nicht oder nur fragmentarisch überliefert ist. Auf dieser einseitigen Grundlage wurde zu DDR-Zeiten dann Geschichte geschrieben.

Der Druck auf die Führung der SPD verstärkte sich. Die noch ungeklärten Fragen der Sechziger-Konferenz sollten durch ein Votum der Parteibasis für die Einheit in den Hintergrund gedrängt werden, um das Tempo in Richtung Vereinigung zu beschleunigen. Unter diesen Bedingungen hatten es die Fusionsgegner schwer, eine Gegenoffensive zu entwickeln.

⁷⁵ Vgl. MLHA Schwerin. Mdl 1945 - 1952, Nr. 792/44.

Hoffnungsvoller Neubeginn

Nachdem sich die Sozialdemokraten Rostocks bereits im Juni 1945 neu gegründet hatten, fanden sich die Sozialdemokraten Schwerins im August 1945 zu einer öffentlichen Kundgebung im Capitol zusammen. Es war für sie klar, daß nach zwölf Jahren nationalsozialistischer Diktatur ein neues Kapitel deutscher Geschichte beginnen müsse. Mit bewegenden Worten schilderte Carl Moltmann die verbrecherische Politik des Faschismus und sprach von dem unermesslichen Leid, das den Völkern Europas und auch dem eigenen deutschen Volk angetan wurde. Um wieder einen würdigen Platz in der Völkergemeinschaft einzunehmen und am Wiederaufbau einer besseren und gerechteren Weltordnung mitzuschaffen, müßten vor allem Lehren aus der Geschichte gezogen werden.

Mecklenburgs Sozialdemokraten sahen es wenige Wochen nach dem Ende des Krieges als eine der wichtigsten Aufgaben an, zunächst die "Situation, in der wir uns befinden, klar zu erkennen." So schmerzlich die Erkenntnis auch war, Deutschland war selbst Schuld an dem Tiefpunkt seiner Geschichte. "Deutschland hat ein schweres Verbrechen auf sich geladen und hat die ganze Welt in einen furchtbaren Krieg gerissen. Deutschland hat diesen Krieg gegen jedes Völkerrecht, gegen jedes Kriegsrecht geführt. Es hat eigene und fremde zivile Menschen zu Hunderttausenden, ja zu Millionen gemordet. Es hat diesen Krieg ohne jede Vernunft geführt, bis selbst in Deutschland alles zerstört war."⁷⁶ Man stand vor dem Nichts und war beladen mit dem Haß der ganzen Welt. In dieser Situation war es erforderlich, die Ursachen für das Unglück zu benennen, um die Schuldigen zu strafen und die Verführten für den Wiederaufbau zu mobilisieren.

Carl Moltmann, eine bedeutende Persönlichkeit der Sozialdemokratie Mecklenburgs in der Weimarer Zeit und ab 1945 Vorsitzender des Landesvorstandes der SPD, benannte, was nicht wenige seiner Anhänger wollten: Eine einigte und geschlossene Arbeiterschaft. Der Tiefpunkt, auf dem die Arbeiterorganisationen nach den Jahren des Verbots standen, das Eingeständnis differenzierter eigener Schuld an der Machtübernahme des Nationalsozialismus sowie Inhalt und Umfang anstehender Aufgaben wurden als Begründung für die Herbeiführung der Arbeitereinheit angeführt.

Als der Oberste Chef der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland am 10. Juni 1945 den Befehl Nr. 2 erließ, der auf dem Territorium der Sowjetischen Besatzungszone die Bildung und Tätigkeit antifaschistischer Parteien und Organisationen erlaubte, war für die Sozialdemokraten keineswegs klar, was nun zu tun sei. Wie beispielsweise in Hamburg, wurden auch in Mecklenburg mehrere Möglichkeiten erwogen. Dazu gehörte die Neugründung der SPD mit dem Ziel einer Aktionseinheit mit den Kommunisten, wobei eine gründliche Diskussion ideologischer und weltanschaulicher Probleme zu führen war. Erörtert wurde auch die Gründung einer sozialistischen Einheitspartei, die für alle Sozialdemokraten und Kommunisten mit dem Willen zu ehrlicher Zusammenarbeit offen stehen sollte.

⁷⁶ Vgl. MLHA Schwerin. BPA Schwerin, Nr. II/2.

Noch während des Krieges hatten Moltmann, Karl, Schneeberg und andere Genossen auch aus der KPD im kleinen Zigarrenladen Moltmanns in der Schweriner Schloßstraße bei strengster Konspiration über diese Dinge diskutiert. Einigung hatten sie jedoch niemals erreichen können. Einer geeinten sozialistischen Partei unter Ausschluß der Kommunisten, wie von den Londoner Exilgruppen seit 1942 verstärkt diskutiert wurde, konnte man in Mecklenburg nicht näher treten, denn das hätte mit Sicherheit ein erneutes Aufleben der ideologischen Gegensätze von Sozialdemokraten und Kommunisten zur Folge gehabt.⁷⁷ Andererseits wollte man aber nur eine Einheitspartei mit sozialdemokratischem Profil.

In Rostock hatte sich die Mehrheit der Sozialdemokratie, geführt von Albert Schulz, für eine Wiederbegründung der alten SPD entschieden. Aus den Fehlern Weimars zu lernen, bedeutete für sie nicht, auf das Angebot der Kommunisten zur "Aktionseinheit" einzugehen.

Während man sich in sozialdemokratischen Kreisen noch über die unterschiedlichen Möglichkeiten stritt, hatten die Kommunisten im Moskauer Exil gemeinsam mit Stalin ihre Strategie und Taktik nicht nur des künftigen Verhaltens gegenüber der Sozialdemokratie festgelegt, sondern auch bereits die Frage der Einheitspartei für sich entschieden. Dabei war man sich durchaus darüber im klaren, daß diese Konzeption nur im Einflußbereich der sowjetischen Besatzungsmacht durchgesetzt werden konnte. Spätestens am 8. Mai 1945 war dieses Gebiet im wesentlichen festgelegt. Es war sicher kein Zufall, daß an der Spitze der Initiativgruppen des ZK der KPD für die einzelnen Regionen der SBZ Funktionäre des Moskauer Exils standen. Funktionäre aus westlichem Exil und selbst jene, die jahrelange KZ-Haft überlebt hatten, kamen zunächst nicht für die erste Leitungsebene in Frage. Leiter der Initiativgruppe für Mecklenburg waren Gustav Sobottka und sein Stellvertreter Kurt Bürger.

Die Kommunisten wußten, daß sie in der Bevölkerung Mecklenburgs und Vorpommerns gegenüber den Sozialdemokraten traditionell einen schweren Stand hatten. Deshalb sollten alle Möglichkeiten genutzt werden, die politischen Ausgangsbedingungen so günstig wie möglich zu gestalten. Hierzu gehörte es, unter allen Umständen zu vermeiden, mit den Sozialdemokraten über die Zeit der Weimarer Republik in Streit zu geraten. Dies wäre unweigerlich passiert, hätten die Kommunisten ihre ideologische Linie von vor 1933 auch propagandistisch fortgesetzt.

Als es am 9. November 1945 zu einer gemeinsamen Gedenkveranstaltung zur Novemberrevolution kam, lieferte Sobottka ein rhetorisches Meisterstück, indem er einfach davon ausging, daß es im November 1918 eigentlich gar keine Revolution gegeben habe, denn Revolution bedeute, "daß die herrschende Klasse von der neu aufsteigenden Klasse niedergeworfen und vernichtet wird, daß die neu aufsteigende Klasse ihre Herrschaft errichtet." Wenn es also keine Revolution gegeben hatte, konnte es auch keine Verräter an der Revolution geben, wie die Sozialdemokraten in der Vergangenheit stets tituliert worden waren und wie es schon bald wieder hieß. "Was haben wir nach 1918 noch versäumt?",

⁷⁷ Vgl. Revolutionäre Deutsche Parteiprogramme. Berlin 1965, S. 233 ff.

fragte er demagogisch, als wenn die Kommunisten auch nur das geringste Interesse an dem Weimarer System gehabt hätten. Seine Absicht war leicht erkennbar. Ihm ging es nicht um die Weimarer Zeit, sondern einzig darum, was man jetzt unternehmen müsse, um doch noch zur "Revolution" zu kommen. In der fehlenden "Reinigung der Machtorgane der Republik, u. a. der Justiz"⁷⁸ sah der Kommunist Sobottka das größte Versäumnis von 1918 und damit zugleich die wichtigste aktuelle Aufgabe. Vergessen waren die heftigen kommunistischen Angriffe im Landtag gegen die Sozialdemokraten und gegen das parlamentarische System. Jetzt wollten sie selbst Demokraten sein und stellten sich kurzerhand mit den Sozialdemokraten auf eine Stufe. "Wie oft haben wir in der Weimarer Zeit Gesetze gemacht zum Schutze der Republik; aber auf Grund dieser Gesetze, die im demokratischen Reichstag oder im demokratischen Landtag von guten Demokraten gemacht wurden, flogen nachher die Demokraten ins Gefängnis und die Nazis und alle anderen Reaktionäre blieben frei."⁷⁹ Die Schlußfolgerung lautet: Nicht "Verrat" der Sozialdemokratie ließ die Entwicklung anders verlaufen, als sie von Arbeitern und Soldaten beabsichtigt war, sondern der "Langmut unseres Volkes und die Geduld tragen ein Teil Mitschuld an den Dingen vom November 1918." Hatten die Kommunisten in Mecklenburg sich so gründlich gewendet, oder was steckte dahinter?

Tatsache war, daß ohne Unterstützung der Sozialdemokraten das Programm für Deutschland, das Stalin, Pieck und Ulbricht entworfen hatten, nur schwerlich realisierbar gewesen wäre. Was lag da näher, als den Sozialdemokraten, wenn auch zurückhaltend, ihre Fehler und Versäumnisse der Weimarer Zeit ins Gedächtnis zu rufen, zumal diese selbst eine Wiederholung unbedingt vermeiden wollten. Die entscheidende Lehre sei, "daß die Machthaber von vorher restlos aus der Macht weichen müssen, und all jene, die die wirtschaftliche Macht hatten, daß der ganze Presseapparat der lügnerischen Gegner verschwinden und von Grund auf neu aufgebaut werden muß." Von dieser Position Moltmanns bis zur Haltung Sobottkas: "Wir werden ohne Galgen, ohne Henkerbeil Mittel und Wege finden, um diesen Burschen das Handwerk zu legen"⁸⁰, war es nicht mehr weit, zumal wenn alles "demokratisch" ablaufen sollte. Da aber Kommunisten und Sozialdemokraten eine unterschiedliche Auffassung von Demokratie besaßen, mußte es bei deren Verwirklichung, wie etwa bei der Entnazifizierung, zum Konflikt kommen, der auch in die Vereinigungsfrage hineinspielte.

Hermann Lüdemann in Schwerin und Albert Schulz in Rostock sammelten Kräfte um sich, die mit dem Kurs Moltmanns, der mehr die organisatorischen und weniger die inhaltlichen Fragen benannte, nicht einverstanden waren. Beide hatten sowohl in der Partei als auch als Landtagsabgeordnete große Erfahrungen im Ringen um demokratische Rechte und Freiheiten sammeln können. Vor allem aber kannten sie die Kommunisten und ihre Ideologie wie Weltanschauung. Ihr Mißtrauen war für sie in erster Linie ein Gebot der Vernunft, zumal einige der kommunistischen Führungskräfte, wie beispielsweise Johannes Warnke und

⁷⁸ Vgl. Volksstimme vom 14. November 1945. Rede G. Sobottkas.

⁷⁹ Vgl. ebenda.

⁸⁰ Vgl. ebenda.

Bernhard Quandt entscheidend die Politik der Kommunisten vor 1933 in Mecklenburg mitbestimmt hatten.

Als Landesgeschäftsführer ergab sich für Hermann Lüdemann die Möglichkeit, warnend auf die Mißachtung der geschichtlichen Erfahrungen hinzuweisen. So lehnte er es beispielsweise kategorisch ab, die russische Oktoberrevolution als weltgeschichtliches Ereignis zu betrachten oder gar Lehren für die Entwicklung in Deutschland zu ziehen. Für ihn war das schon deshalb unmöglich, weil die Entwicklungsbedingungen beider Länder völlig unterschiedlich waren und jedes Land seinen eigenen Weg gehen müsse. Die deutsche Novemberrevolution hatte der sozialen Entwicklung in Deutschland und Mecklenburg eine deutliche demokratische Richtung gegeben, was man von der russischen Oktoberrevolution nach Auffassung Lüdemanns nicht sagen konnte.

Lüdemann, Schulz und Jesse wandten sich entschieden dagegen, angesichts der riesigen Aufgaben beim Wiederaufbau des Landes übereilte Schritte in Richtung Vereinigung der Arbeiterparteien zu tun. Ihre Warnungen wurden von der Mehrheit des Landesvorstandes aber nicht akzeptiert. Einstige Kampfgefährten in der Sozialdemokratischen Partei, die in der Weimarer Zeit viel für die Arbeiterschaft Mecklenburgs getan hatten, gerieten immer stärker in Streit über die Vereinigungsfrage. In dem Rundschreiben Nr. 10 vom 30. August 1945 gelang es Lüdemann, noch einmal seine Position über Zusammenarbeit und Vereinigung von Kommunisten und Sozialdemokraten demonstrativ zu formulieren: "Die Parteien bleiben in ihrer Selbstständigkeit bestehen, sie schließen sich nur zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen, um wichtige gemeinsame Aufgaben durch gemeinsames Vorgehen besser und gründlicher lösen zu können; die Befreiung Deutschlands von jeglichem faschistischen Wesen im Handeln und Denken."⁸¹ In der praktischen Arbeit müßte es sich dann erweisen, ob die Kommunisten tatsächlich fähig waren, sich als Demokraten zu beweisen.

Wer die Weimarer Republik nur aus dem Blickwinkel von Fehlern und Versäumnissen sieht und dabei zur Schlußfolgerung kommt, das Weimarer System habe zwangsläufig im Faschismus enden müssen, der hatte nach Auffassung Lüdemanns, Schulz u. a. das Wesen Weimars nicht begriffen. Insofern war es schon bezeichnend, als Moltmann in einer öffentlichen Rede feststellte: "Wir sind doch Sozialisten und nicht nur Demokraten." Einen solchen Satz hätte er auch in den zwanziger Jahren als demokratischer Sozialist gesagt haben können. 1945/46 nahm diese Verbindung von Sozialismus und Demokratie für ihn aber eine veränderte Bedeutung an. Er sagte es selbst: "Genossen, ich sehe die Dinge so, daß die Genossen, die die Demokratie heute in den Vordergrund stellen, die Masse der Unentschiedenen, die Masse der bürgerlichen Stimmen dazu benutzen möchten, den Sozialismus zu verhindern und einen behäbigen, kleinbürgerlichen Staat retten wollen." Und an anderer Stelle heißt es dazu: "Wir müssen jetzt die gewaltige sozialistische Einheit mit einem klaren Programm und mit solchem Elan durchführen, daß alle Wankelmütigen und alle Unsicheren mitgerissen werden, oder ist etwa einer unter Euch, der wieder die Koalitionspolitik von vor 1933 wünschte?!"⁸²

⁸¹ Vgl. MLHA Schwerin. BPA Schwerin, Nr. II/2.

⁸² Vgl. MLHA Schwerin. BPA Schwerin, Nr. II/1.

Moltmann war bereit, sein demokratisches Ideal von Weimar aufzugeben und für eine "klassenkämpferische Demokratie" einzutreten, wie sie exponiert von den Kommunisten verfochten wurde. Dieser geistige Wandel Moltmanns und anderer Sozialdemokraten war für die Kommunisten die entscheidende Voraussetzung, in Mecklenburg-Vorpommern den Prozeß der Vereinigung der Parteien relativ rasch voranzutreiben. Moltmann, Karl und Höcker hatten sich in der Zeit des Nationalsozialismus nichts zuschulden kommen lassen, sondern ihre antifaschistische Haltung noch durch ihre, wenn auch nur kurzzeitige Inhaftierung unterstrichen. So erhielten sie als Verfolgte des Faschismus von der Mehrheit der Sozialdemokraten nach Wiedergründung der Partei das Vertrauen, was von den Kommunisten erkannt und genutzt wurde.

Auch Willy Jesse, Albert Schulz und Hermann Lüdemann hatten ihren Widerstand gegen den Nationalsozialismus mit Haftstrafen oder Emigration bezahlen müssen. Jesse, der mit Julius Leber unter anderem an der Vorbereitung des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944 beteiligt war, entkam nur mit Mühe und Glück der Gestapo, während Lüdemann eine Strafe im Konzentrationslager verbüßen mußte. Sie waren geachtet und beliebt bei den Sozialdemokraten Mecklenburg-Vorpommerns, was von Kommunisten und Besatzungsmacht als Gefahr für ihre Politik gegenüber der SPD angesehen wurde.

Unter der Losung "Aus der Geschichte lernen, nie wieder Faschismus" wurde eine Propaganda betrieben, die die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten 1932 in Mecklenburg als gesetzmäßiges Ergebnis des Weimarer Systems darstellte. Was war nun nach Auffassung der KPD aus der Vergangenheit zu lernen und welche Fehler waren zu vermeiden? Erstens, man hatte es 1918 versäumt, Großgrundbesitzer und Bourgeoisie politisch und wirtschaftlich zu entmachten. Zweitens, die Arbeiterklasse hatte sich nicht die Instrumente geschaffen, um die Errungenschaften der Revolution auch dauerhaft zu sichern. Drittens, die bürgerliche Demokratie hatte allen politischen Kräften die Möglichkeit gegeben, Einfluß auf die gesellschaftliche Entwicklung zu nehmen, sich an Wahlen zu beteiligen und im Landtag und der Regierung vertreten zu sein.

Die Grundstimmung der Bevölkerung wurde nach zwölf Jahren faschistischer Diktatur und einem Krieg, der einen hohen Blutzoll von fast jeder Familie gefordert hatte, auf die Formel: Nie wieder Faschismus, niemals wieder Krieg! gebracht. Was lag da näher, als von den Ursachen, von denen es je nach parteipolitischer Position viele gab, einige unter aktuellen politischen Gesichtspunkten auszuwählen, um so zu scheinbar zwangsläufigen Schlußfolgerungen zu gelangen: "1. Bodenreform, damit nicht mehr die Junker, sondern Komitees für gegenseitige Bauernhilfe auf dem Dorfe bestimmen, 2. Entfernung aller Faschisten aus der Verwaltung, 3. Übergang der Betriebe der faschistischen Kriegsinteressenten und Kriegsverlängerer in die öffentliche Hand, 4. Dauerndes Verbot aller Unternehmerverbände und 5. die Hauptbedingung als Garantie für all dieses: die Vereinigung der Arbeiterparteien in kürzester Zeit. Ist aber durch die Mächte der Reaktion dieser demokratische Weg nicht gangbar, dann wird die Arbeiterklasse mit revolutionären Mitteln den Weg gehen müssen."⁸³

⁸³ Vgl. Referat Franz Dahlem. Volksstimme vom 25. Februar 1946.

Das war das Programm der Kommunisten zur Errichtung einer Diktatur nach sowjetischem Vorbild, die zwar als Diktatur des Proletariats bezeichnet wurde, jedoch nichts anderes als die Herrschaft der Kommunisten bedeutete. Wie konnten aber die Sozialdemokraten für einen solchen Weg gewonnen werden? Indem die Kommunisten sich formal zur Demokratie und zur parlamentarisch-demokratischen Republik bekannten, was jedoch nicht bedeutete, daß sie ihre Haltung zum Weimarer System selbstkritisch überprüft und als Fehler betrachtet hätten. Nicht die Kommunisten wollten sich in ihrer Auffassung von Demokratie und Freiheit korrigieren, sondern das wurde von den Sozialdemokraten erwartet. Ein Teil von ihnen tat dies auch, während die nicht "Lernwilligen" ausgegrenzt, später ausgeschlossen und dann verfolgt wurden.

Man hatte ein denkbar einfaches Rezept: "Alle nicht aufbauwilligen Kräfte dürfen kein Wahlrecht bekommen! Alle Aufbauwilligen sollen die volle Demokratie als Werkzeug benutzen." Damit hatte sich Moltmann für die kommunistische Variante künftiger Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern entschieden. Jene Sozialdemokraten in Rostock, Stralsund, Wismar und anderen Orten, die sich gegen eine Vereinigung zur Wehr setzten, weil sie der Auffassung waren, "daß es noch nicht möglich ist, eine Einheitspartei zu schaffen", setzten sich der Kritik aus. "Vorher müssen sämtliche Unstimmigkeiten, die bestehen, in kameradschaftlicher Weise geklärt werden. Nur dann, wenn die Übereinstimmung herbeigebracht ist, daß die deutsche Arbeiterklasse wieder eine einheitliche wird, nur dann sind die Voraussetzungen gegeben, daß eine Einheitspartei entsteht."⁸⁴ Solche und ähnliche Positionen wurden mit Beginn des Jahres 1946 immer heftiger vom Landesvorstand der SPD attackiert, weil sie darauf gerichtet waren, die Vereinigung zu verhindern. Deren Verfechter wurden nicht selten von der Besatzungsmacht inhaftiert, so daß der psychische Druck auf die Fusionsgegner insgesamt zunahm.

Eine offene Auseinandersetzung in Zusammenkünften der Ortsvereine oder in gemeinsamen Schulungsabenden mit den Kommunisten war zu diesem Zeitpunkt schon mit erheblichen Risiken verbunden, konnte aber dennoch nicht ganz unterbunden werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der theoretische Sinn bei der Mehrzahl der Mitglieder, vor allem bei den jüngeren, nicht besonders ausgeprägt war.

Kontakte zu Sozialdemokraten Hamburgs und Schleswig-Holsteins, die ebenfalls über eine Vereinigung diskutierten, wurden von der Besatzungsmacht entweder unterbunden, oder es fehlten die finanziellen Mittel, diese regelmäßig zu unterhalten. Vom Zentralauschuß hatte die Opposition wenig Unterstützung zu erwarten, da hier selbst die Auseinandersetzung um die Einheit geführt wurde und relativ wenig Zeit für die Entwicklungen in den Ländern blieb.

⁸⁴ Vgl. Gemeinsamer Schulungsabend von KPD und SPD am 25. Januar 1946, in: MLHA Schwerin. BPA Schwerin, Nr. III/2.

Dem Druck erlegen

Zentrum des Widerstandes in der SPD gegen eine überstürzte Vereinigung war erneut Rostock. Im Landesvorstand hatten Schulz und Jesse nur noch bei wenigen Unterstützung in ihrem Bemühen, den Prozeß der Vereinigung, wenn schon nicht mehr zu verhindern, so doch wenigstens zu verlangsamen. Moltmann, Karl und Höcker hatten sich offensichtlich dem scheinbar Unausweichlichen ergeben. Aber es waren insbesondere Arbeiter der großen Industriebetriebe in Rostock, aber auch aus Baubetrieben, die zu Beginn des Jahres 1946 entschlossene Aktionen und einen "klaren Kopf" im Sinne der Bewahrung sozialdemokratischer Ideale forderten und damit mehrheitlich einer "Vereinigung" ablehnend gegenüberstanden. So kam es am 4. und 6. Januar zu Funktionärs- und Mitgliederversammlungen des Ortsvereins Rostock, auf denen Entschließungen nach z.T. heftigen Diskussionen verabschiedet wurden. Diese befürworteten zwar grundsätzlich eine Aktionseinheit mit den Kommunisten, soweit sie für die Lösung der Aufgaben des Wiederaufbaus erforderlich war, machten eine Organisationseinheit aber von einer "reichseinheitlichen Parteiorganisation" und von einer Urabstimmung in allen Besatzungszonen abhängig. Damit hatten sich diese Rostocker Sozialdemokraten den Forderungen der Berliner Genossen in den Kreisverbänden Spandau, Reinickendorf, Charlottenburg und Tempelhof angeschlossen.⁸⁵

Die Rostocker Aktivitäten lösten bei den Landesleitungen beider Parteien in Schwerin hektische Betriebsamkeit aus. Albert Schulz schreibt in seinen Erinnerungen über die Reaktion auf die Resolution: "Unser Parteiblatt in Schwerin brachte an dem folgenden Tag einen ganzseitigen Artikel gegen unsere EntschlieÙung in Rostock. Die Parteiorganisation in Rostock und ihre Führung wurden darin nach Strich und Faden verhauen. Wir waren wütend über unsere Parteizeitung. Ihr Chefredakteur Heinz Pohlmeier - vor 1933 in Hamburg - versicherte uns später vertraulich, der Artikel stamme weder aus seiner Feder noch aus der eines anderen Sozialdemokraten, sondern sei ihm von der SMA in Schwerin aufgezwungen worden. Der Artikel versuchte den Eindruck eines Schreibers der SPD-Landesleitung zu vermitteln. Selbst Pohlmeier wußte angeblich nicht, wer der Verfasser war. Wir hörten später, daß er von Erich Glückauf von der Landesleitung der KPD stammte. So sah damals die Pressefreiheit für Sozialdemokraten in der sowjetischen Zone aus."

⁸⁵ Ergebnis der Urabstimmung der Berliner Sozialdemokraten vom 31. März 1946:

Frage	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen
1. Bist du für den sofortigen Zusammenschluß beider Arbeiterparteien	2.937 (12,4 %)	19.527 (82,2 %)
2. Bist du für das Bündnis beider Parteien, welches gemeinsame Arbeit sichert und den Bruderkampf ausschließt?	14.763 (62,1 %)	5.559 (23,4 %)

Zitiert nach: Informationsbüro West (IWE; Hrsg.) "Chronologische Materialien zur Geschichte der SED.", S. 30.

Vor allem aber schaltete sich die SMA ein und forderte den Widerruf der Entschließung. Vom Landesvorstand der SPD wurde gefordert, eine "prinzipielle" Auseinandersetzung mit Albert Schulz zu führen und damit zugleich den Klärungsprozeß in der Sozialdemokratie zugunsten der Befürworter der Vereinigung voranzutreiben. Neben der Androhung von Disziplinarmaßnahmen wurden vor allem Betriebsversammlungen angeordnet, die sich in Erklärungen von der Position der Ortsgruppe distanzierten. Hierbei waren zwar die Kommunisten führend, doch es fanden sich auch Sozialdemokraten als Befürworter der kommunistischen Konzeption. Obwohl keine expliziten Quellen hierzu vorliegen, kann angenommen werden, daß die Rostocker Sozialdemokraten aufgrund dieses Drucks ihre Resolution zurücknahmen.

In den ersten Januartagen des Jahres 1946 hatte sich die Frage der Vereinigung von KPD und SPD in Mecklenburg-Vorpommern soweit zugespitzt, daß es jetzt nur noch darum ging, dafür oder dagegen zu sein. Entscheidender Hintergrund dieser Zuspitzung war, daß sich wenige Monate nach Beendigung des Krieges die Interessen der Siegermächte schon soweit polarisiert hatten, daß eine Erhaltung der Einheit Deutschlands und damit die Realisierbarkeit von Reichsparteitagen zweifelhaft erschien. Eine Forderung nach Reichsparteitagen mußte somit zwangsläufig nicht nur ein Hinauszögern, sondern auch Verhinderung der Vereinigung bedeuten. Daraus erklärt sich auch die scharfe Reaktion auf Einwände gegen eine übereilte Fusion. Einheitsgegner wurden als Friedensfeinde, Saboteure des Wiederaufbaus sowie Spalter der Arbeiterbewegung beschimpft und behandelt. Erfahrungen aus der nur kurzen Zusammenarbeit mit den Kommunisten hatten bei Lüdemann und anderen zur Erkenntnis geführt, daß es eine ehrliche und praktische Zusammenarbeit ohne Versuche einer Überlistung oder Vereinnahmung der Sozialdemokraten nicht geben würde. Die von Schumacher getroffene Feststellung war zutreffend: "Die Parole der 'Einheitspartei' ist ein taktisches Manöver, da bisher in der östlichen Besatzungszone gar nicht versucht worden ist, da man es dort nicht nötig hat, Verhandlungskonzessionen zu machen."⁸⁶

Die enge Verbundenheit mit der Siegermacht Sowjetunion und deren Interesse an einer kommunistisch-stalinistischen Ausrichtung der Entwicklung in der SBZ ließ die Kommunisten ihre ideologische Positionen beibehalten, auch wenn diese noch nicht vordergründig und herausfordernd formuliert wurden. Anknüpfend an die aktuellen Aufgaben des Wiederaufbaus des Landes und der Erhaltung des Friedens, waren es gängige Losungen, die häufig in demagogischer Weise benutzt wurden, um politische Gegner, die oft nicht einmal Gegner, sondern Partner mit anderen Auffassungen waren, mundtot zu machen. Die Argumentation der Kommunisten basierte auf den dringenden sozialen Problemen jener Zeit, worin im Prinzip ihre Glaubwürdigkeit lag, da angenommen wurde, nicht Parteiinteressen, sondern die soziale Lage des Volkes wäre Hauptmotiv ihres Handelns. Für die einfache Mitgliedschaft war es sehr schwer, dahinter andere Absichten zu erkennen.

Am 6. Januar kam der Arbeitsausschuß von SPD und KPD in Schwerin zu einer Sitzung zusammen, die entscheidende Weichen für das weitere Verhalten sowohl von Befürwor-

⁸⁶ Zitiert nach: Kurt Klotzbach. Der Weg zur Staatspartei, Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965. Berlin/Bonn 1952.

tern als auch Gegnern der Fusion stellte. In einer Entschließung wurde unter Umgehung noch ungeklärter Positionen, die letztlich sozialdemokratische Vorbehalte gegen die Herstellung der Einheit in der SBZ darstellten, gesagt: "Der Arbeitsausschuß begrüßt diese Beschlüsse (der Sechziger-Konferenz d.V.) aus vollem Herzen. Sie sind das Ergebnis der Erfahrungen gemeinsamer, enger Zusammenarbeit der vergangenen Monate und unterstreichen die Richtigkeit der Politik des antifaschistischen Blocks. Diese Beschlüsse bedeuten den Beginn einer neuen Phase in der Entwicklung zur Einheit der beiden Arbeiterparteien. Diese Phase soll enden mit der schnellen Vereinigung der beiden Parteien." Und an anderer Stelle heißt es weiter: "Der Arbeitsausschuß beschließt darum: Die unmittelbare Durchführung einer breiten Kampagne unter den Mitgliedern und Funktionären der beiden Arbeiterparteien mit dem Ziel, die Einheit zu schaffen."⁸⁷ Das war eine offene Kampfansage an all jene, die nicht dieser Meinung waren. In einer Serie von Schulungsabenden wurden Themen abgehandelt wie: "Die Lehre aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung", "Was verstehen wir unter Demokratie?" und "Der Neubauer im demokratischen Deutschland." In der Mehrzahl dieser Veranstaltungen dominierten eindeutig Kommunisten mit ihren dogmatischen Auffassungen in aktueller Verpackung. Die dort gehaltenen Referate erweckten bei der Mehrzahl der Teilnehmer den Eindruck einer weitgehenden Übereinstimmung von Kommunisten und Sozialdemokraten und dienten somit im Grunde der kommunistischen Manipulierung.

Die Sitzung des Landesvorstandes der SPD am 14. Januar analysierte die Situation in der Landesorganisation und beriet weitere Schritte auf dem Weg zur Vereinigung. Die jüngsten Aktivitäten des Rostocker Ortsvereins wurden einer scharfen Kritik unterzogen. Hierbei zeigte sich, daß der Landesvorstand mehrheitlich endgültig auf die Linie der Landesleitung der KPD, eine möglichst schnelle Vereinigung herbeizuführen, eingeschwenkt war. Sowohl Albert Schulz als auch Willy Jesse wurden beschuldigt, mit ihren Aktivitäten die Sozialdemokratie spalten zu wollen. Man warf ihnen vor, im Sinne Schumachers gehandelt zu haben, was zwar richtig war, aber in der Wertung Moltmanns "nicht dem Willen der übergroßen Mehrheit der Sozialdemokraten Mecklenburg-Vorpommerns entsprach." Die Mehrheit des Landesvorstandes teilte seine Auffassung. Schulz, Jesse und Moritz erkannten die Gefährlichkeit ihrer Lage und hielten es für klüger, die Situation nicht weiter zuzuspitzen, wenngleich sie sich auch nicht der Linie Moltmanns, die Vereinigung separat nur in der SBZ herbeizuführen, anschlossen. Damit schien der Sieg der Befürworter einer Fusion vollkommen. Zumindest von seiten der Führung der SPD war in den Wochen bis zur Vereinigung kein offener Konflikt mehr zu erwarten. Somit wurde beschlossen, für den Monat Februar einen Landesparteitag einzuberufen, auf dem die schnelle organisatorische Vereinigung sanktioniert werden sollte. Der Landesvorstand ging damit über die Beschlüsse der "Sechziger-Konferenz" hinaus und stellte klar, daß man nicht auf einen Reichsparteitag und zentrale Beschlüsse zur Vereinigung warten wolle. Der Landesvorstand Mecklenburg-Vorpommerns erwies sich neben dem Sachsens als Vorreiter einer separaten Vereinigung. Folgerichtig heißt es im Beschluß des Landesvorstandes: "Für den Fall, daß der Zusammentritt eines Reichsparteitages vor einer endgültigen Entscheidung über die Frage der Verschmel-

⁸⁷ Vgl. MLHA Schwerin. BPA Schwerin, Nr. II/2.

zung der beiden Arbeiterparteien nicht möglich sein sollte, fordert der Landesvorstand vom Zentralkomitee der Partei in Berlin die Einberufung eines sozialdemokratischen Parteitag für das Gebiet der sowjetischen Besatzungszone."⁸⁸

Nicht die Befürworter der Vereinigung der beiden Parteien hatten in Wahrheit einen Sieg errungen, sondern die Kommunisten mit ihren stalinistischen Auftraggebern. Nicht mehr nur Marx und Engels wurden zu Leitfiguren der ideologischen Arbeit gemacht, sondern die KPD hatte erreicht, daß auch Lenin und Stalin unausgesprochen ihren Platz einnahmen.

Das Ergebnis der Auseinandersetzung im Landesvorstand hatte Folgen für Ortsvereine und Kreisvorstände. Dort, wo es Anfang Januar noch offenen Widerstand gab, wie z.B. in Wismar und Rostock sowie auf Rügen und Usedom, bewirkte der auf die Vereinigungsgegner ausgeübte Druck eine eindeutige Überlegenheit der Befürworter. Die Kommunisten dominierten auf den gemeinsamen Kreiskonferenzen in der zweiten Januarhälfte bzw. Anfang Februar und drückten auf ein hohes Tempo der organisatorischen Vereinigung. Auf einer Beratung des Parteiausschusses mit den Bezirks- und Landesvorsitzenden am 25. Januar in Berlin berichtete Willy Jesse über die Situation in Mecklenburg: "Die KPD geht rücksichtslos vor, fordert den Zusammenschluß in der Provinz, während die Sozialdemokraten keine politische Bewegungsfähigkeit in Mecklenburg haben."⁸⁹

Hinter der KPD stand die SMA Mecklenburg mit ihren Kommandanten in den Kreisen und Städten, die den Ehrgeiz hatten, möglichst zu den ersten zu gehören, die die Vereinigung in ihrem Verantwortungsbereich erreicht hatten. Verstärkt wurden Verhaftungen von oppositionellen Sozialdemokraten in leitender Funktion vorgenommen, z.B. in Kröpelin, Malchow und Rostock. In Wismar wurde besonders der Druck auf Karl Moritz erhöht, und auch die Stralsunder Sozialdemokraten wurden nach ihrer von der Linie des Landesvorstandes abweichenden Resolution vom 10. Januar diszipliniert. Das war wohl auch der Hintergrund dafür, daß Jesse, Lüdemann, Schulz, Moritz und Fank gezwungen waren, in ihrem Kampf gegen die drohende Zwangsvereinigung neue Formen und Methoden anzuwenden. Bestärkt wurden sie dabei von Kurt Schumacher, der ihnen empfahl, auszuhalten, "solange ihnen nichts zugemutet werde, dessen sich ein Sozialdemokrat schämen müsse." Die Entscheidung, weiterhin in Mecklenburg-Vorpommern zu bleiben, obwohl ihre Situation immer schwieriger wurde, dürfte ihnen sehr schwer gefallen sein.

SPD-Führer in Mecklenburg-Vorpommern hatten sich objektiv zu Fürsprechern der kommunistischen Strategie gemacht, deren Folgen sie nicht oder nicht rechtzeitig erkannten. Es mag zu ihrem Gunsten sprechen, daß sie anfangs in der Illusion befangen waren, sie könnten in der Einheitspartei zur dominanten Kraft werden. Moltmann verkündete am 19. Februar auf einer Sitzung des Parteiausschusses in Berlin, die Vereinigung in Mecklenburg-Vorpommern in wenigen Tagen auf einem gemeinsamen Landesparteitag von KPD und SPD zu beschließen. "Wenn wir hier die Einheitspartei schaffen, überrennen wir den Westen."

⁸⁸ Vgl. ebenda.

⁸⁹ Vgl. Notizen Fritz Neubeckers von der Parteiausschußsitzung der SPD, Berlin, 25. Januar 1946. In: Archiv Berlin, ZI 6, Dep. Neubecker.

Die Sowjetunion war für die Kommunisten schon immer die Inkarnation gesellschaftlichen Fortschritts. Unter dem Eindruck ihres Anteils an der Zerschlagung des Faschismus, der später so weit überhöht wurde, daß man die westlichen Alliierten oftmals schon nicht mehr als Siegermächte erwähnte, erfolgte eine zunehmende Ideologisierung der historischen Vorgänge, was einer Geschichtsklitterung gleichkam. Schon nach einem halben Jahr geriet die kommunistische Aussage, man wolle in Deutschland das Sowjetsystem nicht übernehmen, zunehmend in Vergessenheit. Moltmann, Karl und Höcker wurden auf Landesebene mit wichtigen staatlichen Funktionen betraut, was mit dazu beitrug, die Parteiarbeit aus diesem Blickwinkel zu betrachten. Sie erkannten anscheinend nicht den Hintergrund weitergehender kommunistischer Absichten bei der Säuberung der Verwaltung oder der Durchführung der Bodenreform usw.. Zur Erklärung ihres Verhaltens bedarf es der weiteren Forschungsarbeit.

Auf einer gemeinsamen Referentenberatung am 15. Januar wehrte sich Moltmann noch gegen die Aussage Bürgers, alle Bedenken und Angriffe gegen die Vereinigung kämen aus den Westen. Er entgegnete: "Wir haben auch hier in unserem Gebiet wie im Westen Genossen von der KPD und SPD, die gegen diese Einheit sind, weil sie die Zeit noch nicht für gekommen sehen, weil sie aus irgendwelchen Erfahrungen den Zeitpunkt für nicht gegeben erachten, um dazu Stellung zu nehmen. Ich bitte, wenn wir gemeinsam über diese Dinge reden, diese Frage des Westens nicht so zu behandeln, wie sie Genosse Bürger behandelt hat. Wir wollen das, was uns zeitweise unlieb ist, überhaupt aus dem Spiele lassen."⁹⁰ Aber schon einen Monat später war die Kapitulation des Landesvorstandes der SPD vollkommen. Im Nachhinein betrachtet, hatte es katastrophale Folgen, daß die breite Mitgliedschaft und teilweise auch die untere und mittlere Führungsebene der Sozialdemokratie in Unkenntnis über die kommunistische Strategie gelassen wurde.

Am 7. Februar schickte die Kreisleitung der KPD Malchin ein Telegramm an die Landesleitung in Schwerin. Darin stand: "Im Kreis Malchin sind in allen Arbeitsgebieten Organisationsausschüsse gebildet und zusammengetreten. Es besteht Übereinstimmung darin, daß die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien schnellstens erfolgen muß. Der Kreis Malchin meldet: Fertig für den Zusammenschluß." Auch der Landesvorstand der SPD erhielt ähnlich lautende Meldungen aus Greifswald, Stralsund und Grevesmühlen, die vermutlich nur dem Willen eines Teils der Mitglieder entsprachen, aber als Überzeugung aller deklariert wurden. Die Gegner der Fusion sahen sich zunehmend durch den "organisierten" Willen der Basis in die Enge gedrängt. Sie mußten in ihren Aktivitäten sehr vorsichtig sein, weil sie einer verschärften Kontrolle durch die Besatzungsmacht, aber auch durch die Landesleitungen von KPD und SPD ausgesetzt waren. Noch einmal sollte es in Mecklenburg-Vorpommern nicht zu öffentlichen Bekundungen gegen die Vereinigung kommen. Diese Situation veranlaßte Albert Schulz zu der Äußerung: "Wenn es zur Einheit kommt, verlasse ich die Parteiarbeit und gehe in die Verwaltung." Das machte er wahr, indem er Oberbürgermeister von Rostock wurde. Er hoffte, den Menschen seiner Stadt so mehr dienen zu können als im Dienst einer Partei, die er nicht gewollt hatte.

⁹⁰ Vgl. Anm. 88, S. 73.

Bis zuletzt gab es erhebliche Auseinandersetzungen in sozialdemokratischen Ortsvereinen. Aber: "Wo Zweifel auftauchen, greift die Besatzungsmacht ein: In einigen Orten bei uns haben die Ortskommandanten die beiden lokalen Parteivorsitzenden zu sich gerufen und sie mit viel Wodka oder - wenn das keinen gewünschten Erfolg zeigte - mit Drohungen zur Vereinigung gebracht."

Hermann Lüdemann geriet zunehmend unter Kritik und Verfolgung, weil er die separate Vereinigung als Verrat an den Interessen der Partei und der Arbeiterschaft bezeichnete. Er konnte sich noch rechtzeitig einer Verhaftung durch die Flucht in den Westen entziehen. Willy Jesse und Karl Moritz wie auch Max Fank, Heini Beese, Hans Griem, Martin Müller und viele andere Sozialdemokraten, die zunächst Mitglied der SED wurden, ließen sich aber nicht vor den Karren der SED spannen. Viele von ihnen hatten wichtige Verwaltungsfunktionen inne. Der beginnende Zentralismus mit seinem durch die SED eingeeengten Entscheidungsspielraum führte dann aber zu permanenten Konfliktsituationen. Häufig wurden Handlungen mit politischem Hintergrund kriminalisiert, Amtsenthebung und gerichtliche Verfolgung, nicht selten in "Schauprozessen", waren die Folge. Viele wurden eingesperrt und oft zu jah-relangen Haftstrafen verurteilt.

In dieser Phase der politischen Verfolgung spielte die politische Polizei der Besatzungsmacht eine besonders unrühmliche Rolle. Fast täglich kam es zu Verhaftungen unter dem Vorwurf der Spionage und Sabotage als feindliche Akte gegen die Sowjetunion. Das Bestreben der stalinistischen Führung war es, möglichst rasch die Widerspenstigen und Andersdenkenden "zu entlarven und unschädlich zu machen." Der repressive Apparat des NKWD übertrug mechanisch die Praktiken der Massenrepressalien in der UdSSR auf die besetzten Territorien. Die Mitarbeiter von General Serov arbeiteten bei voller Straflosigkeit und ohne jegliche Kontrolle. "Die Organe machen keine Fehler!" Dieser zum Klassiker gewordene Ausspruch über die Tätigkeit des NKWD war nach wie vor die stereotype Antwort auf alle Zweifel an der Berechtigung der Aktionen seiner Mitarbeiter.⁹¹ Von den 40.000 durch sowjetische Militärtribunale verurteilten und in Lagern in der UdSSR eingesperrten Deutschen entfallen etwa 4.000 auf Mecklenburg und Vorpommern. Viele von ihnen haben die Qualen in diesen Lagern nicht überstanden oder wurden hingerichtet. Hier- von durfte bis 1989 in der DDR nicht berichtet werden. Die Wahrheit paßte nicht zum Nimbus der KPdSU als Bruderpartei der SED. Erst die vollständige Öffnung der russischen Archive wird die Historiker in die Lage versetzen, auch die exakte Anzahl der verurteilten Mitglieder der SED zu ermitteln.

⁹¹ Leonid Pawlowitsch Kopolin. Die Rehabilitierung deutscher Opfer sowjetischer politischer Verfolgung. Reihe Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung, Heft 10, Bonn 1995, S. 20.

Zwangsvereinigung oder freiwilliger Zusammenschluß?

Die Kommunisten Mecklenburg-Vorpommerns hatten es mit Hilfe der SMA sowie der Befürworter einer schnellen Vereinigung in der SPD erreicht, daß im März eine - scheinbare - Mehrheit der Mitgliedschaft beider Parteien ihre Fusionsbereitschaft erkennen ließ.⁹² Dies wurde als Beleg für die "Freiwilligkeit" des Zusammengehens an der Basis gewertet. Bis zum Zusammenbruch der DDR war diese Version der Vereinigung Ausdruck einer Geschichtsbetrachtung, die Wunschdenken als Realität ausgab. Belege für eine freiwillige Entscheidung gibt es genau so wie für eine erzwungene Vereinigung. Die noch lebenden Zeitzeugen bestätigen diese Feststellung, und die schriftlichen Quellen vermitteln ebenfalls ein differenziertes Bild des Vereinigungsprozesses.

Es bedurfte im Jahre 1946 keiner großen Anstrengungen, um einem verwirrten und eingeschüchterten Volk, bei dem Hunger und Krankheit den Alltag maßgeblich mitbestimmten, Hoffnungen auf ein besseres Leben zu machen. In dieser Situation ging es vielen Menschen weniger um Wahrhaftigkeit als um die Existenz der Familien. Der Hungernde glaubte dem, der Nahrung versprach, die Geschlagenen und Kriegsmüden waren erfüllt von der Sehnsucht nach Frieden.

Führende Funktionäre beider Parteien reisten durch das Land und nahmen an den Beratungen der Organisationsausschüsse und den gemeinsamen Schulungsabenden teil. In den meisten Zusammenkünften wurde nicht mehr darüber diskutiert, ob eine Vereinigung sinnvoll und zweckmäßig sei und welche strittigen Probleme zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten noch vorhanden wären, sondern wie man möglichst schnell zur Einheitspartei gelangen konnte. Der aus der Weimarer Zeit bekannte sozialdemokratische Landrat Brinkmann aus Wismar brachte diese Stimmung in einer Versammlung zum Ausdruck: "Unser Blick geht vorwärts, und der Schritt soll ebenfalls vorwärts sein. Wir haben uns darüber zu unterhalten, was bringt die Zukunft für uns, und es sind so gewaltige große Aufgaben zu lösen, daß wir gar keine Zeit haben, das hervorzuholen, was uns einmal trennte. Mutig und kampfbereit geht der Weg vorwärts, und ich wünsche mit ganzem Herzen die Zeit baldigst herankommen, die Zeit, wo wir nicht mehr getrennt marschieren."⁹³

Auffallend war, daß sowohl Kommunisten als auch Sozialdemokraten neben ihren Bekundungen zur Einheit immer wieder Bezug auf die Gegner der Einheitsbestrebungen nahmen. Karl Moritz in Wismar und Albert Schulz in Rostock kämpften mit mutigen Sozialdemokraten gegen den sich verstärkenden Strom der Vereinigungsbestrebungen an. Der zunehmende Druck führte aber dazu, daß sie nicht mehr offen gegen die Vereinigung Stellung beziehen konnten. Nicht der Widerstand war damit beseitigt worden, er hatte nur eine ver-

⁹² Eine exakte, auf freiwilliger Basis ermittelte quantitative Aussage über das Verhältnis von Befürwortern und Gegnern der Einheit hat es in Mecklenburg-Vorpommern niemals gegeben. Die Urabstimmung hierüber wurde sowohl von der SMA als auch von den Leitungen beider Parteien abgelehnt. Siehe auch Anm. 86.

⁹³ Vgl. Landesarchiv Greifswald. BPA Rostock, Nr. III/6.

deckte, eine konspirative Form annehmen müssen. Die Mehrheit in der Parteiführung war aber in der Vorstellung gefangen, eine Einheitspartei würde die Lösung aller Probleme bringen.

Auf einer gemeinsamen Landesdelegiertenkonferenz am 23. und 24. Februar 1946, an der 900 Delegierte aus beiden Parteien teilnahmen, wurde als einziger Tagesordnungspunkt "Der Weg zu einer einheitlichen Arbeiterpartei" behandelt. Franz Dahlem, Mitglied des Zentralvorstandes der KPD, und Erich Gniffke, der dem Zentralaussschuß der SPD angehörte, mußten auf dieser Beratung keine größeren Auseinandersetzungen mehr über die Herbeiführung der Einheit befürchten. An allen Mitgliederversammlungen von Ortsvereinen, wo eine Wahl von Einheitsgegnern wahrscheinlich war, nahmen Vertreter des Landesvorstandes teil, um vor allem bei der Auswahl der Delegierten "behilflich" zu sein. In seinem Referat sagte Dahlem einen mit Beifall bedachten Satz: "Ich glaube, daß Ihr alle einverstanden seid damit, daß es kein Auseinanderspielen und Gegeneinanderspielen von Kommunisten und Sozialdemokraten in Deutschland mehr geben wird."⁹⁴ Abgesehen davon, daß ein Bezug auf Deutschland unangebracht war, da in den westlichen Besatzungszonen eine heftige Auseinandersetzung in der Vereinigungsfrage geführt wurde, war ein Parteienkampf nur vermeidbar, wenn in der Einheitspartei eine Partei dominierte und die andere sich selbst aufgab. Zwischen den gegensätzlichen Auffassungen von Kommunisten und Sozialdemokraten, ob Revolution oder Reform den künftigen Weg der Entwicklung bestimmen sollte, konnte es keinen Kompromiß geben. Dahlem wußte, wovon er sprach, als er die Delegierten zur Herstellung der Einheit beider Parteien aufrief. Die Mehrzahl der Delegierten, sowohl Kommunisten als auch Sozialdemokraten, war sich der Konsequenz und Tragweite ihres Tuns mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht bewußt. Wie schon so oft in der Geschichte des deutschen Volkes, namentlich in diesem Jahrhundert, wurden die einfachen Parteimitglieder aufgefordert, sich für eine Sache zu entscheiden, die nicht nur guten Willen, sondern auch Kenntnis der Materie erforderte. Der von Marx, Engels, Bebel und Kautsky vertretene Standpunkt, Klassenbewußtsein müsse der Arbeiterklasse "von außen" gebracht werden, entsprach den Erfahrungen der Sozialdemokraten wie der Kommunisten gleichermaßen. Die Verantwortung hierfür lag bei ihnen. Aber weder SPD noch KPD in Mecklenburg-Vorpommern wurden dieser Aufgabe gerecht, wobei die Gründe hierfür unterschiedlich gelagert waren. Der anhaltende Druck auf die SPD und die Versuche der Kommunisten, sie zu vereinnahmen, erforderten viel Mut und Kraft jener Funktionäre, die an den Idealen der Sozialdemokratie festhielten.

Eine spontane Übernahme der sozialistischen Theorie durch die Parteimitglieder konnte nicht erwartet werden. Statt gezielter Bildungsanstrengungen gab es aber nur einige wenige Schulungen, in denen zudem noch weniger Theorie als vordergründige politische Agitation betrieben wurde. Dennoch: "Ein Defizit der Arbeiter im Verständnis der Theorie des Sozialismus kann nicht eine Einschränkung ihres Selbstbestimmungsrechts zur Folge haben."⁹⁵ Das war aber der Fall, als den Mitgliedern beider Arbeiterparteien eine Urab-

⁹⁴ Siehe Volksstimme vom 25. Februar 1946.

⁹⁵ Vgl. Thomas Meyer. Demokratischer Sozialismus - soziale Demokratie - Eine Einführung. Bonn 1991, S. 51.

stimmung verwehrt und stattdessen allgemeine Parolen an die Stelle von Sachkenntnis gesetzt wurden. Die Entschließung der Landesdelegiertenkonferenz lieferte hierfür ein Beispiel: "Die Delegierten appellieren an die bevorstehenden Parteitage der SPD und der KPD in Berlin, den endgültigen Schlußstrich hinter dem tragischen Bruderkampf innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung zu ziehen, die letzten Schranken, die noch der Einheit und der Macht der deutschen Arbeiterklasse entgegenstehen, niederzureißen und im nationalen Interesse unseres Volkes die Verschmelzung der SPD und KPD in eine marxistische Einheitspartei Deutschlands zu beschließen."

Das war bereits die Handschrift der Kommunisten. Obwohl aus taktischen Gründen der Leninismus noch fortgelassen wurde, war die Orientierung an einer marxistischen Partei mit einem revolutionären Programm klar erkennbar, und obwohl die Sozialdemokratie in der Weimarer Zeit die Sozialreform sowie Freiheit, Demokratie und Menschenrechte als Grundlage ihrer Programmatik bestimmt hatte, vermochte sie es nicht, diese nun auch zum wesentlichen Inhalt einer sozialistischen Einheitspartei zu machen. Das brachten sowohl Gniffke und Moltmann in ihren Reden als auch die Entschließung der Delegiertenkonferenz zum Ausdruck. Somit ergibt sich die Frage, weshalb sich Kommunisten und Besatzungsmacht so energisch gegen eine demokratische Urabstimmung wehrten? Als gesichert gilt, daß zwischen der Parteibasis in Mecklenburg-Vorpommern und der Führung der Sozialdemokraten in der Einheitsfrage Klärungsbedarf bestand. Das war dem Zentralausschuß bekannt. Die Furcht vor einer Abstimmungsniederlage saß tief und hätte unüberschaubare Folgen für die weitere Entwicklung in der SBZ gehabt. KPD und SMA wollten aber kein Risiko eingehen, wobei auch festzuhalten ist, daß die kommunistische Ideologie ihrem Wesen nach demokratiefeindlich ist.

Auf der anderen Seite standen jedoch die sozialdemokratischen Grundsätze. "Die Legitimation sozialistischer Politik liegt in ihrer Beziehung zu den Prinzipien Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Diese Prinzipien bedingen, daß keine Maßnahme gerechtfertigt ist, die nicht die Zustimmung der Mehrheit der Betroffenen hat. Sozialismus will gleiche Freiheit verwirklichen. Jeder Schritt sozialistischer Politik muß ein Schritt in diese Richtung sein."⁹⁶ So gesehen hätten die Mitglieder beider Parteien die Wahl zwischen Einheit oder Freiheit gehabt, wenn ihnen die Möglichkeit gegeben worden wäre, eine Urabstimmung durchzuführen. Funktionäre der SPD und auch der KPD rechtfertigten die Herbeiführung der Einheit stets mit Willensbekundungen eines großen Teils ihrer Mitglieder und sahen sich in Ermangelung objektiver Kriterien durch persönliche Erfahrungen bestätigt. Inwieweit sie einer Selbsttäuschung erlagen oder sich nur im Rahmen einer vorgegebenen Disziplin bewegten, mag dahingestellt sein. Tatsache ist jedoch, daß nach der Landesdelegiertenkonferenz in Mecklenburg-Vorpommern die Einheitsgegner kaum noch in der Lage waren, ihre Argumente gegen eine separate Vereinigung in der SBZ in Versammlungen, Schulungsabenden oder in den Medien zu diskutieren.

Der Widerstand gegen die Vereinigung hatte viele Facetten. Die Motive der Ablehnung waren zweifellos verschieden. Während Sozialdemokraten ein Zusammengehen mit den

⁹⁶ Vgl. ebenda.

Kommunisten ablehnten, weil sie der Auffassung waren, die KPD beabsichtige eine "Blutaufrischung" verbunden mit einer Eliminierung sozialdemokratischer Zielsetzungen für die gesellschaftliche Entwicklung, standen Kommunisten einer Vereinigung aufgrund ideologischer Vorbehalte gegen die Sozialdemokratie skeptisch gegenüber.

Moltmann, Karl und Höcker sahen wahrscheinlich in der sofortigen Vereinigung die Krönung ihres bisherigen politischen Lebens. Dabei erkannten sie nicht oder viel zu spät, daß sie sich und ihre Partei opferten. Carl Moltmann zog eine persönliche Bilanz: "Genossinnen und Genossen, als alter Sozialdemokrat oder alter Kommunist wird mancher sagen: Ich habe doch diese schöne Partei mit aufgebaut, und das soll ich nun alles aufgeben? Wir geben doch nichts auf! Wir schaffen doch das erst vollständig. Wir wollen doch das, wofür wir unser ganzes Leben, wofür ich 45 Jahre im Kampf stehe und alle die Alten, die das getan, fast ebenso lange und ihr Jungen doch auch. Es ist doch eine Vollendung dieses großen Werkes und nicht sein Aufgeben ..." ⁹⁷ War es das Unvermögen, Zusammenhänge zu sehen, oder nostalgischer Glaube an die Kraft der Sozialdemokratie? Es ist schwer, hierauf eine Antwort zu finden. Weder Akten noch Zeitzeugen vermögen dies zu tun.

Nach der Landesdelegiertenkonferenz waren die Chancen, den Prozeß der Vereinigung noch zu stoppen oder wenigstens zu verlangsamen, weiter gesunken. Die für den März festgelegten Themen der gemeinsamen Schulungsabende behandelten die Grundsätze der Einheitspartei. Es traten schon nicht mehr wie bisher gemeinsam zwei Referenten aus der KPD und der SPD auf, sondern nur ein Sozialdemokrat oder ein Kommunist. Es wurde die Einheit bereits als gegeben angenommen und ideologische Kontroversen nach Möglichkeit vermieden. Einheitsgegner wurden pauschal als "Spalter" diffamiert, deren geistiger Vater nach Lesart der Landesleitungen beider Parteien Kurt Schumacher war. Er wurde als der Abtrünnige und Verführer in der Sozialdemokratie bezeichnet, der schuld daran sei, daß es auch in der Sowjetischen Besatzungszone "noch" Gegner der Einheit gäbe. Der Protest gegen Schumacher galt gleichzeitig als Warnung für alle Fusionsgegner in Stralsund, Wismar, Rostock und anderen Orten Mecklenburg-Vorpommerns. Druck und Manipulation, aber auch mangelnde Information führten zu Resolutionen aus Dörfern, Städten und Betrieben wie zum Beispiel: "Wir verabscheuen das Vorgehen von Dr. Schumacher in Hannover, der versucht, einen Keil zwischen die sich einigende Arbeiterklasse zu treiben. Wir sind der Meinung, daß nur die geeinte Arbeiterklasse in der Lage ist, der Schwierigkeiten Herr zu werden und die Gewähr dafür gibt, daß der Frieden gesichert und das Volk einer besseren Zukunft entgegengeführt wird."

In den letzten Tagen des Monats März 1946 wurden in den Kreisen gemeinsame Kreiskonferenzen von KPD und SPD durchgeführt, deren Ergebnisse die Herstellung der organisatorischen Einheit im Kreis bedeuteten. Während die Parteien in Stralsund, Ueckermünde, Grimmen, Anklam, Greifswald und Rügen ihre Konferenzen durchgeführt hatten, mußten in Rostock noch einmal die Spitzenfunktionäre Quandt (KPD) und Starosson (SPD) auf einer Kundgebung "gegen reaktionäre Umtriebe in den westlichen Besatzungszonen" mit Blickrichtung auf das eigene politische Umfeld Position beziehen.

⁹⁷ Vgl. MLHA Schwerin. BPA Schwerin. I/22, Blatt 181.

Am 27. März fand in Stralsund die erste Kreiskonferenz der Sozialistischen Einheitspartei des Kreises Franzburg-Barth statt. Es war die erste Konferenz dieser Art in der Sowjetischen Besatzungszone. Das Protokoll des Vereinigungsparteitages vermerkt, daß die 600 Delegierten begeistert die Einheit feierten. Es ist jedoch nicht überliefert, wie viele von ihnen nicht begeistert waren. Max Fank, der trotz seiner Vorbehalte als Befürworter der Einheit in Stralsund galt, nannte es ein Erlebnis, "endlich nun den Zusammenschluß der Arbeiterschaft in einer Partei sich vollziehen zu sehen." Für ihn und andere ältere Genossen in der SPD erfüllte sich ein Wunsch, den sie gemeinsam mit Kommunisten aus dem aktiven Widerstand gegen den Faschismus teilten. Darüber hinaus hofften sie, daß die Vereinigung der Erhaltung eines einheitlichen Deutschlands wichtige Impulse zu geben vermöge. In einem Rundfunkinterview hierzu befragt, antwortete Fank: Die Einheit "wird das Signal für die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands sein, sich zu einigen." Diesen Irrtum haben die Sozialdemokraten teuer bezahlen müssen, denn für die Kommunisten hatte diese Frage in erster Linie propagandistischen Wert. Sie bekannnten sich zwar in Worten zur Einheit, forcierten jedoch praktisch die Spaltung.

Mit der Vereinigung von KPD und SPD wurde auch eine wichtige Entscheidung für oder gegen die Erhaltung der Einheit Deutschlands getroffen. Für die Sozialdemokraten besaß zwar die Erhaltung der Einheit Deutschlands eine entscheidende Bedeutung, dennoch waren sie in der SBZ gezwungen, auf die Fusionsforderungen der Kommunisten einzugehen. Dieser Widerspruch war einem Teil der SPD-Mitglieder auch in Mecklenburg-Vorpommern bewußt, dennoch hoffte er, daß die Beschlüsse der Alliierten, die eine Erhaltung der Einheit Deutschlands bestimmten, sich letztlich als stärker erweisen würden.

Zu berücksichtigen ist auch die Kompliziertheit der politischen Konstellation in den Nachkriegsjahren, die nicht einfach zu überschauen war. Es wurden nicht nur die internationalen Probleme, sondern auch die sich andeutende Spaltung der Welt in zwei Lager nur ungenügend gesehen. Auch die Argumente der Gegner der Fusion selbst in der eigenen Partei wurden z.T. ignoriert und Gründe ihrer Ablehnung bagatellisiert. Eine derartige Unterschätzung bedeutsamer Seiten der Realität konnte nicht lange gutgehen. Max Fank, der zum Delegierten des Vereinigungsparteitages in Berlin gewählt wurde und auch der neugewählten Landesleitung der SED angehörte, zählte zu denen, die schon bald erkennen mußten, daß man sie benutzte. Er wurde zu einem heftigen Kritiker der SED und ihrer Politik. Konsequenter, wie sein bisheriges Leben war, kämpfte er nun gegen einen übermächtigen Gegner. Die Landespartei-Kontrollkommission beschloß auf ihrer Sitzung am 30. 09. 1949 "den Gen. Max Fank, Stralsund, mit sofortiger Wirkung aus der Partei auszuschließen." Man legte ihm persönliche Bereicherung und Sabotage am Wirtschaftsaufbau zu Last. Der Wahrheitsgehalt dieser Anschuldigungen war schon damals zweifelhaft. Dennoch wurde er zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt, von der er einen beträchtlichen Teil in dem berüchtigten Zuchthaus von Bautzen verbüßen mußte.⁹⁸

⁹⁸ S. hierzu Dokument Nr. 29 im Anhang.

Die letzte der gemeinsamen Kreiskonferenzen in Mecklenburg-Vorpommern fand am 5. April in Neubrandenburg statt. So wie auf allen Konferenzen erfolgte auch hier eine Zustimmung zum Statut der Sozialistischen Einheitspartei und die Delegierten bekundeten in Resolutionen "Begeisterung und Vertrauen" in die Einheitspartei. Zugleich wurden naiv anmutende Erwartungen ausgesprochen, daß die neue Partei fähig sein würde, alle anstehenden Probleme erfolgreich zu lösen. Beispielsweise erklärte der neue Kreisvorstand der SED Malchin: "Die seit dem Zusammenbruch des Hitlerfaschismus bestehende kameradschaftliche Arbeit wird in Zukunft eine brüderliche sein, weil durch das stolze Gefühl der Verbundenheit keine ernsthaften Schwierigkeiten auftreten können. Die Vereinigung muß überall erfolgen, denn nur allein die SED wird in der Lage sein, die Reaktion zu schlagen und den Sozialismus zu verwirklichen."⁹⁹ Obwohl eine Urabstimmung am 31. März nur in den Westsektoren Berlins durchgeführt werden konnte, weil die SMAD diese im Ostteil der Stadt verbot, war ein Aufleben des Widerstandes gegen die bevorstehende Vereinigung nicht auszuschließen. Der Zentralausschuß der SPD drohte mit harten Maßnahmen: "Wo Funktionäre nicht eindeutig für die Einheit der Arbeiterschaft eintreten, können sie ein Amt in der Sozialdemokratischen Partei nicht länger bekleiden... Wir fordern unsere Genossinnen und Genossen auf, an die zweifelhaften Funktionäre die Frage zu richten, ob sie für die sofortige Vereinigung sind. Wird diese Frage nicht mit einem klaren Ja beantwortet oder liegen bereits eindeutige Handlungen vor, so bitten wir unsere Mitglieder um sofortige Nachricht an den Bezirksvorstand, wer an die Stelle eines Spalters als Funktionär eingesetzt werden kann."¹⁰⁰

Die Kommunisten konnten zufrieden sein mit ihrem Partner. Sie hätten selbst keine bessere Forderung formulieren können. Die "ungestörte" Durchführung der Landesparteitage war gesichert. Am 7. April beschlossen die Landesparteitage von SPD und KPD die Vereinigung auf Landesebene. Tags darauf war in der "Volksstimme", die kurzzeitig zum Organ der Sozialistischen Einheitspartei für Mecklenburg-Vorpommern benannt war, zu lesen: "Allen Delegierten war die historische Tragweite des Beschlusses zur Schaffung der Sozialistischen Einheitspartei bewußt. Eine neue Periode in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, in der Geschichte unseres ganzen Volkes ist eingetreten. Die Bahn in eine glückliche Zukunft ist frei. Die geeinte Arbeiterklasse ist der Fels, an dem die Reaktion endgültig zerschmettert wird. Die einheitliche Arbeiterpartei ist die Garantie für den demokratischen Aufbau unseres Landes." Nur wenige Delegierte ahnten, daß die Kommunisten ihren bisher größten Sieg in Mecklenburg-Vorpommern gegen einen Konkurrenten und Widersacher erzielt hatten, der ihnen an Popularität bei der Bevölkerung weit überlegen war. Was allerdings für die Kommunisten eine weitaus größere Bedeutung hatte, war ihre nun uneingeschränkte Macht, sieht man einmal davon ab, daß die SMA die oberste Regierungsgewalt ausübte. Alte erfahrene Sozialdemokraten, wie Jesse, Schulz, Fank, Moritz und Lüdemann mußten diesen Tag als eine bittere Niederlage für die SPD in der Sowjetischen Besatzungszone hinnehmen. Sie hatten getan, was möglich war, angesichts physischer und psychischer Gewalt, die sie oft genug zu spüren bekommen hatten. Sie mußten sich ange-

⁹⁹ Vgl. ebenda. Nr. I/17.

¹⁰⁰ Vgl. Albrecht Kaden. Einheit oder Freiheit. Bonn 1990, S. 257/258.

sichts dessen an die schwere Zeit des Widerstandes gegen den Faschismus erinnert sehen. Willy Jesse, der noch knapp der Gestapo entkommen war, wurde wenige Wochen nach der Zwangsvereinigung auf offener Straße verhaftet, gefoltert und zu vielen Jahren sibirischer Haft verurteilt. Albert Schulz und viele andere Sozialdemokraten wie auch Kommunisten, die sich nicht "linientreu" verhielten, waren politischer Verfolgung ausgesetzt.

Vermutlich nahmen einige der kommunistischen und sozialdemokratischen Delegierten mit Zweifel hin, was Kurt Bürger am Vorabend des Vereinigungsparteitages in der Zeitung schrieb: "Von unserer Einheit hängt die Lösung aller politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen ab - sowohl die Sicherung unserer demokratischen Rechte und Freiheiten, wie die materielle Verbesserung unserer Lebensverhältnisse als auch die Einheit Deutschlands, die Sicherung des Friedens und des demokratischen Weges zum Sozialismus."¹⁰¹ Nach den zwölf Jahren nationalsozialistischer Diktatur waren die Menschen leicht geneigt, denen zu glauben, die Freiheit und Demokratie versprochen, zumal nun die Sozialdemokraten in der Einheitspartei für viele als Bürge galten. Was den einfachen Mitgliedern der SPD nachgesehen werden kann, kann man den einheitswilligen Führern angesichts der nachfolgenden Entwicklungen und Opfer schwerlich zugute halten. Sie hatten das Streben der Kommunisten zu spüren bekommen und mußten zumindest ahnen, was Bürger meinte, als er von Freiheit und Demokratie sprach. Sie hatten erfahren, daß die KPD und ihre führenden Funktionäre nicht bereit waren, ihren Traum vom Sozialismus nach sowjetischem Vorbild, für den viele von ihnen die Folterkammern der Faschisten hatten durchmachen müssen, aufzugeben. Sozialdemokraten wie Lüdemann, Schulz, Jesse und Moritz, um nur einige anzuführen, die sich nicht beugten, mußten deshalb als Parteifeinde "entlarvt und liquidiert" werden. Folgerichtig hieß es deshalb in einem Kommentar der "Volksstimme": "Eines aber ist sicher, zum Bruderkampf wird es in der deutschen Arbeiterschaft nicht wieder kommen. Dafür ist die neue große Partei sicherster Garant." Der Kommentator hatte nur insofern recht, daß es zwischen den Parteien diesen Bruderkampf nicht mehr geben konnte, aber in der SED wurde dieser Kampf gegen die Sozialdemokraten mit Schärfe geführt. Die Kommunisten waren die Sieger und gewährten dem Unterlegenen kein Pardon.

Die Auffassungen darüber, ob die Vereinigung von KPD und SPD freiwillig oder unter Zwang erfolgte, sind unter Historikern strittig. Nostalgische Verklärung, die in erster Linie der historischen Sicht der früheren SED folgt, versperrt so manchem historisch Interessierten den Blick auf die damalige Realität. Für die Freiwilligkeit spricht, daß sicher ein großer Teil der Mitglieder beider Parteien die Vereinigung wollte, weil sie sie für den besten Weg zur Überwindung der Spaltung der Arbeiterschaft hielten. Die leidvollen Erfahrungen seit 1918 bestärkten sie darin. Unter dem Eindruck des Krieges und seiner Folgen wollte die Mehrheit der Parteimitglieder einen Neuanfang in der Parteipolitik im Interesse des Landes. Die hierfür entwickelten Konzepte der Sozialdemokraten und Kommunisten stimmten in einigen wesentlichen Grundpositionen überein. Übereinstimmung gab es vor allem in dem Bestreben, die Ursachen für die Entstehung von Kriegen zu beseitigen. Diese wurden

¹⁰¹ Siehe Volksstimme vom 6. April 1946.

benannt und der Weg dorthin skizziert. Das klang zunächst für viele Parteimitglieder glaubhaft, zumal es von den Parteiführungen keine Oppositionshaltung dagegen gab. Die Bedenken, die dennoch vorhanden waren, führten zumindest nicht in Mecklenburg-Vorpommern zu einer organisierten Widerstandshaltung und waren somit relativ leicht zu bekämpfen.

Die Beweggründe für die Zustimmung zur Vereinigung dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie letztlich erzwungen war. So wurde der Wille zur Vereinigung eines Teils der Mitgliedschaft stets als "überwältigende Mehrheit", die Gegner aber als "Feinde der Arbeiterklasse" dargestellt, ohne daß es jemals zu einer zonalen Befragung zur Vereinigung gekommen wäre. Alle Initiativen in dieser Richtung wurden verboten. Die freie Meinungsäußerung gegen eine Vereinigung wurde durch psychologischen Druck, durch Verfolgung und Repression zunehmend eingeschränkt. Die Besatzungsmacht verhaftete Sozialdemokraten, sperrte sie ein und ließ die Angehörigen über ihren Verbleib im Zweifel. Eine gleichberechtigte Diskussion über Grundfragen sozialdemokratischer bzw. kommunistischer Anschauungen, wie beispielsweise über die Zukunft Deutschlands, über Sozialismus und Kapitalismus, über die Diktatur des Proletariats, über die Haltung zur Besatzungsmacht usw. fand nicht statt. Die Verbreitung von Angst gehörte zum Repertoire der SMA, und die Kommunisten waren gelehrige Schüler. Manipulation und Korruption der sozialdemokratischen Mitgliedschaft und Durchsetzung der Parteidisziplin gegenüber den eigenen Mitgliedern wurden um so stärker eingesetzt, je näher die Vereinigung heranrückte. Beispiele hierfür sind in der schriftlichen Überlieferung sowohl der Landesleitung der KPD als auch des Landesvorstandes der SPD vorhanden.

Herausbildung der SED zu einer "Partei neuen Typus"

Schon ein Jahr nach der Gründung der SED stellte sie auf dem II. Parteitag (20. bis 24. September 1947 in Berlin) unumwunden fest, angesichts der veränderten Haltung der Alliierten und der Probleme des wirtschaftlichen Aufbaus sei eine neue politische Strategie erforderlich. Entscheidend war dabei, daß es der SED gelungen war, die Machtfrage schrittweise zu ihrem Gunsten zu beantworten. Um auf diesem Weg voranzuschreiten, mußte die SED in der sowjetischen Besatzungszone die gesellschaftlichen Strukturen nach sozialistischen Zielen umgestalten. Hierbei erhielt sie die volle Unterstützung der Besatzungsmacht. Eine nicht unwesentliche Rolle spielte das Bestreben der stalinistischen Führung, "in der Sowjetischen Besatzungszone ein 'Einheitsdenken' nach sowjetischem Muster durchzusetzen und die deutsche Bevölkerung wie auch die staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen zu 'sowjetisieren'."¹⁰²

Das Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz (März/April 1947) leitete eine grundlegende Wende im Verhältnis der Alliierten zueinander ein. Die Sowjetunion orientierte sich nun darauf, die SBZ endgültig ihrem Einflußbereich einzuverleiben, was bedeutete, die gesellschaftliche Umgestaltung nach stalinistischem Muster voranzutreiben. Für die SED beinhaltete das einen größeren Handlungsspielraum. Sie brauchte nun keine Rücksicht mehr auf die Interessen der alliierten Verbündeten der Sowjetunion zu nehmen.

Als 1948 der Alliierte Kontrollrat seine Arbeit einstellte, weil die Basis einer gemeinsamen Besatzungspolitik durch die separatistische Politik Stalins nicht mehr gegeben war, lag dies auch im Sinne Ulbrichts und Piecks. Die Blockade Berlins 1948 war insofern eine Kraftprobe Stalins mit den Westmächten, die er zwar nicht gewann, die aber dennoch zeigte, daß die ehemaligen westlichen Verbündeten gegen eine eigenständige, und d.h. sozialistische Entwicklung in der SBZ nicht intervenieren würden.

Der seit 1946 in der SED diskutierte besondere deutsche Weg zum Sozialismus, der von dem für Theorie und Programmatik verantwortlichen Anton Ackermann entwickelt wurde, war bedeutungslos geworden. Die Hoffnung vieler ehemaliger Sozialdemokraten auf einen deutschen Weg zum Sozialismus wurde, wenn er denn je überhaupt ernsthaft in Betracht gezogen worden war, zu den Akten gelegt. Nicht wenige Kommunisten und weit mehr Sozialdemokraten besaßen die Hoffnung auf einen Sozialismus, der deutschen Maßstäben folgte. Die erste Parteikonferenz der SED vom 25. bis zum 28. Januar 1949 in Berlin machte auch endgültig Schluß mit einem demokratischen Weg zum Sozialismus. Aber es fand keine Diskussion in der SED darüber statt, wie denn nun die weitere Entwicklung in der SBZ verlaufen solle. Der kategorische Imperativ lautete: "Unser Weg zum Sozialismus ist ein revolutionärer Weg."¹⁰³ Es gab jedoch viele Mitglieder in der Partei, die eine solche Entwicklung

¹⁰² Vgl. Anm. 87, S. 20.

¹⁰³ Vgl. Die Novemberrevolution und die Lehren für die deutsche Arbeiterbewegung. Entschließung des Parteivorstandes vom 16. Sept. 1948, in: Dokumente der SED. Bd. II. Berlin 1952, S., 122.

nicht mitmachen wollten. An erster Stelle sind hier ehemalige Sozialdemokraten zu nennen, die mit falschen Versprechungen und einer gehörigen Portion Demagogie in die Einheitspartei hingelockt wurden. Sie hatten ihre Aufgabe erfüllt, man brauchte sie nun nicht mehr. "Heute, nach fast drei Jahren, können wir mit Stolz und Befriedigung feststellen: Unser Werk der Einheit hat seine historische Probe bestanden, die Vereinigung hat sich bewährt."¹⁰⁴

Otto Grotewohl, der sich vollends der kommunistischen Ideologie ergeben hatte, war auserkoren, dem Sozialdemokratismus in der SBZ und all seinen Anhängern den Kampf anzusagen. Seine Bilanz aus der Geschichte der Arbeiterbewegung ist denkbar einfach. "Über ein halbes Jahrhundert ist die Kampfkraft der internationalen Arbeiterbewegung durch diese Opportunistenführer (Kautsky, Bernstein, Blum, Schumacher usw., d. V.) vertan und die Partei, als das einzige und stärkste Instrument der Arbeiterklasse, schartig und stumpf gemacht worden. Unverrückbar aber und nicht wegzudiskutieren steht diesem katastrophalen geschichtlichen Mißerfolg der 'bürgerlichen Arbeiterparteien', unter der Führung des Sozialdemokratismus, der Sieg der revolutionären Partei Lenins gegenüber."¹⁰⁵ Dieser Partei gelte es nachzueifern, was nichts anderes bedeute, als das stalinistische Modell des Sozialismus zu übernehmen. Den entscheidenden Ansatz sah die SED in der Durchsetzung ihres absoluten Führungsanspruchs gegenüber allen anderen gesellschaftlichen Kräften. In der Sprache der Parteipropaganda hieß das "Herstellung der führenden Rolle der Partei". Das beinhaltete, den Schritt von einer Massenpartei zur Kaderpartei zu machen.

Die Merkmale einer "Partei neuen Typus" benannte Grotewohl wie folgt:

- "Die marxistisch-leninistische Partei ist die bewußte Vorhut der Arbeiterklasse.
- Die marxistisch-leninistische Partei ist die organisierte Vorhut der Arbeiterklasse.
- Die marxistisch-leninistische Partei ist die höchste Form der Klassenorganisation des Proletariats.
- Die marxistisch-leninistische Partei beruht auf dem Grundsatz des demokratischen Zentralismus.
- Die marxistisch-leninistische Partei wird durch den Kampf gegen den Opportunismus gestärkt.
- Die marxistisch-leninistische Partei ist vom Geist des Internationalismus durchdrungen."¹⁰⁶

¹⁰⁴ Vgl. Referat Otto Grotewohl, in: Protokoll der Ersten Parteikonferenz der SED. Dietz Verlag Berlin 1950, S. 371.

¹⁰⁵ Vgl. ebenda, S. 369.

¹⁰⁶ Vgl. ebenda, S. 378.

Diese von Lenin begründeten Grundsätze einer Kaderpartei waren für all jene SED-Mitglieder, die eine Übernahme des stalinistischen Modells des Sozialismus ablehnten, unannehmbar. In erster Linie handelte es sich dabei um ehemalige Sozialdemokraten. Die Kommunisten hatten es eilig, ihre Gegner so rasch wie möglich aus der Partei zu drängen. Eine gewaltige Welle der "Säuberung" der SED begann in der gesamten SBZ.

Wie stellte sich dieser Prozeß im Land Mecklenburg dar? Auf der 1. Parteikonferenz der SED-Landesorganisation Mecklenburg vom 20. bis 21. November 1948 führte Bürger aus: "Unsere Entwicklung wird bestimmt von der Haltung der Arbeiterklasse. Die Partei als Vortrupp der Arbeiterklasse muß in allen Lebensfragen der Wirtschaft, in sozialpolitischen Fragen und in Fragen der Politik der Vortrupp sein, muß der Arbeiterklasse den Weg weisen. Die Arbeiterklasse - das müssen wir auch in unserem Lande mit seiner überwiegend landwirtschaftlichen Struktur endlich erkennen - ist die führende Kraft. Im Bündnis mit den Klein- und Mittelbauern muß die Arbeiterklasse unter Führung unserer Partei die wirtschaftlichen und politischen Fragen lösen."¹⁰⁷ Um den Herrschaftsanspruch zu verschleiern, bezeichnete sie sich stets als Partei der Arbeiterklasse. Diese Legitimation benötigte sie, um nicht mit der Diktatur der NSDAP gleichgesetzt zu werden. Abgesehen davon, betrug der Anteil der Arbeiter an der gesamten Bevölkerung in Mecklenburg und Vorpommern zu dieser Zeit nur etwa 25 Prozent, und die Mitgliedschaft der SED kam nur zur Hälfte aus der Arbeiterschaft, wobei wiederum ein Drittel davon als Funktionäre ihrem sozialen Ursprung erheblich entfremdet waren. Somit war die SED in Mecklenburg, vielleicht mehr noch als in anderen Ländern der SBZ, zu diesem Zeitpunkt bereits eine Kaderpartei im leninischen Sinn.

Es war nur konsequent, daß die SED verstärkt auf die Lösung der wirtschaftlichen Fragen setzte. In hohem Tempo vollzog sich die Zentralisation der Wirtschaft. Der Dirigismus der Deutschen Wirtschaftskommission diente der Durchsetzung einer zentralistischen Planwirtschaft. Der Zweijahrplan sah für Mecklenburg eine Verstärkung der industriellen Entwicklung vor. Der Grundstein für eine eigenständige Werftindustrie und Hochseefischerei wurde gelegt. Ein Kutterprogramm zur Erweiterung des eigenen Fischfangs wurde nach einem Befehl der SMAD begonnen. Dazu war es erforderlich, die Werften zu erweitern. Die Neptunwerft, noch ein SAG-Betrieb, bekam den Auftrag zum Bau von 179 Loggern für die Sowjetunion. Das hatte Investitionen zur Erweiterung der Werftkapazität und eine Verdoppelung der Arbeitskräfte von etwa 3.000 auf 6.000 zur Folge.

Bedeutender noch war der Aufschwung der Warnowwerft. Hier hatte die Besatzungsmacht den Ausbau zur bedeutendsten Reparaturwerft der SBZ mit dem Befehl 112 vom 23. Juni 1948 verfügt. In erster Linie ging es um die Reparatur von Handelsschiffen der Sowjetunion. Schon bald begann aber auch der Neubau von Schiffen auf dieser Werft. Ähnliche Entwicklungen gab es auch auf den Werften in Wismar und Stralsund. Die Elbwerft in Boizenburg spezialisierte sich auf den Bau großer Flußfahrgastschiffe für die Sowjetunion. Bis zum Ende der DDR wurde das Bauprogramm dieser Werften nicht wesentlich verändert.

¹⁰⁷ Vgl. MLHA Schwerin. BPA Schwerin, IV/L/1/3.

Mit dem Werftenprogramm erfolgte der Neubau bzw. eine Erweiterung zahlreicher Zulieferbetriebe. Einer der bedeutendsten Betriebe war das Dieselmotorenwerk in Rostock. Damit veränderte sich die wirtschaftliche Struktur des Landes zugunsten der Industrie, und vor allem in den Küstenstädten veränderte sich die demographische Situation. Die Industrieansiedlung erforderte eine Verbesserung der Infrastruktur. Hier machten sich besonders nachteilig die Reparationslieferung von Eisenbahnanlagen an die Sowjetunion und Polen bemerkbar. Nur allmählich gelang es, schrittweise das demontierte zweite Gleis wenigstens auf den Hauptstrecken wieder aufzubauen.

Der Wiederaufbau der Wirtschaft in Mecklenburg und Vorpommern bedeutete nicht nur eine Wiederherstellung der materiellen Strukturen der Vorkriegszeit, sondern folgte auch dem Ziel, eine materielle Basis für einen eigenständigen Staat zu schaffen. Die überdimensionale Erweiterung der Werften, der Ausbau der Häfen als Hochseehäfen und nicht zuletzt die Errichtung von Industriebetrieben, für die sowohl ein Teil der Arbeitskräfte als auch die zu verarbeitenden Rohstoffe herbeigeht werden mußten, folgten der Konzeption der SED zur Erreichung ihrer sozialistischen Ziele. Dem entsprach auch die zunehmende Einflußnahme der SED auf die Wirtschaft.

Im Jahre 1948 hielt die SED die Zeit für gekommen, die wirtschaftliche Entwicklung nach zentralistischen Gesichtspunkten zu organisieren. Nach sowjetischem Vorbild wurde begonnen, die Planwirtschaft als durchgängiges Prinzip einzuführen. Beginnend mit einem Halbjahresplan wurde am 1. Januar 1949 ein Zweijahrplan in Kraft gesetzt, der eine umfassende Reglementierung der Wirtschaft bedeutete. Dabei sollte die Landwirtschaft auch weiterhin Hauptproduktionszweig Mecklenburgs sein.

"Wir haben auch andere Pläne." Das verkündete Wilhelm Höcker auf einer Landesvorstandssitzung der SED, auf der Ulbricht den weiteren Kurs für die politische und wirtschaftliche Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone darlegte. "Es liegen Projekte vor, die den Ausbau oder die Schaffung von Schiffahrtswerften zum Ziele haben, den Bau eines Kanals von Wismar nach Schwerin und von Rostock über Güstrow nach Plau, auch alte Pläne, die lange Jahre gelegen haben und nicht durchgeführt wurden, weil man es nicht nötig hatte, weil man Eisenbahnen und sonstige Verkehrsmittel genügend hatte. Heute müssen wir uns fragen, ob es in Anbetracht unserer angespannten Verkehrslage nicht notwendig ist, diese alten Pläne zu verwirklichen, um so mehr deswegen, weil Mecklenburg heute nicht mehr das Hinterland der Großstädte Hamburg und Lübeck ist, sondern weil wir das Versorgungsland für die gesamte Ostzone sind. Deswegen haben wir diese Möglichkeiten ins Auge gefaßt und werden versuchen, daß man bei der Deutschen Wirtschaftskommission diesen Plänen die erforderliche Beachtung schenkt."¹⁰⁸ Die Kanäle wurden zwar nicht gebaut, das Programm der Industrialisierung Mecklenburgs aber wurde begonnen.

Die SED hatte sich mit dem Zweijahrplan darauf eingestellt, die SBZ aus dem Wirtschaftsverbund Deutschlands herauszulösen. Die für die Kommunisten günstige politische Kon-

¹⁰⁸ Vgl. Landesvorstandssitzung der SED vom 8. Juli 1948. MLHA Schwerin. BPA Schwerin. IV/L/2/1/28.

stellation, die nach dem zweiten Weltkrieg entstand, sollte zielstrebig für die Durchsetzung einer sozialistischen Entwicklung wenigstens in einem Teil Deutschlands genutzt werden. Die Erhaltung der Einheit Deutschlands auf der Grundlage des kapitalistischen Wirtschaftssystems wollten weder Stalin noch Ulbricht und Pieck. Entsprechend der "Leninschen Imperialismustheorie", nach der Kapitalismus "faulender, parasitärer und sterbender Imperialismus" sei und sich in einer allgemeinen Krise befinde, aus der es kein Entrinnen gäbe, kam man zu der Schlußfolgerung, daß in absehbarer Zeit ganz Deutschland sozialistisch sein würde.

Kurt Bürger, wie Carl Moltmann Vorsitzender der Landesleitung Mecklenburg der SED, befaßte sich in bemerkenswerter Klarheit auf einer Sitzung dieses Gremiums mit der Utopie eines Sozialismus für Deutschland: "Wie soll die Einheit aussehen, die einmal kommen wird? Wenn der westdeutsche Staat zusammenbricht? Entweder der westdeutsche Staat bricht zusammen, und wir haben dann die Aufgabe, ihn rasch auf unsere Höhe zu bringen, oder aber - und diese Möglichkeit wird niemals eintreten - wir gleichen uns den Verhältnissen in Westdeutschland an. So steht die Frage für die künftige Einheit, und ich frage: Sollen wir nun solange auf der Stelle treten, bis man in Westdeutschland besonnerer wird und bis der westdeutsche Staat zu Ende ist und so lange nicht weiter vorstoßen zum Sozialismus, oder sollen wir jetzt alles Tempo und alle Kraft daran setzen, um so schnell wie möglich zum Sozialismus zu kommen. Wenn dieser westdeutsche Staat bankrott sein wird, beginnen wir dann nicht damit, ihm die einfachsten demokratischen Spielregeln beizubringen, sondern wir beginnen dann damit, diesen westdeutschen Staat so schnell wie möglich auf unsere Höhe hinaufzuziehen. So steht die Frage. Wir können uns nicht, weil man drüben einen westdeutschen Staat schaffen will, auf der Stelle bewegen, sondern müssen weiter vorstoßen, und weil wir eine Politik voraus machen müssen und nicht am Schwanz der Entwicklung (hinter)herlaufen können, müssen wir uns jetzt schon in der Partei darauf einstellen, ebenso auch in der Wirtschaft. Daß die Planwirtschaft nach sozialistischen Grundsätzen geführt werden muß, wenn sie Erfolg haben soll, ist für uns klar. Dabei sind unsere Perspektiven in nächster Zeit viel günstiger, als sie waren, und drüben im Westen unter der Dollarsonne sein können."¹⁰⁹ Damit war das Ziel für die SED klar umrissen. Mit Unterstützung der Sowjets wurde in der SBZ ein völlig neues System sozialer Beziehungen geschaffen. Bei diesem Vorhaben war, zumindest was die wirtschaftliche Seite betraf, aufgrund der Kriegszerstörungen nur in eingeschränktem Maße mit der Hilfe der Sowjetunion zu rechnen. Die Lieferungen von Traktoren und Lkws nach Mecklenburg wurden entsprechend propagandistisch von der SED begleitet. Die Ablehnung einer Einbeziehung in die Marshall-Plan-Hilfe, um sich nicht in eine Abhängigkeit zum Westen zu begeben, erforderte eine Unterstützung durch die Sowjetunion. Der Preis dieser Hilfe war Abhängigkeit, was von der SED-Führung angesichts der völligen Übereinstimmung in der gesellschaftlichen Orientierung problemlos akzeptiert wurde.

Die SED suchte, ihren Führungsanspruch verstärkt in der Wirtschaft durchzusetzen, ging es doch hier um entscheidende Voraussetzungen der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung.

¹⁰⁹ Vgl. MLHA Schwerin. BPA Schwerin. IV/L/2/1/26-29.

Etwa 40 Prozent aller Industriebetriebe waren Ende der vierziger Jahre in Mecklenburg "volkseigen". Verstaatlicht waren ebenfalls die Banken, die Post, die großen Verkehrsbetriebe sowie die Hälfte aller Handelsbetriebe, vor allem der Großhandel. In diesen Betrieben hatte die SED Grundorganisationen gebildet, deren Mitgliederzahlen, je nach Personalbestand, mehrere Hundert bedeuten konnten. Diese Organisationseinheiten sollten nach den Vorstellungen der Landesleitung Motor der wirtschaftlichen Entwicklung sein. Sie beschränkten sich deshalb keineswegs auf politische und organisatorische Fragen. Die Planerfüllung des Betriebes sollte stets entscheidendes Kriterium der Parteiarbeit im Betrieb sein.¹¹⁰

Sowohl das Ausmaß der beabsichtigten sozialen Umwälzung als auch das Tempo, mit dem sie sich vollzog, gingen teilweise weit über praktische Erfordernisse hinaus und widersprachen historischer Erfahrung. Die SED beabsichtigte, diese Prozesse nach einem Plan zu gestalten. Hierzu sollte die Partei selbst auf "die Höhe der Aufgabenstellung" gehoben werden. Deshalb galt es, "die Erfahrungen der KPdSU beim Aufbau des Sozialismus" eingehend zu studieren. Das wiederum bedeutete, die SED zu einer bolschewistischen Partei neuen Typs zu entwickeln. Es war zu erwarten, daß es gegen einen solchen Kurs der treuen Gefolgschaft Stalins in der SED selbst, aber auch in den sogenannten Blockparteien Widerstand geben würde. Dieser Widerstand erwies sich zwar als ernsthafte Opposition, besaß jedoch angesichts des Übergewichts von Besatzungsmacht und SED relativ wenig Erfolgchancen. Dieser Widerstand war politischer Widerstand, der sich gegen die Übernahme des stalinistischen Modells des Sozialismus und gegen die Demagogie der SED beispielsweise in der nationalen Frage richtete. Die SED forderte mit ihrem verschärften Kurs und der Skrupellosigkeit ihres Vorgehens ihre Gegner geradezu heraus. Damit entsprach sie dem Stigma aller totalitär gefaßten Parteien. "Aktiv, aggressiv ist zunächst nur der Machthaber, gegen den der Widerstand sich schließlich richtet. Dieser Machthaber geht zuerst vor, greift an, verfolgt, bedroht, provoziert, zwingt andere, alle, in seinem Sinne zu handeln. Auch der Widerstand wird aggressiv, aber immer erst in Form einer Gegenbewegung. Ihr geht ein Stadium des Erleidens und Betroffenseins voraus. Die Geschichte jeder Widerstandsbewegung beginnt mit einer Leidensgeschichte. Dieser Zustand des Erleidens und Betroffenseins bleibt eine permanente Voraussetzung für den Willen zum Widerstand überhaupt."¹¹¹

Nachdem die Vereinigung von KPD und SPD vollzogen war, standen in der SED viele ehemalige Sozialdemokraten ebenso in Opposition wie auch eine große Anzahl enttäuschter Kommunisten. Unter dem Vorwand eines verschärften Klassenkampfes gegen die Feinde der Arbeiterklasse und des Sozialismus begann 1948 auch in Mecklenburg eine umfassende Säuberung der Partei, die mit dem Ausschluß von etwa 4.000 Parteimitgliedern im Rahmen der Überprüfung der Mitglieder und Kandidaten 1951 ihren Höhepunkt fand. Nach

¹¹⁰ Die Zahl der SED-Betriebsgruppen erhöhte sich rasch in dem Maße, wie es zur Bildung staats-eigener Betriebe kam. 1949 bestanden bereits 1.590 Betriebsgruppen der SED, deren Anteil an der Belegschaft der Betriebe 30-40 Prozent betrug. Alle Führungspositionen wurden von der SED besetzt. Neben den Betriebsdirektoren waren die Parteisekretäre die wichtigsten Führungskader" der Betriebe.

¹¹¹ Dieter Ehlers. Technik und Moral einer Verschwörung. Der Aufstand am 20. Juli 1944. Bonn 1964, S. 65.

zentralen Vorgaben fand eine regelrechte Jagd auf all jene statt, die der Hoffnung waren, wenigstens einen Rest von Eigenständigkeit im Sinne eines eigenen deutschen Weges zum Sozialismus retten zu können. Oppositionelle Sozialdemokraten galten als Anhänger der "Schumacher-Clique", Kommunisten, die in westlicher Emigration die NS-Zeit überlebt hatten, wurden auf ihre Verbindungen zu dem Leiter des "Unitarian Service-Committee" Noel H. Field durchleuchtet und ehemalige politische Emigranten in den Staaten Osteuropas über ihre Verbindungen zu Widerstandsgruppen Jugoslawiens untersucht.

Auf Beschluß des Parteivorstandes nahm der Landesvorstand auf seiner Sitzung am 27./28. 9. 1948 zu den Ereignissen in Jugoslawien Stellung. Darin heißt es: "Der Hauptfehler der jugoslawischen Partei ist, daß sie den internationalen Weg verlassen hat und durch Überheblichkeit versunken ist ins kleinbürgerliche Fahrwasser. Ist dies nicht auch für uns eine Warnung?" Und an anderer Stelle heißt es weiter: "Ein anderer und wichtiger Hauptfehler ist der, daß die KP Jugoslawiens die große Rolle der SU im Kampf um den Sozialismus verkannte und dadurch, daß sie, wie sie selbst sagt, die Freundschaft der anderen Länder nicht verlieren wollte, die Lockerung zur SU schuf und somit ins Fahrwasser der monopol-kapitalistischen Länder kam."¹¹²

Die SED hatte sich entschieden, das stalinistische Modell des Sozialismus auch in der SBZ durchzusetzen. Hierauf galt es nun, die Mitgliedschaft einzuschwören. Zugleich wollten sich aber Ulbricht, Pieck und Grotewohl als Musterschüler Stalins erweisen. Warnke, Bürger, Moltmann und Mevis waren bereit, diese Linie mit aller Konsequenz in Mecklenburg durchzusetzen. Der Kampf gegen Opportunismus, Revisionismus und Sektierertum in der eigenen Partei wurde dabei mit unterschiedlichen Zielen geführt. Er war sowohl eine Methode, sich von Oppositionellen in der Partei zu trennen als auch disziplinierend auf die Mitgliedschaft einzuwirken.

Zu einem regelrechten Schauprozeß wurde der "Fall Albert Schulz und Co." hochstilisiert. Er wurde als Vorwand genommen, ein Exempel zu statuieren. Wenige Wochen vor der Republikgründung, im Zusammenhang mit der Zentralisation der Wirtschaft, gab es eine Protestbewegung gegen die zonale Bewirtschaftung der Energiebetriebe, die sich zu etwa sechzig Prozent in kommunaler Hand befanden. Das Zentrum des Protestes in Mecklenburg war Rostock, wo Albert Schulz Oberbürgermeister war. Für ihn, den Stadtrat Müller und andere bedeutete diese Maßnahme eine Schwächung der Finanzkraft der Kommune. "Ja, ich habe gedacht, den Gemeinden muß man doch eine finanzielle Basis lassen, und die Herausnahme der Energieanlagen aus der Gemeindebewirtschaftung, die Schaffung einer solchen zonalen Verwaltung bedeutet doch, daß die KWU weniger Einnahmen haben werden, und da habe ich eben gedacht," so Müller, "man muß das ganze Land Mecklenburg mobilisieren, damit die DWK davon überzeugt wird, daß man das nicht machen darf." Schulz, der noch bis zuletzt Wege gesucht hatte, die Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD zu verhindern und wohl wußte, daß "Sozialismus und Zentralisation" nach Aussage

¹¹² Vgl. Johannes Warnke. Protokoll der 12. Sitzung des Landesvorstandes der SED. in: MLHA Schwerin. BPA Schwerin, IV/2/1/30-32.

Bürgers unbedingt zusammengehörten, wurde als Mitglied des Landesvorstandes der SED umgewunden als Parteifeind bezeichnet. Man glaubte ihm nicht, als er auf der Landesvorstandssitzung erklärte: "Hier habe ich die Parteilinie leider nicht richtig erkannt, und ich glaube, daß es darauf zurückzuführen ist, daß ich mich vielleicht zu einseitig als Oberbürgermeister gefühlt habe. Ich habe geglaubt, als Oberbürgermeister so arbeiten zu müssen, daß ich jeden Tag mit meiner Arbeit für die Partei Ehre einlegen könnte."¹¹³ Offensichtlich hat er mit dieser "Selbstkritik" Zeit für seine Flucht in den Westen gewinnen wollen, da die Gefahr, erneut verhaftet zu werden, akut war.

Während seiner Amtszeit als Oberbürgermeister hatte er manch schwierige Aufgabe gemeistert. Die Beseitigung der Folgen des Krieges erforderten den Mut zum Risiko und die Bereitschaft, für die Menschen der Stadt einzustehen. Das wichtigste in seiner relativ kurzen Amtszeit war aber, daß er den Menschen Lebenswillen und Mut gab, mit der komplizierten Situation fertigzuwerden.

Für die SED jedoch galten andere Prioritäten. Mewis stellte klar, daß die SED nicht bereit war, Kommunalpolitik außerhalb der Parteilinie betreiben zu lassen. Seine Ausführungen bedeuteten nicht nur eine Anklage gegen den bei der Bevölkerung Rostocks und Mecklenburgs beliebten Politiker, der nicht nur maßgeblich an der Landespolitik in der Weimarer Zeit beteiligt war, sondern auch aktiv im Widerstand gegen die NS-Diktatur stand. Es war eine Abrechnung mit dem "Sozialdemokratismus" und damit eine erneute Klarstellung, wer in der SED die politische Linie angab. "Die Genossen haben sehr klar gesprochen und erklärt, was einigen Kommunal-Politikern eigentlich fehlt, was ihnen an ideologischem Grundwissen fehlt, um ihrer Aufgabe gewachsen zu sein. Es gibt Genossen in unserer Partei, die glauben, der Mann, der für den Parteisekretär bestimmt ist, muß ja auf die Schule gehen, braucht ja ein gewisses ideologisches Fundament, aber ich bin doch Kommunal-Politiker und zum Kuckuck, warum soll ich auf eine Schule gehen und mir mein Grundwissen aneignen! Ich habe eine 40- bis 50-jährige Praxis. Aber daß das eine reformistische Praxis ist, eine Praxis, die uns in die Niederlage, in die Hitler-Diktatur und in die Katastrophe geführt hat, scheinen die Genossen noch nicht begriffen zu haben. Daß man heute nicht Kommunal-Politik betreiben kann, ohne ein festes marxistisch-leninistisches Wissen zu besitzen, ist einigen Genossen noch nicht aufgegangen."¹¹⁴

Die Landespartei-Kontrollkommission beantragte im Juli 1949 eine sofortige Funktionsenthebung von Schulz als Oberbürgermeister und als Parteistrafe eine Verwarnung. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Stellungnahme von Carl Moltmann, der eine solch weitgehende Entscheidung zunächst nicht akzeptieren wollte und dies so begründete: "Wir sind 1946 als eine Einheitspartei zusammengekommen, haben uns bemüht, uns in unserer Arbeit zu wandeln, um die Dinge alle richtig zu sehen. Wir haben nun seit den letzten Konferenzen nach den Reden der Genossen Grotewohl und Ulbricht die Partei neuen Typus.

¹¹³ Vgl. Albert Schulz. Protokoll der Landesvorstandssitzung der SED vom 3. 7. 1949. MLHA Schwerin. BPA Schwerin, IV/2/1/37.

¹¹⁴ Vgl. ebenda.

Genossen, das ist noch keine lange Zeit. Wir werden noch hier und da viele Schwierigkeiten haben. Können wir da nun immer gleich jetzt schon mit diesen Maßstäben messen, wie das hier in dem Vorschlag gemacht wird?" Auf eine Abschwächung des Vorwurfs bedacht und sich selbst in eine Gefahr begebend, sagte er weiter: "Wir wollen und können auf die Mitarbeit gutwilliger Kräfte an keiner Stelle verzichten. Nur dort, wo ausgesprochene Schumacheragenten ihr Werk treiben, oder wo der Revisionismus, Opportunismus oder Trotzismus den Menschen so voll erfaßt hat, daß er zum Gegner des Marxismus geworden ist, muß für die Sauberkeit der Partei gesorgt werden."¹¹⁵ All das träfe aber nicht auf Albert Schulz zu. Moltmann war der einzige im Landesvorstand, der weder der Funktionsenthebung noch der Parteistrafe zustimmte. Er enthielt sich der Stimme. Damit ging er bis an die Grenze seiner Möglichkeiten. Hätte er sie überschritten, hätte er sich selbst gefährdet. Allerdings revidierte er auf massiven Druck hin seine Entscheidung bereits am nächsten Tag.

Moltmann hatte seine Aufgabe für die SED bereits erfüllt, er war entbehrlich geworden. Moltmann befand sich in einer außerordentlich komplizierten psychologischen Situation. Einerseits war er Albert Schulz freundschaftlich verbunden, andererseits wußte er recht genau, wie die SED mit Mitgliedern umging, die sich nicht von "Parteifeinden" distanzierten.

1949 wurde das Prinzip der doppelten Besetzung leitender Funktionen durch ehemalige Mitglieder beider Parteien aufgehoben und Kurt Bürger wurde alleiniger Landesvorsitzender der SED.

Die SED demonstrierte ihre führende Rolle und zwang die gewählten Körperschaften, die Stadtparlamente von Rostock und Güstrow, zur Ausführung der beschlossenen Funktionsenthebungen von Stadtrat Müller, Rostock, Stadtdirektor Lenz, Güstrow, Oberbürgermeister Schulz, Rostock, sowie weiterer führender Angestellter in der Kommunal-Politik. Schulz verließ mit seiner Familie wenige Wochen später Mecklenburg in Richtung West-Berlin, noch vor der Gründung der DDR. Für ihn, der nicht zu Kreuze kriechen wollte und der die Politik der SED nicht weiter mittragen wollte, blieb keine andere Wahl. Die LPKK schrieb in der Begründung ihres Beschlusses: "Schulz hat gar nicht daran gedacht, selbstkritisch zu den gemachten Fehlern Stellung zu nehmen. Es hat sich heute herausgestellt, daß unser Vermutung, daß Schulz Verbindung nach dem Westen hatte, richtig war. Anstatt zu beweisen, daß er seine Fehler wieder gutmachen will und wirklich die Partei als führende Kraft ansieht, hat er vorgezogen, nach dem Westen zu flüchten."¹¹⁶

Die SED benötigte seit ihrer Entstehung neben dem allgemeinen klassenbedingten Feindbild stets konkrete Anlässe, um das System der Überwachung und inneren Auseinandersetzung mit dem Opportunismus und Revisionismus zu führen. Politisch Andersdenkende wurden von der SED stets in das Spektrum der Gegner des Sozialismus eingeordnet und als solche auch behandelt. Mit Argwohn wurde alles beobachtet, was nicht in das ideologische Korsett der kommunistischen Ideologie hineinpaßte. Es war ein wesentliches Merkmal der Partei neuen Typus und damit des Stalinismus, in übersteigertem Drang eine ideologi-

¹¹⁵ Vgl. ebenda.

¹¹⁶ Vgl. MLHA Schwerin. BPA Schwerin, IV/L/2/4/141.

sche Reinheit ihrer eigenen Mitgliedschaft anzustreben. Deshalb beschloß man auf der 13. Tagung des Parteivorstandes der SED im September 1948 eine Zentrale Parteikontrollkommission (PKK) zu gründen. Der zentralistischen Struktur entsprechend, gab es bis 1952 Landes- und Kreis-PKK, und nach der Auflösung der Länder und der Bildung der Bezirke Bezirks- und Kreis-PKK. Sie waren von der Mitgliedschaft gefürchtet. Ausgestattet mit weitgehenden Befugnissen, waren die Kontrollkommissionen stets damit beschäftigt, "die Einheit und Reinheit der Partei zu bewahren." Nach dem Vorbild der Kontrollkommissionen der KPdSU gab es eine enge Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft und dem MfS.

Ähnlich dem tiefen Mißtrauen Stalins gegenüber den Mitgliedern der Partei, das niemanden ausnahm, gab es auch in der SED ein allgemeines Mißtrauen, das als "revolutionäre Wachsamkeit" ausgelegt wurde. Abgesehen von den auf Beschluß des Politbüros durchgeführten regelmäßigen Überprüfungen der Mitglieder und Kandidaten, nahmen die Kontrollkommissionen eine Prüfung der "Parteilichkeit und Fähigkeit" der Genossen in ihren Arbeitsgebieten bis hin zum familiären Bereich vor. In erster Linie sollte damit erreicht werden, daß jedes Mitglied sich stets unter Kontrolle und Beobachtung fühlte. Jeder wurde zur Wachsamkeit angehalten, denn der "Feind" konnte sich überall festgesetzt haben.

Selbst führende Genossen wie Sobottka, Bürger, Bredel u.a., die seit ihrem Moskauer Exil aus eigener Erfahrung wußten, daß in einer Atmosphäre allgegenwärtiger Denunziation weder Vertrauen noch Toleranz entstehen können, waren nicht von regelmäßigen Überprüfungen durch die Kontrollorganisation der SED ausgenommen. Außerdem war es bei diesem Personenkreis üblich, ihre Treue zur Partei zu testen. Ein solcher Fall ergab sich bei Erich Glückauf und Willi Bick, die zusammen mit Herbert Wehner im schwedischen Exil waren. Es war sicherlich kein Zufall, daß in der Phase der verschärften Auseinandersetzung mit dem "Sozialdemokratismus" 1948/49 von ihnen ein Bericht über das Verhalten Wehners, seines Charakters und seiner Verbindungen abverlangt wurde. Entscheidend war jedoch ihre Bereitschaft, die Rolle Wehners möglichst negativ darzustellen, ihn als Verräter zu charakterisieren, um damit ihre Haltung zur Sozialdemokratie und ihre eigene Parteilichkeit zu unterstreichen. So schrieb Glückauf über Wehner: "Nachdem Wehner versuchte, eine Fraktion zu schaffen mit dem Zwecke, die Einheit der Partei in Schweden zu zerschlagen und unsere ganze Politik zu durchkreuzen, faßten wir in der Parteileitung den Beschluß, Mewis nach Borås zu schicken, um auch evtl. eine Aussprache mit Wehner durchzuführen. Diese Aussprache fand statt, und Gen. Mewis berichtete der Parteileitung, daß Wehner sich bereiterklärt habe, alle Verleumdungen gegen Mewis zurückzunehmen, in der Hoffnung, dadurch die Möglichkeit der Mitarbeit in der Partei zu erhalten. Auch Gen. Mewis glaubte zunächst, daß auf einer solchen Basis vielleicht Wehner wieder in das Parteileben eingereiht werden könnte. Die Parteileitung aber stellte sich einmütig auf den Standpunkt, daß ein solcher Kompromiß unzulässig sei, und auch Gen. Mewis billigte sofort diesen Standpunkt."¹¹⁷

¹¹⁷ Vgl. Erich Glückauf über Herbert Wehner. in: MLHA Schwerin. BPA Schwerin, IV/L/2/4/141.

Besonders "beliebt" war es, Genossen, die in irgendeiner Weise mit der Partei in Konflikt gerieten, eine Agententätigkeit anzuhängen. Dieser Linie folgte Glückauf: "Nachdem Wehner merkte, daß er nirgends in der Parteimitgliedschaft Resonanz finden konnte, bemühte er sich verstärkt um einzelne Personen, die er ganz zu seinen Werkzeugen machte. Auffällig war, daß diese Personen in Verbindung standen mit dem englischen Nachrichtendienst. Wagner z.B., der Intimus von Wehner, verkehrte sehr intim mit Max Hodan, der im Auftrage der Engländer überall Agenten warb."¹¹⁸ Hinzu kam der Versuch, Wehners moralische Integrität anzuzweifeln und anzudeuten, daß der Beurteilte sich in höchstem Maße bereits im Exil verdächtig gemacht hatte, ein Parteifeind zu sein. Bick: "Er war zu feige, selbst Kritik zu üben, und ich mußte bereits den Schluß ziehen, daß die von ihm begangenen Fehler, vielleicht auch politische Verbrechen selbst, von ihm so schwer beurteilt wurden, daß er jedesmal die von ihm doch selbst angeregte Aussprache scheute."¹¹⁹ Und Glückauf: "Er war ein Abenteurer, der seine Intelligenz ausnutzte, rücksichtslos und ohne Skrupel, aber dabei doch innerlich vollkommen haltlos. Er trank auch weit über das Normale hinaus."¹²⁰

Es ist anzunehmen, daß diese Befragungen auch in direktem Zusammenhang mit der Übernahme neuer Funktionen in der Partei standen. Karl Mewis wurde 1951 Vorsitzender der Landesleitung Mecklenburg der SED, Erich Glückauf erhielt eine Berufung in die Parteizentrale, und Willi Bick wurde Innenminister der Landesregierung. Erstattete Berichte wurden auch zum eigenen Nutzen abgefaßt. In der Parteiarbeit erfahrene Funktionäre wußten das und verhielten sich dementsprechend.

Nach der Gründung der DDR setzte die SED ihren Führungsanspruch in allen Bereichen des Lebens durch. Sie erhielt von der Besatzungsmacht die Vollmacht hierfür. Die Partei hatte sich auch in Mecklenburg im wesentlichen zu einer stalinistischen Partei neuen Typus entwickelt. In der Durchführung des ersten einheitlichen Parteilehrjahres 1950 ging es vor allem um das Studium der Stalin-Biographie sowie das Studium der Geschichte der KPdSU (B). Hiermit sollten die Mitglieder mit der Absicht der SED vertraut gemacht werden, die Einheit Deutschlands den Großmachtinteressen der Sowjetunion durch zügige Übernahme des stalinistischen Sozialismus zu opfern. Eine Alternative hierzu gab es nicht.

¹¹⁸ Vgl. ebenda.

¹¹⁹ Vgl. ebenda.

¹²⁰ Vgl. ebenda.

Sozialdemokraten in der SED

In den westlichen Besatzungszonen gab es ebenfalls Bestrebungen zur Vereinigung beider Arbeiterparteien, die letztlich aber keinen Erfolg hatten, weil sich die Mehrheit der Sozialdemokraten prinzipiell ablehnend verhielt, die KPD an einer gleichberechtigten Fusion kein Interesse hatte und die westlichen Besatzungsmächte keine Neigung zeigten, eine Vereinigung zu unterstützen. In Mecklenburg-Vorpommern waren die Bedingungen, wie ausführlich beschrieben, wesentlich anders gelagert. Hier beabsichtigten die Kommunisten keine gleichberechtigte Partnerschaft mit den Sozialdemokraten in einer Einheitspartei. Deshalb ist es richtiger, von einer Vereinnahmung als von einer "Vereinigung" zu sprechen.

Es erhebt sich die Frage, die in der DDR-Geschichtsschreibung nicht gestellt werden durfte: Hatte die Sozialdemokratie die Möglichkeit der freien Entscheidung oder war es nicht vielmehr die Wahl zwischen Selbstaufgabe und Zwangsvereinigung? "Die Gründung der SED war ein historischer Sieg der Arbeiterklasse über den Imperialismus, des Marxismus-Leninismus über den Opportunismus." Ohne den Anflug von Skrupeln heißt es dann weiter in der Geschichte der Landesparteiorganisation der SED Mecklenburg 1945-1952: "Die SED nahm alle fortschrittlichen, humanistischen und revolutionären Traditionen der Geschichte des deutschen Volkes und seiner Arbeiterbewegung in sich auf und führte sie fort ..." ¹²¹

Vielleicht ahnte Carl Moltmann, daß den Sozialdemokraten in der SED schwere Zeiten bevorstanden, als er in seiner Schlußrede auf dem letzten Parteitag der Landesparteiorganisation der SPD am 6. April 1946 sagte: "Genossinnen und Genossen! Die Ehe ist geschlossen. Nur wollen wir es vermeiden, wie es so schön im Sprichwort heißt: Erst Flitterwochen, dann Gewitterwochen, dann Splitterwochen." ¹²² In der Tat zeigte sich die SED nach ihrer Gründung noch nicht als eine kommunistische Partei, wie man es von der KPD gewohnt war. Bis 1949 galt zumindest das formale Prinzip der doppelten Besetzung führender Parteifunktionen, wengleich schon wenige Wochen nach der Vereinigung deutlich wurde, daß sozialdemokratische Grundsätze in der SED keine Chance hatten. Systematisch wurden bei der Besetzung von Parteiämtern ehemalige Sozialdemokraten bevorzugt, die der Linie der Kommunisten keinen Widerstand entgegenzusetzen versprochen. Die zunehmend aggressive Haltung der Kommunisten gegenüber den Sozialdemokraten veranlaßte jedoch immer mehr zur Opposition.

Der SPD wurde die Vereinigung dadurch erleichtert, daß ein demokratischer Weg zum Sozialismus propagiert und anfangs eine gewisse Distanz zum Modell des Sozialismus in der Sowjetunion eingenommen wurde. Die SED gab sich zu Beginn nicht als Kader-, sondern als Massenpartei, für die der Marxismus und nicht der Marxismus-Leninismus ideologische und weltanschauliche Grundlage war. Aber in nur drei bis vier Jahren entwickelte sie sich

¹²¹ Vgl. Geschichte der Landesparteiorganisation der SED Mecklenburg 1945 - 1952. Rostock 1986, S. 221.

¹²² Vgl. MLHA Schwerin, BPA Schwerin, Nr. III/1.

zu einer "leninistischen Partei neuen Typus", die sich den Stalinismus zu eigen gemacht hatte. Nur kurzzeitig währte der Kampf jener Sozialdemokraten, die sich bis zuletzt gegen eine Zwangsvereinigung gewehrt hatten und ihn nun gegen den Führungsanspruch der Kommunisten in der SED fortsetzten. Mit ca. 85.000 Mitgliedern brachte die SPD über die Hälfte der Mitgliedschaft in die SED ein. Sie wollten nicht wieder zulassen, daß demokratische Rechte und Freiheiten, die in den zwölf Jahren der Hitlerdiktatur brutal unterdrückt wurden, jemals wieder mit Füßen getreten werden. Willi Jesse mahnte auf dem letzten Parteitag der SPD Mecklenburg-Vorpommerns die Genossen, künftig wachsam zu sein, denn eine Demokratie ohne Freiheiten und Rechte sei keine Demokratie, sondern nur Wortgeklingel und Phrase. Befürchtungen, daß die KPD prinzipiell nicht bereit sein würde, ihre dogmatische Ideologie, ihre autoritäre Parteistruktur und ihre Unterordnung unter die KPdSU aufzugeben, waren auf der Ebene der Leitung wie an der Parteibasis zahlreich vorhanden. Keineswegs hatte sich die Mehrheit jener Sozialdemokraten, die Mitglied der SED wurden, mit der Stalinisierung abgefunden.

In Jahrzehnten hatte sich die SPD in Mecklenburg zu einer einflußreichen Kraft entwickelt. Besonders in den Jahren 1918 bis 1932 hat sie maßgeblich die politische und soziale Entwicklung als Regierungspartei und in den Parlamenten mitbestimmt. Die SPD war eine geschichtsbewußte Partei, deren Mitglieder stolz waren dazuzugehören. Die sozialdemokratische Tradition fortzusetzen war deshalb nach der Wiederbegründung der Partei 1945 für sie eine Selbstverständlichkeit, die zwar unter veränderten Bedingungen, aber nach den Grundsätzen von Demokratie und Freiheit stattfinden sollte. So gesehen, konnte die neue Einheitspartei für Sozialdemokraten nur eine Partei sein, die auch maßgeblich durch die Sozialdemokratie bestimmt wurde.

Die Kommunisten waren in Mecklenburg stets nur eine Splitterpartei mit relativ geringem Einfluß in der Bevölkerung gewesen. Davon ausgehend meinten die Sozialdemokraten, daß bei einer Vereinigung das Risiko einer Dominanz der Kommunisten nur relativ gering sein würde. Die größere Gefahr sahen die Sozialdemokraten, allen voran Lüdemann, Schulz und Jesse, in der Einflußnahme der Besatzungsmacht. Da jedoch die Zukunft Deutschlands zu diesem Zeitpunkt noch völlig offen war, eine Sowjetisierung selbst von den Kommunisten abgelehnt wurde und nicht zuletzt auf den westlichen Alliierten große Hoffnungen im Hinblick auf die Erhaltung der deutschen Einheit als demokratischer Staat ruhten, wurden zunächst die Bedenken abgeschwächt. Obwohl Kurt Schumacher die Vereinigung mit den Kommunisten ablehnte, hatte er Verständnis für die Sozialdemokraten in der SBZ und versprach ihnen Hilfe und Unterstützung: "Denkt daran, daß Ihr nicht allein seid. Denkt daran, daß die Sozialdemokratische Partei stets für Euch eintritt und nie mit ihren Anstrengungen und Bemühungen für Euch erlahmen wird."¹²³

Es gab aber auch Funktionäre in der Sozialdemokratie Mecklenburg-Vorpommerns, die die Wirklichkeit ignorierten oder verdrängten. Andere wie Schulz, Jesse und Moritz waren

¹²³ Informationsbrief Nr. 1 der SPD v. 10.8.1947. Zitiert nach H. Grebing/Chr. Kleßmann/K.Schönhoven/H.Weber: Zur Situation der Sozialdemokratie in der SBZ/DDR 1945-1950. Marburg 1992, S. 57.

gezwungen, sich der Gewalt zu beugen, jedoch immer noch hoffend, in der SED als Sozialdemokraten wirken zu können. Hermann Lüdemann erhielt weder einen Platz im Landesvorstand der SED noch wurde er als Delegierter zum Vereinigungsparteitag nach Berlin gewählt. Er war der erste der ehemals führenden Sozialdemokraten Mecklenburg-Vorpommerns, der die Konsequenz aus der Zwangsvereinigung zog und das Land verließ. Er wie auch seine Freunde wußten, daß die Sozialdemokratie Mecklenburg-Vorpommerns schon bald den Führungsanspruch der Kommunisten zu spüren bekommen würde. Sie wußten um die "Säuberungsaktionen" Stalins in der Sowjetunion, denen Hunderttausende unschuldiger Kommunisten, unter ihnen auch zahlreiche Deutsche, die in der Sowjetunion Schutz vor den Nazis gesucht hatten, zum Opfer gefallen waren.

Die Wahlen im Herbst 1946, die über die Zusammensetzung der Gemeindevertretungen, Kreistage und des Landtages entschieden, bestätigten, wie dringend notwendig der Zusammenschluß für die Kommunisten gewesen war. Das Wählerpotential der Sozialdemokraten entschied sich nun mit Mehrheit für die SED. CDU und LDP vermochten, bis auf wenige Ausnahmen, nicht die Dominanz der SED zu verhindern.¹²⁴ Nachdem die Kommunisten diese wichtige Hürde erfolgreich genommen hatten, die SED durch die Mehrheit der Wähler also scheinbar legitimiert war, konnten weitere politische und wirtschaftliche Grundlagen für eine sozialistische Entwicklung nach stalinschem Vorbild geschaffen werden.

Auch für die Spaltung Deutschlands hatte die Gründung der SED fundamentale Bedeutung. Die Sozialdemokratie der Westzonen nahm eine feindliche Haltung zur SED ein, und für die westlichen Alliierten war die "unter Druck geführte Einschmelzung der Sozialdemokraten in die SED ein Grund mehr, der sowjetischen Politik mit Mißtrauen zu begegnen und Kurs auf einen deutschen Weststaat zu nehmen."¹²⁵ Die SED hingegen verwies darauf, daß wesentliche Initiativen zur Bildung zweier deutscher Staaten vom Westen ausgingen. Die damit verbundenen Feindseligkeiten waren willkommener Anlaß, die Theorie des Klassenkampfes in den Vordergrund zu rücken, und dienten neben dem verordneten Antifaschismus als Motiv für einen Kurs in Richtung auf Gründung der DDR.

In Mecklenburg-Vorpommern verringerte sich der Einfluß der Sozialdemokraten in der SED genauso wie das in der ganzen Sowjetischen Besatzungszone der Fall war. Nachdem die Zwangsehe vollzogen war, ließen die Kommunisten nicht viel Zeit vergehen, um mit ihren Widersachern abzurechnen. Obwohl Willy Jesse anfangs noch gute Miene zum bösen Spiel machte und gemeinsam mit dem Kommunisten Bernhard Quandt noch am Tag der Vereinigung der Landesorganisationen auf dem Schweriner Marktplatz die Vereinigung als Chance für den Wiederaufbau bezeichnete, wurde er wenig später verhaftet und von einem russischen Militärtribunal zu einer langen Haftstrafe wegen angeblicher Sabotage verurteilt, die er zu einem großen Teil in Workuta bei schwerster Arbeit und mangelhafter Verpflegung verbüßen mußte. Nach seiner Freilassung ging er in die Bundesrepublik. Albert Schulz hatte als Oberbürgermeister Gleichgesinnte an seiner Seite. Hierzu zählten Stadtrat Griem, der 1947 verhaftet und zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, Heini Beese,

¹²⁴ Vgl. Wahlergebnisse der Landtagswahl 1946, Anhang.

¹²⁵ Vgl. Hermann Weber. Zwangsvereinigung oder freiwilliger Zusammenschluß? Exposé, S. 3.

Grete Beese und Martin Müller, der in einem Schauprozeß in Rostock die gegen ihn erhobenen Vorwürfe als fingiert aufdeckte und seine Verteidigung zur Anklage gegen die SED-Justiz nutzte. Viele andere weniger bekannte Sozialdemokraten erlitten ein ähnliches Schicksal. In Mecklenburg und Vorpommern wurden von 1946 bis 1951 ca. 5.000 ehemalige Sozialdemokraten "als Feinde und Schädlinge unserer Partei entlarvt und ausgeschlossen." Eine gründliche Aufarbeitung des Leidensweges verfolgter und eingekerkelter Sozialdemokraten nach der Zwangsvereinigung ist ein dringendes Gebot, um ihnen Gerechtigkeit und geschichtliche Wahrhaftigkeit zuteil werden zu lassen.

Bereits wenige Wochen nach der Zwangsvereinigung erfolgte auf Landesebene eine Umbesetzung des Landesvorstandes der SED. Das Ergebnis war, daß entscheidende Positionen vor allem im Sekretariat der Landesleitung mit Kommunisten besetzt wurden. Die Sozialdemokraten erhielten Aufgaben, in denen sie gut kontrolliert werden konnten, oder sie gingen in die Verwaltung. Von allen Sozialdemokraten Mecklenburg-Vorpommerns erwiesen sich Carl Moltmann, Wilhelm Höcker und Xaver Karl als diejenigen, die bis an das Lebensende ihre Vereinigungsbereitschaft zumindest nicht öffentlich in Frage stellten. Die Gründe hierfür sind sicherlich vielfältig. Ganz sicher hätte ein Verlassen des einmal eingeschlagenen Weges persönlichen Mut und viel Kraft erfordert, denn weder Kommunisten noch SMA haben politischen Gegnern Opposition jemals verziehen. Sie hätten die Flucht in den Westen oder Internierung in einem der bereits von den Nationalsozialisten eingerichteten Konzentrationslager als Alternative zur Fortsetzung ihrer Mitgliedschaft in der SED und der damit verbundenen materiellen Sicherheit, Ämter und sonstigen Anerkennungen wählen können. Wie jedem anderen Menschen, so ist auch ihnen das Recht auf Irrtum zuzubilligen. Gleichzeitig ist festzuhalten, daß ihr Irrtum, so er tatsächlich vorgelegen hat, weitaus schwerer wog und Konsequenzen für die gesamte Partei nach sich zog, als dies bei einfachen Mitgliedern der Fall sein konnte.

Weder in der Verwaltung noch in der Parteiarbeit haben die Sozialdemokraten nach Höcker als Ministerpräsident und Moltmann als Landtagspräsident jemals wieder auf Landesebene oder später in den Bezirken eine Spitzenposition einnehmen können. Zur führenden Rolle der SED gehörte vor allem, daß Kommunisten die höchsten Funktionen einnahmen und ehemalige Sozialdemokraten gelegentlich zu ihren Stellvertretern gemacht wurden. 1948/49 war der Prozeß der Umformung der SED zu einer stalinistischen "Partei neuen Typus" abgeschlossen, der Marxismus-Leninismus ideologische Grundlage der Partei, geworden, die Parität abgeschafft und durch eine als Umtausch der Mitgliedsbücher deklarierte Parteisäuberung viele frühere Sozialdemokraten, aber auch Kommunisten, die den Weg der SED aus ehrlicher Überzeugung nicht mitgehen wollten oder sich nach deren Lesart als Karrieristen erwiesen hatten, ausgeschlossen.

Die These von der freiwilligen Vereinigung hatte einzig den Zweck, den auf die Sozialdemokratie ausgeübten Druck zu verschleiern. Zu keinem Zeitpunkt hatten die Sozialdemokraten die Wahl, sich für oder gegen eine Vereinigung zu entscheiden. Bis zum Jahre 1989 hatten die Sozialdemokraten auch keine Chance, ihre Partei neben der SED weiter bestehen zu lassen. Die Sozialdemokraten wurden automatisch Mitglieder der SED, denn ein Aufnahmeverfahren in die neue Partei gab es für sie nicht. Die Geschichte gab all jenen

recht, die schon frühzeitig vor den Kommunisten warnten, denn diese erwiesen sich in jeder Beziehung als Erfüllungsgehilfen der Besatzungsmacht. Mehr noch: Die SED leistete ihren eigenständigen Anteil an der Verfolgung all jener, die sich ihr zu widersetzen wagten.

Folge der "Vereinnahmung" der Sozialdemokratie durch die Kommunisten war eine allmähliche Verarmung der politischen Kultur, deren ganzes Ausmaß jedoch erst mit dem Scheitern der SED und ihres "real existierenden Sozialismus" in der DDR sichtbar wurde. Insofern war der Versuch, eine sozialere Gesellschaft zu schaffen, bereits im Ansatz, war schon in den Jahren 1945/46 gescheitert.

A n h a n g

Abkürzungen

BPA	Bezirksparteiarchiv
CDU	Christlich Demokratische Union
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KZ	Konzentrationslager
KPKK	Kreisparteikontrollkommission
KWU	Kommunales Wirtschaftsunternehmen
LDP	Liberal Demokratische Partei
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
LPKK	Landesparteikontrollkommission
MdI	Ministerium des Inneren
MLHA	Mecklenburgisches Landeshauptarchiv
VPLA	Vorpommersches Landesarchiv
NKWD	Narodny Kommissariat Wnutrennych Del: Volkskommissariat für Innere Sicherheit
NKFD	Nationalkomitee Freies Deutschland
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
ÖLB	Örtlicher Landwirtschaftlicher Betrieb
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
SAPMO	Stiftung Archiv Parteien und Massenaorganisationen der ehemaligen DDR
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SMA	Sowjetische Militäradministration
SMAD	Sowjetische Militäradministration Deutschlands
SMAM	Sowjetische Militäradministration Mecklenburg
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VdgB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
ZA	Zentralausschuß
ZK	Zentralkomitee

Lebensdaten führender Sozialdemokraten und Kommunisten Mecklenburg-Vorpommerns

Bürger, Kurt (27. August 1884 bis 28. Juli 1951)

Beruf Schlosser - 1912 Beitritt zur SPD und Gewerkschaft - aktive Beteiligung an der Novemberrevolution 1918 - Mitbegründer der KPD in Bayern - Teilnahme am Kampf für die Räterepublik 1919 - vierjährige Zuchthausstrafe - in der Weimarer Zeit Parteijournalist - 1933 Emigration in die Sowjetunion - Politkommissar im Spanischen Bürgerkrieg - 1945 Rückkehr nach Deutschland mit der Gruppe Sobottka aus Moskau - Vorsitzender des Landesvorstandes der SED - 1951 Ministerpräsident von Mecklenburg.

Höcker, Wilhelm (20. Juni 1886 bis 15. November 1955)

Beruf Kaufmann - 1911 Mitglied der SPD und der Gewerkschaft - 1920 bis 1932 Amtshauptmann des Kreises Güstrow - Abgeordneter des Landtages von Mecklenburg-Schwerin - 1944 Verhaftung - Ministerpräsident des Landes von 1946 bis 1951 - Vorsitzender der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft.

Jesse, Willi (14. Dezember 1897 bis 17. August 1971))

Funktionär der Sozialistischen Arbeiterjugend - 1933 als Bezirkssekretär der SPD Mecklenburg-Lübeck verhaftet - Kampfgefährte von Julius Leber - Emigration in Verbindung mit den Vorgängen um den 20. Juli 1944 - Ende 1945 entgegen den Warnungen Schumachers Rückkehr nach Rostock - Übernahme der Geschäftsführung des SPD-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern - 1946 von den Sowjets verhaftet und nach vier Jahren Zuchthausaufenthalt in ein sibirisches Lager verschleppt - 1954 in die Bundesrepublik Deutschland entlassen.

Lüdemann, Hermann (05. August 1880 bis 27. Mai 1959)

1912 Mitglied der SPD - Mitglied preußischer legislativer Organe - 1920/21 preußischer Staats- und Finanzminister - 1927 Regierungspräsident in Lüneburg - 1928 bis 1932 Oberpräsident in Breslau - 1933 bis 1945 verschiedene KZ-Inhaftierungen - 1945 Landesgeschäftsführer der SPD Mecklenburg-Vorpommern - 1946 Flucht nach Westberlin - 1946 Minister und 1947 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein.

Moltmann, Carl (23. September 1884 bis 5. Februar 1960)

Beruf Tischler - 1902 Mitglied der SPD und Gewerkschaft - 1919 bis 1933 Mitglied des Landtages von Mecklenburg-Schwerin, Vorsitzender der Landtagsfraktion der SPD, Abgeordneter des Reichstages - 1944 Verhaftung - 1945 1. Vorsitzender des Landesvorstandes der SPD - paritätischer Landesvorsitzender der SED - Präsident des Landtages von 1946 bis 1952 - Vorsitzender des Bezirkskomitees des Deutschen Roten Kreuzes.

Quandt, Bernhard (geboren 14. April 1903)

Beruf Dreher - 1920 Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend - 1923 Mitglied der KPD - 1932 Mitglied des Landtages von Mecklenburg-Schwerin - 1933 bis 1935 illegaler Widerstand, Verhaftung und langjährige KZ-Haft - 1945 Rückkehr nach Mecklenburg - Landrat in Güstrow - 1946 Stellvertretender Landesvorsitzender der SED - 1949 Landwirtschaftsminister - 1951 bis 1952 Ministerpräsident von Mecklenburg - 1952 bis 1974 1. Sekretär der Bezirksleitung Schwerin der SED.

Schulz, Albert (11. Oktober 1895 bis 26. Juli 1974)

Beruf Maschinenbauer - 1910 Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend - 1913 Mitglied der SPD - 1921 bis 1933 Mitglied des Landtages von Mecklenburg-Schwerin - 1932 Mitglied des Reichstages - Gauführer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold - 1933 bis 1945 illegale Tätigkeit mit Julius Leber - während der Nazizeit mehrmals verhaftet - 1945 Gründer der SPD in Rostock - Mitglied des SPD-Landesvorstands - 1946 Oberbürgermeister von Rostock - 1947 von der NKWD verhaftet und zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt, Freilassung und Fortführung des Amtes als OB von Rostock - 1949 Absetzung als Oberbürgermeister durch Beschluß der SED-Landesleitung, Parteistrafe und Funktionsverbot - Sommer 1949 Flucht nach Westberlin - 1953 bis 1962 Landesgeschäftsführer und Stellv. Landesvorsitzender der SPD von Schleswig-Holstein.

Sobottka, Gustav (12. Juli 1886 bis 6. März 1953)

1910 Eintritt in die SPD - 1918 USPD und Eintritt in die KPD - 1932 Mitglied des Preußischen Landtags - Emigration nach Frankreich und später in die Sowjetunion - Leiter der Initiativgruppe des ZK der KPD für Mecklenburg und Vorpommern - 1945 1. Sekretär der Landesleitung Mecklenburg-Vorpommern - 1945 Leiter Zentralverwaltung für Brennstoffindustrie in Berlin.

Quellen

Beatrix W. Bouvier/Horst-Peter Schulz ."... die SPD aber aufgehört hat zu existieren". Sozialdemokraten unter sowjetischer Besatzung. Bonn 1991.

Geschichte der Landesparteiorganisation der SED, Mecklenburg. 1945 - 1952. Rostock 1986.

Ergebnisse der Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern vom 20. Oktober 1946

Wahlberechtigte	1.301.703	
Abgegebene Stimmen	1.172.831	90,1 %
Gültige Stimmen	1.107.303	94,4 %
Ungültige Stimmen	65.528	5,6 %

Von den gültigen Stimmen entfallen auf:			Sitze im Landtag
SED	547.663	49,5 %	45
CDU	377.808	34,1 %	31
LDP	138.572	12,5 %	11
VdgB	43.260	3,9 %	3
			—
			90

Quelle: Landes-Zeitung vom 21. Oktober 1946

Urabstimmung der Berliner Sozialdemokraten vom 31. März 1946 in den Westsektoren

Frage	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen
1. Bist Du für den sofortigen Zusammenschluß beider Arbeiter- parteien?	2.937 = 12,4 %	19.529 = 82,2 %
2. Bist Du für das Bündnis beider Parteien, welches gemeinsame Arbeit sichert und den Bruderkampf ausschließt?	14.763 = 62,1 %	5.559 = 23,4 %

Zitiert nach: Informationsbüro West (IWE; Hrsg.): "Chronologische Materialien zur Geschichte der SED", S. 30.

Da eine Urabstimmung in der sowjetischen Besatzungszone von der SMAD verboten wurde, ist die Urabstimmung in Berlin (Westsektoren) die einzige quantitative Aussage über das Verhältnis von Einheitsgegnern zu ihren Befürwortern.

Mitgliederbestand von SPD und KPD in Mecklenburg-Vorpommern

I. Nach Kreisen

Stand am	30.06. 1945	30.09. 1945	30.10. 1945	30.11. 1945
	KPD	SPD	SPD	KPD
Westmecklenburg				
Kreis Schwerin	181	1.431	4.246	4.721
Kreis Schönberg	0	640	1.629	1.887
Kreis Wismar	87	1.715	3.648	3.979
Kreis Hagenow	0	660	1.056	1.497
Kreis Ludwigslust	35	377	490	804
Kreis Parchim	127	628	756	1.420

Gesamt	430	5.451	11.825	14.308
Ostmecklenburg				
Kreis Rostock**	140	2.728	4.237	4.673
Kreis Güstrow	19	1.003	1.320	1.514
Kreis Malchin	36	433	663	874
Kreis Waren	76	727	707	731
Kreis Neustrelitz	106	672	778	921

Gesamt	377	5.563	7.705	8.713
Vorpommern				
Kreis Rügen	19	316	1.242	2.192
Kreis Franzburg/Barth (Stralsund)	44	1.153	1.883	3.185
Kreis Grimmen	0	409	288	579
Kreis Greifswald	22	803	893	1.191
Kreis Ueckermünde	0	530	238	393
Kreis Usedom	0	558	17	369
Kreis Demmin	37	424	948	1.120
Kreis Anklam	6	304	332	417
Kreis Randow	0	714	38	158

Gesamt	128	5.211	5.879	9.604

II. Gesamtbestand

Stand am	30.06. 1945	30.09. 1945	30.10. 1945	30.11. 1945	31.12. 1945	07.04. 1946
SPD MV Gesamt			25.409	32.625		83.266
KPD MV Gesamt	935	16.225			32.000 *	70.516

Quelle: MLHA Schwerin. BPA Schwerin, Nr. II\2

* Dietrich Staritz, Die Gründung der DDR von der sowjetischen Besatzungsmacht zum sozialistischen Staat, München 1984

** Zur Mitgliederentwicklung in Rostock gibt es allerdings abweichende Erinnerungen: "...weil trotz aller Schikanen gegenüber der SPD und aller Begünstigungen der KPD die SPD in ganz kurzer Zeit die Mitgliederzahlen der KPD überholte, bis sie schließlich nach wenigen Monaten in Rostock das Mehrfache an Mitgliedern aufbieten konnte ..." (Peter Schulz in der Anhörung der Enquete-Kommission des Landtages Mecklenburg-Vorpommern "Leben in der DDR, Leben nach 1989 - Aufarbeitung und Versöhnung", im Februar 1996, unveröff. Manuskript, S. 5,).

Zeittafel

1945

19. 04.: Auf einer Zusammenkunft Kurt Schumachers mit Sozialdemokraten wird die Wiederbegründung der SPD beschlossen.
10. 06.: Der Oberste Chef der SMAD erläßt den Befehl Nr. 2 über die Zulassung antifaschistischer Parteien auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone.
11. 06.: Aufruf des ZK der KPD mit einem Zehn-Punkte-Programm über die Gegenwarts-Aufgaben.
15. 06.: Der Zentralauschuß in Berlin fordert in einem Aufruf eine "einheitliche proletarische Kampforganisation der Arbeiterklasse".
19. 06.: Vertreter des ZK der KPD und des ZA der SPD beschließen die Gründung eines "Gemeinsamen Aktionsausschusses".
20. 07.: Bildung des Landesvorstandes der SPD
03. 09.: Aufruf des Blocks antifaschistisch-demokratischer Parteien an die Werktätigen Mecklenburg-Vorpommerns.
- August/
September: Konstituierung von Aktionsausschüssen beider Arbeiterparteien in den Kreisen
09. 09.: Kundgebung in Wismar mit dem Landesgeschäftsführer der SPD, Hermann Lüdemann, auf der der ehrliche Wille der Kommunisten zur Vereinigung in Zweifel gezogen wurde.
05. 10.: Bildung einer Landesarbeitsgemeinschaft von SPD und KPD zur Herstellung der Aktionseinheit
- 05.-06. 10.: Konferenz der SPD der westlichen Besatzungszonen in Wennigsen, die eine Aktionseinheit mit den Kommunisten befürwortete, jedoch eine Vereinigung strikt ablehnte.
- 20.-21. 12. Erste Sechziger-Konferenz der Führungen der KPD und SPD der SBZ in Berlin ohne Beteiligung von Vertretern der Führung der SPD in den Westzonen.

1946

- 03.- 04. 01.: Konferenz führender sozialdemokratischer Funktionäre der britischen Besatzungszone mit dem Ergebnis der scharf formulierten Absage einer Vereinigung mit der KPD.
06. 01.: Mitgliederversammlung des Ortsvereins Rostock mit der Forderung nach einer Urabstimmung über eine Vereinigung.
06. 01.: Tagung der Landesarbeitsgemeinschaft von KPD und SPD, die eine Kampagne für die Vereinigung in allen Kreisen verordnete.
13. 01.: Moltmann (SPD) und Bürger (KPD) werben in einer Sendung des Schweriner Rundfunks für eine rasche Vereinigung.
07. 02.: Auf einer gemeinsamen Mitgliederversammlung in Wismar forderte Karl Moritz, daß die Herstellung der Einheit durch einen Reichsparteitag legitimiert werden müsse.
- März: Kreisdelegiertenkonferenzen leiten die Zwangsvereinigung beider Parteien ein.
31. 03.: Urabstimmung in den Westsektoren Berlins, die ein eindeutiges Votum gegen eine Vereinigung, aber für ein Bündnis ergab.
06. 04.: Landesparteitag von SPD und KPD in Schwerin
07. 04.: Vereinnahmung der SPD auf Landesebene und Bildung einer Landesparteiorganisation der SED.
15. 09.: Kommunalwahlen
20. 10.: Kreis- und Landtagswahlen

Literaturauswahl

Autorenkollektiv. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Berlin 1966.

Autorenkollektiv. Geschichte der Landesparteiorganisation der SED Mecklenburg 1945 - 1952. Rostock 1986.

Bouvier, Beatrix W./Schulz, Horst-Peter. "... die SPD aber aufgehört hat zu existieren" Sozialdemokraten unter sowjetischer Besatzung. Bonn 1991.

Fricke, Karl-Wilhelm. Politik und Justiz in der DDR. Zur Geschichte der politischen Verfolgung 1945 - 1968. Bericht und Dokumentation. Köln 1990.

Glaser, Hermann. Kleine Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945 - 1989. Bonn 1991.

Hurwitz, Harold. Zwangsvereinigung und Widerstand der Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone. Köln 1990.

Kaden, Albrecht. Einheit oder Freiheit. Bonn 1990.

Klotzbach, Kurt. Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 - 1965. Berlin/Bonn 1982.

Leonhard, Wolfgang. Spurensuche - 40 Jahre nach "Die Revolution entläßt ihre Kinder." Köln 1992

Malycha, Andreas. Auf dem Weg zur SED - Die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ. Bonn 1995.

Meyer, Thomas. Demokratischer Sozialismus - Soziale Demokratie. Eine Einführung. Bonn 1991.

Miller, Susanne. Das Problem der Freiheit im Sozialismus. Köln/Frankfurt 1977.

Miller, Susanne/Potthoff, Heinrich. Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1938 - 1948. Bonn 1988.

Programmatische Dokumente der Sozialdemokratie. Bonn 1990.

Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Berlin 1965.

Richter, Michael. Die Ost-CDU 1948 - 1952. Düsseldorf 1991.

Schlomann, Friedrich-Wilhelm. Mit so viel Hoffnung fingen wir an 1945 - 1950. München 1991.

Scholz, Günter. Kurt Schumacher. Düsseldorf, Wien und New York. 1988.

Schwabe, Klaus. Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern 1947 - 1949. Schwerin. 1991.

Tormin, Walter. Der Traum von der Einheit. Der Schriftwechsel zwischen SPD und KPD in Hamburg über die Gründung einer Einheitspartei 1945/46 und ergänzende Dokumente. Hamburg 1990.

Weber, Hermann. DDR - Grundriß der Geschichte 1945 - 1990. Hannover 1991, S. 37.

Ders. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands 1946 -1971. Hannover 1971.

Dokumente

- 1 Fragen und Antworten von Pastor Karl Kleinschmidt zur Bodenreform
- 2 Rundschreiben Nr. 10 der Landesgeschäftsstelle der SPD v. 30.8.1945
- 3 Tätigkeitsbericht von Willi Bredel an Gustav Sobottka vom 16.7.1945
- 4 Brief des Vorsitzenden des Kreisvorstandes der SPD, Xaver Karl, an den Kommandanten der Besatzungsmacht mit der Bitte um Freilassung inhaftierter Jugendlicher
- 5 Anregungen, Erklärungen, Erkenntnisse von Hermann Lüdemann
- 6 Aus einem Bericht über eine Rede Hermann Lüdemanns zur Vereinigung
- 7 Zusammenfassung über Inhalt und Sinn der EntschlieÙung der 1. Sechziger Konferenz von KPD und SPD in Berlin vom 21.12.1945
- 8 Rundschreiben Nr. 30 der Landesgeschäftsstelle der SPD vom 30.12.1945
- 9 Artikel aus "Neue Hamburger Presse" vom 9.1.1946
- 10 Klarstellung der Machtverhältnisse zwischen Kommandant und Landrat
- 11 Belehrung des Landrats durch den 1. Vizepräsidenten Warnke
- 12 EntschlieÙung des Zentralaussschusses der SPD vom 15. Januar 1945
- 13 Brief von Berliner Sozialdemokraten an den Landesvorstand der SPD Mecklenburg-Vorpommern
- 14 EntschlieÙungen der ersten gemeinsamen Funktionärsversammlung von KPD und SPD in Wismar
- 15 Konstituierung eines Arbeitsausschusses von SPD und KPD in Rostock
- 16 Haltung der Blockparteien zur Bodenreform
- 17 Weisung des Präsidenten der Landesverwaltung zur Durchführung der Bodenreform (Auszug)
- 18 Antrag auf Entnazifizierung
- 19 Bescheid über die Enteignung nach Befehl Nr. 124 der SMAD
- 20 Schreiben des Landesverbandes der CDU zur Zusammensetzung des Personals der Landratsämter
- 21 Protokoll zur 8. Sitzung des Verfassungsausschusses vom 15.1.1947
- 22 Rückgabe des Landtagsmandats von Hermann Witteborn nach seiner Flucht in den Westen.
- 23 Über die Freilassung von Albert Schulz aus NKWD-Haft
- 24 Gesetzentwurf der CDU zur Verfolgung von Verbrechen gegen die demokratische Staatsform und Grundrechte der Staatsbürger
- 25 Aus einer Denkschrift der Alliierten zur Internierung - Arbeitsübersetzung aus dem Russischen
- 26 Aus einer Richtlinie zur Versorgung von Häftlingen in den Sonderlagern
- 27 Bitte um Freilassung inhaftierter Jugendlicher
- 28 Aus dem Protokoll einer Befragung des Studenten Arno Esch zu einer Vorlesung des Prof. Dr. Strasser an der Juristischen Fakultät Rostock
- 29 Aus einem Protokoll der Landesparteikontrollkommission 1949
- 30 Parteiausschlüsse aus der SED 1949
- 31 Auftrag zur Überprüfung von SED-Mitgliedern aus westlicher Emigration (Auszug)

Abschrift

Dokument Nr. 1

Fragen und Antworten von Pastor Karl Kleinschmidt zur Bodenreform¹

Bodenreform

Erfüllung des 7. Gebots

Fragen und Antworten des Pastors Karl Kleinschmidt

1. Hat nach kirchlicher Auffassung der Staat das Recht, so radikale Eingriffe in das Eigentum seiner Bürger vorzunehmen, wie das Gesetz über die Enteignung des Großgrundbesitzes sie darstellt?

Die Frage ist falsch gestellt. Sie kann nicht vom Grundsätzlichen, sie muß vom Tatsächlichen her gestellt werden und müßte lauten: Kann der Staat eine Verteilung des Eigentums bestehen lassen, in der das Eigentum in den Händen Weniger angehäuft ist, und Millionen seiner Staatsbürger tatsächlich eigentumslos sind?

Und darauf wäre zu antworten, daß der Staat verpflichtet ist, eine Eigentumsordnung zu schaffen, in der die Verteilung des Eigentums den wirtschaftlichen Gegebenheiten und Notwendigkeiten möglichst vollkommen entspricht, und die jedem seiner Bürger ein gewisses Maß von Eigentum garantiert. Nach kirchlicher Auffassung ist die Gemeinschaft der "Obereigentümer", und der einzelne Besitzer Treuhänder der Gemeinschaft. Der Staat, der die Gemeinschaft repräsentiert, hat die Pflicht, nicht nur den Gebrauch, sondern auch die Verteilung des Eigentums im Interesse der Allgemeinheit zu kontrollieren. Er darf - vor allem in Notzeiten wie der gegenwärtigen - die sich fortwährend wandelnde Verteilung des Eigentums nicht dem freien Spiel der Kräfte, und das hieße dem individuellen Egoismus, überlassen. Dieses sogenannte "freie Spiel der Kräfte" hat in der Vergangenheit zur Anhäufung von Eigentum den Händen Weniger und zur tatsächlichen Enteignung von Millionen von Bürgern geführt. Ein Staat, der sich als Hüter der zufällig gerade bestehenden Eigentumsordnung und Eigentumsverteilung mißverstehen würde, würde gegen seine elementarsten Pflichten verstoßen. Es ist also nicht zu fragen, ob der Staat in die Eigentumsverteilung eingreifen und unter Umständen eine völlig neue Eigentumsordnung schaffen darf. Das ist zweifellos sein Recht und unter Umständen sogar seine unabweisbare Pflicht. Die Frage angesichts eines tatsächlichen Eingriffes muß vielmehr lauten, ob dieser Eingriff im Interesse des wirtschaftlichen Fortschritts liegt. Sind diese beiden Fragen positiv zu beantworten, so ist ein solcher Eingriff sittlich gerechtfertigt, da sein Sinn ja nicht die Auflösung des Eigentums, sondern seine Wiederherstellung für die ist, die durch frühere Enteignung im "freien Spiel der Kräfte" oder durch die Kriegseignisse eigentumslos geworden sind.

¹ MLHA Schwerin. Volksstimme vom 23. September 1945

2. Widerspricht eine solche gesetzliche, wenn auch im Interesse der Allgemeinheit liegende Enteignung nicht dem 7. Gebot: "Du sollst nicht stehlen?"

Nein, da die Enteignung ja nicht in wilden Einzelaktionen, sondern auf gestzlichem Wege durch den dazu auch unter sittlich-religiösen Gesichtspunkten zweifellos berechtigten "Obereigentümer, den Staat erfolgt. - Das 7. Gebot wird von diesem gesetzlichen Vorgang überhaupt nicht berührt. Der Staat nimmt eine gesetzliche Veränderung einer Eigentumsordnung vor, die durch eine Reihe gesetzloser Willkürakte geschaffen worden ist. Solche Veränderung der Eigentumsordnung erfolgt mit dem Gesetz über die Enteignung des Großgrundbesitzes durchaus nicht erstmalig. Die heutige Eigentumsordnung hat z.B. mit der zur Zeit der Reformation geltenden so gut wie gar nichts mehr zu tun. Der heutige Großgrundbesitz ist im allgemeinen aus ehemals bäuerlichem Besitz hervorgegangen durch eine Kette von herrschaftlichen Willkürakten, die durchaus nicht im Interesse der Allgemeinheit lagen, sondern im Interesse einer herrschenden Schicht erfolgten. Der Staat macht durch das Gesetz über die Enteignung des Großgrundbesitzes geschehenes Unrecht wieder gut und sorgt für eine Verteilung des Eigentums, die Millionen landlos gewordener, also tatsächlich enteigneter Bauern Eigentum verschafft. Will man diesen Vorgang überhaupt in eine Beziehung zum 7. Gebot setzen, so besteht diese Beziehung nicht in einem Verstoß, sondern in der Erfüllung des 7. Gebotes.

3. Ist der bisherige Eigentümer aber nicht auch ein Staatsbürger, der für sich und sein Eigentum Anspruch auf den Schutz des Staates hat?

Gewiß. Und er wird den Schutz des Staates auch mit Bezug auf sein Eigentum genießen, soweit es sich um heute im wirtschaftlichen Gesamtinteresse noch verantwortbares Eigentum handelt. Das Maß von Eigentum, das der Staat heute dem einzelnen Staatsbürger im Hinblick auf die tatsächliche Enteignung von Millionen von Volksgenossen und die Notwendigkeiten der Volksernährung zubilligen bzw. neu zuweisen kann, wird auch ihm garantiert,...

Abschrift

Dokument Nr. 2

Rundschreiben Nr. 10 der Landesgeschäftsstelle der SPD v. 30.8.1945¹

S o z i a l d e m o k r a t i s c h e P a r t e i
M e c k l e n b u r g - V o r p o m m e r n
Geschäftsstelle Schwerin, Bismarckstrasse 16

Den 30. August 1945

R u n d s c h r e i b e n N r. 10

15. Antifaschistische Front

Der Landesverband macht es den Ortsgruppenvorständen und örtlichen Vertrauenspersonen zur ersten Pflicht, Antifaschistische Ausschüsse zu bilden und nach besten Kräften für ihre Funktion zu sorgen.

Als Teilnehmer kommen für uns in erster Linie die Kommunisten in Frage, in einzelnen Städten auch Demokraten.

In der Regel wird jede Partei drei Vertreter in den Ausschuss entsenden. Diese werden nicht gewählt, sondern von jeder Partei selbständig bestimmt. Letzteres gilt auch für die Namhaftmachung von Rednern, Gemeindevertretern usw.

Die Antifaschistischen Ausschüsse haben drei Aufgabengebiete:

- a) gegenseitige Hilfe und Förderung; Schutz und Ausbau gemeinsamer Rechte, namentlich der Versammlungsfreiheit;
- b) einheitliche Vertretung der zugelassenen Parteien bei den Militärbehörden und den Organen der öffentlichen Verwaltung; Aufbau der Selbstverwaltung (im besonderen Entsendung von Vertretern in gemeindliche Ausschüsse, Vorschläge von Beamten usw.);
- c) Bearbeitung und Pflege gemeinsamer politischer und sozialer Aufgaben und Einrichtungen.

Einzelheiten sind im Rundschreiben Nr. 5, Punkt 5 genannt.

¹ MLHA Schwerin. BPA Schwerin, Nr. II/1.

Die Antifaschistischen Ausschüsse sollen die politische Arbeit der Parteien weder ersetzen noch beschränken, sie vielmehr wirkungsvoller und durchschlagender gestalten. D.h. also: Die Parteien bleiben in ihrer Selbständigkeit bestehen, sie schliessen sich nur zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen, um wichtige, gemeinsame Aufgaben durch gemeinsames Vorgehen besser und gründlicher lösen zu können: die Befreiung Deutschlands von jeglichem faschistischem Wesen im Handeln und Denken.

Deshalb soll auch der Vorsitz (in und zwischen den Sitzungen) abwechselnd geführt werden. Ferner ist anzustreben, dass bei neu gegründeten Ortsgruppen vor dem öffentlichen Hervortreten des Antifaschistischen Blockes durch eine selbständige sozialdemokratische Kundgebung die Öffentlichkeit über die Eigen-Existenz unserer Partei unterrichtet wird.

Öffentliche Kundgebungen der Antifaschistischen Ausschüsse sollten immer einem bestimmten Zwecke dienen. (z.B. der Förderung der Erntearbeit, Aufnahme von Flüchtlingen, Aufbau der Wirtschaft)

gez. L ü d e m a n n.

Abschrift

Dokument Nr. 3

Tätigkeitsbericht von Willi Bredel an Gustav Sobottka vom 16.7.1945¹

Lieber Gustav!

Ich schicke Dir heute einen Tätigkeitsbericht und einen Überblick über den gegenwärtigen Stand unserer Parteaufbauarbeit im Kreis und in der Stadt Rostock. Vorher aber einige allgemeine Dinge. Wie Du ja selber weißt, bin ich in meiner hiesigen Arbeit ganz auf mich gestellt, denn ich höre auch leider von Dir nichts, bekomme keine Richtlinien und Anweisungen, ich muß mich halt alleine nach der Presse und dem Rundfunk orientieren. Nun ja, ich glaube auch, in Notzeiten wird es gehen, wenngleich es leichter und reibungsloser ginge, wenn ich dann und wann von Dir einen Fingerzeig bekäme. Ich habe auch an Walter in Berlin geschrieben, aber auch von ihm keine Antwort erhalten. Ich habe kleine Beiträge der "Deutschen Volkszeitung" geschickt, die zum Teil auch erschienen sind, aber nie auf meine Briefe eine Antwort erhalten. Ich werde jetzt regelmäßig Beiträge nach Schwerin an Alfred schicken.

Und nun etwas allgemeines über die Lage. Rostock hat seit einigen Tagen kein Licht, sodaß auch Theater, Kino und Rundfunkübertragungen eingestellt werden mußten. Besonders übel wirkte sich das auf die Kliniken aus. Die Ernährung ist, gemessen an anderen Städten, hundsmiserabel. Ein Brot in der Woche, aber keine Butter, Marmelade oder sonst irgendeinen Belag, auch kein Fleisch. Dann einige Kilo Kartoffel und Gemüse. Die Leute knurren nicht übel, denn alle wissen, daß beispielsweise Warnemünde wöchentlich Butter, Fleisch und Fische an die Bevölkerung verteilt. Wie überhaupt in einigen Städten große Rationen verteilt werden, in anderen kleine, in wieder anderen noch kleinere. Nicht die kleinste Einheitlichkeit in der Verteilung ist erreicht, weil jede Stadt, die was hat, es festhält. Enorm viel wird ausgeschlachtet, auch Betriebe, die offensichtlich keine Rüstungs- oder Kriegsbetriebe sind, wie Sägewerke, Schuhfabriken, Reparaturwerkstätten usw. In Kröpelin beispielsweise wurde eine kleine Handwerkerwerkstatt ausgeschlachtet, hinterher haben sich die Handwerker zusammengetan und mit alten Maschinen eine neue Werkstatt eingerichtet, die im Auftrage des Magistrats Holzschuhe für die zur Erntearbeit Mobilisierten herstellte. Das ging so gut an, daß auch diese Werkstatt ausgeschlachtet wurde. Nun sagen die Handwerker, wir fassen jetzt nichts mehr an, es hat ja alles keinen Sinn. Die Sicherheit auf dem Lande ist immer noch nicht vorhanden. Frauen können in verschiedenen Gegenden keine Erntearbeit machen. Dabei fehlt es überall an Arbeitskräften. Es gibt in Bad Sülze Fälle, daß Pferde und Kühe den Bauern vom Pflug weggenommen wurden. Ich kenne die von höchster Seite erlassenen strengen Befehle, aber sie werden nicht durchgeführt. Es gibt Mustergüter und Musterdörfer, dort, wo die Kommandanten Musterkommandanten sind, aber leider gibt es das Gegenteil häufiger.

¹ MLHA Schwerin. BPA Schwerin, Nr. I/22 a.

Wie beispielsweise die Stimmung der Werktätigen in Rostock ist, konnte man gestern bei der 1. Kundgebung der Sozialdemokratie im Ufa-Palast sehen, sie war überfüllt, hunderte mußten umkehren. Der Referent Albert Schulz sprach ausgezeichnet und höchst demagogisch, er vermied alles, den Anwesenden ernste Wahrheiten zu sagen, sondern sagt das, was sie hören wollten. Als unser Genosse Schares als Gast davon sprach, es gelte als erste Aufgabe, die Ernte einzubringen, fragten etliche: Werden die Russen sie uns nicht abnehmen? Als Schares erwiderte: Nein, niemals, das kommt gar nicht in Frage! Da gab es in der Versammlung ein schallendes Gelächter. Leider hat Schares in dieser Versammlung versagt und ist nicht geschickt genug den sozialdemokratischen Routiniers zur Seite getreten. Mich hatten sie als "Nicht-Rostocker" nicht als Gastredner eingeladen.

Am kommenden Mittwoch haben wir die erste Arbeitsausschußsitzung mit den Sozialdemokraten. Von jeder Seite drei Vertreter. Ich konnte nicht anders, ich mußte von uns außer Schares, Dr. Spreche und mich selbst bestimmen, denn sonst sind die Genossen den Aufgaben einfach nicht gewachsen, sie schießen bei aller Ehrlichkeit und Rechtschaffenheit mitunter die erstaunlichsten Böcke.

Rostock war immer eine Hochburg der SPD, aber Du ahnst nicht, wie rührig die Leute sind, während viele unserer Genossen leider oftmals rein selbstsüchtigen Zielen nachjagen. So mußten wir einen bereits aus der Partei rausschmeißen und einen anderen sogar verhaften lassen.

Am kommenden Sonnabend/Sonntag haben wir eine Kreiskonferenz in Rostock angesetzt. Etwa 10 gegründete Ortsgruppen im Kreis werden vertreten sein. Ich werde das politische Referat halten, Schares einen Organisationsbericht geben, aber hauptsächlichsten Wert lege ich auf die Diskussion, die ich stenographieren lasse und Dir zuschicke.

Und nun anbei einen kurzen Tätigkeitsbericht

Mit Parteigruß

Willi Bredel

Abschrift

Dokument Nr. 4

Brief des Vorsitzenden des Kreisvorstandes der SPD, Xaver Karl, an den Kommandanten der Besatzungsmacht mit der Bitte um Freilassung eines inhaftierten Parteifreundes¹

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

- Kreis Schwerin Land -

Schwerin, den 19. Dez. 1945

An den
Herrn Kommandanten des
Stadt- und Landkreises

Schwerin / Meckl.

Am 7. November 1945 ist unser Parteifreund Rabe aus Banzkow Krs. Schwerin-Land, durch die Besatzungspolizei verhaftet und nach Crivitz gebracht worden. Bisher war es nicht möglich zu erfahren, aus welchem Grunde die Verhaftung Rabes erfolgte. Wir sind der Auffassung, dass es Faschisten in Banzkow waren, die auf anonymem Wege falsche Anschuldigungen gegen Rabe erhoben. Bei dem letzten Besuch, den Frau Rabe ihrem Manne in Crivitz machte, wurde ihr von Rabe erklärt, dass man ihm vorwürfe, die Besatzungstruppen beleidigt zu haben. Rabe ist alter Sozialdemokrat, Kämpfer gegen den Faschismus und froh, dass durch die Besatzungstruppen die Faschisten niedergerungen wurden. Es ist deshalb die Anschuldigung, die man gegen ihn erhebt, vollständig unwahr. Wir befürchten, dass diese Anschuldigungen der Besatzungsbehörde gegenüber von einem gewissen und einem gemacht worden sind. Diese beiden Personen sind erst seit Juni ds.Js. in Banzkow, kommen aus und es ist nicht genau nachzukontrollieren, ob sie immer Antifaschisten gewesen sind.²

Frau Rabe bittet nun den Herrn Kommandanten um Freilassung ihres Mannes, und wir als Sozialdemokratische Partei möchten an den Herrn Kommandanten die gleiche Bitte richten.

gez.: X. Karl

Vorsitzender.

¹ MLHA Schwerin.BPA Schwerin, Nr. II/1.

² Namen sind aus Gründen des Datenschutzes weggelassen.

Abschrift

Dokument Nr. 5:

Anregungen, Erklärungen, Erkenntnisse von Hermann Lüdemann¹

A n r e g u n g e n, E r k l ä r u n g e n, E r k e n n t n i s s e

1. Zwei Gedenktage

Eng benachbart und doch grundverschieden sind die beiden Gedenktage: der 7. November und der 9. November.

Nach dem Zusammenbruch der Zarenherrschaft im Jahre 1917 hat das russische Volk die Macht an sich gerissen, die großfürstliche Feudalmacht liquidiert, die Bauern befreit und den Kapitalismus beseitigt. Als Gedenktage für dieses große Geschehen gilt dem russischen Volke der 7. November 1917, an dem die Bolschewisten unter Lenin die Führung übernommen haben.

Am 9. November 1918 übernahm Friedrich Ebert die deutsche Reichskanzlerschaft, Philipp Scheidemann rief die deutsche Republik aus, der letzte Hohenzollernkaiser dankte ab und floh nach Holland. Deshalb ist der 9. November für das deutsche Volk der Revolutionstag.

Diese Gegenüberstellung besagt nichts über die historische Bedeutung der beiden Tage, gemessen am gesamten Weltgeschehen.

Die Umwälzung, die sich in Rußland im Anschluß an die Oktoberrevolution vollzogen hat, befreite das russische Volk von feudaler und kapitalistischer Bedrückung und verwirklichte einen großen Teil der alten Menschheitsziele, proklamiert durch die französische Revolution im Jahre 1789/93. Damit wurde die russische Oktober-Revolution zu einem geschichtlichen Höhepunkt für die gesamte schaffende Welt.

Am 9. November 1918 wurde in Deutschland zwar eine Republik geschaffen und am 11. August 1919 eine von großen Gedanken erfüllte demokratische Verfassung verkündet, aber die Verwirklichung der Gedanken des 9. Novembers blieb infolge der politischen Wirrnisse der nachfolgenden Jahre und der Zersplitterung innerhalb der Arbeiterklasse in ihren Anfängen stecken. Die junge Republik wurde zu einem Spielball politischer Gegensätze und zum Tummelplatz reaktionärer Kräfte, die dann schließlich im Hitlerfaschismus zur Macht kamen. Seine Vernichtung war das Werk fremder Mächte, vor allem der siegreichen Roten Armee Sowjet-Rußlands.

¹ MLHA Schwerin. BPA Schwerin, II/1.

Aufgabe der neuen antifaschistischen Parteien ist es, Deutschland jetzt zu einem wahren demokratischen Volksstaat zu machen, und in ihm die hohen Ziele zu verwirklichen, mit denen das deutsche Volk am 9. November 1918 seinen ersten Aufbruch begonnen hat.

Eine besondere Aufgabe für das Gelingen dieser großen Aufgabe ruht auf der Sozialdemokratischen Partei, die die älteste und größte demokratische Organisation Deutschlands ist. Daraus ergibt sich für uns die Verpflichtung zur Anteilnahme an der Verantwortung, zur tatkräftigen Mitwirkung am Aufbau, zur Übernahme jedes Amtes, durch das die Schaffung eines neuen Deutschlands gefördert und beeinflußt wird.

H.L.

Abschrift

Dokument Nr. 6

Aus einem Bericht über eine Rede Hermann Lüdemanns (vermutlich Ende 1945)¹

Lüdemann sagt: "Ich bin soeben im 'Capitol' gewesen und habe die Diapositivreklame (für die Einheitspartei) gesehen. Ich habe noch gar nicht gewußt, daß man soviel dafür sagen kann, daß man überhaupt so eine Reklame machen kann. Da müßte der tote Goebbels vor Neid erblassen, wenn er das wüßte! Ich bin kein Gegner der Einheitspartei, aber ich habe immer, auch in allen meinen Versammlungen, zwei Voraussetzungen dafür verlangt:

1. Die Kommunisten müssen, nicht nur mit Worten, sondern mit der Tat beweisen, daß sie Demokraten sind und
2. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen aufhören zu schlafen und politisch aktiv werden!

Der Oberst Serebritzki ist der wahre Beherrscher von Mecklenburg. Er ist ein ganz gerissener Mensch und hat 34 Jahre im Parteidienst gearbeitet. Paul Löbe in Berlin ist nun auch umgefallen! Er war nie eine Kämpfernaut, aber er ist einer der beliebtesten Sozialdemokraten. Das weiß er selbst. Als Reichspräsident war er großartig. Es ist staunenswert, wie charakterlos die Menschen heute sind. Polmeier hat ein Interview mit mir in der "Volksstimme" veröffentlicht, das er von Anfang bis zu Ende erfunden hat, über die Einheitspartei. Als ich ihn deswegen zur Rede stellte, hat er gesagt, daß Serebritzki und der Zensor das verlangt haben. Seit zehn Tagen habe der Zensor ihn bedrängt. Sonst könne die Zeitung nicht mehr erscheinen. Ich habe ihm gesagt, daß die Welt auch nicht unterginge. Es gibt allerdings auch Genossen, die vernünftig und standhaft geblieben sind. Wer die russische Politik nicht willenlos mitmacht, wird ausgeschaltet! Seit November bin ich ein Geächteter. Mit mir darf man nicht verkehren. Sie dürfen z.B. morgen nicht sagen, daß sie heute Abend mit mir zusammen waren. Heute sind Moltmann, Karl und Polmeier auf einmal anderer Ansicht, als sie vor vier Wochen waren. Ja, Hunger tut weh! Das (Höcker und die anderen hiesigen Führer der SPD) sind bereits alles Menschen, deren Wille gebrochen ist. Jesse hat sich seinerzeit sogar nicht getraut, mich in seinem Wagen nach Schwerin zurück zu nehmen, obwohl Platz war und gesagt, er brauche den Platz für Druckschriften. Ich hab damals dem Oberst Serebritzki einen offiziellen Abschiedsbesuch gemacht - ich lasse mich doch von ihm nicht demütigen.

Ich verkaufe mich nicht! Ich lebe lieber in einem demokratisch-kapitalistischem Staat, als als Sklave in Rußland. In Rußland ist keine Demokratie! Zu einer Demokratie gehört, daß es mehrere Parteien gibt. Dieses System wird in Rußland nur durch die GPU aufrecht erhalten! ...

Warum muß unsere Partei jetzt kommunistisch werden? In der Einheitspartei wird die SPD nichts mehr zu sagen haben. ..."

¹ MLHA Schwerin. BPA Schwerin, II/1.(Verfasser unbekannt)

Abschrift

Dokument Nr. 7

Zusammenfassung über Inhalt und Sinn der EntschlieÙung der 1. Sechziger Konferenz von KPD und SPD in Berlin vom 21.12.1945¹

ZentralausschuÙ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Zusammenfassung über Inhalt und Sinn der EntschlieÙung vom 21.12.1945

Die Spaltung der deutschen Arbeiterklasse hat mit der Herrschaft Hitlers zur Unfreiheit und Schändung der deutschen Nation und zu den mit jeder Okkupation verbundenen Leiden und Opfer geführt. Aus diesen Erfahrungen haben die beiden Arbeiterparteien gelernt. Sie wollen eine einigende deutsche Arbeiterklasse und das Ende des Bruderkampfes. Darüber haben die Parteileitungen am 20. Und 21. Dezember 1945 verhandelt und festgestellt:

. Die Einheit der deutschen Arbeiterklasse ist eine Notwendigkeit. Sie wird von den Parteitagten für ganz Deutschland beschlossen werden. Bis dahin bleiben die beiden Parteien selbständig.

. Die Einheitspartei wird eine unabhängige deutsche sozialistische Partei sein. Sie vertritt die Interessen der Werktätigen in Stadt und Land nach den für Deutschland gegebenen Notwendigkeiten.

. Der Aufbau der Einheitspartei erfolgt nach demokratischen Grundsätzen. Freie Meinungsbildung, freie MeinungsäuÙerung und die freie Wahl aller Instanzen sind unveräuÙerbliche Rechte der Mitglieder

. Die Einheitspartei will die parlamentarisch-demokratische Republik. Ihr Ziel ist die Verwirklichung des Sozialismus in der sozialen Demokratie. In brüderlicher internationaler Solidarität gewährt und erwartet sie Hilfe zur Befreiung der Arbeiterklasse.

. Bei kommenden Wahlen stellen die beiden Parteien eigene Listen auf; sie führen aber den Wahlkampf auf der Grundlage gemeinsamer Wahlprogramme.

. Kameradschaftliche Verständigung und Zusammenarbeit beider Parteien soll den ZusammenschluÙ geistig vorbereiten.

. Die Aufgabe und der Aufbau der Einheitspartei werden von einer Studienkommission geklärt, die sich aus je vier Genossen der beiden Parteien zusammensetzt.

Die Einheitspartei will die Mitarbeit aller schaffenden Deutschen zur Schaffung einer neuen Freiheit des deutschen Volkes und als das Werk selbstbewußter Bürger eines wirklich demokratischen und friedlichen Deutschland.

Ihr unerbittlicher Kampf gilt jeder Reaktion.

Das ist der Sinn der EntschlieÙung vom 21. Dezember 1945.

¹ MLHA Schwerin. BPA Schwerin, Nr. II/2.

Abschrift

Dokument Nr. 8

Rundschreiben Nr. 30 der Landesgeschäftsstelle der SPD ¹

S o z i a l d e m o k r a t i s c h e P a r t e i
M e c k l e n b u r g - P o m m e r n
Geschäftsstelle Schwerin, Karl Marx-Str. 19
Fernruf: 3381/82.

Den 30. Dezember 1945.

R u n d s c h r e i b e n N r. 3 0.

Werte G e n o s s e n !

Am 20. Und 21. Dezember 1945 fand in Berlin eine gemeinsame Konferenz der Zentralausschüsse der SPD und der KPD und der Bezirksvertreter statt.

Diese Konferenz beschäftigte sich mit folgenden Tagesordnungspunkten:

- 1.) die Einheit der Arbeiterklasse,
- 2.) die Gemeindewahlen in der amerikanischen Beatzungszone,
- 3.) wie helfen wir den Arbeiterparteien beim Aufbau der freien Gewerkschaften?

Wir machen unsere Ortsvereine darauf aufmerksam, daß der Grundgedanke dieser Konferenz war, die gemeinsame Zusammenarbeit der beiden Arbeiterparteien freundlicher und enger zu gestalten, um ein möglichst festes Zusammenwachsen der beiden Arbeiterparteien zu gewährleisten. Die historische Notwendigkeit einer solchen Zusammenarbeit benötigt keine nähere Begründung. Die beiden Arbeiterparteien müssen, wenn das Werk des demokratischen Wiederaufbaues gelingen soll, zum Hauptträger der politischen und wirtschaftlichen Neuordnung und zum Träger der politischen Macht werden.

Jede der beiden Arbeiterparteien ist sich bewußt, daß besonders örtlich noch außerordentlich starke Hemmungen und Hindernisse zu überwinden sind. Auf der einen Seite ist

¹ MLHA Schwerin. BPA Schwerin, Nr. II/2.

die Sozialdemokratische Partei stark traditionsgebunden. Viele ihrer alten Kämpfer haben auch den 12 Jahre langen verhängnisvollen Bruderkampf persönlich erlebt. Es wird eine geraume Zeit erfordern, bis alte Vorurteile und überholte Vorstellungen überwunden sind.

Zur Kommunistischen Partei sind sehr viele Mitglieder gestoßen, die mit der Praxis und der Tradition der Arbeiterbewegung sehr wenig vertraut sind. Aus dieser Tatsache ergeben sich Schwierigkeiten und Reibungen. Um diese zu überwinden und um sie aus der Welt zu schaffen, sollen von Fall zu Fall gemeinsame Aktionen veranstaltet werden. In der gemeinsamen Aktion, d.h. der Durchführung gemeinsamer politischer und wirtschaftlicher Aufgaben, soll sich ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis herausbilden, das letzten Endes in eine feste politische Einheit münden muß. Nur so können die politischen und psychologischen Grundlagen für eine organisatorisch geeinigte Arbeiterbewegung geschaffen werden. Alles hängt also von dem praktischen Verhalten der beiden Parteien und ihrer Funktionäre ab.

Die organisatorische Selbständigkeit jeder Partei bleibt selbstverständlich bestehen. Die ordentlichen Mitgliederversammlungen und Funktionärssitzungen, insbesondere die alljährlich im Januar stattfindenden Generalversammlungen, in denen über innere Angelegenheiten der Partei, seien es Vorstandswahlen, Kassenfragen, Mitgliederangelegenheiten usw. beraten wird, werden nicht gemeinsam abgehalten. Zu diesen Versammlungen haben nur die Mitglieder der Partei Zutritt.

Anders verhält es sich bei der Durchführung gemeinsamer politischer, wirtschaftlicher und sozialer Aufgaben, d.h. also Veranstaltungen im Zuge der gemeinsamen Aktion beider Parteien. Um diese wirkungsvoller zur Durchführung zu bringen, ist ein gemeinsames Vorgehen beider Parteien in öffentlichen Kundgebungen, gemeinsamen Parteiversammlungen und auf Funktionärssitzungen notwendig. Wieweit solche Versammlungen erforderlich sind, ist von Fall zu Fall zu prüfen und von der Entscheidung unserer örtlichen Parteinstanzen abhängig.

Auf der Berliner Konferenz wurde weiter ein gemeinsames Auftreten der KPD und SPD bei den kommenden Gemeindewahlen beschlossen. Diese Gemeindewahlen sind von entscheidender politischer Bedeutung. Sie erfordern unter allen Umständen ein geschlossenes Vorgehen der beiden Arbeiterparteien im politischen Interesse der Arbeiterklasse. Diese Wahlen müssen durch das gemeinsame Auftreten der beiden Arbeiterparteien einen überragenden Sieg der marxistischen Arbeiterparteien gewährleisten. Ein gemeinsames Wahlprogramm wird der Öffentlichkeit vorgelegt werden. Die beiden Arbeiterparteien haben sich zu Durchführung positiver politischer Ziele verpflichtet, die auch in der Parteipresse veröffentlicht wurden.

Wir legen diesem Rundschreiben die vereinbarten Richtlinien und Ziele, die von großer historischer und agitatorischer Bedeutung sind, an. Die grundsätzlichen Forderungen, die die Sozialdemokratische Partei im Interesse der arbeitenden und schaffenden Menschen zu stellen hat, sind in diesen Richtlinien klar und eindrucksvoll formuliert. Sie können also

gleichzeitig als Unterlage für eine Rededisposition dienen. Selbstverständlich wird für den kommenden Wahlkampf noch weiteres Material herausgebracht werden.

Unsere Ortsvereine handeln auf jeden Fall richtig, wenn sie sich schon heute mit dem Gedanken einer kommenden Gemeindewahl vertraut machen. Wann diese Wahlen in der sowjetischen Zone stattfinden werden, kann heute noch nicht mit Sicherheit gesagt werden. Es dürfte aber zweckmäßig sein, schon heute Umschau nach geeigneten Genossinnen und Genossen zu halten, die in den kommenden Gemeindevertretungen für die Sozialdemokratische Partei tätig sein können. Sicherlich werden wir zunächst auf alte erfahrene Genossen zurückgreifen müssen. Auf keinen Fall darf aber die jüngere Generation fehlen.

Wir machen unseren Ortsvereinen den Vorschlag, schon in einer der nächsten Funktionärversammlungen das Thema Gemeindewahlen zu behandeln. Bei dieser Gelegenheit kann dann auch gleichzeitig Umschau nach befähigten Genossinnen und Genossen gehalten werden.

Es dürfte nicht notwendig sein, unseren Ortsvereinen die Bedeutung dieser Wahlen noch einmal vor Augen zu führen. Von dem Ausgang dieser Gemeindewahlen wird das politische Schicksal der deutschen Arbeiterklasse entscheidend beeinflusst werden.

Landesvorstand

gez.: W. J e s s e

Abschrift

Dokument Nr. 9

Artikel aus "Neue Hamburger Presse" vom 9. Januar 1946¹

A r t i k e l

aus der neuen Hamburger Presse vom 9. Januar 1946

SPD und Kommunisten bleiben selbständig.

Beschlüsse in Hannover und Frankfurt.

Hannover, 8. Jan.: Die Sozialdemokratische Partei in der britischen und amerikanischen Zone hat sich auf Delegiertenkonferenzen in Hannover und Frankfurt eindeutig gegen eine Vereinigung mit der kommunistischen Partei ausgesprochen.

Einstimmig nahmen in Hannover die Delegierten aus der britischen Zone eine EntschlieÙung an, die sich gegen eine Vereinigung mit der KPD wendet. Der EntschlieÙung war ein Referat des Beauftragten der SPD für die westlichen Zonen, Dr. Kurt Schumacher, und eine lebhaftige Aussprache vorausgegangen.

In der EntschlieÙung waren folgende Punkte ausgeführt:

Solange ein einheitliches Deutsches Reich politisch nicht besteht, ist auch die organisatorische Einheit der SPD nicht gegeben. Der Zentralausschuß der SPD in Berlin hat nur für die östliche Besatzungszone die Führung, die Beschlüsse in dieser Zone wären für die SPD in den westlichen Zonen nicht bindend. Die bevorstehende Einigung zwischen KPD und SPD in Berlin müÙte unter dem Gesichtspunkt der besonderen Verhältnisse und machtpolitischen Gegebenheiten in der Ostzone betrachtet werden. Die SPD kann und will nicht auf die Freiheit in ihren Entschlüssen und Urteilen verzichten und sich geistige und politische Unabhängigkeit von jeder ausländischen Macht bewahren.

In der EntschlieÙung heißt es dann weiter: In Deutschland ist die kommunistische Politik theoretisch und praktisch ebenso zusammengebrochen, wie die Politik jeder anderen Diktatur. Das ist am deutlichsten in der östlichen Zone sichtbar. Darum macht die kommunistische Führung jetzt den Versuch, die KPD unter anderem Namen mit sozialdemokratischen Kräften fortzuführen.

Die Sozialdemokratie wendet sich gegen die unwahrhaftige Darstellung, als ob es das Fehlen der organisatorischen Einheit gewesen sei, das den historischen Schuldanteil der deut-

¹ MLHA Schwerin. Landesvorstand der SPD. Nr. II/1.

schen Arbeiterklasse am Aufkommen des Nazismus verursacht habe. Die geschichtliche Schuld der deutschen Arbeiterklasse beruht darin, daß ihr kommunistischer Teil die klassenpolitische Rolle der Demokratie verkannt und zusammen mit den Nazis, den Deutschnationalen und allen anderen kapitalistischen Feinden der Demokratie den Parlamentarismus sabotiert hat. Ohne diese kommunistische Haltung wären die Nazis nicht an die Macht gekommen.

Die Erörterung der historischen, prinzipiellen und taktischen Differenzen kann erfolgreich erst dann begonnen werden, wenn die KPD ihre völlige Unabhängigkeit im Geistigen und Politischen erreicht hat. Gelingt ihr das nicht bald, dann wird die engere Notwendigkeit der Entwicklung ergeben, daß die Einigung aller Arbeitenden, die ja nicht nur im sozialdemokratischen und kommunistischen Lager stehen, in Deutschland nur im Rahmen einer großen, starken und einflußreichen Sozialdemokratischen Partei möglich ist.

Abschrift

Dokument Nr.10

Klarstellung der Machtverhältnisse zwischen Kommandant und Landrat¹

An den

Herrn Landrat des Kreises Franzburg-Barth

Wer gibt Ihnen das große Recht, wer hat Sie bevollmächtigt, mit russischen Offizieren zu kommandieren.

Nehmen Sie zur Kenntnis, daß ich von der Union der Sowjetrepublik nicht dazu hierher gestellt worden bin, um Verbrecher in führende Stellung zu stellen. Und verantworten werde ich mich vor Ihnen nicht.

Der Militär-Kommandant in
Richtenberg

Major Jakunin
23.Juli 45

¹ MLHA Schwerin. Rat des Kreises Usedom, Nr. 39.

Abschrift

Dokument Nr. 11

Belehrung des Landrats durch den 1. Vizepräsidenten Warnke¹

Der Präsident

des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Abt. Innere Verwaltung

Schwerin, den 3. August 1945

An den

Herrn Landrat des Kreises Franzburg-Barth,

Ihr Schreiben vom 25. Juli 1945 an die Landesleitung ist zuständigkeitshalber mir vorgelegt. Ich nehme an, daß Sie sich die schräge geschriebene Erklärung des Kommandanten in Richtenberg haben übersetzen lassen, gebe Ihnen aber die Übersetzung hiermit noch einmal. Ich muß Ihnen sagen, daß nicht der Kommandant in Richtenberg, sondern Sie selber ungeschickt gehandelt haben.

Wir sind keine Regierung, sondern nur Verwalter unseres Landes. Das deutsche Volk hat sich noch nicht das Recht erworben, sein Land selber zu regieren. Es hat durch seine Schuld der Welt einen Krieg aufgezwungen, und es muß sich jetzt schon gefallen lassen, daß wir regiert werden. Also im Kleinen gesehen, hat der Kommandant das Wort in Ihrem Gebiet, Sie selbst haben die Zivilverwaltung. Darum dürfen Sie auch nicht in solch einem Ton an den Kommandanten schreiben, wie Sie es in Ihrem Schreiben vom 23. 7. getan haben. Unsere Erfahrung lehrt uns, daß dort, wo wir geschickt versuchen, dem Kommandanten unsere loyale Arbeit zum Aufbau eines neuen Deutschland zu beweisen, die Kommandanten sich auch unseren Wünschen und Vorschlägen zugänglich erweisen. Wir können in der Personalbesetzung dem Kommandanten nur unsere Vorschläge unterbreiten. Und wenn Sie bei dem örtlichen Kommandanten mit Ihren Vorschlägen nicht durchdringen, dann können Sie versuchen, beim Kreiskommandanten eine Unterstützung zu erwirken. Aber dem Kommandanten zu verbieten, ohne Ihre Genehmigung einen Bürgermeister abzusetzen, soweit geht unsere Macht nicht. Die Bürgermeister unterstehen in der Zivilverwaltung dem Landrat, aber sie unterstehen direkt dem Kommandanten. Also für die Zukunft bitte ich, in einem anderen Ton dem Militär-Kommandanten gegenüber aufzutreten, um irgendwelche Komplikationen zu vermeiden.

Vor einiger Zeit hatten Sie in einem Telegramm erklärt, Sie würden die Verantwortung wegen der Einbringung der Ernte wegen einer Maßnahme des Kommandanten ablehnen. Auch ein solches Telegramm ist in der augenblicklichen Zeit nicht am Platze. Wir kennen unsere Pflicht, trotz aller Schwierigkeiten. Verantwortung ablehnen, heißt Fahnenflucht.

Ich nehme an, daß Sie inzwischen eingesehen haben, daß auf diese Weise dem deutschen Volke nicht geholfen werden kann.

Der Präsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Abt. Innere Verwaltung

gez. Warnke

Mit 1 Anlage

¹ MLHA Schwerin. Rat des Kreises Stralsund, Nr 39.

Abschrift

Dokument Nr. 12

Entschließung des Zentralausschusses der SPD vom 15. Januar 1946¹

Der Zentralausschuß beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 15. Januar 1946 mit den Auswirkungen der Beschlüsse der gemeinsamen Konferenz mit der KPD vom 20./21.12.45 und prüfte eingehend die Frage, ob die Stellungnahme der SPD Konferenzen in Frankfurt a/Main und Hannover geeignet sind, eine Änderung seiner Stellungnahme herbeizuführen.

Der Zentralausschuß bekennt sich einmütig zu der Auffassung, die er bisher vertreten hat. Er erklärt dazu, daß eindeutiger Bestandteil der Vereinbarung zwischen SPD und KPD, die zur Entschließung vom 20./21.12.45 führte, folgende Punkte sind:

- 1) Keine organisatorische Vereinigung beider Arbeiterparteien im Bereich von Bezirken, Provinzen, Ländern oder einer Besatzungszone.
- 2) Die Herstellung der organisatorischen Einheit kann nur durch Beschluß eines Reichsparteitagés erfolgen.
- 3) In logischer Konsequenz daraus treten beide Parteien bei etwaigen Wahlen mit getrennten Listen auf.
- 4) Jede gegenseitige Bekämpfung beider Parteien muß unterbleiben, vielmehr die Zusammenarbeit im Geiste der Kameradschaftlichkeit und Gleichberechtigung auf jeden Fall sichergestellt werden.

Der Zentralausschuß ersucht alle Landes- und Bezirksvorstände, an keinerlei Beschlüssen mitzuwirken, die den vorstehenden Feststellungen widersprechen oder auch Zweifel daran zulassen. Die Landes- und Bezirksvorstände werden weiter ersucht, den Mitgliedern unserer Partei schnellstens von dieser Stellungnahme Kenntnis zu geben.

Der Zentralausschuß erklärt wiederholt seine Bereitschaft, die Zusammenarbeit mit der KPD nach klaren, auch weiterhin zentral zu vereinbarenden Richtlinien fortzusetzen und zu vertiefen mit dem Ziel einer baldigen Vereinigung beider Parteien in ganz Deutschland.

¹ MLHA Schwerin. BPA Schwerin, Nr. III/1.

Abschrift

Dokument Nr. 13

Brief von Berliner Sozialdemokraten an den Landesvorstand der SPD Mecklenburg-Vorpommern¹

Berlin, den 25. März 1946

Werte Genossen!

Der Brief des Mecklenburger Vorstandes ist heute bei uns in der Zeitung "Das Volk" erschienen. Im einzelnen darauf einzugehen erübrigt sich. Folgendes ist festzustellen: Trotz Verschwendung erheblicher Geldmittel und großer Papiermengen ist nicht nur in den 12 Berliner Kreisen, die nicht in der Sowjetzone liegen, sondern auch in den 6 Kreisen der Sowjetzonen klar zu erkennen, daß die übergroße Mehrheit der Mitglieder die Vereinigung ablehnt.

Uns liegen in Berlin Berichte aus vielen Orten in Thüringen, Mecklenburg, Sachsen, Halle usw. vor, die besagen, daß auch dort die Mitglieder in der Mehrheit gegen eine sofortige Vereinigung sind.

Es ist bedauerlich, daß Ihr als führende Funktionäre nicht informiert seid, wie die Stimmung ist, sondern Euch ohne Widerstand dem mehr oder weniger starken Druck fügt. Es wird die Zeit kommen, da Ihr diesen Euren Schritt bitter bereuen werdet.

Wir erlauben uns, Euch Unterzeichneten diesen Brief zu schicken, nur Eurem Landesvorsitzenden nicht. Der hat sich bei uns Berlinern derart unbeliebt gemacht, daß es keiner weiteren Worte bedarf. Auch in dem einzigen russischen Bezirk, der 90 % für die Vereinigung ist, dem Bezirk Friedrichshain, ist Euer Landesvorsitzender so unangenehm aufgefallen, daß er kaum ein 2. Mal dort reden kann.

Wenn wir diesen Brief nicht unterzeichnen, dann aus dem Grunde, weil wir ebenfalls im russischen Sektor Berlins zu Hause sind und schon genügend Erfahrung haben, was Demokratie und Druck bedeuten.

Nehmt zum Schluß nochmals zur Kenntnis, daß die übergroße Mehrheit der Berliner Genossen in allen Bezirken im freien Entschluß die sofortige Vereinigung ablehnt und daß wir weiterhin der Ansicht sind, daß die Einigung nicht eine Stärkung sondern eine Schwächung der gesamten Arbeiterschaft bedeutet.

¹ MLHA Schwerin. BPA Schwerin, Nr. II.

Abschrift

Dokument Nr. 14

EntschlieÙungen der ersten gemeinsamen Funktionärsversammlung von KPD und SPD in Wis-
mar¹

EntschlieÙung Nr. 1

Die am 5. 1. 1946 in Wismar versammelten Funktionäre beider Arbeiterparteien, der SPD und der KPD des Kreises Wismar, begrüÙen die EntschlieÙung des Zentralausschusses der SPD und des Zentralkomitees der KPD vom 21. Dezember 1945.²

Beide Parteien wollen durch gemeinsame Funktionär- und Mitgliederversammlungen, auf denen wichtige Fragen behandelt und gelöst werden sollen, die Voraussetzungen zur baldigen organisatorischen Vereinigung beider Arbeiterparteien schaffen.

Wir, die Vertreter der SPD und der KPD, sind der Auffassung, daß nur eine einheitliche Arbeiterpartei die Gewähr dafür bietet, daß sich die Fehler von 1918 und 1933 nicht wiederholen.

Wir begrüÙen die Einheit beider Parteien, um dadurch einen schnellen Wiederaufbau eines wirklich antifaschistisch-demokratischen Deutschlands zu gewährleisten.

Für die Sozialdemokratische

Für die Kommunistische Partei:

Partei:

Moritz, Laskowski, Buchholz

Hollert, Willbrandt, Härtel

EntschlieÙung Nr. 2

Die am 5. 1. 1946 in Wismar versammelten Funktionäre des Kreises Wismar der SPD und der KPD fordern in ihrer Gesamtheit die strengste Bestrafung der Kriegsverbrecher, die in Nürnberg auf der Anklagebank sitzen. Auf Grund der furchtbaren Verbrechen, die diese Bestien in Menschengestalt auf ihrem Gewissen haben, fordern wir die Todesstrafe durch den Strang.

Für die SPD

Für die KPD

Moritz, Laskowski, Buchholz

Hollert, Willbrandt, Härtel

¹ MLHA Schwerin. BPA Schwerin Nr. III/1.

² Gemeint ist die gemeinsame Konferenz des ZA der SPD und des ZK der KPD mit den Vertretern der Bezirke beider Parteien - "Erste Sechziger Konferenz".

Abschrift

Dokument Nr. 15

Konstituierung eines Arbeitsausschusses von SPD und KPD in Rostock¹

Arbeitsausschuß der KPD und SPD in Rostock

Am 19. Juli 1945 haben wir Vertreter der SPD und KPD einen gemeinsamen Arbeitsausschuß gebildet.

Dieser Arbeitsausschuß soll zweimal monatlich zusammentreten, bei besonderen Anlässen jedoch öfter.

Der Vorsitz wird abwechselnd geführt.

Der Arbeitsausschuß soll nicht die politische Arbeit der Parteien ersetzen, sondern sie wirkungsvoller und durchschlagender gestalten. Die organisatorische und politische Selbständigkeit bleibt aufrechterhalten.

Als vordringlichste Aufgabe betrachtet der Ausschuß:

Beseitigung aller aktiven Kräfte der Nazis und der Kriegsverbrecher aus allen Zweigen des öffentlichen Lebens.

Gemeinsamer Aufbau der Stadtverwaltung auf demokratisch-parlamentarischer Basis und sofortige energische Maßnahmen zur Demokratisierung der Verwaltung.

Gemeinsame Vertretung der Interessen des schaffenden Volkes. Vorbereitung und Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen und gegenseitige Unterstützung bei der Arbeit der einzelnen Parteien.

Beide Parteien sind überein gekommen, Mitglieder nur nach eingehender Prüfung ihrer Vergangenheit aufzunehmen. Bei strittigen Fragen entscheidet der Ausschuß.

Die Ernährung des deutschen Volkes im kommenden Winter muß unter allen Umständen gesichert werden. Deshalb werden beide Parteien ihre Anhänger aufrufen, alle Maßnahmen zur Durchführung des Ernteeinsatzes energisch zu unterstützen.

Beide Parteien verpflichten sich, in ständigem Einvernehmen und mit allen ihren Kräften den Aufbau der Gewerkschaften tatkräftig zu fördern.

Die Pflege des kameradschaftlichen Geistes der Mitglieder untereinander machen sich beide Parteien zur Pflicht.

Rostock, den 19. Juli 1945

Für die Sozialdemokratie:

Für die Kommunistische Partei:

Albert Schulz

Willi Bredel

Alfred Starosson

Josef Schares

Walter Schultz

Hermann Spreche

¹ MLHA Schwerin. BPA Schwerin, Nr. III/1.

Abschrift

Dokument Nr. 16

Haltung der Blockparteien zur Bodenreform¹

Erklärung der vier antifaschistisch-demokratischen Parteien zur Bodenreform

Die Entmachtung des feudalen Großgrundbesitzes ist eine wesentliche Voraussetzung für die friedliche demokratische Entwicklung in Deutschland. Mit der demokratischen Bodenreform soll eine alte Bauernforderung endlich verwirklicht werden.

Diese Reform ist um so dringlicher, als infolge der verbrecherischen Kriegspolitik und Kriegführung Hitlers 100 000 deutscher Bauern Hof und Boden, Vieh und Fahrnis verloren haben. Hunderttausende liegen heute mit Weib und Kind buchstäblich als Bettler auf der Landstraße. Durch die restlose Enteignung der Kriegsverbrecher und aktivistischen Nazis und die Aufteilung des Besitzes der großen Feudalherren muß diesen Opfern der Hitlerpolitik geholfen werden.

Diese Maßnahmen sind ferner eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit. Die nazistische Kriegswirtschaft und die gewissenlose Verwandlung des deutschen Bodens in einen Kriegsschauplatz haben die deutsche Landwirtschaft an den Rand des Ruins gebracht. Die Ernährung des deutschen Volkes ist in schwerer Gefahr. Nur der schleunige Wiederaufbau der Landwirtschaft vermag die Bevölkerung Deutschlands vor der Hungersnot zu bewahren. Nur freie Bauern auf freier Scholle werden in einem neuen demokratischen Deutschland unserem Volke sein tägliches Brot beschaffen.

Von diesen Erwägungen ausgehend fordern die in der Einheitsfront zusammengeschlossenen 4 antifaschistisch-demokratischen Parteien ihre Anhänger auf, alles zu tun, damit die Bodenreform durchgeführt wird.

die Bodenreform soll eine gerechte Bodenverteilung und eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion herbeiführen. Sie bedeutet gleichzeitig einen entscheidenden Schritt zur friedlich-demokratischen Erneuerung unseres sozialen Lebens. Die antifaschistisch-demokratischen Parteien rufen daher alle Bauern und Landarbeiter und das gesamte Landvolk dazu auf, durch ihre Mitarbeit in Gemeinden, Kreisen und Provinzen zum Gelingen dieses großen Reformwerkes beizutragen. Die demokratische Bodenreform soll vor allem auch Kriegsvertriebenen und sonstigen Opfern des Hitlersystems wieder eine im deutschen Boden wurzelnde Heimat geben, sie soll den Grund legen für eine glücklichere, friedliche, vor Not und Hunger geschützte deutsche Zukunft.

¹ MLHA Schwerin. Mecklenburgische Landgesellschaft, Nr. 465/12.

Abschrift

Dokument Nr. 17

Weisung des Präsidenten der Landesverwaltung zur Durchführung der Bodenreform (Auszug)

Der Präsident
des Landes Mecklenburg-Vorpommern
Abt. Innere Verwaltung
Landeskommission für die Bodenreform

Schwerin, den 3. Okt. 1945

An

alle Landräte,

alle Vorsitzenden der Kreiskommissionen für die Bodenreform.

In allen Kreisen sind die Vorbereitungen zur Durchführung der Bodenreform zum größten Teil beendet. Leider liegen noch keine Meldungen aus den Kreisen des Ostens unseres Landes über bereits durchgeführte Aufteilungen vor. Als Lehre für die bis heute durchgeführten rund 50 Aufteilungen ergibt sich folgendes:

1. Die Neuartigkeit dieser Arbeit hat bei einigen verantwortlichen Mitarbeitern eine gewisse Ängstlichkeit ausgelöst. Sie wagen sich nicht recht mit Mut und Schwung an die Arbeit heran. Aber dort, wo die Arbeit in Angriff genommen ist, sind diese betreffenden Männer durch die Begeisterung der Bauern derart mitgerissen, daß jetzt die Arbeit in diesen Gebieten mit viel mehr Elan weitergeführt wird. Deshalb muß nach gründlicher Vorbereitung überall schnellstens mit der Aufteilung begonnen werden; und entsprechend unseren früheren Anweisungen sind hierzu die verantwortlichen Kräfte aus der Verwaltung des Landratsamtes und aus den antifaschistischen Kreisen heranzuziehen.
2. Wir verweisen nochmals auf unsere Anweisung, daß die Landarbeiter unbeeinflusst von den früheren Besitzern über ihr Schicksal entscheiden sollen. Darum müssen die früheren Besitzer für die Dauer der Durchführung der Bodenreform von den Höfen verwiesen werden. Ihr persönliches Eigentum können die Betreffenden natürlich mitnehmen. Sie dürfen aber nicht einfach verwiesen werden, sondern man muß ihnen sagen, wo sie Unterkunft finden, wenn sie nicht zu Verwandten oder Bekannten ziehen wollen. Man stellt ihnen einen Wagen zur Verfügung, auf welchen sie ihre Sachen laden, und schickt sie nach dort hin. Natürlich bleibt das Fuhrwerk im Besitz des enteigneten Gutes und unterliegt mit der Beschlagnahme und späteren Aufteilung. ...
4. Wegen derjenigen Besitzer, die wirklich als Antifaschisten anzusprechen sind, verweisen wir auf die Verordnung und die 1. Ausführungsbestimmung. Danach müssen diejenigen, die als Antifaschisten anzusprechen sind, einen Antrag an die Kreiskommission stellen. Die Kreiskommission muß die Angelegenheit ernstlich prüfen und dann einen Beschluß fassen, den sie der Landeskommission sofort zuleitet. Die Kreiskommission kann in die-

sem Fall ohne weiteres die Aufschiebung der Aufteilung bis zur Anweisung der Landeskommission veranlassen. Es geht aber nicht an, daß die Kreiskommission einfach den Antrag des betreffenden Besitzers an uns weiterleitet. Die Kreiskommission muß einen Beschluß fassen. ...

Landeskommission für die Bodenreform

gez. Warnke.

Abschrift

Dokument Nr. 18

Antrag auf Entnazifizierung¹

Wustrow, den 17. April 1946

Ostseebad Wustrow

An den

Landesausschuß des Blocks der antifasch. Parteien

in S c h w e r i nBetr.: Politische Bereinigung nomineller Pgs.²

Ich bitte den Landesausschuß des Blocks der antifaschistischen Parteien um eine Bescheinigung über meine politische Tragbarkeit. Diese Entscheidung brauche ich für meine Wiedereinstellung in den Zolldienst, aus dem ich laut Verfügung des Herrn Vorstehers des Hauptzollamts Seestadt Rostock v. 22.9.45 wegen meiner Zugehörigkeit zur früheren NSDAP entlassen wurde. Laut Anordnung der Alliierten Kommandantur können nominelle Pgs. sich jedoch auf Antrag durch die antifaschistischen Ausschüsse bereinigen lassen und dann weiter beschäftigt werden.

Ich gehöre seit 1937 der früheren NSDAP. an, habe mich aber nie politisch betätigt, insbesondere habe ich keine Funktionen irgendwelcher Art in der Partei gehabt oder mich sonst irgendwie für den Nationalsozialismus eingesetzt. Im Gegenteil, ich habe oft meinem Mißfallen über Führung und Partei Ausdruck gegeben. Die beglaubigte Abschrift einer Bescheinigung des hiesigen antifaschistischen Blocks über diese meine politische Einstellung füge ich diesem Antrag bei.

Bemerken möchte ich noch, daß meine Ehefrau sich überhaupt nicht politisch betätigt hat. Sie hat weder der Partei noch einer ihrer Gliederungen oder Nebenorganisationen angehört.

Ich bitte daher nochmals um eine Bescheinigung über meine politische Tragbarkeit bzw. Bereinigung und um Bescheinigung, daß ich bei der Finanzverwaltung des Landes Mecklenburg-Vorpommern wiederbeschäftigt werden kann. Für einen baldigen Bescheid wäre ich besonders dankbar.

Hochachtungsvoll!

1 Anlage: Begl. Abschr. des Antifa-Ausschuß-Entscheids v. 15.4.46.

¹ MLHA Schwerin. BPA Schwerin, ohne Signatur.

² Name des Antragstellers wurde aus Gründen des Datenschutzes nicht genannt.

Abschrift

Dokument Nr. 19

Bescheid über die Enteignung nach Befehl Nr.124 der SMAD¹

Bescheid

Die Landeskommission für Sequestrierung und Beschlagnahme (gemäß Befehl Nr. 124 der SMAD), die sich aus

2 Vertretern der SED
 2 Vertretern der CDU
 2 Vertretern der LDP
 2 Vertretern des FDGB
 2 Vertretern der Industrie- und
 2 Vertretern der Handwerkskammer
 sowie der Landeregierung

zusammensetzte, hat Sie mit Ihrem Lichtspieltheatervermögen auf Liste A (Enteignung) mit folgender Begründung verwiesen:

Obwohl Sie der NSDAP nicht angehörten, haben Sie den Nazisten das Ihnen gehörige Lichtspieltheater für deren faschistische Propaganda zur Verfügung gestellt. Sie wurden daher aus Profit- mindestens aber aus Erwerbsgründen zum Propagandisten für die nazistische Zielsetzung und fallen somit in den Personenkreis des Befehls 124.

Gemäß § 2 des Gesetzes zur Sicherung des Friedens in Verbindung mit §§ 1 ff. der I. Durchführungsverordnung zu diesem Gesetz ist Ihr Lichtspieltheatervermögen in das Eigentum des Landes Mecklenburg übergegangen.

Die Enteignung bezieht sich auf alle Werte Ihres betrieblichen Kinovermögens, wie Apparatur, Bestuhlung und sonstige Einrichtungsgegenstände, die zu dem Betrieb des Kinos gehören, sowie auf den grundstückseigenen Teil, auf dem das Lichtspieltheater als Zweckbau errichtet wurde.

Nach § 9 des Gesetzes Nr. 4 zur Sicherung des Friedens ist jede Verfügung über die enteigneten Vermögenswerte untersagt. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis nicht unter einem Jahr und mit Gefängnis in unbeschränkter Höhe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Bereits getroffene Verfügungen sind gemäß § 5 der I. Durchführungsverordnung nichtig.

Diese Mitteilung erfolgt gemäß § 5 der I. Durchführungsverordnung zum Gesetz Nr. 4.

Dieser Bescheid ist endgültig.

Schwerin, den 11.6.194

Der Ministerpräsident

Landesregierung Mecklenburg

gez. Höcker

Der Minister für Innere Verwaltung

¹ MLHA Schwerin. Rat des Kreises Parchim, ohne Sign.

Abschrift

Dokument Nr. 20

Schreiben des Landesverbandes der CDU zur Zusammensetzung des Personals der Landratsämter¹

Christlich-Demokratische Union

Schwerin, den 11. Juni 1947

Landesverband Mecklenburg-Vorpommern Schloß-Str. 12

Schwerin, Schloß-Str. 12

An den

Kreisverband der

Christlich-Demokratischen Union

Parchim

Die Hauptgeschäftsstelle der CDU empfiehlt im Interesse einer guten Zusammenarbeit der Blockparteien in allen vergleichbaren Fällen nach Maßgabe nachstehender EntschlieÙung vorzugehen.

Betrifft: Personalpolitik in der Kreisverwaltung

Die Frage der Zusammensetzung des Personals in der Kreisverwaltung, insbesondere der Landratsämter, bereitet vielfach Schwierigkeit, da die parteipolitische Zusammensetzung meist nicht dem Anteil der Parteien nach Maßgabe der Kreistagswahlen entspricht, sondern häufig eine einseitige Bevorzugung einer bestimmten Partei bedeutet.

Diese Frage hat auch den Weimarer Kreistag beschäftigt, der eine EntschlieÙung gefaÙt hat, die von grundsätzlicher Bedeutung ist. Es hatte sich ergeben, daß die LDP und die CDU innerhalb des Personals des Landratsamtes nicht so stark vertreten sind, wie sie es gemäß den Wahlergebnissen sein müÙten. Es wurde eine EntschlieÙung gefaÙt, die das erforderliche Gleichgewicht sicherstellen soll. Diese EntschlieÙung hat folgenden Wortlaut:

Bei Einstellungen soll grundsätzlich die fachliche Eignung entscheidend sein. Alle Einstellungen und Entlassungen - mit Ausnahme der physischen Kräfte (Handarbeiter) - dürfen nur mit Zustimmung des Personalausschusses vorgenommen werden. Sofort nötig werdende Einstellungen sollen von der Personalabteilung vorgenommen und nachträglich die Zustim-

¹ MLHA Schwerin. BPA Schwerin, ohne Sign.

mung des Personalausschusses dazu eingeholt werden. Fristlosen Entlassungen sind gegebenenfalls vom Personalamt auszusprechen, bedürfen aber der nachträglichen Zustimmung des Personalausschusses. Liegen gleichwertige Bewerbungen von Angehörigen verschiedener Parteien vor, so sind zunächst Angehörige der LDP und CDU bevorzugt einzustellen."

Es ist festzustellen, daß diese EntschlieÙung einstimmig mit den Stimmen der SED angenommen wurde, die damit die Notwendigkeit einer sofortigen Befriedigung der beiden anderen Parteien anerkannt hat.

Bei der Ausschreibung freierwerdender Stellen sollen diese Posten in der Presse ausgeschrieben und den Parteien rechtzeitig zur Kenntnis gebracht werden.

F.d.R.	Mit Unionsgruß!
(Warning)	Vorsitzender
Landesgeschäftsführer	gez. Lobedanz

Abschrift

Dokument Nr. 21

Protokoll

zur 8. Sitzung des Verfassungs-Ausschusses am 15.1.1947

10.00 Uhr¹

Vorsitz: Abgeordn. J ö h r e n (CDU)

Anwesende: Abgeordn. Gniffke (SED)
 Abgeordn. Bürger (SED)
 Abgeordn. Forgbert (SED)
 Abgeordn. Schultz (SED)
 Abgeordn. Fuchs (SED)
 Abgeordn. Bick (SED)
 Abgeordn. Dr. Neubeck (CDU)
 Abgeordn. Dr. Lobedanz (CDU)
 Abgeordn. Dr. Koch (CDU)
 Abgeordn. Sieglerschmidt (LDP)
 Abgeordn. Goldenbaum (VdgB)

Ministerpräsident H ö c k e r

Herr Ministerpräsident Höcker unterbreitete dem Verfassungsausschuß eine Vorlage betr. Todesstrafe.

Bis zur endgültigen Annahme eines Gnadengesetzes einigte man sich über diese Vorlage dahingehend, daß zunächst ein besonderer Ausschuß, bestehend aus dem Herrn Ministerpräsidenten, dem Herrn Landtagspräsidenten und je einem Vertreter der im Landtag vertretenen Fraktionen, über Bestätigung oder Begnadigung bei Todesurteilen entscheiden soll. Sollte dieser Ausschuß zu keiner Einstimmigkeit kommen, so soll der Rechtsausschuß in seiner Gesamtheit entscheiden.

Man diskutierte zunächst die Frage des Religionsunterrichts durch Lehrer. Die Vertreter der CDU wünschen die Aufnahme folgenden Artikels "kein Lehrer darf gezwungen oder gehindert werden, außerhalb der Dienstzeit Religionsunterricht zu erteilen." Die Vertreter der SED machten einen Erweiterungsvorschlag folgender Fassung "alle im öffentlichen Dienst

¹ MLHA Schwerin. Landtag Mecklenburg 1946-1952, Bl. 17/18.

Beschäftigten bedürfen zur Erteilung des Religionsunterrichts außerhalb ihrer Dienstzeit keiner Genehmigung ihrer vorgesetzten Behörde."

Diese Formulierung wurde einstimmig angenommen. Die Nummer dieses Artikels ergibt sich später in der redaktionellen Bearbeitung des Gesamtentwurfes.

Artikel 100

Unter dieser vorläufigen Nummer wurde nochmals die Forderung der CDU bez. LDP auf Schaffung eines Staatsgerichtshofes diskutiert. Der Vorschlag der CDU auf Einrichtung eines Staatsgerichtshofes wurde mit 6 zu 4 Stimmen abgelehnt. Der Vorschlag der LDP auf Schaffung eines Verwaltungsrats wurde mit 6 zu 3 Stimmen abgelehnt.

gez. Bick

Abschrift

Dokument Nr. 22

Rückgabe des Landtagsmandats von Hermann Witteborn nach seiner Flucht in den Westen¹

E r k l ä r u n g

Ich erkläre hiermit, daß ich mein Landtagsmandat beim Mecklenburgischen Landtag niederlege und der Sozialistischen Einheitspartei zur Verfügung stelle.

Meine dem Landtagsbüro gegebene gegenteilige Erklärung ist hiermit hinfällig.

Hermann Witteborn

Groß-Zecher, den 10. Dezember 1947

¹ MLHA Schwerin. BPA Schwerin, Nr. IV/L/2/3/134.

Abschrift

Dokument Nr. 23

Über die Freilassung von Albert Schulz aus NKWD-Haft¹

WILHELM PIECK Berlin N 5, den 28.7.1947
Lothringer Straße 1

Landesvorstand der SED Mecklenburg

S c h w e r i n

Werte Genossen!

Die Entlassung des Rostocker Bürgermeisters, unseres Genossen Schulz, aus dem Gefängnis ist, wie mir von der zuständigen Stelle mitgeteilt wird, auf meinen ausdrücklichen Wunsch erfolgt, obwohl Genosse Schulz einen schweren Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen begangen hat. Ich hoffe, daß die Entlassung auch etwas zur Beruhigung der Genossen beiträgt.

Mit den besten Grüßen

W. Pieck

i.A. E. Winter

¹ MLHA Schwerin. BPA Schwerin, Nr. IV/L/2/3/134.
Das große Ansehen von Albert Schulz in der Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns veranlaßte Pieck zu dieser Entscheidung.

Abschrift

Dokument Nr. 24

Gesetzentwurf der CDU zur Verfolgung von Verbrechen gegen die demokratische Staatsform und Grundrechte der Staatsbürger¹

Christlich - Demokratische
U n i o n
Landtagsfraktion

Schwerin/M., den 28. März 1947

An den

Herrn Präsidenten
des Landtages Mecklenburg
(8) Schwerin/M.

Die Landtagsfraktion der Christlich-Demokratische Union bringt folgenden Gesetzentwurf ein mit der Bitte, ihn dem Landtag zur Beschlußfassung vorzulegen.

§ 1

Alle Bestrebungen, die demokratische Staatsform und die Grundrechte der Staatsbürger zu beseitigen oder einzuschränken, werden als Verbrechen oder Vergehen gegen die Verfassung bestraft.

§ 2

Strafbar sind insbesondere:

1. Die Teilnahme an einer Vereinigung oder Verabredung, welche die in der Landesverfassung verankerte Staatsform und die Grundrechte beseitigen oder einschränken will, und ihre Unterstützung durch Rat, Geld oder Waffen.
2. Angriffe auf Leib und Leben der Mitglieder der Landesregierung, des Landtages, leitender Beamter der politischen Körperschaften und führenden Personen der anerkannten Parteien und Organisationen.
3. die öffentliche Verherrlichung und Billigung der in § 1 verbotenen Bestrebungen.

¹ MLHA Schwerin. BPA Schwerin, Nr. IV L/2/13/627.

4. die Öffentliche Herabwürdigung und Beschimpfung der demokratischen Staatsform, der Grundrechte der Bürger und der Mitglieder der Landesregierung und des Landtages.

§ 3 Strafen sind: Todesstrafe, Zuchthaus oder Gefängnis nicht unter einem Jahr.

Anstelle von Freiheitsstrafen kann auf Zwangsarbeit bis zu 10 Jahren erkannt werden.

Als Nebenstrafen sind Vermögensentziehung, Geldstrafen in unbegrenzter Höhe, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte und Stellung unter Polizeiaufsicht zulässig.

§ 4

Ist in Verfolgung der verbotenen Bestrebungen eine Tötung begangen oder versucht worden, so muß der Täter zum Tode verurteilt werden.

§ 5

Für die Aburteilung strafbarer Handlungen aus diesem Gebiet ist das Schwurgericht zuständig.

Christlich-Demokratische Union
Landtagsfraktion

gez. Dr. Kaltenborn
Stellvertretender Fraktionsführer

Abschrift

Dokument Nr. 25

Aus einer Denkschrift der Alliierten zur Internierung - Arbeitsübersetzung aus dem Russischen¹

DENKSCHRIFT

... Im November 1943 wurde auf Initiative W. Churchills die von den führenden Repräsentanten der UdSSR, der USA und Großbritanniens unterzeichnete "Deklaration über die Verantwortung der Hitlerfaschisten für verübte Grausamkeiten" veröffentlicht, in der unterstrichen wurde, daß deutsche Offiziere, Soldaten und Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, die für Grausamkeiten, Morde und Hinrichtungen in den von ihnen okkupierten Ländern verantwortlich sind, in Übereinstimmung mit den Gesetzen der von der deutschen Besetzung befreiten Länder verurteilt und bestraft werden. ...

Im Laufe der Besetzung Deutschlands durch die Hauptverbündeten der Antihitlerkoalition wurden auf seinem Gebiet verschiedene Lager für Personen eingerichtet, die verdächtigt wurden, Verbrechen und andere Delikte gegen die alliierten Armeen oder die Bevölkerung begangen zu haben. Derartige Lager existierten in allen Besatzungszonen Deutschlands. Um ein einheitliches Herangehen bei der Bewertung der Handlungen der o.g. Personen zu gewährleisten, verabschiedete der Alliierte Kontrollrat, der die oberste Macht in Deutschland ausübte, am 20. Dezember 1945 das Gesetz Nr. 10 "Über die Bestrafung von Personen, die wegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden und gegen die Menschlichkeit schuldig sind." Demzufolge hatte jede Besatzungsmacht das Recht, in ihrer Zone "jede beliebige Person zu verhaften, die verdächtigt wurde, Verbrechen begangen zu haben" sowie das Recht, Gerichtshöfe zu bilden und ihre Prozeßordnung festzulegen. ...

Insgesamt wurden auf dem Territorium der Sowjetischen Besatzungszone in verschiedener Zeit zehn Lager eingerichtet, die die Ordnungsnummern 1 - 10 erhielten und entsprechend in den Städten Mühlberg, Buchenwald, Berlin, Bautzen, Fürstenwalde (Ketschendorf), Lieben - Rose, Sachsenhausen - Oranienburg, Torgau, Neubrandenburg disloziert waren. Mit der Abnahme der Anzahl der Häftlinge wurden die Lager aufgelöst bzw. zusammengelegt. Bis zum Jahre 1948 verblieben drei Lager (Nr. 1 Sachsenhausen - Oranienburg, Nr. 2 in Buchenwald, Nr. 3 in Bautzen). Das letzte Lager wurde im März 1950 aufgelöst. ...

Sowjetische Archivadokumente belegen, daß in den genannten Lagern in der Zeit ihres Bestehens von 1945 bis 1950 122.671 Deutsche einsaßen, von denen 45.262 wieder auf freien Fuß gesetzt wurden. 14.202 Häftlinge wurden dem MdI der DDR übergeben. 12.770 Personen wurden in die UdSSR gebracht. 6.680 Personen wurden in Kriegsgefangenenlager überführt. 212 Häftlinge flüchteten. In der gesamten Zeit verstarben nach vorhandenen Angaben 42.889 Personen in Folge von Krankheit, vor allem in den Jahren 1945 - 1947. Durch das Militärgericht wurden 756 Personen zum Tode verurteilt. Hinweise auf Grabstätten wurden in den Archiven nicht gefunden. ...

¹ Aus dem Besitz des Autors. Verfasser der Denkschrift ist nicht bekannt.

Abschrift

Dokument Nr. 26

Aus einer Richtlinie zur Versorgung von Häftlingen in den Sonderlagern.¹

Arbeitsübersetzung aus dem
Russischen

Geheim

Exp. Nr.

"Bestätigt"

STV. DES OBERBEFEHLSHABERS
DER SOWJETISCHEN MILITÄR-
ADMINISTRATION IN DEUTSCH-
LAND

GENERAL - OBERST

¹ Aus dem Besitz des Autors

NORMEN

DER VERSORGUNG VON HÄFTLINGEN IN DEN SONDERLAGERN

vom 1. November 1946 (Mengenangaben in Gramm)

Bezeichnung der Lebens- mittel	Kriegs- gefan- gene Offi- ziere	Kriegs- gefan- gene Solda- ten	Häftlinge		Kranke
			Arbei- tende	nicht Arbei- tende	
Schwarzbrot	500	400	400	300	500
Graupen - Mehl	130	35	35	35	80
Kartoffeln	400	400	400	400	400
Zucker	40	20	20	15	20
Fleisch-Fisch	100	40	40	40	100
Fette	25	10	10	10	25
Kaffee-Ersatz	5	5	5	5	5
Salz	30	30	30	30	30
Gemüse	200	200	200	200	200
Essig	2	2	2	2	2
Seife (Monat)	100	100	100	100	100
Waschpulver(M)	250	250	250	250	250
Zigaretten	15	-	-	-	10
Streichhölzer	3	-	-	-	3

Anmerkung: Offiziere und sich in Krankenhäusern befindliche Kranke erhalten zu Lasten der Brotnorm 200 gr. Weißbrot

STV. DES LEITERS DER
VERWALTUNG HANDEL
UND VERSORGUNG
DER SMA IN DEUTSCHLAND

LEITER DER ABTEILUNG
SONDERLAGER UND
GEFÄNGNISSE DER SMAD

OBERSTLEUTNANT
gez. Schumilin

OBERST
gez. Swiridow

Abschrift

Dokument Nr. 27

Bitte um Freilassung inhaftierter Jugendlicher¹

A b s c h r i f t

Sozialistische Einheitspartei

Deutschlands

Ortsgruppe Wittenburg Wittenburg, d. 8. Mai 1946

An den

Herrn Bürgermeister

in

W i t t e n b u r g

In der Anlage überreichen wir fünf Anträge mit der Bitte um weitere Veranlassung.

Es handelt sich hierbei um die seit Juli 1945 in Neubrandenburg inhaftierten Jugendlichen:

1. Arnold Ph., geb. 31.1.30
2. Günther, E., geb. 14.6.29
3. Wilfried Sch., geb. 14.9.29
4. Robert St., geb. 28.6.29
5. Hans-Jürgen Sch., geb. 5.9.29 ²

Die Eltern dieser Kinder sind fast sämtliche politisch organisiert. Besonders Ph. ist ein alter Genosse von vor 1933. Er ist auch heute wieder aktiv tätig und einer unser besten Mitarbeiter. Ebenso die Eltern des Günther E.. Es ist für die Eltern besonders schwer, weil durch Denunziation eines H.J.-Führers ausgerechnet die proletarischen Kinder von der Verhaftung betroffen wurden. Wir als Partei bitten um Freilassung der Inhaftierten, weil nach genauer Prüfung die Gewähr gegeben ist, daß die Kinder von den Eltern im sozialistischen Sinne erzogen und zum Neuaufbau des demokratischen Deutschland richtig eingesetzt werden.

gezeichnet:

W i c h t, K ä t z l e r

¹ MLHA Schwerin. BPA Schwerin, Nr. IV/L/2/3/134.

² Namen aus Gründen des Datenschutzes anonymisiert.

Abschrift

Dokument Nr. 28

Aus dem Protokoll einer Befragung des stud. jur. Arno Esch zu einer Vorlesung des Prof. Dr. Strasser an der Juristischen Fakultät Rostock¹

Der Dekan der Juristischen Fakultät Rostock, den 16.2.1949

P r o t o k o l l

Bestellte erscheinen und geben nach Bekanntgabe des Grundes der Vorforderungen an:

Z.P.: Karl, Arno Esch, 21 Jahre alt, Student der Rechte im 6. Studiensemester, wohnhaft Rostock, Lagerstr. 42.

Z.S.: Ich bin Teilnehmer an der Vorlesung von Herrn Professor Dr. Strasser vom 8.2.1949. Genau, was Herr Schwarz in seinem Referat ausgeführt hat, kann ich heute nicht mehr angeben. Ich entsinne mich nur an zweierlei: einmal, daß er von einem Trauerhause gesprochen hat; aber ich dächte, er hätte das in der Art gesagt: "daß der Sozialismus die Zeremonie eines Trauerhauses wäre." 2 Das andere ist, daß er gesagt hat, "Marx höre dort auf zu denken, wo die anderen Philosophen damit anfangen. Dabei kann ich mich nicht mehr entsinnen, ob er von bürgerlichen Philosophen gesprochen hat." Im übrigen möchte ich betonen, daß es mir heute an der Erinnerung fehlt, und ich möchte nicht angeben, was ich nicht genau vertreten könnte.

Herr Professor Dr. Strasser hat die Themen für die Referate am Anfang des Semesters verteilt. Er hat für ein Referat "Liberalismus" und für ein Referat "Sozialismus" je einen Referenten gesucht, hat aber nur einen Referenten für beide Themen in der Person des Herrn Schwarz gefunden. In einer Vorlesung Ende Januar hat Herr Professor Dr. Strasser die Aufforderung nochmals wiederholt, um einen zweiten Referenten zu erhalten, auch da ist es nicht geglückt.

Die Behandlung des Themas war verschiedentlich meiner Ansicht nach polemisch zu scharf, wobei die Formulierungen meiner Ansicht nach nicht dem Willen entsprangen, die politisch Andersdenkenden anzugreifen, sondern dem Wunsch, die politischen Gegensätze, wie sie bei der Behandlung dieses Themas notwendig zu Tage treten mußten, klar herauszustellen. Außerdem entspricht diese Art des Vortrags der Wesensart des Herrn Schwarz, der sich immer in dieser Form auszudrücken pflegt. Die Wirkung des Vortrages auf das Auditorium war dergestalt, daß

¹ MLHA Schwerin. Ministerium für Volksbildung, Nr. 2316.

eine scharfe Diskussion zu erwarten war. Herr Professor Strasser hat während des Vortrages nicht eingegriffen, und es ist während des Vortrages zu keinen Zwischenfällen gekommen. Dieses Verhalten entspricht den Formen der Diskussion, wie sie immer in der Vorlesung herrschten. Die Diskussionen pflegten scharf zu sein, blieben dabei jedoch stets sachlich. Mit Ausnahme gelegentlicher Schärfen, wie sie von allen Seiten vorgebracht wurden. Insgesamt gesehen war es jedoch immer der allgemeine Eindruck, daß ein Abgleiten in parteipolitische Auseinandersetzungen vermieden worden ist und die Diskussionen ein beachtliches wissenschaftliches Niveau hatten. Daß die Diskussionen scharf waren, folgt daraus, daß gerade im Staatsrecht gegensätzliche politische Meinungen besonders stark zum Ausdruck kommen müssen. ...

Abschrift

Dokument Nr. 29

Aus einem Protokoll der LPKK¹

Gen. Fank, Stralsund, und Freese, Greifswald

Über diesen Fall gibt Gen. Sepke Bericht. Daß man diese Angelegenheit wie auch die folgende des Gen. Fank so lange hat schleifen lassen, ist ein Beweis für die Schwäche des Landesvorstands. In der Diskussion kommt einstimmig zum Ausdruck, daß beide, trotz fortgesetzter Ermahnung und Verwarnungen sich nicht auf dem Boden der Partei bewegten, sondern ihre Funktion zur persönlichen Bereicherung und zur Sabotage des Wirtschaftsaufbaus benutzten.

Im Fall Fank, Stralsund, wird seitens der LPKK beschlossen:

Die LPKK beschließt auf ihrer Sitzung vom 30.3.49, den Gen. Fank, Stralsund, mit sofortiger Wirkung aus der Partei auszuschließen, weil er seine Funktion, die ihm von der Partei übertragen wurde, zur persönlichen Bereicherung und Sabotage am Wirtschaftsaufbau benutzte, und den Landesvorstand zu veranlassen, das Mandat des Gen. Fank als Landtagsabgeordneten einem anderen Genossen zu übertragen. Die Möglichkeiten dazu muß der Landesvorstand suchen, da sich F. in Haft befindet.

¹ MLHA Schwerin. BPA Schwerin, IV/L/2/4/141.

Abschrift

Dokument Nr. 30

Parteiausschlüsse aus der SED in Mecklenburg 1949¹

Januar 1949	A u s s c h l ü s s e					
	insgesamt:		225			
davon						
	Arbeiter:	86				
	Angestellte:	96				
	Bauern:	29				
	ohne Beruf:	14				
		KPD	SPD	SED	Ge-	
samt						
1. Parteifeindliche Einstellung		10	18	44	72	
2. Sowjetfeindliche Einstellung	--	--	4	4		
3. Korruption und kriminelle Vergehen		7	13	60	80	
4. Verschweigen nazistischer Vergangenheit		5	6	37	48	
5. Agenten des Ostsekretariats, Spione, Saboteure	--	--	3	3		
6. Inaktivität	--	--	16	16		
7. Sonstiges	--	--	2	2		
				225		

¹ MLHA Schwerin. BPA Schwerin, Nr. IV/L/2/4/144.

Nach Kreisen unterteilt:

Anklam	2
Demmin	1
Greifswald	16
Grimmen	23
Güstrow	11
Hagenow	-
Ludwigslust	17
Malchin	3
Neubrandenburg	2
Neustrelitz	2
Parchim	52
Randow	8
Rostock	23
Rügen	11
Schönberg	6
Schwerin	15
Stralsund	11
Ueckermünde	11
Usedom	2
Waren	8
Wismar	1

Abschrift

Dokument Nr. 31

Auftrag zur Überprüfung von SED-Mitgliedern aus westlicher Emigration (Auszug)¹

B e r i c h t

über den Auftrag des Polit-Büros vom November 1949

Das Politbüro unsere Partei faßte den Beschluß, alle Genossen, die in amerikanischer, englischer, französischer und jugoslawischer Kriegsgefangenschaft und westlicher Emigration waren, zu überprüfen.

Die Vorgänge in Jugoslawien und die Entartung der jugoslawischen Parteiführer, sowie die Tatsache, daß der Gegner jedes Mittel anwendet, um unsere Arbeit unmöglich zu machen, sei es durch Spionage, Sabotage oder Mord, bestätigen die Richtigkeit des Beschlusses. Wir wissen, daß der Klassenfeind besser über uns orientiert ist (Gruppenbildung, politisches und moralisches Verhalten) als wir über ihn.

Da vom Gegner alles zentral geleitet wird, angefangen von der Zeitung bis zum Eindringen in unsere Reihen, war es notwendig, die Genossen aus westlicher Gefangenschaft und Emigration zu überprüfen. Besteht doch unsere Aufgabe darin, die Durchführung der Politik unserer Partei und die Führung unserer Partei zu sichern, damit das Eindringen von feindlichen Kräften unmöglich gemacht wird.

Daß die Überprüfung und ständige Überwachung unserer Mitglieder und besonders unserer Kader notwendig war und ist, beweist uns die Geschichte der KPdSU (B), die Aufdeckung und das Unschädlichmachen der Rajk und Kostoff-Bande, die im Solde des anglo-amerikanischen Imperialismus standen.

Das Polit-Büro beauftragte die ZPKK mit der Durchführung des Beschlusses. Bei der ZPKK und den LPKK wurden Kommissionen gebildet, die die Überprüfung der in Frage kommenden Genossen durchführten.

¹ MLHA Schwerin. BPA Schwerin, Nr. IV/L/2/4/1202.

Der Autor

Klaus Schwabe wurde am 10. Dezember 1944 in Danzig geboren. Er studierte von 1968 bis 1973 an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald Philosophie, Pädagogik und Psychologie. 1979 promovierte er zum Dr. phil. Seit seinem Ausschluß aus der SED und dem Verbot, seine Tätigkeit in der URANIA weiter auszuüben, arbeitet er als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Mecklenburgischen Landeshauptarchiv in Schwerin.

Veröffentlichungen (Auswahl)

Entnazifizierung in Mecklenburg und Vorpommern 1947 bis 1949 (1992); Die Zwangsvereinigung von KPD und SPD in Mecklenburg-Vorpommern (1992); Verfassungen in Mecklenburg zwischen Utopie und Wirklichkeit (1992); Der 17. Juni 1953 in Mecklenburg und Vorpommern (1993); Zwischen Krone und Hakenkreuz, die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Mecklenburg-Schwerinschen Landtag 1919 - 1932 (1994); Albert Schulz - ein Leben für soziale Gerechtigkeit und Freiheit (1995).